

16

81

JULI 2007

Studie der Grünen  
Bundestagsfraktion  
vorgestellt am  
20.06.2007

# Grenzen lokaler Demokratie

Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im  
ländlichen Raum

## Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin <a href="http://www.gruene-bundestag.de">www.gruene-bundestag.de</a>
Verantwortlich	Monika Lazar MdB Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: <a href="mailto:monika.lazar@bundestag.de">monika.lazar@bundestag.de</a>
Redaktion	Salma Karachouli
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: <a href="mailto:versand@gruene-bundestag.de">versand@gruene-bundestag.de</a>
Schutzgebühr	Euro 2,50
Redaktionsschluss	Juli 2007

# Inhalt

Vorwort Monika Lazar MdB .....	5
Grenzen lokaler Demokratie .....	6
I. Einleitung .....	7
1. Ausgangslage .....	7
2. Forschungsinteresse .....	8
3. Schlüsselbegriffe.....	9
3.1. Zivilgesellschaftsmodell.....	9
3.2. Extremismus und Mitte der Gesellschaft.....	9
3.3. Bundesprogramme.....	10
4. Studienhypothesen.....	13
5. Studiendesign .....	17
5.1. Aufbau .....	17
5.2. Methodisches Vorgehen.....	18
II. Fallstudien .....	20
Auswertung Kommune A .....	20
0. Schematischer Überblick .....	20
1. Ausgangslage .....	21
1.1. Nazis in der öffentlichen Wahrnehmung: Aufmarsch als Skandal .....	21
1.2. Entwicklung der kommunalen und regionalen Naziszene.....	22
1.3. Private bzw. privatwirtschaftliche Räume .....	22
1.4. Öffentlicher Raum .....	23
1.5. Jugendeinrichtungen und Schulen .....	24
1.6. Vereine.....	26
1.7. Vergangenheitsbewältigung, politisches Klima und Alltagsrassismus .....	27
2. Reflexion des Problems der Kommune .....	30
2.1. Zum Verhältnis „Innen“ und „Außen“ – Einschätzung von Aufmärschen und lokaler Naziszene.....	30
2.2. „Unwissenheit“ und „Dummheit“ als Wurzeln rechter Einstellungen und Organisierung .....	33
2.3. Konsequenzen: Ziele und Prioritätensetzung im Engagement gegen Rechts .....	36
2.4. Mangelndes Engagement gegen Alltagsrassismus und zur Stärkung von Gegenkulturen.....	37
3. Zivilgesellschaft.....	39

3.1. Anstöße.....	39
3.2. Zivilgesellschaftsmodell.....	45
3.3. Verflechtung mit der kommunalen Verwaltung .....	49
3.4. Handlungsansätze .....	52
3.5. Die Rolle von Förderprogrammen .....	55
4. Fazit .....	57
4.1. Entstehungsbedingungen .....	57
4.2. Grenzen des Engagements .....	58
4.3. Empfehlungen.....	59
Auswertung Kommune B .....	60
0. Schematischer Überblick .....	60
1. Ausgangslage .....	61
1.1. Regionale Nazistrukturen in der Kommune und der Region: Verknüpfung von NPD-Parteistrukturen und freien Nazikameradschaften.....	61
1.2. Öffentlicher Raum .....	63
1.3. Private Räume .....	66
1.4. Jugendeinrichtungen und Schulen .....	67
1.5. Vereine .....	70
1.6. Rassismus und andere Elemente nationalsozialistischer Ideologie aus der „Mitte der Gesellschaft“ .....	71
1.7. Nazismus und besonderes Näheverhältnis im ländlichen Raum.....	74
2. Reflexion des Problems und Prioritätensetzung in der Kommune .....	76
2.1. Organisierte Nazis und Bevölkerung: Rand- oder Gesellschaftsproblem? .....	76
2.2. Nazismus als Jugend- und Gewaltproblem?.....	78
2.3. Rechts gleich links? Extremismusthese .....	81
3. Zivilgesellschaft.....	87
3.1. Anstöße.....	87
3.2. Zivilgesellschaftliche Strukturen und die entsprechenden Modelle.....	90
3.3. Kommunale Einbindungsinstrumente .....	110
3.4. Handlungsansätze .....	115
3.5. Die Rolle von Förderprogrammen .....	121
4. Fazit .....	125
4.1. Entstehungsbedingungen .....	125
4.2. Grenzen des Engagements .....	125
4.3. Empfehlungen.....	127
III. Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen.....	128

1. Überprüfung der leitenden Thesen .....	128
1.1. Verbreitung der Elemente nationalsozialistischer Ideologie.....	128
1.2. Verhältnis von Gemeinwesen und Entwicklung der Naziszene .....	130
1.3. Integration zivilgesellschaftlichen Engagements .....	132
2. Wirkung der Bundesprogramme .....	134
2.1. Institutionelle Wirkungen.....	135
2.2. Inhaltliche Wirkungen.....	136
3. Empfehlungen .....	137
3.1. Problembeschreibungen ändern .....	137
3.2. Lokale Demokratie ermöglichen .....	138
3.3. Pädagogisch wirken .....	140
3.4. Übersicht der Empfehlungen .....	141
Literaturverzeichnis .....	144
Zusammenfassung.....	146
Nachwort der AutorInnen der Studie.....	152
Biographien.....	153
Weiterführende links .....	155



## Vorwort Monika Lazar MdB

Rassismus und Antisemitismus sind höchst aktuelle Probleme in unserer Gesellschaft. Alltagserfahrungen und Wahlergebnisse zeigen, dass im ländlichen Raum Nazis oft auf weniger effizienten Widerstand treffen als in urbanen Regionen. In Dörfern und Kleinstädten werden zum Beispiel NPD-Mitglieder teilweise als die „netten Nachbarn von nebenan“, die man noch aus der Schulzeit kennt, akzeptiert und ihre politischen Positionen verharmlost oder gar geteilt.

Die grüne Bundestagsfraktion will in der Auseinandersetzung damit spezifische Gegenstrategien entwickeln und gab deshalb im vergangenen Jahr eine Studie zum Rechtsextremismus im ländlichen Raum in Auftrag. Diese Studie sollte die Besonderheiten zivilgesellschaftlichen Engagements im ländlichen Raum, aber auch zwischen Ost- und Westdeutschland, exemplarisch erforschen, vorhandene Formen demokratischer Intervention darstellen, die Rolle der Bundesprogramme beleuchten und Empfehlungen für Politik und Gesellschaft aussprechen.

Die nun vorliegende Publikation enthält eine Reihe sehr interessanter Ergebnisse, die uns alle zu mehr Problemsensibilität und Engagement herausfordern. Die Studie belegt unter anderem:

Das Problem liegt im Denken großer Bevölkerungsteile, nicht im Handeln sogenannter extremer Randgruppen. Unabhängig von Bildung, Alter, Geschlecht oder sozialem Status trifft man in Deutschland auf hohe Zustimmung zu rassistischen und antisemitischen Einstellungen. In ländlichen Regionen, in denen eine Vielfalt von Angeboten häufig fehlt, treten die Erscheinungsformen verstärkt zutage. Alternative Anti-Nazi-Initiativen haben oft einen schweren Stand, denn abweichende Meinungen werden kaum toleriert.

Im ländlichen Raum hängt bürgerschaftliches Engagement stark vom aktiven Einsatz der Verwaltungseliten – insbesondere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – ab. Sie geben vor Ort an, was gesellschaftlich akzeptabel ist und was nicht. Entsprechend schwer haben es politische Gruppen, mit ihrer Kritik von den kommunalpolitisch Verantwortlichen gehört zu werden. Wer Kritik an den Behörden übt, gilt schnell selbst als extrem, wie viele der geführten Interviews belegen.

Die Studie legt nahe, dass eine Auseinandersetzung mit Demokratiedefiziten in unserer Gesellschaft, und besonders im ländlichen Raum, dringend erforderlich ist. Ich lade alle Leserinnen und Leser ein, sich daran zu beteiligen, die Ergebnisse der Studie zu verbreiten, zu diskutieren und zivilgesellschaftliches Engagement selbst aktiv zu unterstützen.

Berlin, 21. 06. 2007



(Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus)

# **Grenzen lokaler Demokratie**

Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum

von

Doris Liebscher  
Christian Schmidt

Projektleitung: Rebecca Pates und Daniel Schmidt  
Institut für Politikwissenschaften der Universität Leipzig



# I. Einleitung

## 1. Ausgangslage

Die weite Verbreitung von Elementen nationalsozialistischer Ideologie, unter ihnen rassistische, antisemitische, homophobe und demokratiefeindliche Einstellungen, wird allgemein mit Sorge zur Kenntnis genommen. Besonders dann, wenn sich diese Einstellungen in gewalttätigen oder symbolisch an den Nationalsozialismus anknüpfenden Handlungen äußern. Im gesellschaftspolitischen und im wissenschaftlichen Diskurs wird in diesem Zusammenhang zumeist von „rechtsextremen“ Handlungen und Einstellungen gesprochen. Ursprünge gegenwärtig als „rechtsextremistische“ bezeichneter Gruppierungen und Aktivitäten lassen sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland bis in die Zeit vor 1989 zurückverfolgen. Jedoch begannen zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure erst nach Anschlägen auf die Unterkünfte von Asylsuchenden und auf Wohnungen von Familien türkischer Herkunft Anfang der neunziger Jahre, Gegenstrategien zu diskutieren und zu erproben. Dabei wurde auf sozialempirische Studien und unterschiedliche Erklärungsmodelle zu Ursachen, Entstehungsbedingungen, Verbreitung und Elementen von „Rechtsextremismus“ zurückgegriffen. Teil der wissenschaftlichen Beschäftigung mit „Rechtsextremismus“ wurden in zunehmendem Maße die Ergebnisse der Gegenstrategien selbst. Ein wichtiges Forschungsfeld eröffneten diesbezüglich die Aktionsprogramme der Bundesregierung, mittels derer unterschiedliche Projekte der Zivilgesellschaft zum Zurückdrängen der Naziszene und ihrer ideologischen Grundannahmen gefördert oder neu ins Leben gerufen wurden.

1992 setzte die Bundesregierung das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) ein. In diesem ersten Versuch, der wachsenden Nazigewalt Herr zu werden, wurde vor allem auf Programme „akzeptierender Jugendarbeit“ gesetzt. Ende der neunziger Jahre geriet dieses Konzept allerdings zunehmend in Verruf, da die „akzeptierende Jugendarbeit“ vielerorts Nazis eine Infrastruktur zur Verfügung stellte und nicht in der Lage war, nationalsozialistischen und rassistischen Weltbildern effektiv zu begegnen. Im Sommer 2000 kam es nach einem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge zu einer Kehrtwende in der Politik gegen den „Rechtsextremismus“. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder rief zu einem „Aufstand der Anständigen“ auf. Es folgten zivilgesellschaftliche Demonstrationen, ein deutlich erhöhter Druck auf die Naziszene durch Polizei und Staatsanwaltschaften. Im Rahmen des von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegten Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ entstanden die Förderprogramme XENOS, CIVITAS und ENTIMON. Aus ihren Mitteln kam es zum Aufbau von Strukturen und Institutionen wie Opferberatungsstellen, Mobilen Beratungsteams und Aussteigerprogrammen. Weiterhin entstanden in diesem Rahmen Aufklärungsangeboten für Pädagoginnen und Pädagogen einerseits sowie Schülerinnen und Schüler andererseits. Wenig später ging der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse noch einen Schritt weiter und erklärte: *„Jetzt begreifen wir, dass der Rechtsextremismus nicht nur am Rand der Gesellschaft angesiedelt ist, nicht isolierbar ist, sondern dass ausländerfeindliche Einstellungen, Intoleranz, zunehmende Gewaltbereitschaft bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen.“*<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Wolfgang Thierse, Aus der Mitte der Gesellschaft. Tribüne Gespräch mit Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestags, in: TRIBÜNE – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 1(2001), hier zitiert nach der Pressemitteilung vom 13.12.2000 unter: [www.bundestag.de/aktuell/presse/2000/pz\\_001213.html](http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2000/pz_001213.html)

## 2. Forschungsinteresse

Wenn heute die Notwendigkeit besteht, in einer Studie wie der vorliegenden die Bedingungen und Möglichkeiten der Konzepte gegen Aktivitäten von Nazis im ländlichen Raum zu untersuchen, zeigt sich die Komplexität des von Wolfgang Thierse benannten Problems. Nazistrukturen sind weder ein bloßes jugendkulturelles Problem, das sich mit Empathie bekämpfen ließe, wie im Rahmen von AgAG angenommen wurde, noch handelt es sich um ein isoliertes Phänomen, das sich allein durch aufklärerisches Bemühen um Einstellungsveränderungen oder gesellschaftliche Appelle beseitigen lässt. Das zeigt sich an den Erfolgen der NPD nicht nur bei Landtags- sondern vor allem auch bei Kommunalwahlen, die aus der Nazi-partei mancherorts eine akzeptierte Kraft der Kommunalpolitik werden ließen. Insbesondere in ländlichen Regionen herrscht ein Klima der Akzeptanz für nazistische Einstellungen und Handlungen. Die Bücherverbrennung im sachsen-anhaltinischen Pretzien im Juni 2006 ist nur ein Beispiel unter vielen. Gegenkonzepte wie auch die Bemühungen zu ihrer Evaluation stehen deshalb vor der Herausforderung, mit einer politischen Strömung konfrontiert zu sein, die nicht nur aggressiv bis zur Gewalttätigkeit ihre Ziele verfolgt, sondern der aufgrund ihrer Verankerung in der Gesellschaft – vor allem aufgrund der breiten Zustimmung zu Elementen ihrer Weltanschauung – nur langfristig begegnet werden kann. Während in städtischen Regionen aber zumindest schnell Gegenbewegungen entstanden, haben sich im ländlichen Raum ziviler Widerstand und wissenschaftliche Begleitung häufig nur unterdurchschnittlich herausgebildet. Es wird daher nach wie vor eine hohe Notwendigkeit gesehen, spezifische Ideen zur Förderung zivilgesellschaftlich-demokratischer Kultur in ländlich strukturierten Gegenden zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund lautet die zentrale Fragestellung der vorliegenden Studie wie wirken zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im spezifischen sozialräumlichen Interaktionszusammenhang von Kommunen in ländlichen Regionen. Wir fragen aber auch, wie werden solche Strukturen beeinflusst und in den bestehenden kommunalpolitischen Zusammenhang integriert.

Aufgabe der Zivilgesellschaft soll es nicht nur sein, Nazis den öffentlichen Raum effektiv zu entziehen, sondern auch auf kommunale Versäumnisse hinzuweisen. Da die effektive Kontrolle des öffentlichen Raums in einer ländlichen Gemeinde nur von bzw. mit der Mehrheit der Bevölkerung zu leisten ist, gilt unser Interesse der Frage, inwieweit formelle oder informelle Zusammenhänge von Zivilgesellschaft mit den behördlichen kommunalen Institutionen, es zivilgesellschaftlichen Initiativen unmöglich machen, die ihr zugeschriebene Unabhängigkeit zu bewahren und eine Kontrollfunktion auszufüllen. Zivilgesellschaftliche Strukturen wären dann selbst Teil des institutionellen Gefüges, dessen Mechanismen der Selbstkontrolle oft nicht ausreichen, um ein effektives Vorgehen gegen Nazis und ihre Aktivitäten zu erzwingen. Für die Evaluation der Bundesprogramme und ihrer aktuellen Fortentwicklung sowie die daraus abzuleitenden Empfehlungen hat das zur Folge, dass ein verstärktes Augenmerk auf die institutionelle Stellung der zu fördernden Initiativen zu richten ist. Die Rolle, die wir zivilgesellschaftlichem Engagement bei der Bekämpfung von Nazis zuschreiben, macht deutlich, warum die Frage nach der Integration solcher Strukturen im Zentrum unserer Untersuchung steht.

### 3. Schlüsselbegriffe

#### 3.1. Zivilgesellschaftsmodell

Hinter dem Begriff Zivilgesellschaft steht heute ein Konglomerat ganz unterschiedlicher Vorstellungen und Theorien.<sup>2</sup> Oft wird damit eine Entwicklungsrichtung von Gesellschaften (Bürgergesellschaft) beschrieben, in denen – ausgehend von der zunehmenden Bedeutung diskursiver und assoziativer Elemente in modernen Sozialzusammenhängen – freiwilligen Zusammenschlüssen von Bürgerinnen und Bürgern sowie öffentlichen Verständigungsforen ein zentraler gesellschaftlicher Stellenwert und Einfluss zugeschrieben wird. Zivilgesellschaft wird im allgemeinen Sprachgebrauch gern mit der Forderung nach mehr (direkter) Demokratie verbunden oder gleichgesetzt.

Neben diesem allgemeinen Verständnis orientieren wir uns bei uns bei unserer Beschreibung auch an der Konzeption der *società civile* von Antonio Gramsci. Danach ist Zivilgesellschaft die vermittelnde Sphäre zwischen sozioökonomischer Basis und politischem Überbau (den klassischen staatlichen Institutionen, die das Gewaltmonopol des Staates durchsetzen). In dieser Sphäre wird die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die kulturelle und politische Hegemonie mit diskursiven Mitteln ausgetragen. Zivilgesellschaft kann danach als Gesamtheit aller nichtstaatlichen Organisationen begriffen werden, die auf das Alltagswissen und die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und darum ringen, welche Verhaltensweisen und politischen Überzeugungen als gesellschaftliche Norm hegemonial werden. Als nichtstaatliche Organisationen (gleichbedeutend mit Nichtregierungsorganisationen, engl. non governmental organizations, NGO) werden alle selbstorganisierten, freiwilligen und von staatlichen Weisungen unabhängigen Zusammenschlüsse bürgerschaftlichen Engagements ganz unterschiedlicher organisatorischer Verfasstheit bezeichnet, z.B. Vereine, Verbände, Initiativen und Netzwerke. Von echten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder von Zivilgesellschaft im engeren Sinne sprechen wir, wenn strukturelle, finanzielle und personelle Unabhängigkeit von der staatlichen Verwaltung besteht. Als Quasi-NGOs (QuaNGOs) werden all jene bezeichnet, die staatlich gefördert werden und daher einer staatlichen Institution Rechenschaftspflichtig sind. Da die im Rahmen der Studie betrachteten Vereinigungen in unterschiedlichem Maße (un)abhängig von der staatlichen Sphäre sind, verwenden wir als Oberbegriff „Initiativen“.

#### 3.2. Extremismus und Mitte der Gesellschaft

In der gesellschaftspolitischen Diskussion und der wissenschaftlichen Literatur hat sich, trotz Kritik an diesem Begriff,<sup>3</sup> „Rechtsextremismus“ als gängiges Wort zur Beschreibung nationalsozialistischer Einstellungen und Handlungsweisen durchgesetzt. Jedoch ist dieser Ausdruck in mehrfacher Hinsicht problematisch, wie auch die vorliegende Studie belegt.

Dem Begriff „Rechtsextremismus“ liegt die Extremismustheorie zugrunde, das Verständnis einer Bedrohung der Gesellschaft durch „Extremisten“. Eine Differenzierung nach Einstellungen und politischen Zielen erfolgt nicht. Zudem wird vermittelt, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt. In der Ursachenbeschreibungen, wie in der politischen Praxis werden rechte Einstellungen dann meist erstens als Jugendproblem, zweitens als Gewaltproblem und drittens als Abweichung von

---

<sup>2</sup> Vgl. zu den unterschiedlichen Begriffsverwendungen: Dieter Gosewinkel u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft – national und transnational*, Berlin 2004.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. Oliver Decker und Elmar Brähler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren*, Berlin 2006, S.11f., 158.

politischen Normalitätsbereichen beschrieben. Dass diese Beschreibung keine empirische Entsprechung hat, wird in diesem Kapitel unter 4.1, sowie im Rahmen der Fallstudien in Kapitel II nachgewiesen. Die Folgen der Begriffsverwendung und unsere daraus abgeleiteten Empfehlungen finden sich in Kapitel III in den Abschnitten 1.2, 2.2 und 3.1.

Wir verwenden daher die Termini Nazis oder Nazismus bzw. beziehen uns auf die jeweils verwendeten Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie und plädieren dafür, auf den Ausdruck „Rechtsextremismus“ – im wissenschaftlichen wie im Praxisdiskurs – zugunsten einer genaueren Analyse und Benennung der zugrunde liegenden Einstellungsmuster zu verzichten. Von „Rechtsextremismus“ bzw. „Rechtsextremisten“ sprechen wir daher nur dann, wenn wir uns auf die Begriffsverwendung im Sinne der Problembeschreibung der Interviewten bzw. der Konzepte und Strategien zur Zurückdrängung nazistischer Gruppierungen und Einstellungen beziehen.

Wenn wir im Folgenden Problemlagen als in der „Mitte der Gesellschaft“ angesiedelt beschreiben, meinen wir, dass es sich nicht um Einstellungen oder Verhaltensweisen extremer Ränder handelt, sondern dass diese in allen Alters-, Bildungs-, und Einkommensschichten anzutreffen sind. Mit der „politischen Mitte“ ist die Selbstverortung von Menschen bezüglich ihrer politischen Grundhaltung in einem Kontinuum von links, eher links usw. bis rechts angesprochen.

### 3.3. Bundesprogramme

A) CIVITAS, ENTIMON, XENOS: Wenn wir im Rahmen der Fallstudie von den „Bundesprogrammen“ sprechen, beziehen wir uns, wenn nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, auf die Programme CIVITAS, ENTIMON und XENOS, für die von 2001 bis 2006 unter dem Dach des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ Bundesmittel bereitgestellt wurden.<sup>4</sup>

Zu den Besonderheiten der Programme gehörte ihre bürgergesellschaftliche Orientierung. So waren die Programme in ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt“ eingebunden und in ihre Umsetzung wurden zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen, vor allem Stiftungen, die in diesem Feld aktiv waren, wie die Stiftung Demokratische Jugend, Amadeu-Antonio-Stiftung u.a.m. Die Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft war das zentrale Programmziel. Kurz vor dem zumindest vorläufigen Ende der Modellfinanzierung 2006 wurde von rund 4.000 geförderten Projekten berichtet.<sup>5</sup> Abgesehen vom Bundesprogramm „Soziale Stadt“ (mit Quartiersmanagement, der Mobilisierung lokalen Sozialkapitals etc.) stellen die Programme den ersten Großversuch dar, bürgerschaftliches Engagement mit staatlichen Mitteln zu fördern. Unterstützt werden sollten nicht in erster Linie die etablierten großen Träger von Modellprogrammen (Wohlfahrtsverbände, Akademien, Parteistiftungen, Bildungsstätten etc.), sondern kleine lokale Initiativen, Vereine und Netzwerke. Die zivilgesellschaftliche Orientierung der Programme, wonach Nazismus und Rassismus eher als Gesellschaftsproblem und nicht als abweichendes Verhalten in einer bestimmten Lebensphase („gewaltbereite Jugendliche“) betrachtet wurden, bedeutete eine programmatische Weiterentwicklung, die mit der Täterfixierung und der (Sozial-)Pädagogisierung des AgAG-Programms brach. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive können folgende Programmschwerpunkte identifiziert werden:

---

<sup>4</sup> Vgl. zum Überblick [www.entimon.de](http://www.entimon.de).

<sup>5</sup> Vgl. Roland Roth und Ludger Klein, Bürgernetzwerke gegen Rechts. Perspektiven der Aktionsprogramme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, 2005, download unter: <http://www.aktionsbueundnis.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=239932> (Stand 6. Juni 2007).

1. Politische Bildung zur Entwicklung und Stärkung einer „demokratischen Kultur“
2. Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Mobilisierung lokaler Öffentlichkeit „für Toleranz und Demokratie“, „gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ durch öffentliche Anerkennung, Vernetzungsinitiativen, Infrastrukturangebote und Zuwendungen (z.B. Mittel für Veranstaltungen, Aktionen etc.)
3. Gemeinwesenarbeit und Beratung und Vernetzung lokaler Akteure
4. Stärkung von schwachen Gruppen und Opfern von Diskriminierung und Nazigewalt

Das Programm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ stellte insofern eine Besonderheit dar, als hier der Opfer- und Minderheitenschutz sowie die kommunale Integrationspolitik zentrale Anliegen waren. Die größere Vielfalt und stärkere Professionalisierung der Initiativlandschaft in einigen ostdeutschen Bundesländern kann auch auf diese spezielle Förderung zurückgeführt werden. Über das Programm wurden zum Beispiel die in den neuen Bundesländern tätigen „Opferberatungen für Betroffene rechtsextrimer und fremdenfeindlicher Gewalt“ sowie die Mobilen Beratungsteams (mit)finanziert. Die Programme „ENTIMON – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ galten auch für die alten Bundesländer. ENTIMON förderte im wesentlichen politische Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel, „modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen“ zu entwickeln, „die Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen und Netzwerkcharakter haben“. XENOS setzte mit Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an der Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt an und wurde aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Die Projektförderung war als Modellförderung vorgesehen, die mit Ende des Jahres 2006 auslief. In einigen Fällen wurden Übergangs- bzw. Ausnahmeregelungen bis zum Inkrafttreten des neuen Bundesprogramms vereinbart.

B) LANDESPROGRAMME: Neben der Bundesförderung, spielen zur Finanzierung bzw. Kofinanzierung von Initiativen auch Landesmittel eine große Rolle. Im Land Sachsen existiert seit dem Jahr 2005 ein „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ das Projekte der Kommunen aber auch nichtstaatlicher Initiativen fördert. Erst im Mai 2007 wurden Richtlinien zur Antragsstellung und Förderpraxis erlassen. In Bayern existiert kein vergleichbares Förderprogramm, jedoch können Landesgelder zur Kofinanzierung von Maßnahmen beantragt werden.

C) NEUES BUNDESPROGRAMM: Das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (im folgenden neues Bundesprogramm) startete zum 1. Januar 2007. Es ist „im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, dient der Bewusstseinsbildung und ist auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet“. Die Hauptzielgruppe sind, entgegen der Programmatik des Vorgängerprogramms, „junge Menschen“. Es basiert auf drei Säulen:

1. Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne)
2. Modellprojekte
3. Steuerung, Kommunikation, Evaluation und Forschung (Bundesebene).

Über Säule 1 werden Modellkommunen bzw. -regionen ausgewählt, die im Rahmen der lokalen Aktionspläne, in eigener Verantwortung Gelder an Initiativen ausreichen können. Säule 2 fördert ausschließlich neue modellhafte Projekte in den Bereichen Jugend, Bildung und Prävention, das Antragsverfahren läuft noch. Kleinere Initiativen von Betroffenen und Alternativkulturen sind mit dem neuen Bundesprogramm nicht mehr förderfähig. Unsicher ist

auch die Zukunft von Strukturprojekten, also Netzwerkstellen, Mobilen Beratungsteams und Opferberatungen. Kurzfristig wurde ein weiteres Programm zur „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet, eine reguläre Existenzsicherung für Beratungsnetzwerke gewährleistet das Programm nicht. Sein Schwerpunkt liegt auf anlassbezogener und temporärer Krisenintervention. Inwieweit die in den letzten Jahren gewachsenen Träger- und Netzwerkstrukturen der Opferberatungsstellen und der Mobilen Beratungsstellen weiter aus Bundesgeldern finanziert werden, ist derzeit unklar.<sup>6</sup> Das Konzeptpapier<sup>7</sup> des neuen Bundesprogramms beschreibt einen Handlungszeitraum von vier Jahren, wobei nach drei Jahren eine Überprüfung und Diskussion zur Weiterentwicklung stattfinden soll. Das Programm selbst soll auf Dauer angelegt sein und regelmäßig inhaltlich und strukturell geprüft und weiterentwickelt werden. Die vorliegende Studie möchte einen Beitrag zu dieser Weiterentwicklung anbieten.

---

<sup>6</sup> Vgl. Pressemitteilung der Opferberatungsstellen und der Mobilen Beratungsteams in den ostdeutschen Bundesländern vom 25. April 2007: <http://www.amal-sachsen.de/news.php?article=424>

<sup>7</sup> [http://www.entimon.de/content/e859/e900/e901/Konzeptpapier\\_\\_Stand\\_15.12.2006.pdf](http://www.entimon.de/content/e859/e900/e901/Konzeptpapier__Stand_15.12.2006.pdf)

## 4. Studienhypothesen

In Übereinstimmung mit bereits existierenden Untersuchungen sowie den Lageberichten der Polizeien und der Verfassungsschutzbehörden geht die Studie davon aus, dass es trotz der bisherigen Bemühungen und Aktionsprogramme nicht gelungen ist, die Nazibewegung langfristig zu schwächen.<sup>8</sup> Darauf aufbauend wurden, bezogen auf die Situation im ländlichen Raum, drei Grundthesen untersucht:

1. Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie existieren in der Mitte der Gesellschaft.

Die These vom Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft ist mittlerweile gut belegt, so dass im Rahmen der Studie keine quantitativen Erhebungen zu diesem Thema notwendig waren. Verweisen wollen wir insbesondere auf die Langzeitstudien von Heitmeyer zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“ und von Decker/Brähler zur Ausprägung „demokratischer und rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung“.<sup>9</sup> Nach Decker/Brähler liegen dem „rechtsextremen Einstellungsmuster“ folgende Dimensionen zugrunde, deren verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellung sind: Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, Chauvinismus, Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit<sup>10</sup>, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus.<sup>11</sup> Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass solcherart Einstellungen in allen gesellschaftlichen Gruppen und Bundesländern gleichermaßen und weit verbreitet sind, das Problem, also nur als „ein politisches Problem der Mitte“ adäquat beschrieben werden kann. Menschen mit „rechtsextremen Einstellungen“ finden sich bei allen befragten Gruppen, wie Gewerkschaftsmitgliedern, parteilich oder kirchlich Gebundenen. Im Zeitverlauf zeigen ihre Untersuchungen zudem, dass die Zustimmung zu als rechtsextrem qualifizierten Aussagen im Zeitraum von 2002 bis 2006 stabil geblieben ist. Insbesondere Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus sind danach für weite Teile der Bevölkerung konsensfähig, unabhängig von Geschlecht, Bildungsgrad oder Parteipräferenz.<sup>12</sup>

Zum gleichen Ergebnis kommt Heitmeyer, der seinen Untersuchungen folgende Elemente zugrunde legt: Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Islamophobie, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, die Abwertung von Obdachlosen und von Behinderten.<sup>13</sup> Als brisant bezeichnet Heitmeyer in seiner aktuellen Analyse weniger die zunehmende „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ unter Menschen, die sich selbst als politisch rechts einordnen, als vielmehr die der „normalitätsbildenden“ politischen Mitte, zu der sich im Jahr 2006 61 Prozent der von ihm Befragten rechneten und deren „Fremdenfeindlichkeit“ seit 2002 kontinuierlich zunahm.<sup>14</sup> Ein „rechtspopulistisches Potential“, zusammengesetzt aus „Law-and-order-Forderungen [...] fremdenfeindlichen Einstellungen und antisemitischen

---

<sup>8</sup> Vgl. z.B. Christian Babka von Gostomski u.a., Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt/M. 2007, S. 102–128; Heike Kleffner, Bilanz nach fünf Jahren Opferberatungsprojekte, in: Heitmeyer, a.a.O., S. 272–277; Bundesministerium des Inneren, Der Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006; Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Entwicklungstendenzen im Extremismus in Sachsen im 1. Hj. 2006 sowie bundesweite Zahlenvergleiche für 2005, Dresden 2006.

<sup>9</sup> Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folgen 1 bis 5, Frankfurt/M. 2002 bis 2007; Decker/Brähler, Vom Rand zur Mitte.

<sup>10</sup> Von uns im Folgenden mit dem Begriff Rassismus bezeichnet.

<sup>11</sup> Decker/Brähler, Vom Rand zur Mitte, S. 20.

<sup>12</sup> A.a.O., S. 159.

<sup>13</sup> Vgl. Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 16f.

<sup>14</sup> A.a.O., S. 29f.

Äußerungen“<sup>15</sup> macht er in den alten Bundesländern bei 17,5 Prozent, in den neuen Bundesländern bei 21,8 Prozent der Befragten aus.

Für uns blieb qualitativ zu untersuchen, ob und in welchem Ausmaß diese breite Verankerung als „rechtsextrem“ zusammengefasster Einstellungen von den kommunalen Verantwortlichen, aber auch von den Initiativen gegen die Nazibewegung wahrgenommen wird. Denn trotz der prominenten Verbreitung der These von der „Mitte der Gesellschaft“ muss in den Kommunen vielfach ein mangelndes Problembewusstsein festgestellt werden, wie das Beispiel Pretzien zeigt. Weiterhin war zu untersuchen, ob und ggf. zu welchen konzeptionellen Konsequenzen diese Verankerung geführt hat. Für eine Bewertung der in den Bundesprogrammen gegen den „Rechtsextremismus“ entwickelten Konzepte ist nach unserer These die Untersuchung zum Umgang mit der These vom Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft entscheidend. Bei einem Mangel an konzeptioneller Einbeziehung des für Nazismus positiven Meinungsumfelds rechneten wir mit Widerständen gegen das Engagement, sobald die Thematisierung auch Elemente alltäglicher Überzeugungen erfasst. Initiativen die sich gegen Nazis, gegen Rassismus oder andere Elemente nationalsozialistischer Ideologie richten, könnten als hysterisch erscheinen, weil sie scheinbar „ganz normale“ Positionen als „rechtsextrem“ brandmarken. Umgekehrt nahmen wir auch an, dass die Vermeidung solcher Konflikte mit weit verbreiteten Einstellungen durch die Initiativen oder die kommunalen Verantwortlichen in der Öffentlichkeit zu einer eingeschränkten Wahrnehmung des Problems führen muss.

2. Für die Existenzbedingungen einer Naziszene im ländlichen Raum ist das institutionelle Gefüge der Gemeinden von entscheidender Bedeutung.

Eng mit der These von einer Verantwortung der Mitte der Gesellschaft hängt auch die zweite These zusammen. Wir gingen von einer weitgehenden Kontrolle des öffentlichen Raums durch die kommunalen Institutionen im ländlichen Raum aus. Danach wird die ungehinderte Entwicklung von Nazigruppen und -strukturen erst möglich, wenn die kommunalen Institutionen und Autoritäten diesen gleichgültig oder gar fördernd gegenüberstehen. Zu untersuchen war daher das Problembewusstsein der kommunalen Behörden, die Selbsteinschätzung der behördlichen Möglichkeiten und die Bereitschaft, konkret zu handeln. Außerdem wurde die Qualität des Problembewusstseins analysiert, das sich statt auf Nazis auch auf einzelne Phänomene richten kann, die dann häufig vorrangig als „Jugend-“ oder „Gewaltproblem“ wahrgenommen werden. Eine solche Untersuchung erschien uns um so dringlicher, als mit der Neufassung des Aktionsprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ Verteilung und Abruf der Bundesmittel wesentlich im Rahmen von lokalen Aktionsplänen erfolgen, die von den Kommunen verantworten werden. Zu untersuchen war aber auch die Interaktion der Behörden mit nicht-behördlichen Initiativen. Denn genauso wie die Möglichkeiten der Naziszene durch das kommunalpolitische Handeln eingeschränkt werden können, können es die ihrer Opponentinnen und Opponenten sowie der Opfer von Nazis. Dies vor allem dann, wenn die Wahrnehmung der Problemlagen stark differiert. Die Ansichten der kommunalpolitisch Verantwortlichen wurden deshalb mit der Einschätzung der Initiativen zu den genannten Fragen kontrastiert.

---

<sup>15</sup> D. Schaefer u.a., Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/M. 2002, S. 123–135.



3. Das Problem im ländlichen Raum ist nicht in erster Linie ein Mangel an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern die bestehende Integration dieses Engagements in die kommunalen Strukturen.

Die zentrale, in der Studie zu überprüfende These ergibt sich als Konsequenz aus den beiden vorangegangenen. Der oft frappierende Mangel an erkennbarem Widerstand gegen die Nazi-bewegung muss nicht das Zeichen einer fehlenden Zivilgesellschaft sein. Er kann auch aus dem Zusammenspiel eines nur mangelhaft bis gar nicht ausgeprägtem Problembewusstseins gegenüber Nazis respektive deren Weltanschauung mit der spezifischen Existenzweise der Zivilgesellschaft innerhalb der Gemeindestrukturen folgen.

Ausgehend von der These eines generellen Mechanismus von Konformität im sozialen Kontext haben Untersuchungen zu sozialen Gruppenprozessen im kommunalen Kontext besonders in ländlichen Gemeinden mit hoher Abwanderung ein überdurchschnittliches Ausmaß normativen Drucks der Gruppe in bezug auf die Ansichten über schwachen Bevölkerungsteile (z.B. Migrantinnen und Migranten) registriert. Auf dem Land stellen Petzke u.a.<sup>16</sup> eine stärkere Tendenz zu Verhaltenskonformität und Abweichungsintoleranz als in der Stadt fest. Wie lässt sich dieser Unterschied erklären?

In städtischen Gegenden besteht zunächst aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte und -zahl ein breiteres Spektrum an Einstellungen und an unterschiedlichen Gruppen und Subkulturen. Damit existieren ungleich mehr Möglichkeiten als auf dem Land zur Ausdifferenzierung unterschiedlicher, in ihren Einstellungen jeweils homogener Gruppen, die in einen Prozess wechselseitiger Profilierungen treten und um die lokale Monopolsituation bezüglich unterschiedlicher Welterklärungsmuster streiten. In der Stadt gibt es folglich auch mehr Möglichkeiten, soziale Gruppen zu wählen, solchen aus dem Weg zu gehen bzw. sie zu wechseln. Auch das soziale Netzwerk ist insgesamt loser geknüpft als in ländlichen Räumen. Zusammen mit der geringeren Sichtbarkeit des Individuums, dem weniger kollektive Aufmerksamkeit zuteil wird, besteht in der Stadt daher eher die Möglichkeit sozialem Druck auszuweichen. Der subjektiv wahrgenommenen Konformitätsdruck in ländlichen Gemeinden ist demgegenüber höher. Abweichende Äußerungen und Handlungen müssen zudem eher als in der Stadt mit der Gefahr der Ablehnung durch die soziale Gruppe bezahlt werden. Ein Gruppenausschluss in einer dörflichen Gemeinde bedeutet in höherem Maße eine totale soziale Ausgrenzung als in der Stadt. Demzufolge ist auch das Sanktionspotential der Gruppe auf dem Land höher als in der Stadt. Das spiegelt sich in den empirischen Untersuchungen der Studien des Bielerfelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung wieder. Sie weisen gerade in ländlichen Sozialräumen mit hoher Abwanderungsquote einen Trend zu weitreichender Konformität und verhaltensbezogener Homogenisierung in bezug auf „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ aus.<sup>17</sup> Individuelle Einstellungsunterschiede bleiben nach ihren Befragungen in ländlichen Gegenden eher verdeckt, etwaige Differenzen zeigen sich seltener in abweichendem öffentlichen Verhalten. Initiativen die sich gegen das herrschende Meinungsklima positionieren, können sich danach eher ins soziale Abseits manövrieren, unterliegen also selbst in hohem Maße den beschriebenen Konformitätszwängen.

Zur Überprüfung unserer Hauptthese wurde die Einbindung der verschiedenen Initiativen, die auf lokaler und regionaler Ebene agieren, in die kommunale Struktur untersucht. Insbesondere interessierten uns die gegenseitigen Erwartungen und Anforderungen die von behördli-

---

<sup>16</sup> Vgl. Martin Petzke u.a., Risikofaktor Konformität. Sozial Gruppenprozesse im kommunalen Kontext, in: Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 52–76.

<sup>17</sup> A.a.O., S. 70.

cher und von Initiativseite aneinander herangetragen werden und die Möglichkeiten diese durchzusetzen. Da wir von einem Machtungleichgewicht zugunsten der Verwaltung ausgingen, untersuchten wir weiterhin, wie sich diese Erwartungen auf die Initiativen auswirken. Schließlich gilt es gerade mit Blick auf das aktuelle und zukünftige Bundesaktionsprogramme die zentralen Mechanismen einer solchen Einbindung zu klären. Erfolgt die Integration vorrangig über die institutionelle Angewiesenheit der Initiativen auf die kommunalen Behörden – sei es für die Sicherung ihrer Finanzierung oder die Gewinnung von Einfluss auf das kommunale Geschehen –, oder hat die Integration auch informelle Gründe – etwa persönliche Bindungen, die aufgrund der kleinen Größe der kommunalen Einheiten wahrscheinlicher werden?

## 5. Studiendesign

### 5.1. Aufbau

Zur Untersuchung der Ausgangshypothesen wurden zwei Fallstudien erstellt, in denen anhand qualitativer Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und solchen der kommunalen und der Landkreis-Verwaltung zu Situations-, Selbst- und Interaktionseinschätzungen der verschiedenen Akteure, das Feld des organisierten Handelns gegen die Nazibewegung systematisch untersucht wurde. Diese in Kapitel II der Studie vorgestellten Fallstudien untersuchen die Situation im ländlichen Raum exemplarisch anhand zweier Kreisstädte in den Bundesländern Bayern (Fallstudie A) und Sachsen (Fallstudie B) und deren ausstrahlende Wirkung in den jeweiligen Landkreis. Zum Teil wurden auch Ereignisse und Akteure von umliegenden Gemeinden miteinbezogen. Dass Fallstudie B umfangreicher als Fallstudie A ist, erklärt sich aus der größeren Vielfalt und stärkeren Professionalisierung der Initiativlandschaft in Sachsen. Den Fallstudien vorangestellt, ist jeweils ein schematischer Überblick (0) zu den in der jeweiligen Kommune bzw. Region vertretenen nichtstaatlichen Initiativen und deren institutioneller Interaktion mit kommunalen bzw. regionalen Verwaltungsentitäten. Beide Fallstudien beginnen mit der Beschreibung der spezifischen Ausgangslage (1). Darin werden Präsenz und Strukturen der Naziszene skizziert, aber auch die in der „Mitte der Gesellschaft“ präsenten Versatzstücke der Naziideologie sowie deren Äußerungsformen (z.B. Alltagsrassismus). Zur Ermittlung dieser Angaben wurden neben den Aussagen der Interviewees, insbesondere Opfer bzw. Opferberatungsstellen, statistische Erhebungen bei Wahlen, die vor allem die Verankerung der NPD in den Kommunen dokumentieren, sowie Angaben von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden herangezogen. Außerdem gehören zur Darstellung der allgemeinen Situation Angaben zu Gegenstrategien im kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereich. Auf lokale Besonderheiten, die sich aus der Auswertung des Interviewmaterials ergeben, wird in diesem Teil verwiesen.

Anschließend wird im Abschnitt 2 die Reflexion des Problems in der Kommune analysiert. Abschnitt 3 untersucht Anstöße für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen die Naziszene, Verfasstheit und Handlungsansätze der jeweiligen Initiativen, deren inhaltliche Interaktion und institutionelle Verflechtung mit der Verwaltungsebene sowie die Rolle der Bundesprogramme hinsichtlich der Entstehung und Entwicklung dieser Initiativlandschaft.

In einem Fazit (4) werden schließlich die fallspezifischen Bedingungen für die Entstehung der zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Nazis und die Grenzen des Engagements gegen Rechts zusammengefasst und abschließende Empfehlungen für den jeweiligen Fall formuliert.

Kapitel III der Studie schließlich fasst die Ergebnisse beider Fallstudien auswertend zusammen und formuliert abschließende Empfehlungen. Das beinhaltet zunächst die Überprüfung unserer leitenden Thesen und die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse. Mit den Fallstudien lassen sich aber auch die institutionelle und inhaltliche Verfasstheit der Bundesprogramme mit ihren konkreten Auswirkungen bzw. ihrer eventuellen Wirkungslosigkeit bewerten. Abschließend werden deshalb, abgeleitet aus den Fallstudien, generalisierte Anregungen zur Entwicklung zielgenauer Konzepte für politisch-gesellschaftliche Interventionen in ländlichen Räumen gegeben. Das sind zum einen Empfehlungen für die Entwicklung und Förderpraxis von Bundes- und Landesprogrammen. Darüber hinaus werden Empfehlungen für Parteien und Verbände als Trägern bürgerschaftlichen Engagements sowie an Kommunalverwaltungen und Verwaltungsspitzen formuliert. Dabei wird den Besonderheiten des ländlichen Raums Rechnung getragen.

## 5.2. Methodisches Vorgehen

Den Fallstudien liegen neben Datenmaterial aus Sekundärquellen vor allem Interviews mit Expertinnen und Experten aus nichtstaatlichen Initiativen und aus der Verwaltung zugrunde.

A) AUSWAHL DER KOMMUNEN: Die Interviews wurden in zwei verschiedenen Kommunen durchgeführt. Dabei entschieden wir uns für eine Kommune in den alten Bundesländern (Kommune A in Bayern) und eine Kommune in den neuen Bundesländern (Kommune B in Sachsen). Wir wählten zwei Kreisstädte in zwei Regionen mit ähnlichen infrastrukturellen und sozioökonomischen Entwicklungen und Problemlagen. Der sonst signifikante Ost/West-Unterschied liegt hier also gerade nicht vor. Gemessen an Arbeitslosen-, Erwerbstätigenquote und Einkommen können die beiden zugehörigen Landkreise als sogenannte „abwärtsdriftende Regionen“ im Sinne des GMF-Surveys beschrieben werden.<sup>18</sup> Die Abwanderungsquote junger Menschen ist hoch, Bevölkerungszahl, -dichte und Infrastruktur weisen die Regionen als ländliche Räume aus. Beide Regionen setzen auf Einnahmen aus dem Tourismus und besitzen eine Staatsgrenze. Im Einstellungsvergleich schließlich fällt die gleichsam hohe Zustimmung zu als „rechtsextrem“<sup>19</sup> bzw. „gruppenbezogen menschenfeindlich“<sup>20</sup> qualifizierten Aussagen auf. Lediglich die Häufigkeit politisch rechts motivierter Gewalttaten ist in der Region B höher als in der Region A. Das passt ins Bild: der Schwerpunkt der Gewalttaten liegt nach den Berichten der Polizei und des Verfassungsschutzes in den neuen Bundesländern. Zwar hat sich in den Fallstudien dieser Unterschied zweifelsfrei bestätigt (es gab tatsächlich mehr Vorfälle nazistischer Gewalt in der Kommune B), jedoch war es schwierig, bezüglich der Gewalttaten ein klares Bild in der Region A zu gewinnen. In diesem Zusammenhang kann die polizeiliche Sensibilität und Erfassung eine Rolle spielen,<sup>21</sup> auch Korrektivzahlen von Opferberatungen liegen für Bayern, mangels entsprechender Einrichtungen nicht vor. Repräsentative Studien zu Alltagsdiskriminierung existieren bislang für keine der untersuchten Regionen.

Den Ausschlag für die Wahl der konkreten Kommunen gab deren (selbst)erklärter Modellcharakter. Innerhalb ländlicher Regionen, in denen ein Klima hoher Akzeptanz für nazistische Einstellungen und Handlungen herrscht, zählen beide ausgewählten Kommunen zu den positiven Ausnahmen. In beiden Kommunen existieren seit einiger Zeit gesellschaftliche Bündnisse gegen (Rechts)Extremismus bzw. für Demokratie, die mittlerweile als beispielhaft für bürgerschaftliches Engagement gegen Nazis gelten. Die (nicht selbstverständliche) Existenz solcher Strukturen war eine erste Voraussetzung für die Überprüfung unserer Hypothesen. Darüber hinaus sind die gewählten Kommunen interessant, weil sich an ihnen auch die Bedingungen zeigen lassen, unter denen Engagement erfolgreich wird.

B) INTERVIEWS: Insgesamt wurden von uns 16 Interviews mit Expertinnen und Experten im Rahmen mehrerer Aufenthalte in den Kommunen A und B durchgeführt. Dabei handelte es sich in fünf Fällen um Gruppeninterviews. In der Kommune A wurden neun Personen befragt, in der Kommune B 13 Personen. Die Auswahl der Interviewees orientierte sich an der im Vorfeld recherchierten Bandbreite nichtstaatlicher Initiativen gegen Nazis sowie derjenigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf kommunaler und auf Landkreisebene die selbst in diesem Feld agieren bzw. behördliches Gegenüber der Initiativen sind. In den Kommunen A und B wurde jeweils eine Person auf Bürgermeisterebene und eine Person auf Ebene der Landkreisverwaltung interviewt. Ein Vertreter der Polizei konnte nur in der Kom-

---

<sup>18</sup> Vgl. Sandra Hüpping und Jost Reinecke, Abwärtsdriftende Regionen, in: Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 77–101.

<sup>19</sup> Vgl. Decker/Brähler, Vom Rand zur Mitte. S. 45f. Die Werte in Bayern liegen dort noch höher als in Sachsen.

<sup>20</sup> Vgl. von Gostomski u.a., Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern, S. 107.

<sup>21</sup> Vgl. a.a.O., S. 102f.

mune B interviewt werden. Unter den interviewten Personen aus nichtstaatlichen Initiativen und Vereinen befanden sich sowohl staatlich geförderte Projekte, als auch Initiativen, die keinerlei staatliche Zuwendungen genießen. Um die Einbeziehung eines breiten Spektrums wesentlicher Akteure zu gewährleisten, wurde die Liste der Interviewees forschungsbegleitend durch Hinweise aus dem Feld der Befragten modifiziert und erweitert.

Die explorativen Interviews orientierten sich an einem offenen Leitfaden, der neben Fragen zur Einschätzung der Problemlage und zur eigenen Handlungsmotivation insbesondere die in den Studienhypothesen angesprochenen Fragekomplexe sowie auf Institutionen bezogene Erkenntnisse zur interaktiven Einflussnahme der Akteure berücksichtigte. Die Interviews wurden auditiv aufgezeichnet und später transkribiert. Darüber hinaus nahmen wir an einem offenen Arbeitstreffen der Bürgerinitiative in der Kommune A teil, das nicht aufgezeichnet wurde.

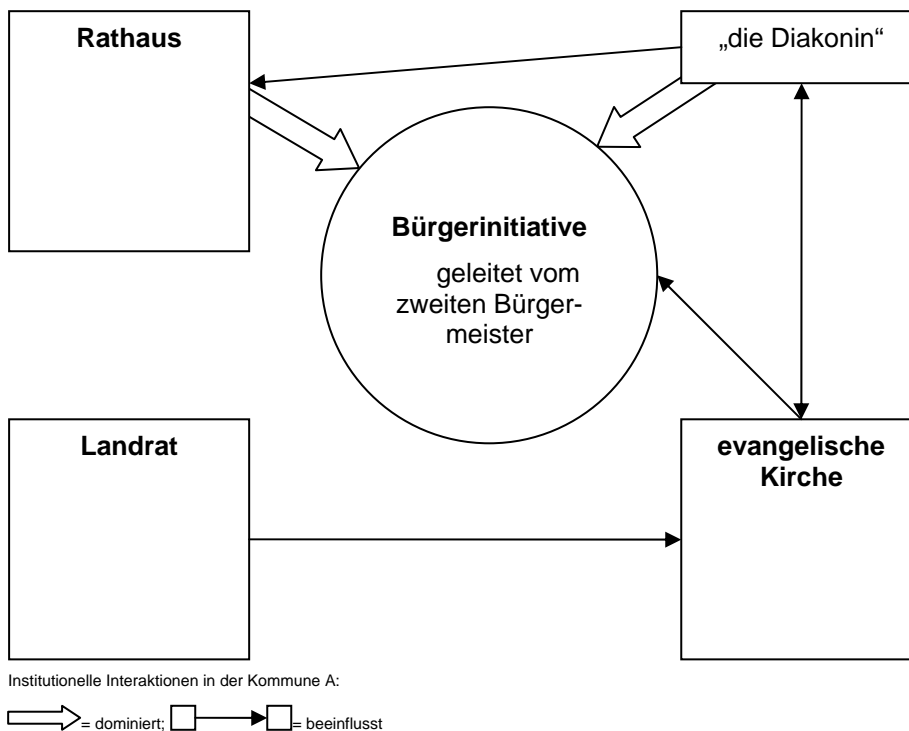
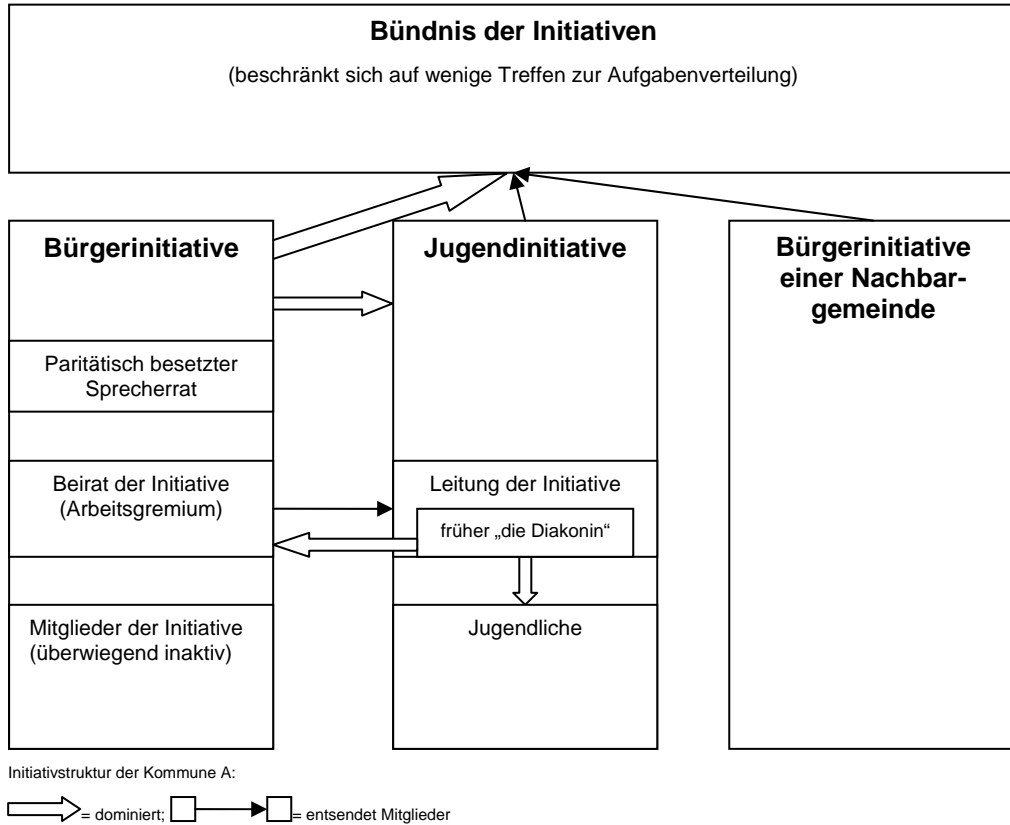
Die Auswertung der Interviews erfolgte thesengeleitet. Unser Interesse war dabei nicht auf die Kritik konkreter Zusammenhänge in den untersuchten Kommunen gerichtet, sondern auf die Sichtung und Bewertung von strukturellen Bedingungen. Entsprechend erfolgte die Anonymisierung der Interviews durch die Anonymisierung der untersuchten Kommunen. Da es uns entscheidend auf die Interaktion der Beteiligten vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Position im institutionellen Gefüge der Gemeinde ankam, wurden die Funktionen bzw. Positionen der Befragten aus der Verwaltung nicht anonymisiert. Die Namen der Initiativen wurden dagegen dahingehend verändert, dass ihre jeweilige Funktion bzw. Stellung innerhalb der analysierten Strukturen nachvollziehbar wird.

ZUR ZITIERWEISE: Mitunter nutzen wir Aussagen der Befragten zur Problembeschreibung oder zur Illustration, ohne dass diese Aussagen zugeordnet werden. Auf diese Zuordnung haben wir nur dann verzichtet, wenn entweder a) alle Befragten eine übereinstimmende Position zum dargestellten Problem einnahmen oder wenn b) die Position der befragten Person im kommunalen Gefüge für die Fragestellungen nicht relevant war

## II. Fallstudien

### Auswertung Kommune A

#### 0. Schematischer Überblick



## 1. Ausgangslage

Der Landkreis A zählt zu den strukturschwachen ländlichen Räumen mit geringer Bevölkerungsdichte. Bedingt durch starken Arbeitsplatzabbau in der Industrie wandern besonders junge Menschen ab. Mangelnde Infrastruktur sowie unzureichende Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel prägen den Landkreis. Auf diese Fakten wurden von allen Interviewten hingewiesen. In der Kommune A und den umliegenden Dörfern, die zur Kommune A gehören leben ca. 10.000 Einwohner, davon sind ca. zehn Prozent Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Nachkommen.

Nach unserer Ausgangsthese 1 existieren Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie nicht nur am Rand sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Trifft diese Beschreibung auf die untersuchte Kommune A zu? Wie sieht der „rechtsextrem“ markierte Rand, wie die „Mitte der Gesellschaft“ in der Kommune aus und wie stellt sich die Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus und aktuellem Nazismus/„Rechtsextremismus“ dar? Diesen Fragen wird im folgenden Abschnitt nachgegangen. Neben der Einschätzung der von uns in fünf Einzel- und in einem Gruppeninterview Befragten, wurden bei der Beschreibung der Ausgangslage folgende Quellen herangezogen: eine regionale sozioempirische Studie aus dem Jahr 2006, Berichte lokaler und überregionaler Presse sowie Veröffentlichungen im Internet.

### 1.1. Nazis in der öffentlichen Wahrnehmung: Aufmarsch als Skandal

Überregionale Bekanntheit erlangte die Kommune A durch alljährliche Aufmärsche von Alt- und Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet sowie anderen europäischen Ländern. Die Aufmärsche waren stets von dem Versuch begleitet, sie durch Verbote (öffentliche Verwaltung) oder durch Gegenprotest (antifaschistische Gruppen, im Folgenden: Antifa) zu verhindern. Sie stießen auf überregionales Presseinteresse. In der öffentlichen überregionalen Wahrnehmung galt die Kommune A lange als Wallfahrtsort für Nazis aller Couleur. Ende der achtziger Jahre marschierten die ersten 100 Nazis durch die Stadt, nachdem ein Versammlungsverbot gerichtlich aufgehoben worden war. In den Folgejahren stieg die Zahl bis auf 1.500 rechte Demonstrierende an. Auseinandersetzungen mit über 4.000 antifaschistischen Gegendemonstrantinnen und -demonstranten dienten schließlich der Begründung eines Demonstrationsverbotes, das 13 Jahre aufrechterhalten wurde. Als das Demonstrationsverbot im Jahr 2001 auf dem Rechtsweg wieder aufgehoben wurde, marschierten 600 Nazis durch die Stadt. Der damalige Bürgermeister der Gemeinde folgte der Doktrin, Nazis seien mit Ignoranz zu strafen. Widerstand durch die Bevölkerung gab es nicht. Widerstand seitens der Antifa wurde von der Polizei verhindert. Der Aufmarsch wurde durch Nazis in der gesamten Bundesrepublik als Erfolg wahrgenommen und in den folgenden Jahren nahm die Zahl der rechten Demonstrantinnen und Demonstranten kontinuierlich zu, bis auf über 4.500 im Jahr 2004. Durch die Schaffung des verfassungsrechtlich umstrittenen §130 Abs. 4 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch eine Versammlung in der die nationalsozialistische Herrschaft gebilligt bzw. verherrlicht wird und dadurch die Würde der Opfer des Nationalsozialismus verletzt wird) hielt das Versammlungsverbot der Jahre 2005 und 2006 im einstweiligen Rechtsschutz einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht stand. Die künftige Entwicklung der Aufmärsche hängt von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache ab, in dem die Verfassungsmäßigkeit des neuen §130 Abs. 4 StGB geprüft wird. Die Aufmärsche wurden durch eine Schlüsselfigur der deutschen Naziszene bis ins Jahr 2012 angemeldet.

## 1.2. Entwicklung der kommunalen und regionalen Naziszene

Parallel zu den Aufmärschen entwickelten sich auch die kommunalen und regionalen Nazi-Strukturen. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen konnte laut der herangezogenen regionalen sozioempirischen Studie noch nicht nachgewiesen werden. Regionale Forschungen vertreten im Einklang mit den Ergebnissen externer Rechtsextremismusforschung die Auffassung, dass die Entwicklung der Naziszene in der Kommune A selbst und in den umliegenden Gemeinden nicht nur wegen der Aufmerksamkeit voranschreite, die die Naziszene durch die besondere Bedeutung der Stadt als Aufmarschort genieße. Vielmehr werde diese Entwicklung zusätzlich von regionalen und überregionalen NPD-Kreisen und freier Kameradschaftsszene gewollt, gesteuert und finanziert. Nach diesen Forschungen und den Aussagen der von uns Befragten bekannten sich im Jahr 2006 circa 40 Jugendliche in der Kommune äußerlich durch entsprechende Kleidung und Symbolik zur Naziszene. Seit 2002 hat sich diese Zahl verdreifacht. Auch wenn die Anzahl explizit rechter Jugendlicher auf den ersten Blick marginal erscheinen mag, ist sie nicht nur in Anbetracht dieses starken Anstiegs bedenklich. Vor dem Hintergrund veränderter Kleidercodes in der Szene ist von einer weitaus höheren Zahl an Jugendlichen mit entsprechendem Gedankengut auszugehen. Außerdem sind, wie die einschlägigen Studien zeigen, rassistische, antisemitische und nationalsozialistische Einstellungen kein Jugendproblem. Verstärkend hinzu kommt der wachsende Organisationsgrad der lokalen Szene. Diese wird zum Teil von bundesweit bekannte Nazikadern unterstützt, mit denen Mitglieder der regionalen Naziszene in regem Kontakt stehen. In und um den Ort wurde durch diese überregionale Vernetzung in den letzten fünf Jahren die bereits existierende Naziszene organisatorisch ausgebaut und eine funktionierende Infrastruktur konnte etabliert werden. 2005 hielt der NPD Landesverband ein großes Parteitreffen im Landkreis A ab, und es wurde ein Stützpunkt der Jungen Nationalen (JN) gegründet. Bei einer Wahlkampfdemonstration der NPD in der Kommune A im selben Jahr mit 150 Teilnehmenden trat erstmals die „Freie Kameradschaft [Kommune A]“ in Erscheinung. Mittlerweile hat sie sich mit Kameradschaften benachbarter Städte und Landkreise zu einem regionalen „Kameradschaftsbund“ zusammengeschlossen. Der regionale Kameradschaftsbund vernetzt die bereits vorhandenen Organisationsstrukturen, initiiert aber auch neue Institutionen. Dazu zählen seit 2005 eine regionale Nazirockband und monatlich erscheinende Rundbriefe, zur Werbung für eigenen Aktivitäten und mit politischen Artikeln und ein monatliches Fanzine mit Demonstrations- und Konzertberichten. Zu den Veranstaltungen der „Freien Kameradschaft“ gehören auch heidnische Feste, wie Sonnenwendfeiern und das Julfest. Außerdem werden erfolgreich Fahrten zu Großdemonstrationen der bundesdeutschen Naziszene organisiert.

## 1.3. Private bzw. privatwirtschaftliche Räume

Private bzw. privatwirtschaftliche Räume werden von den Befragten als Hauptort der Tätigkeit von lokalen Nazis beschrieben. *„Wir haben ja hier diese rechte [Szenekneipe], die auf den einschlägigen, bundesweiten Seiten auch als Treffpunkt beschrieben wird; es gibt in der [Gemeinde A3], bisschen weiter, den ersten Szene-Laden.“* Seit 2003 existierte in der Kommune A die erwähnte Szenekneipe, die als überregionaler Treffpunkt von Nazis aus Bayern, Thüringen und Sachsen diente. Monatlich fanden dort unter anderem mehrere Nazirockkonzerte, politische Veranstaltungen und Themenabende mit Bands und namenhaften Gästen der organisierten Naziszene aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Nach Aufmärschen oder NPD-Demonstrationen in der Kommune A oder in der Region kehrten überregionale Größen der Naziszene in dem Lokal ein. Aufgrund wiederholter Übergriffe durch Nazis mieden viele Jugendliche aus der Kommune A abends die Nähe des Stammlokals der örtlichen Kameradschaften. Gegen das Lokal regte sich im Jahr 2006 bürgerschaftlicher Protest, so hielten ca.



200 Bürgerinnen und Bürger eine Mahnwache anlässlich eines geplanten Nazirockkonzerts ab. Das Lokal wurde im Jahr 2006 umbenannt und dient seitdem nicht mehr als offizieller Nazitreffpunkt. Kneipier ist nach wie vor ein ortsbekannter Neonazi. Bereits seit 2001 gibt es im benachbarten Ort A3 einen regional bekannten Naziszeneladen. Laut Medienberichten aus dem Jahr 2006 ist darüber hinaus eine weitere Kneipe in der Kommune A „in rechter Hand“. Ebenfalls 2003 etablierte sich in einem privaten Wohnhaus ein Nazitreff. Kreise um den Nazianwalt Jürgen Rieger bemühen sich darüber hinaus seit längerem um den Kauf einer Immobilie in der Kommune A, um ein Schulungszentrum zu errichten. Die Kommune wendete den Kauf einer Gaststätte im Ort zuletzt ab, indem sie das Gebäude für mehrere Millionen Euro selbst erwarb.

#### 1.4. Öffentlicher Raum

Neben den unter 1.1 beschriebenen Aufmärschen gehören Nazis im öffentlichen Raum auch zum Alltag der Stadt. Eine der im Gruppeninterview Befragten, die selbst äußerlich nicht zum Feindbild der Nazis zählt, beschreibt eine Alltagssituation in der Kommune A so: *„Also, ich wohn’ ja in [Kommune A], erst seit Oktober letzten Jahres und hab’ vorher in [der Kommune A5] gewohnt – und da wird einem schon bewusster oder man merkt es eher, wenn man so normal zum Einkaufen geht und es ist irgendein Datum, wo ein bestimmtes Jubiläum, sag’ ich jetzt mal, für die rechtsradikale Szene zu feiern ist, ob das irgendwie ein Anfang vom Krieg oder eine andere Sache ist – dann sieht man schon zum Beispiel schwarze Busse, die dann ganz normal beim EDEKA-Center zum Einkaufen gehen, wo man dann wirklich erst mal sich durchkämpft durch vier, fünf ganz eindeutig rechtsradikal angezogene Jugendliche. Wo es einem dann einfach bewusster wird, dass es, ja, auch nichts außergewöhnliches ist in [der Kommune A] als Rechtsradikaler sich auch zu outen.“* Das Verbot des Großaufmarsches im Jahr 2006 hinderte die lokale Szene nicht daran, mit ca. 40 Personen geschlossen durch die Kommune A zu demonstrieren und sich anschließend in der oben genannten Szenelokalität zu versammeln, ohne dass dies von der anwesenden Polizei verhindert wurde. Zwei Busse mit Nazis aus Ostdeutschland folgten dem Aufruf des Kameradschaftsbundes das Lokal vor vermeintlichen Angriffen zu schützen, zu denen es jedoch nicht kam. Aus dem Lokal heraus wurde eine Demonstration der Zivilgesellschaft für Demokratie beschimpft und die Stadt mit Aufklebern beklebt. Größere mediale Aufmerksamkeit erlangten diese Aktionen nicht.

Seit 2004 zeigen sich die lokalen Nazis offen auf Veranstaltungen der bürgerschaftlichen Initiativen gegen Rechts. Dort treten sie regelmäßig gemeinsam mit organisierten Kameradschaften aus der Region und einzelnen „Freien Nationalisten“ aus den umliegenden Gemeinden auf. In mehreren Fällen störten oder sprengten Nazis Informationsabende der zivilgesellschaftlichen Initiativen und politische Podien mit lokalen und auch mit Bundespolitikern mittels der so genannten „Wortergreifungsstrategie“ oder mit Gewaltandrohungen. *„Bei einer Info-Veranstaltung im Juli 2005 [saßen] unter den insgesamt 45 ZuhörerInnen immerhin 15 veritable Neonazis, darunter NPD-Prominenz wie der Fraktionsmitarbeiter im sächsischen Landtag Sascha Rossmüller und bayerische Landesgeschäftsführer Axel Michaelis.“* Das liegt nach Meinung des zitierten Journalisten *„an der völlig falschen Einschätzung der rechten Szene“*. Einer der Befragten aus einer Initiative gegen Rechts erzählt ein Beispiel erfolgreicher Gegenwehr: *„Ja, wir haben Argumentationstraining gehabt und da sind die dann wirklich zu, also das war hier oben im Haus, sind dann wirklich rein gekommen zu zehnt [...]. In entsprechender Kleidung – Springerstiefel, Bomberjacken. Sie haben gesagt, sie wollen mitmachen. Aber, ja, wir haben Hausrecht geübt und sie rausgeworfen.“* Auf die Frage, nach dem Bedrohungspotential antwortet er: *„Ja, also, es gibt da ’n – nebenan wohnen solche. Da hat man es wirklich schon gesehen, wenn wir Veranstaltung gehabt haben, dass dann so Motorsägen im Fenster stehen und Fenster offen, laute Musik. Die marschieren dann außen vorbei, so Patrouille mä-*

*ßig, schauen, was wir machen. [...] Ja, solche Veranstaltungen, wenn 's jetzt was Größeres ist, ist auf jeden Fall bei der Polizei dann bekannt, dass die dann verstärkt Kontrollen machen oder auch Patrouille gehen da draußen. Haben wir auch schon gehabt.“* Neben solcherart Machtdemonstrationen, mit denen laut einer regionalen sozioempirischen Studie „*Neonazis generell Präsenz und Wachstum signalisieren*“, nahmen Übergriffe, Pöbeleien und Schlägereien im öffentlichen Raum zu: auf offener Straße, in Schulen, bei Festen und auch vor Gaststätten, in denen sich eher linksorientierte Jugendliche oder Aussiedlerinnen und Aussiedler aufhalten. Einer der Befragten beschreibt das Gefühl im öffentlichen Raum wie folgt: „*[N]achts in [der Kommune A] ist es nicht wie in der großen Stadt, dass hier viele Leute nachts noch auf den Straßen rumlaufen, sondern da gibt 's schon sehr viel dunkle Ecken, wo es dann sein kann, dass einem jemand auflauert oder so was. Ist mir noch nicht passiert, aber in der Gegend schon mal jemandem und dann – lieber andere Straßenseite. [...] Beschimpfungen muss man sich schon anhören auf der Straße, wenn man denen begegnet. Ich mein', die kennen uns ja auch. Wenn irgendwas ist, wo wir 'ne Veranstaltung haben, dann kommen da auch welche mit Fotoapparaten, fotografieren jeden Einzelnen.“* Auf einer öffentlichen Veranstaltung im Jugendzentrum der Kommune A berichteten mehrere junge Leute von nächtlichen Auseinandersetzungen mit Neonazi-Grüppchen und tätlichen Angriffen im Jahr 2006. Eine Betroffene schildert ein Beispiel eines Übergriffes durch Nazis wie folgt: „*Die Neonazis durften nicht marschieren. Abends waren Bekannte von mir in [der Gemeinde A2]. Da ist ein Jugendraum, in der direkten Umgebung gibt es nur einen Nachbarn, doch die waren, soweit ich weiß, an diesem Abend nicht da. Die Jugendlichen waren zu fünft dort oben. Sie feierten etwas. [...] Abends sahen sie Leute hochkommen. Schon bald merkten sie, dass es sich bei den Leuten um Nazis handelte. Drei der fünf rannten weg. Plötzlich standen zwischen 20 und 30 Nazis oben am Jugendraum. Sie schlugen mit Bänken, Holzlatten und glühenden Holzscheiten auf die beiden ein. Eines der Opfer war selbst kein Deutscher, sondern Spätaussiedler. Die anderen drei, die weggelaufen waren, trafen weiter unten auf weitere Neonazis, ungefähr 20. Bei diesen war ein Mädchen dabei, das ihnen allen noch von früher bekannt war. Es stellte sich im Nachhinein heraus, dass die Neonazis, die oben am Jugendraum für Aufruhr gesorgt hatten, aus Thüringen kamen und nicht [in die Kommune A] reingelassen wurden. So ließen sie Ihre Wut an Jugendlichen aus. Bei einem der Verletzten, ihm wurde mit brennendem Holz ins Gesicht geschlagen, sind die Narben noch heute zu sehen. Die Fünf meldeten sich umgehend bei der Polizei, allerdings wurden Sie abgewimmelt und es kam meines Wissens bis heute zu keinem Verfahren gegen die Neonazis.“* Im Gegensatz zur Präsenz der Aufmärsche in lokalen und überregionalen Medien werden alltägliche Machtdemonstrationen und Übergriffe von Nazis öffentlich kaum oder gar nicht wahrgenommen und problematisiert.

## **1.5. Jugendeinrichtungen und Schulen**

In der Kommune A und den anliegenden Gemeinden, gibt es mehrere Jugendzentren und -treffs, die von den beiden großen christlichen Kirchen oder von freien Trägern betrieben und betreut werden. Die verschiedenen Einrichtungen sind auf Landkreisebene in einem Arbeitskreis Jugendarbeit vernetzt. „*Und da treffen sich halt praktisch die Hauptamtlichen von den einzelnen Stellen, also von den Jugendzentren kommen welche, dann kommen, vom Roten Kreuz gibt's auch so Jugendarbeit und, und, von [der Kommune A4], aus allen möglichen Bereichen. Und das ist das Gremium, wo eigentlich die Vernetzung hinsichtlich der Arbeit mit Erfolg – und wo auch dann eben solche Sachen mit ausdiskutiert werden können. Und meistens läuft es aber auf der Ebene von: ‚Wir haben die und die Maßnahme – können Sie die mit bewerben‘ oder ‚Habt's ihr die Möglichkeit euch da zu beteiligen‘ oder wie auch immer.“*

Die Einrichtungen der Jugendarbeit werden von Nazis nach Aussagen der Befragten angeblich nicht benutzt. Der örtliche offene Jugendtreff werde traditionell von linken Jugendli-

chen bzw. von „Aussiedlern“ frequentiert. „Also, ich denk', offene Jugendarbeit ist gerade relativ unattraktiv für die. Weil offene Jugendarbeit eigentlich traditionell eher aus 'nem linken Spektrum sich raus entwickelt hat, also Jugendzentren. Und von daher eher auch diese Klientel hat oder, was weiß ich, zum Beispiel im Jugendzentrum [der Kommune A4] sehr viele Türken sind. Das hat bisher, jedenfalls in [der Kommune A4] nicht zu Konflikten geführt, also dass es da irgendwelche Schlägereien oder so was gegeben hätte, das war nicht der Fall. Und es hat ganz sicher nicht dazu geführt, dass irgendwelche Rechten gesagt haben: ‚Jetzt wollen wir das!‘ Das ist nicht der Fall. Also, offene Jugendarbeit ist da relativ uninteressant. Wir haben 'n sehr großes, von der Evangelischen Jugend, 'n sehr großes Schüler-Café in [der Kommune A4] mit jeden Tag 130 Leuten ungefähr drin. Und auch da – da sind relativ viele Ausländer – und auch da haben wir bisher also den Konflikt nicht.“

Für Unterwanderungsstrategien von Nazis in der offenen Jugendarbeit besteht bei den Befragten allerdings kaum Problembewusstsein. „Also, in [der Kommune A] könnte man 's noch theoretisch annehmen, weil man sagt: ‚Gut, hier sind Leute‘ – aber die bauen sich ihre eigenen Strukturen auf, die sind bedeutend interessanter und die haben sie leichter, als wenn sie sich da jetzt Mühe geben. Und vom [Kommune A-]Jugendzentrum da ist auch, glaub' ich, der Altersdurchschnitt der Besucher eher niedriger“ – „und es sind weitgehend Russlanddeutsche [...] Also, sehr viele. Und ich glaub', das ist wirklich also der Punkt, wo es dann eigentlich, ja, im Widerspruch steht zu dem, was die eigentlich erreichen wollen. Also, ich glaub', soweit sind sie noch nicht ganz, dass sie dann sagen können: ‚Deutschland den Deutschen aber wir arbeiten mit Russlanddeutschen‘ oder so etwas. Also, bei uns sind die zum Teil auch, die Jugendlichen, die im Jugendzentrum sind, teilweise, sag' ich einmal, auch in noch in 'nem Verein, teilweise, ja? Und in der Großstadt [...] sind es wirklich Leute, was sich nicht binden wollen und so weiter und ein Klientel, wo von dieser rechten Szene eben gerne gefunden wird dann.“

Die Jugendtreffs werden laut der Beschreibung der Befragten teils von Personen betrieben, die im Umgang mit Nazis unerfahrenen sind und nicht speziell qualifiziert werden. Entsprechende Qualifizierungen finden, wenn überhaupt, freiwillig statt. So wird bereits die Altersstruktur der Nazisubkultur von den von uns Befragten aus der Jugendsozial- und Jugendvereinsarbeit, die als sensibilisiert für das Thema gelten können, falsch eingeschätzt. „Und wirklich noch mal das mit dem Begriff der Jugendlichen. Also, 17, 18 ist dann die Grenze. Und dann – dass es kein Potential gibt, mit dem man weiter arbeiten könnte dann praktisch für die [Nazis]. Also als Multiplikatoren für Rechtsradikale sind die nicht attraktiv im Hinblick darauf, dass sie tatsächlich, Mobilität selber nicht haben. Und die Kinder, also, beginnend ab 12 Jahren, da kann man schon zu 'nem Jugendzentrum gehen. Die anderen sind nicht mehr da oder sind nicht mehr so greifbar oder wollen dann nicht oder haben dann irgendwo selber ihre Treffs. [...] Also, ich hätt' jetzt speziell auf Multiplikatoren und so weiter, ich hätt' auf 16 gesagt. 16 bis – aufwärts. Da glaub' ich, ist die Grenze nicht jetzt nach oben.“ Nach dieser Einschätzung liegt das Alter in dem Jugendliche auf Nazisubkultur ansprechen, bzw. angesprochen werden zwischen 16 und 17 Jahren. Jüngere seien in den Jugendzentren gut aufgehoben. Und ältere Jugendliche seien mangels beruflicher Perspektiven einfach nicht mehr da. „Da ist jeder weg, weil auch 'n Rechtsradikaler hier keine Arbeit findet – außer eben die paar wenigen, die jetzt irgendwo 'nen Job haben oder die zuhause das Geschäft übernehmen oder die Landwirtschaft oder irgend so was, die müssen hier bleiben. Aber die anderen, die müssen weg, den bleibt gar nichts anderes übrig. Und von daher ist diese, diese Zielgruppe, die für die sicher sehr interessant wäre, auch so gering, dass ich denke, da werden die nicht sehr viel rein investieren.“

Auch an allen verschiedenen Schultypen in der Kommune A, ob Hauptschule, Realschule oder Gymnasien sind jugendliche Nazis, teils organisierte, teils Mitläufer, vertreten. Das Problembewusstsein diesbezüglich ist unterschiedlich ausgeprägt und hängt entscheidend

von Lehrerinnen und Lehrern bzw. den Schulleitungen ab. Für das Gymnasium das die meisten Mitglieder der Jugendinitiative besuchen, beschreibt das einer der Befragten exemplarisch: „Ja, wir haben schon Rechte an der Schule. Die auch schon mehrfach aufgefallen sind. Da ist einer, der hat dann in 'ner Klassenfahrt, im Skilager wohl auch jemanden wirklich geschlagen und der Schulleiter versucht das dann irgendwie trotzdem so weg-, zu vertuschen. Der ist nicht von der Schule verwiesen worden, sondern musste den Arbeitskreis Politik und Zeitgeschichte besuchen, aber das soll alles halt so [...] unter den Teppich gehalten werden. [...] Dass der Ruf der Schule nach außen hin gut bleibt. [...] Es heißt bei uns: ‚Wir haben kein Problem, wir haben keine Rechten bei uns an der Schule, bei uns gibt's keine Diskriminierung und dann brauchen wir das auch nicht.‘“

## 1.6. Vereine

Die Vergesellschaftung in Vereinen dominiert die Struktur des kommunalen Lebens. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind seit jeher in einer Vielzahl von Sport-, Kultur-, Heimat- und gesellschaftspolitischen Vereinen organisiert.

Der größte Teil der Interviewten weist auf die Rolle der Vereine als Sozialisationsmilieu für Alt und Jung hin. Die Bedeutung der Vereine im ländlichen Raum nimmt sogar zu: „[W]enn man auf einem Dorf wohnt und mit den dörflichen Vereinen und Organisationen, dass da sich auch gerade bei jüngeren Leuten so das Heimatgefühl in der Form des Milieus stärker ausprägt, als man das vor einiger Zeit noch hatte. [...] Man zieht sich ein bisschen – wieder zurück auf den eigenen Bereich, man ist dann – ob das jetzt die Feuerwehr ist oder die Vereine und so oder gesellschaftliche Vereine oder Burschen-Vereine – und die Dinge, die heut' 'ne größere Rolle wieder spielen, als wir das noch vor einigen Jahren hatten dann. Man hat also, sagen wir mal, Orte, die ursprünglich mal landwirtschaftlich geprägt waren, aber heute vielleicht noch zwei, drei Bauern haben, wenn überhaupt, so dass das Thema Bauern eigentlich keine Rolle spielt. Aber man erinnert sich, dass man quasi vom Land kommt und auf dem Land lebt. Und von daher gesehen kommt für mich hier 'ne stärkere – konservativ, muss nicht gleich rechtsradikal sein – aber zumindest 'ne politische weiter rechts stehende Einstellung wird deutlich in den ländlichen Bereichen.“

Im Rahmen des Vereinslebens sind auch Nazis aktiv. „[I]ch glaub nicht, dass wir hier diese unterwanderten Strukturen haben, dass Rechte bewusst in 'nen Verein reingehen um dann andere rüberzuziehen. Sondern die sind einfach halt drin, weil die sind halt dann acht, neun, wenn sie in 'nen Verein reingehen, werden dann halt irgendwann rechts – sind aber zum Beispiel die Stütze des Vereins und werden dann zum Vorstand. Das hatten wir jetzt eben in zwei, zwei Vereinen, wo also einer der ganz Stadt bekannten Nazis war der Erste Vorsitzende von 'nem Burschenverein. Und dann wird's halt haarig, ja? Dann ist der natürlich nicht so blöd, der sagt auch zu mir: ‚[...] in der Satzung steht, wir sind nicht politisch.‘ Aber ich mein', was dann bei den Stammtischgesprächen nach der Vereinssitzung passiert, ja, das ist klar. Oder halt hier im Fußballverein, der hat den Spitznamen Fußball-SS – und das find' ich zum Beispiel auch so markant. Der wird hier von Schülern so genannt, von Lehrern so genannt und keiner nimmt das richtig ernst. Sondern man kennt ja die Pappenheimer, die da sind, ja? Und eigentlich müsste man schon längst aufschreien! Dann haben die halt eben Nazi-Musik in der Umkleidekabine und es tut irgendwie auch noch keiner so richtig was, weil's keiner so richtig ernst nimmt.“ Nazis werden in den Vereinen also größtenteils geduldet. Eine offensive Auseinandersetzung mit ihnen wird nicht gesucht. Fast alle Vereine ziehen sich auf einen vermeintlich neutralen, unpolitischen Status zurück. Position gegen rechte Einstellungen und gegen aktive Nazis in den Vereinen zu beziehen, hieße nach dieser Logik, „links“ zu sein, also das unpolitische Terrain zu verlassen. „Die Vereine wollen per Definition unpolitisch sein, sprich offen für alle Bürger, was auch gut ist.“

Ob diese Offenheit gut so ist, statt im Gegenteil die Verbreitung rechter Einstellungen zu befördern, stellt die Diakonin vor dem Hintergrund der besonderen Rolle der Vereine als wichtige Sozialisationsinstanzen in Frage: *„Und was in der Entwicklung des Rechtsextremismus hier kritisch ist, ist, dass irgendwie ja jeder jeden kennt. Und dann ist es für manche Jugendliche so, dann ist zwar schon einer ziemlich drin in der Szene und lässt sich das auch optisch eben ansehen – und das ist ja nicht so bedrohlich, weil man kennt sich ja. Man war mit dem in der Grundschule oder im Kindergarten und sagt: ‚Na das ist doch kein Nazi, das ist doch der Sowieso‘ – und dann hat man gar nicht so dieses: ‚Hallo! Was tust du hier?‘ Sondern man trifft sich halt trotzdem normal, das ist an sich ja kein schlechter Mensch. Und – deswegen springt es auch schneller mal über oder diese Gedankengut, weil man sich halt einfach trotzdem irgendwie kennt. Also, das hab’ ich oft als sehr nebulös entdeckt. Oder dann hockt halt der eine, der eigentlich zu den Rechten gehört, aber genauso bei den Linken mit rum war oder irgendwas, weil die halt vom Verein her irgendwie Kontakt haben.“*

Die verschiedenen Jugendvereine sind auf Kreis- und Landesebene vernetzt. Auf Landesebene verlinkt eine Internetplattform gegen Rechts, die aus Mitteln des Bundesprogramms ENTIMON gefördert wird, Initiativen und Projekte gegen Rechts. Beratung zu konkreten Fragen nach rechten Inhalten, Symbolen und (Gegen)Strategien vermittelt die Seite jedoch nicht, sie verweist wiederum auf die Geschäftsstellen in den Kreisen bzw. die Jugendpflegestellen in den Kommunen. Auf das fehlende Engagement angesprochen, verweisen die Vereinsvertreterinnen und -vertreter ihrerseits wieder nach oben oder ziehen sich auf die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Initiativen zurück, die sie als Feigenblatt für ihre eigene Untätigkeit benutzen. So erklärt ein Vertreter der Jugendvereine: *„Es gibt da, die Institutionen sind ja bekannt. Also, hier in [der Kommune A] sind eingefleischte Institutionen – die Jugendinitiative gegen Rechts und so weiter. Wir verweisen dann also auch an eine, an den Bayerischen Jugendring, der eine Internetseite hat – ‚Klick gegen Rechts‘, da sind ja sämtliche Institutionen aufgeführt. Und wie gesagt, viele kommen dann auf die [Diakonin<sup>22</sup>] zurück, die ich persönlich also auch kennen gelernt habe und auch sehr schätze, und [die] prädestiniert ist für diese Thematik. Und ich denke, mit einem Telefonat mit der [Diakonin] im Vorfeld kann also schon vieles abgeklärt werden“.*

## **1.7. Vergangenheitsbewältigung, politisches Klima und Alltagsrassismus**

Auf welches Klima treffen nun diese beiden Phänomene, die skandalisierte und die alltägliche Seite des Problems, in der Kommune A?

Die Stadt ist zur Zeit des Dritten Reichs eine *„durchschnittliche belastete Stadt“* gewesen. *„Die Zahl der goldenen Parteiabzeichenträger war wohl nicht größer als in anderen Orten, obwohl’s relativ – wie in der Gegend überhaupt – in den zwanziger Jahren ja schon der Nationalsozialismus hier Boden gefunden hat. Die Ortsgruppe wurde wohl auch in den zwanziger Jahren gegründet.“* Die Entnazifizierung nach 1945 beschreibt einer der Befragten aus der Verwaltungsebene des Landkreises A als *„wie halt in Westdeutschland üblich, nichts Besonderes“*. Bekanntermaßen fand die *übliche* Entnazifizierung nur oberflächlich statt. In dieses Bild passt auch die Auskunft des in einer regionalen Sozialstudie zitierten Stadtarchivars, wonach die Stadt ihre Rolle im dritten Reich mit der Begründung des *„Personen- und Angehörigenschutzes“* noch nicht aufgearbeitet hat. Von der Bevölkerung werde das Thema gemieden. Auch der befragte Verwaltungsbeamte erkennt dieses Problem an: So sei das Ehrendenkmal für die Opfer eines Todesmarsches aus einem Konzentrationslagers eine Stätte, *„da ist man als [Kommune A Bürger] nicht hingegangen“*. Ihre Erfahrungen im Umgang mit den

---

<sup>22</sup> Zur Person vgl. unten 3.1.A.

Opfern des Nationalsozialismus beschreibt auch die ehemalige Diakonin wie folgt: *„Dann auf dem Friedhof, ich hab 'n Grab entdeckt von dreißig Menschen, die bei Exekutionsmärschen hier durch die Region ums Leben gekommen sind. Und wollte da Gedenkfeiern anfangen. Dass hier dann die Pfarrer gesagt haben: ‚Du, lass das lieber, die mögen dich gleich mal nicht, wenn du das machst und du trittst gleich in ein Fettnäpfchen und mach mal so 'ne Arbeit nicht.‘ [...] Das heißt also, ich war vorsensibilisiert und dann war halt klar: Okay, hier ist weniger Gedenken dran als überhaupt was zu tun.“* Anfang der fünfziger Jahre bildete sich eine sehr starke Ortsgruppe des Deutschen Blocks – einer der Naziparteien der damaligen Zeit, die nicht verboten waren. *„Die halt, na ja, sehr viel Anklänge eigentlich hatten an' Nationalsozialismus, die auch im Stadtrat mit 'ner eigenen Fraktion vertreten waren und es 1956 – also vor genau 50 Jahren – fast geschafft hätten den Bürgermeister zu stellen. Bei einer Bürgermeister-Neuwahl, der Vorgänger kam von der CSU, hat nicht wieder kandidiert. Es gab 'n SPD-Kandidaten, einen Parteilosen mit CSU-Unterstützung, BHE und verschiedene anderen, also einmal Bund Heimatvertriebener und Entrechteter und anderer Gruppierungen. In der Stichwahl stand dann dieser Parteilose gegen den Kandidaten des Deutschen Blocks – die SPD hat sich in Anführungszeichen – da ihr Kandidaten ausgeschlossen wurde – ‚staatstragend‘ verhalten und hat dann auch gesagt: ‚Wir unterstützen den anderen.‘ Und der andere ist dann gegenüber den Deutschen-Block-Kandidaten mit im Grund genommen nur 60 oder 70 Stimmen Vorsprung gewählt worden. Also, das war eigentlich so der Gipfel der Erfolge Rechtsradikaler in der Region.“* Die CSU verstand es in den Folgejahren den Deutschen Block bei der kommunalen Arbeit mit einzubinden. Zunächst bestand eine Listenverbindung zwischen CSU und Deutschem Block, später traten dessen Abgeordnete im Stadtrat der CSU-Fraktion bei und kandidierten als Parteilose auf der CSU-Liste. Der befragte Verwaltungsbeamte beschreibt den Prozess so: *„Die Integration der Rechten, ich würde nicht sagen, der extremen Rechten, aber des rechten Randes in die CSU ist also hier vor Ort also hervorragend gelungen. [...] 20 Jahre haben die 'ne Rolle gespielt und das ist eigentlich alles aufgesogen worden von der CSU.“* Nach Meinung des Stadtarchivars haben sich neben der Gruppe Altnazis und „Altmitläufer“ ab den siebziger Jahren immer wieder neue nazistische Gruppierungen etabliert, die sich jeweils nach einigen Jahren wieder auflösten.

Heute stellen die großen Volksparteien CSU und SPD die politische Mehrheit in der Kommune. Wichtige Sozialisationsinstanzen sind die Kirchen und Vereine. Sie können als Schlüsselstellen zwischen Politik und Zivilgesellschaft beschrieben werden. In den letzten Jahren hat sich das bürgerschaftliche Engagement gegen die Aufmärsche in einer kommunal einflussreichen Bürgerinitiative konzentriert, die hohe Legitimität im Ort besitzt und die politischen Diskurse und Entscheidungen mitbestimmt. Eine regionale Studie, die auf subjektiven Beobachtungen der Akteure bürgerschaftlichen Engagements beruht, beschreibt die aktuelle Gemengelage vor Ort so: *„ein Teil der Bevölkerung hat sich intensiv mit demokratischen Grundwerten auseinandergesetzt (zum Beispiel mit Gleichheitsrechten und Freiheitsrechten wie der Versammlungs- und Meinungsfreiheit) und stimmt diesen zu. Ein anderer Teil lehne bürgerschaftliches Engagement und die damit verbundenen Wertorientierungen ab oder stehe diesen gleichgültig gegenüber, ohne sich zu Alternativen zu äußern. Ein weiterer Teil der Bevölkerung orientiere sich stark an rechtsextremen Ideologien.“* Bei den Bundestagswahlen 2005 erhielt die NPD in der Kommune A fast sechs Prozent der Stimmen.

Dass rassistische Ressentiments in breiten Bevölkerungskreisen vorzufinden sind, bestätigen mehrere der Befragten. *„[W]ir haben hier 'n relativ großes Asylbewerberheim gehabt oder wir hatten relativ viele Asylbewerber, die auch innerhalb des Landkreises auf wenige Orte konzentriert waren, weil die größeren Städte sich so verhalten konnten, dass da keine entsprechenden Räumlichkeiten angemietet werden konnten und damit hatten wir, auch der Landkreis hat von Anfang an ein ehemals dem Landkreis gehörendes Verwaltungsgebäude als Asylbewerberheim*

zur Verfügung gestellt. Gab damals eine Riesen-Diskussion in der Öffentlichkeit, obwohl – eigentlich ohne Probleme muss man sagen, dieses Asylbewerberheim.“

Viele der Befragten beklagen antidemokratische Einstellungen und Gleichgültigkeit großer Teile der Bevölkerung in Bezug auf die Aufmärsche. Ein Interviewee beschreibt die Situation bei einem der Aufmärsche als skurril: „Dann gab es noch so skurrile Bilder, wo dann Bürger, weil ja endlich mal hier was los ist, im ländlichen Raum sozusagen, sich in Gartenstühlen und mit 'nem Bier auf den Bürgersteig gesetzt haben und ihr zugesehen haben, was natürlich die Rechten auch noch mal toll fanden.“ Auch in Abgrenzung zu den antifaschistischen Gegenaktivitäten beurteilen Teile der Bevölkerung den Naziaufmarsch positiv. „Und die Rechtsextremen waren relativ dazu – die sind halt marschieren, wie 's deren Art ist. Und so einfältige Bürger haben das dann so den Presseleuten gesagt: ‚Das sind ja die Braven und die anderen sind ja die Gefährlichen.‘“ Ein Befragter aus einer anderen Initiative zeigt Verständnis für die Reaktion der Bevölkerung: „Ja, weil das ist wirklich als störend empfunden worden und auch in [der Kommune A] die Bevölkerung hat gesagt: ‚Die sind ja noch viel schlimmer als wie die Rechten! Weil die Rechten sind friedlich und leise und die brüllen dann hier rum‘“. Sieht man von der Beschreibung der Bürgerschaft als gelangweilten, einfältigen Landmenschen, die jede Abwechslung unhinterfragt hinnehmen, einmal ab, bleibt erstens deren mangelndes Problembewusstsein übrig und zweitens ihre positive Bezugnahme auf die Form in der sich die Nazidemonstration präsentiert. „Die haben halt marschieren“ und nicht wie „die Linken [...] rumgeschrien“ und „sich aufgeführt“. Solcherart Aussagen der Bevölkerung verweisen auf autoritäre Ordnungsvorstellungen, die eine der Grundlagen nationalsozialistischer und rechtspopulistischer Diskurse darstellen. Im Gespräch machen das auch andere der Befragten deutlich: „Ja, jetzt wirklich aktiv sind 's relativ wenig. [Nazis in der Kommune A] Aber so in der Bevölkerung die Zustimmung – ‚Die marschieren ja nur, hat's immer geheißsen. ‚Solange die mir selber nix tun, warum soll ich dann aktiv werden und was dagegen machen?‘ Ich denk', so im Unterbewusstsein ist das doch sehr breit noch bei uns.“ Das mangelnde Problembewusstsein der Mehrheit beschreibt ein Interviewee wie folgt: „Solange die Nazis nur marschieren und mir selber nix passiert, brauch' ich auch nix machen. Und sehr viele Leute sagen auch: ‚Ihr macht es ja nur noch schlimmer.‘ Wobei es halt, was ich vorhin schon gesagt hab', dass es mehr so ist, dass wir das halt aufdecken und ans Tageslicht rücken, was wirklich passiert in der rechten Szene. Viele Leute wollen das einfach nicht wahrnehmen.“

Darüber hinaus ist auch Rassismus als Versatzstück rechter Ideologie virulent. Wie die Anschlussstellen aussehen, macht folgende Aussage deutlich „Es gibt zwar wenig Ausländer in dem Sinn, aber dafür die Russlanddeutschen, dann werden die mit als Feindgruppe gedeutet. Und dann dieses latente Dulden von den Bürgern und Bürgerinnen. Also, es gibt durchaus auch Erwachsene, die sagen: ‚Wenn wir die Russlanddeutschen nicht hätten, dann bräuchten wir die Nazis nicht.‘“ Doch auch bei den Befragten selbst, finden sich rassistische Ressentiments gegen die „Aussiedler“. Einer der Befragten, der selbst gegen Rechts engagiert ist: „In dem Jugendzentrum ist wieder das Problem – wir haben sehr viele Russlanddeutsche hier in [der Kommune A] oder überhaupt in der Umgebung. Und die haben mehr oder weniger das Jugendzentrum fast übernommen. Was viele Leute sagen: ‚Da kann man schon gar nicht mehr reingehen.‘ Ich war selber auch wirklich noch nicht drinnen.“ Später ergänzt er: „Ja, es ist wirklich so, dass die unter sich bleiben – jetzt die Russlanddeutschen unter sich, die Türken unter sich. Und ja – Gesellschaft, Parallelgesellschaft kann man schon fast sagen.“

Als exemplarische Belege der These vom Rassismus und anderen Versatzstücken rechter Ideologie aus der „Mitte der Gesellschaft“ mögen diese Darstellungen genügen.

## 2. Reflexion des Problems der Kommune

Es bleibt die Frage, inwieweit diese These von den kommunalen Akteuren geteilt wird. Ob und in welchem Ausmaß nehmen die kommunalen Verantwortlichen und die zivilgesellschaftlichen Initiativen die Verankerung in der „Mitte der Gesellschaft“ wahr und welche konzeptionellen Konsequenzen ziehen sie gegebenenfalls daraus?

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die befragten Akteure das Problem „Rechtsextremismus“ als ein von außen in die Kommune hineingetragenes Problem betrachten. Das gilt nicht nur für die Aufmärsche. Auch die lokale Naziszene ist erst über die Aufmärsche in den Blick geraten und wird als wesentlich durch äußere Faktoren beeinflusstes Phänomen beschrieben. Damit einher geht ein Entschuldigungsdiskurs gegenüber Einstellungen, die in der angestammten Bevölkerung vertreten werden. Die These von der Verführung der unwissenden bzw. naiven jugendlichen und erwachsenen Bevölkerung verhindert die tiefgründige Auseinandersetzung mit in breiten Bevölkerungskreisen virulenten Elementen nationalsozialistischer Ideologie. Das hat Auswirkungen auf die praktische Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechts, die sich auf die Bekämpfung der „Gefahr von außen“ konzentriert und intern auf Aufklärung und Täterarbeit setzt. Das Engagement gegen Alltagsrassismus und für die Stärkung von Gegenkulturen wird demgegenüber nicht sichtbar.

### 2.1. Zum Verhältnis „Innen“ und „Außen“ – Einschätzung von Aufmärschen und lokaler Naziszene

Bei allen Befragten dominierte das Thema der überregional Beachtung findenden Großaufmärsche die Problemdarstellung. *„[Die Kommune A] hat ja die spezifische Situation, [...] dass da unsere Stadt seit 1987 von diesen Rechtsextremen immer wieder missbraucht wird, um hier Großdemonstrationen zu veranstalten. [...] Im Laufe der Zeit haben sich Polizei-Taktik und Rechtsprechung geändert und im Jahr 2000 wurde wider Erwarten in [der Kommune A] dieser Aufmarsch wieder genehmigt. Und dann kamen die wieder.“* Die Erzählung ist durch das Bild der von außen über die Stadt hereinbrechenden Nazis bestimmt, in den Jahren in welchen das Demonstrationsverbot griff, scheint das Problem Nazis dagegen gar nicht zu existieren. *„Dass dann natürlich 1990 nach der Wiedervereinigung hier eigentlich [die Gemeinde A] gerade für Menschen aus den neuen Bundesländern doch sehr nah erreichbar war. Und wir damals auch 'nen ganz 'nen großen Anteil aus Sachsen, aus Thüringen, aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg an Jugendlichen dann hier hatten mit Bussen halt, die schon so halb organisiert war und – das war, dann hat sich der Ort dann für die Rechtsradikalen dann eigentlich als sehr günstig erwiesen. Gut, ab '91 haben unsere Verbotsbescheide gehalten.“* Später wird das Bild der fremden Nazis wieder aufgegriffen, als es um Gegenstrategien gegen die Aufmärsche geht. *„Auf jeden Fall war dann unsere Aussage: ‚Uns steht ein Geschäftsmann aus [der Kommune A] näher als ein Rechtsextremist aus Hamburg, der da unseren Festplatz mieten möchte.‘ [...] Und wir wollen sehen, ob es einen Richter gibt, der die Versammlung eines Bürgers vor seinem Haus verbietet um einem Rechtsextremisten aus Hamburg den Weg frei zu machen, dass er mit seinen Nazis da durch marschiert.“* Die Umschreibung „aus Hamburg“ kann unschwer gleichgesetzt werden mit „nicht von hier“, „nicht aus unserem Ort“.

Nur wenige der Befragten verweisen auf die lokale Verankerung der Naziszene: *„[U]nd dann muss man sehen, dass es nicht nur um die Tausende geht, die jedes Jahr hierher kommen, oder in den letzten zwei Jahren war es ja verboten, die hierher gekommen sind. Sondern es geht auch um die, ich sag' mal, um den braunen Sumpf, der nicht nur hier in [der Kommune A] sondern überall ist. Also, jede Stadt hat so ihre Kameradschaft inzwischen wieder, ja?“*



Auch die Antifa, wird fast durchgehend als „von außen“ kommende Macht beschrieben. *„Dass man das nicht nur der Antifa überlässt, die natürlich von außen immer hierher kam und gegen demonstriert hat, sondern dass man sagt: ‚Das ist ’ne Sache der Bürger, das ist unsere Stadt – wir lassen uns die nicht nehmen, wir erobern die zurück.‘ Das war so der erste Gedanke: Rückeroberung der Stadt.“* beschreibt die Initiatorin einer der ersten lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen in der Gemeinde A die Intention des bürgerschaftlichen Engagements. Dass es auch eine regionale antifaschistische Initiative gibt, kommt in den Erzählungen der Befragten nicht vor. In Anbetracht der bundes- und europaweiten Mobilisierung in eine kleine Stadt von 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mag die Fokussierung auf „die von Außen“ durchaus nachvollziehbar erscheinen. Die strikte Trennung zwischen Gut=Mitte=Innen und Böse=Extrem=Außen, hat jedoch Folgen im Umgang mit jenen, die „Innen“ aber gleichzeitig „Extrem“ sind. Die Argumentation *„uns steht ein Geschäftsmann aus [der Kommune A] näher als ein Rechtsextremist aus Hamburg“* fiele als Gegenstrategie in sich zusammen, wenn ein Mitglied der örtlichen Kameradschaft die Anmeldung übernehmen würde. Eine andere mögliche Interpretation der Aussage lautet, dass *„Rechtsextremisten aus [der Kommune A]“* gar nicht als Akteure wahr- bzw. ernstgenommen werden. Dass auch lokale und regionale Kameradschaften an den Aufmärschen beteiligt sind, wird auch nur von einer der Befragten aus einer Initiative thematisiert. Auch die NPD wird von den Befragten nicht als personell im Ort verankerte Gruppe, sondern gleichsam als von außen kommend beschrieben. Gleiches gilt für antifaschistisches Engagement, das vom Engagement der örtlichen Bürgerschaft gegen Rechts stets sauber getrennt wird. Lediglich eine Interviewpartnerin aus der Bürgerinitiative verweist auf personelle Überschneidungen und Kontinuitäten beim Widerstand gegen die Naziaufmärsche: *„Es ist jetzt bald 20 Jahre her [dass die Aufmärsche in der Kommune A begonnen haben] und ein kleines Häufchen von Menschen, die gesagt haben, dagegen müssen wir anstehen, ist auf die Straße gegangen, und ich war auch dabei. Also ich hab das ganze jetzt wirklich von Anfang an mitgekriegt und es ging einige Jahre, und uns ist von der [Kommune A-]Bevölkerung und auch von den [Kommune A-]Lokalpolitikern immer gesagt worden, bleibt doch alle zu Hause, ihr verschlimmert das Problem nur, wir machen hier alles dicht und lasst doch die Braunen laufen und dann ist doch das Problem erledigt, ohne dass es großes Aufheben gibt. Gut das ham wir nie eingehalten, sondern wir sind auch immer mehr geworden, ähnlich wie auch die Braunen immer mehr geworden sind.“* Sie beschreibt die Einbindung der lokalen Bevölkerung als langwierigen Prozess. *„Ich denk’, das muss man auch vor der Entwicklung der letzten 20 Jahre sehen. Federführend in den Jahren, wo es gesellschaftlich in [Kommune A] nicht anerkannt war, war die VVN [Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes], zusammen mit einer Gruppe Antifaschisten, ja? Jugendliche, antifaschistische Spontis sage ich mal, die aber zum Teil auch schon jahrelang arbeiten. [...] Die waren alle nicht aus [Kommune A], ja? Und unser Ziel in dieser Gruppe damals war immer, die [Kommune A-Bürger] zu aktivieren, drauf hinzuwirken, dass sich [Kommune A-Bürger] beteiligen.“* Diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner, die sich beteiligten, sahen sich lange der Gegnerschaft der angestammten Bevölkerung gegenüber: *„Also, die sind in den ersten Jahren, als wir da ungeliebter Weise auf die Straße gegangen sind, sehr angefeindet worden, haben sich daraufhin bisschen zurückgezogen.“* Interessant ist, dass auch die Befragte, die sich „von Anfang an“ in der Kommune A engagiert hat, ihr Engagement als das eines Eindringlings definiert. *„Im gleichen Maß, wie die [Kommune A-Bürger] gemerkt haben, hier ist was, gemeinsam auch mit der [Diakonin], haben wir uns zurückgezogen und dann haben nur noch teilgenommen, aber nicht mehr federführend, ja? Das war uns wichtig. [...] Weil wir nicht hier aus [Kommune A] stammen. Und es ist immer schlecht, wenn jemand von außerhalb kommt und sagt: ‚Jetzt zeig’ ich euch mal, wie es gemacht werden muss, ja?‘ Das kann ich auch nicht leiden. Ich denke, das ist sehr behutsam gelaufen, vielleicht so behutsam, dass es in [Kommune A] kaum jemand wahrgenommen hat, ja?“*

Die lokale Naziszene ist in der Praxis erst über das Ereignis „Aufmärsche“ in den Blick der kommunalen Akteure geraten und wird von diesen auch in den Interviews ausnahmslos erst an zweiter Stelle als Alltagsproblem beschrieben, teilweise erst auf Nachfrage. Mit dieser Gewichtung einher geht ein nur abgeleitetes Interesse für die Verankerung der Naziszene in der lokalen Bürgerschaft. Eine der gegen Rechts engagierten Personen aus der Kommunalverwaltung beschreibt, wie sie über die Aufmärsche hinaus das Problem vor Ort einschätzt: *„Ja, und zwar, das war uns bis 2004 entweder nicht bewusst aber vielleicht weniger aktiv – wir hatten eigentlich keine, zumindest öffentlich erscheinende rechtsextreme Szene in unserer Stadt. Sondern das war ein von außen herein getragenes Problem, aber so zeitgleich mit Gründung der Bürgerinitiative hat man dann doch gemerkt, dass auch ‘ne lokale Szene da ist. Und mit der haben wir uns dann auch auseinandergesetzt.“* Das Zitat kann exemplarische Geltung für die Wahrnehmung der lokalen Akteure aus Politik und Verwaltung beanspruchen. Zum einen verweist es darauf, dass jenseits der Aufmärsche ein Problem bestand, und das auch eingeräumt wird – seitens der Befragten aus Politik und Verwaltung erst auf Nachfrage. Gleichzeitig wird es aber als „von außen hereingetragen“ markiert: Das mangelnde Problembewusstsein geht einher mit der Feststellung, das Problem habe seine Wurzel jedenfalls nicht in der lokalen Bürgerschaft, sprich in der „Mitte“ der eigenen Gemeinde. Der Landrat beschreibt im Gespräch als Einziger die historische und soziale Verankerung der Nazis in der Gesellschaft, (vgl. oben 1.7). Zu heute sieht er jedoch einen deutlichen Bruch: *„Gut, ich mein’, ich muss einmal das tiefer gehende, auf das, wenn Sie es so wollen, historische nehmen. Das zweite ist, was ich vor Ort habe und natürlich das Problem, das uns natürlich im Moment berührt, stehen im Zusammenhang mit [den Aufmärschen] und dass darauf von außen sehr viel herein getragen wurde, ohne dass man sagen kann, der Rechtsradikalismus hat hier sozusagen die Wurzel bekommen oder ist an dem Thema aufgeblüht, sondern es ist im Wesentlichen von außen herein getragen worden.“* Auf die Frage nach der Verankerung vor Ort und das im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hohe Wahlergebnis der NPD bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005<sup>23</sup> lautet die Antwort: *„[E]s war zum Teil eine Verärgerung, dass man – jetzt von der Gegenseite her – das Thema so hochgespielt hat. Also da bin ich mir nicht ganz im Klaren, ob das nicht Druck und Gegendruck ist, dass das einfach Verärgerungen mancher Leute waren, dass halt [...] zum Teil Polizei-Notstands-Situationen in [der Kommune A] waren und dass das da ‘ne gewisse Trotzreaktion auch beim Wahlverhalten war.“* Eine lokale Naziszene wird von dem Befragten aktuell nicht lokalisiert: *„Aber das ist eigentlich so die Entwicklung, dass da eigentlich durch das Ereignis des jährlichen Gedenktages hier dann der eine oder andere animiert wurde. [...] Man hat’s gemerkt: Haben sie Verteiler für Flugblätter, gibt’s Plakatier-Aktionen oder irgendwelche Handgeber oder sonst was. Das war zeitweilig ganz wenig gewesen, ist auch in der letzten Zeit nicht übermäßig stark gewesen dann. Also, es scheint so zu sein, dass die örtliche Basis dafür nicht da ist.“* Aber auch die zivilgesellschaftlichen Akteure sehen eindeutige Kausalitäten zwischen dem Großereignis von außen und dem lokalen Problem: *„Beschreiben lässt’s sich einmal einfach durch die unsäglichen Aufmärsche, die in der Vergangenheit hier stattgefunden haben. [...] Und daraus, denk’ ich, hat sich auch ‘ne rechtsextreme Szene in [der Kommune A] entwickelt. Die Leute, die ohnehin schon da waren, sind dadurch gestärkt worden – da sind andere zugezogen, man hat ‘nen Stützpunkt hier in [der Kommune A] errichtet. Da haben sich auch die Strukturen jetzt von rechtsextremen Verbänden dahin ausgerichtet, man hat sicher auch gesagt: ‚Pass mal auf, du ziehst jetzt mal [in die Kommune A]!‘ Um diese Geschichte hier zu unterstützen.“*

Dass auch die Einschätzung des Problems als Alltagsproblem, nicht vor Verkürzungen schützt, zeigt die folgende sehr differenzierte Beschreibung. Die Befragte führt zunächst

---

<sup>23</sup> In der Kommune A wählten fast sechs Prozent die NPD, im Bundesdurchschnitt waren es 1,8 Prozent, vgl. oben 1.7.

aus, „inzwischen ist es ein Alltagsproblem“, analysiert dieses Problem aber nicht als eins aus der örtlichen Gemeinschaft heraus entstandenes: „Und dann – wo gehobelt wird, fallen Späne – hat sich halt natürlich, dadurch dass wir plötzlich angefangen haben hier gegen Rechts zu agieren, die rechte Jugendszene, die damals in [der Kommune A] nicht stärker war, würd' ich jetzt sagen, als in anderen Städten, in Bayern sicher, in Deutschland weiß ich nicht, wahrscheinlich sogar weniger halt jetzt als im Osten. Und die haben sich dann natürlich geärgert. Und das heißt, dann war parallel, so dass wir vermuten, dass Rieger auch ein Interesse daran hatte auch hier die Jugendszene mit zu stärken. Und inzwischen ist es ein Alltagsproblem. [...] Und das würde ich jetzt als Hauptproblem sagen: das Wachsen der Szene im Alltag, die Angst auch vor Ort im Alltag – und dann halt als ständiges Mahnmal die [Aufmärsche]. Aber es ist inzwischen beides gleichrangig Problem.“

## 2.2. „Unwissenheit“ und „Dummheit“ als Wurzeln rechter Einstellungen und Organisierung

Ein Interviewee äußert folgende klassische Einschätzung zur Verbreitung der Naziszene: „Insbesondere ist es zunächst einmal im Bereich von der Hauptschule, von Hauptschülern oder arbeitslosen Jugendlichen – und überhaupt so im Jugendbereich gab's dann 'ne gewisse rechtsradikale Szene, die von außen gesteuert wurde.“ Entgegen dieser Äußerung wird „Rechtsextremismus“ in der Beschreibung beider Phänomene, des „Ausnahmestands Naziaufmarsch“ und des Alltagsproblems, nicht von allen Interviewten von vornherein auf ein Jugend- und Gewaltproblem beschränkt. Die Befragten erkennen durchaus an, dass typische Einstellungen der Nazis Befürwortung in der Bevölkerung finden.

Bei allen Interviewten spielt jedoch die These von der Verführung der Bürgerschaft durch rechte Erklärungsmuster und Kader eine wichtige Rolle. Diese Argumentation ist eng verknüpft mit der Beschreibung des Problems, als von außen gesteuert oder herangetragen, (vgl. oben 2.1). Auch jene, die explizit auf das Problem Nazis im kommunalen Alltag hinweisen, trauen es der örtlichen Szene nicht zu, bestehende Strukturen, ohne fremde Hilfe errichtet zu haben: „Und dann eben dieses organisierte –, also wir wissen jetzt nicht, ob inzwischen hier jemand so gut ist, dass er die Braunen schult oder ob tatsächlich jemand hergezogen ist – das wird auch von Experten vermutet – oder sie werden stark von außen gecoacht. Das sieht man auch von dem, wie jetzt die Homepages sind, das sind nicht mehr – wir kennen ja unsere [zur Kommune A gehörenden] Pappenheimer, ja, die, die Rechten hier – und das ist nicht deren Handschrift. Also, und wenn dann da jemand von außen wirklich massiv wirbt und die zu 'ner Gruppe zusammenführt, dann spielt da sicherlich auch noch 'ne von außen gesteuerte Kraft einfach mit rein.“ Nun soll an dieser Stelle nicht die ideologische und infrastrukturelle Hilfe auswärtiger Nazis in Frage gestellt werden. Die Einschätzung, die Naziszene vor Ort sei ohne Unterstützung von außen nicht funktionsfähig, birgt in sich jedoch die Gefahr, die Szene vor Ort zu unterschätzen. Konkrete Folgen hat das zum Beispiel im Umgang mit anwesenden Nazis bei Diskussionsveranstaltung und in sozialarbeiterischen Angeboten an rechte Jugendliche, wie die Übernahme ganzer Jugendclubs durch organisierte Nazis in den neuen Bundesländern gezeigt hat .

Äußere Einflüsse macht auch der Landrat als Ursachen für die oben geschilderte Ablehnung des Asylbewerberheims in der Bevölkerung mitverantwortlich: „Mit Sicherheit, es ist mit Sicherheit die hohe Arbeitslosigkeit. Das ist das eine, wobei man natürlich dann immer wieder auf die rechtsradikalen Parolen reinfällt – Ausländer sind unser Unglück, die nehmen uns die Arbeitsplätze weg! Sozialschmarotzer, Asylbewerber – [...] Aber aus der Situation der Strukturveränderungen in unserem Raum [...] Damit sind vor allem die einfachen Arbeitsplätze weggefallen für ungelernte Kräfte. Und damit erstens: ‚Die Ausländer nehmen uns das alles weg und wir zahlen alles!‘ Und dann kommen halt so Sprüche: ‚Wiedergutmachung nach Israel‘ – und:

*„Denen wird 's dann rein geschoben' und ähnliches. Teilweise in letzter Zeit auch 'n bisschen Anti-Amerikanismus, auch das kam mit rein, aber das – aber das würde ich deutschlandweit so sehen dann.“* Er benennt zwar Rassismus und Antiamerikanismus unmissverständlich als problematische Einstellungen, die von der Bevölkerung vertreten werden. Die Ursachen sieht er jedoch nicht in deren historischen und sozialen Kontinuitäten, sondern in hoher Arbeitslosigkeit, aber auch in der „Einfältigkeit“ der einfachen Leute, die auf die Parolen der Nazis „reinfließen“. Dabei handelt es sich nicht um eine lokale Besonderheit, sondern um einen in der Bundesrepublik prominenten soziologischen Diskurs, der Verständnis für Nazis als „Opfer der Verhältnisse“ produziert: *„they cast Neo-Nazis in the role of victims of modernisation and so, by implication, evoke sympathy towards the Neo-Nazis as an appropriate feeling rule.“*<sup>24</sup> Junge Menschen, die sich Naziideologie und Nazistrukturen zuwenden, werden ebenfalls als Opfer von Arbeits- bzw. Perspektivlosigkeit dargestellt, der aus dem Strukturwandel zu Lasten der Region, sowie infrastrukturellen Mängeln herrühre, wozu insbesondere mangelnde Angebote für Jugendliche und deren eingeschränkte Mobilität benannt werden. *„Und die, die hier bleiben, sind natürlich noch zu jung um Mobilität einfach an den Tag zu legen um sich irgendwo bewegen zu können. Es sind weitgehend auch kleinere Dörfer – aus denen komm' ich nicht raus, wenn ich kein Auto hab', wenn ich niemanden hab', der mich fährt. Und dann, wenn 's so ein Angebot gibt: ‚Wir haben da eine Veranstaltung und da ist Party angesagt und wir setzen auch einen Bus ein und holen dich dort ab, wo du bist, und bringen dich natürlich dann auch hin.‘ Die, also ganz unreflektiert was da abläuft – das ist nicht wichtig! Einfach die Tatsache: ‚Ich komm' aus meinem Dorf raus, ich treff' mich mit anderen Jugendlichen, hab' die Möglichkeit da Party zu machen und wenn 's das Nonplusultra ist noch kostenlos.‘ Und das sind einfach so Sachen, die dann zusammen passen.“* Die Befragte verweist auf das Problem mangelnder attraktiver subkultureller Jugendangebote im ländlichen Raum. Gleichzeitig spricht sie den Jugendlichen aber jegliche inhaltliche Auseinandersetzung im Vorfeld oder in Reflexion des Erlebten ab. Viele Interviewees teilen diese Einschätzung, wonach gelangweilte Jugendliche auf der Suche nach Abwechslung auf die verlockende Angebote der Neonazis wie Schulhof-CDs, Partyshuttle und Freibier ansprechen. *„Ich mein', sie sind erst einmal mit Material natürlich bedient worden von irgendwelchen Kameradschaften oder NPD-Gruppen oder von, von anderen Wehrsport-, anderen Gruppen dann. Dass hier Material geliefert wurde – bis hin, dass ich auch den Eindruck hatte, dass es hier durchaus auch mit Frei-Bier entsprechend dann gelaufen ist.“*

Auch eine Befragte, die sich seit vielen Jahren aktiv gegen Nazis in der Region engagiert, teilt diese Einschätzung: *„Und ich weiß auch, dass viele Jugendliche dadurch angelockt werden, dass man sagt: ‚Bei uns gibt's Freibier und wir haben 'ne tolle Musik und geh' doch einfach mal mit', ja? Und dann kommen die in so 'ne Szene rein, wo sie dann anerkannt werden und gar nicht es damit verbinden, dass damit 'ne politische Haltung verbunden ist, ne? [...] Über die Freizeitschiene, die Musikschiene, über Gangs, die sich bilden irgendwo, die Jugendliche auffangen, die eben ihre Räume im wahrsten Sinne des Wortes verloren haben, weil zum Beispiel Jugendzentren oder -treffs geschlossen worden sind, weil weniger Geld da ist.“*

Darüber hinaus werden Abgrenzungsprozesse der Jugendlichen gegenüber Elternhaus und Gesellschaft als Ursache für die Attraktivität rechter Angebote ausgemacht. *„Das ist klar, sie wollen sich ablösen, absetzen von Elternhäusern, absetzen von bestimmten Formen in der Gesellschaft. Und das kannst du heute kaum mehr. Du kannst dann auffallen, wenn du entweder rechtsradikale Parolen rumschreist oder wenn du sagst: ‚Ich hab' keine Lust zu arbeiten.‘ Das sind eigentlich noch so die zwei Möglichkeiten, wo jemand dann wirklich aufschreckt.“* Der

---

<sup>24</sup> Vgl. Helena Flam und Jochen Kleres, Inequality and Prejudice. German Social Scientists as Producers of Feeling Rules, Studie für den 32. Congress of the German Sociological Society, München 2004.

Ausspruch „*Ich hab' keine Lust zu arbeiten.*“ zielt an dieser Stelle vermutlich auf linke Jugendsubkulturen. Es handelt sich dabei um sehr klassische Ursachenbeschreibungen, rechte Einstellungen werden erstens als Jugendproblem und zweitens als Problem der Abweichung von der gesellschaftlichen Norm (Extremismusthese) benannt. Die Beschreibung als Jugendproblem entspricht dabei aber nicht den gesellschaftlichen Realitäten. Auch nicht denen in der Kommune A, wie ein Jugendlicher aus der Jugendinitiative berichtet: „*Ich denke, es ist altersunabhängig. Es bleibt gemischt. Die Leute in der [lokalen Nazikneipe], das sind junge, wie gesagt der, von dem ich vorhin schon erzählt hab', der ist vielleicht 15, aber auch bis, ja, 40-, 50-Jährige. Abgefächert eigentlich. Sehr viel so zwischen, ich würd' jetzt mal sagen, so zwischen 20 und 30, 35 vielleicht.*“

Nach der Extremismusthese sind sich gegensätzliche extreme Pole (etwa die politischen Überzeugungen, die als „Links-“ und „Rechtsextremismus“ bezeichnet werden) näher als es einer von ihnen zu der als politisch abgetrennt wahrgenommenen Mitte je sein könnte. Schließlich gleichen sich die Extreme formal in ihrer Geschiedenheit vom Normalbereich und in ihrer Ablehnung des Normalen. Das Interpretationsmuster des Extremismus mit seinen Erfordernissen klarer, leicht zu erkennender Grenzen, führt nicht nur zu einer vereinfachten Wahrnehmung des Nazismus, sondern muss auch die Verankerung der Nazis in der „Mitte der Gesellschaft“ ausblenden. Solange nämlich Nazis nicht als Anhängerinnen und Anhänger einer nationalsozialistischen Weltanschauung ernst genommen, sondern als gesellschaftliche Randerscheinungen gedeutet werden, muss jede Arbeit, die ihre Verankerung in der Gesellschaft thematisiert, an den Widerständen scheitern, die Mitglieder der „Mitte“ einer Charakterisierung ihrer Ansichten und Handlungen als „extrem“ entgegen setzen. Statt zu einer Auseinandersetzung mit den Elementen des eigenen Denkens, auf die sich Nazis berufen können, kommt es dann nur zur Betonung der formalen Grenzziehung.

Dass auch junge Menschen aus angesehenen Familien aus der Gemeinde rechte Orientierungen aufweisen und in der Naziszene organisiert sind, wird von den Befragten durchaus problematisiert. „*Zu Beginn des Aufmarschs war 'n Mitarbeiterin des Innenministeriums, dagestanden und da hab' ich gesagt: ‚Guck mal her, ich könnt' mir durchaus vorstellen, dass, wenn Sie dort hinschauen, dass sie neben einigen von diesen morgen bei der juristischen Staatsprüfung sitzen würden.‘ Weil halt solche Leute inzwischen auch dabei sind. Es sind nicht nur – also, wenn ich jetzt an die siebziger, achtziger und neunziger Jahre denke, da haben wir halt die Alten gehabt. Am besten mit Lederhose und Wadenstrümpfen, so etwa – dann, denen man schon vom Optischen her angesehen hat, dass sie eben zu den Ewiggestrigen gehören, und dann haben wir halt die Glatzköpfe gehabt und die Rabauken dann. Und jetzt haben Sie halt bei den Rechtsradikalen als dritte Gruppe auch die Intellektuellen, die sagen: ‚Für mich ist das genauso Geschäft und ich kann hier vorankommen.‘ Ob 's so ganz die innere Überzeugung ist, weiß ich nicht, aber ich komme halt hier über diese politische Richtung ob als Rechtsanwalt oder sonst was genauso weit und mache das.*“ Trotz dieser Erzählung steht für den Befragten fest „*Für uns kommt es nicht aus der Mitte der Gesellschaft. Nur ich mein' bei uns, dass das Thema Familie und so weniger thematisiert wird, hängt damit zusammen, dass diejenigen in Führungszeichen doch als Führungsfiguren auftreten, dass die gerade aus Familien kommen, wo man keine Erklärung hat. Bei einem ist der Vater sozialdemokratischer Politiker und Lehrer, beim anderen ist er Rechtsanwalt. Also, ich mein', da passt das Schema nicht, dass man nach dem Krieg noch hatte, wo man gesagt hat: ‚Kein Wunder!‘ Und der eine, der war halt selber bei der SS gewesen, der dann hier für 'n Stadtrat kandidiert hat und so. Also, die, die Dinge, das passt nicht mehr, das passt nicht. Zumindest an einzelnen Führungsfiguren her, dass also von der Familie her ich schon den Eindruck habe, dass da viel – ich mein', ich erleb 's ja umgekehrt genauso, dass ich genauso feststelle bei vielen Jugendlichen, wo ich das Elternhaus und Großelternhaus kenne – wo ich sagen muss, uralte sozialdemokratische Familie – da ist nix mehr da*

von der Tradition oder von der Erinnerung dann.“ Dass jugendliche Nazis nicht automatisch aus entsprechend vorgeprägten Milieus kommen und augenscheinlich auch ein sozialdemokratisches Elternhaus nicht vor rassistischem und antisemitischem Gedankengut schützt, nimmt der Befragte nicht zum Anlass einer kritischen Auseinandersetzung mit den in der „Mitte der Gesellschaft“ vermittelten Werten, sondern zur Begründung seiner These, das rechte Gedankengut könne nur „von außen“ kommen.

Bis auf die Fälle der Nazistrukturen auf dem Gymnasium wird sowohl von der jugendlichen als auch von der erwachsenen Bevölkerung ein Bild der „Einfältigkeit“ bzw. des „Hinterwäldertums“ gezeichnet. Danach lassen sich die Menschen vom ordentlichen Auftreten bzw. der „irreführenden Propaganda“ der von außen kommenden Nazis verführen oder erkennen mangels eigener Betroffenheit nicht den Ernst der Lage: „Was geht mich das an.“ Ein engagierter Kommunalpolitiker der Kommune A spricht dieses Bild der „einfältigen“ und in Folge dessen „irreführenden“ Bürgerschaft an: *„Also, eben durch die irreführende Propaganda der Rechten und auch dadurch, dass natürlich – obwohl die Stadt vorher aufgerufen hat zu: ‚Bürger geht nicht hin‘ – Bürger gekommen sind. [...] Und die Rechtsextremen [...] – die sind halt marschieren, wie ‘s deren Art ist. Und so einfältige Bürger haben das dann so den Presseleuten gesagt: ‚Das sind ja die Braven und die anderen sind ja die Gefährlichen.‘“* In Bezug auf die Vereine, die zu den wichtigen Sozialisationsinstanzen vor Ort zählen, erzählt ein Vertreter der Jugendvereine. *„Ich kann also nur bestätigen auch, dass viele Rechtsextreme, sag‘ ich jetzt einmal, durch ihr Auftreten, durch ihr verändertes Auftreten eben in die Verbände, in die Vereine rein gehen und ja, jetzt sag‘ ich mal, ihr Unbill treiben. Nicht erkennbar ist, dass die, jetzt sag‘ ich mal – früher ist man ja in Bekleidung, hat man ‘s ja gesehen, Aussehen, konnte man, jetzt sag‘ ich einmal, wirklich zuordnen – rechte Szene oder irgend was. Jetzt kommt der schick gekleidete Mann, hat irgendwelche Angebote, was natürlich verlockend ist für Jugendliche und die springen auf diesen Zug dann auf. Das ist also das, was hier noch zu ergänzen wäre.“* Der befragte Kommunalpolitiker beschreibt Rechtsextremismus als Droge: *„Wir haben in unserem Land ‘ne tolle Arbeit, Präventionsarbeit, wo man aufklärt, gegen Alkohol, gegen Drogen, gegen Nikotinmissbrauch – und Rechtsextremismus hat viel von einer Droge. Und das gehört auch noch, dass, so wie die Polizei gegen Drogen Präventionsarbeit macht, dass sie gegen extremistische Verführung Präventionsarbeit macht. Ich denk‘ auch, dass wir da weiter kommen werden, dass in den Schulen genau in dem Sinne Präventionsarbeit gemacht wird.“* Der Vergleich mit einer Droge kann als Metapher für die Verführungsthese gelesen werden. Die Position beschreibt „Rechtsextremismus“ gewissermaßen als Gift, welches insbesondere Jugendliche infiziert, das rationale Denken angreift und es zuweilen unmöglich macht. Diese Ansicht – die gerade bei Psychologinnen und Pädagogen beliebt ist – besagt in ihrer schwachen Form: „Rechtsextremismus ist eine Wissenslücke“, und in ihrer starken Form: „Rechtsextremismus ist eine Krankheit“. Also entweder „Rechtsextremisten sind dumm“ oder „krank“. „Rechtsextremismus“ wird von seinen ideologischen Grundlagen wie Antisemitismus, Rassismus und autoritärem Ordnungsverständnis getrennt und mit einer ansteckenden Krankheit verglichen, die Leute sich bei anderen holen. Wer Rechts ist kann also zum Einen nicht normal, nicht Mitte, sondern nur Extrem sein. Zum Anderen erscheint „Rechtsextremismus“ als etwas, das man nur aufhalten kann, indem man entweder seine Träger eliminiert (Mobilisierung gegen die Aufmärsche/Verbot der Aufmärsche) oder indem man die anderen, besonders die Kinder, vor Kontakt mit dem Krankheitsherd schützt. Die Demokratinnen und Demokraten wären die Heiler und Nazis bzw. Rassistinnen und Rassisten folgerichtig die Opfer, die geheilt werden müssen.

### **2.3. Konsequenzen: Ziele und Prioritätensetzung im Engagement gegen Rechts**

Die dargestellte Problemanalyse wirkt sich unmittelbar auf die Frage nach den Zielen und

Prioritäten im Engagement der Befragten aus, auch vor dem Hintergrund der jeweiligen persönlichen und finanziellen Ressourcen.

In der Beschreibung der Aufmärsche ist bei allen Befragten der Wunsch zu spüren, die Bürgerschaft gegen „die Fremden“ zu mobilisieren, „die Stadt“ zurückzuerobern und die Bedrohung zu eliminieren: *„Und dann haben wir uns Ziele gegeben – das wichtigste war: Nazi-Aufmärsche verhindern, konkret diesen [Großaufmarsch] zu verhindern. Das nächste Ziel war: Die Bürgerschaft sensibilisieren für diese ganze Thematik. Rechtsextreme zum Umdenken bewegen, war ein Ziel und – was hatten wir noch zum Schluss? Ist 'ne zeitlang her – sensibilisieren, Nazi-Aufmärsche verhindern, die Leute zum Umdenken bewegen, und [...] ja, für mehr Demokratie eintreten.“* Ziel des Engagements gegen Rechts ist also zum Einen die Aufklärung der Einheimischen, zweitens sollen die Einheimischen aktiviert werden, gegen die fremden Nazis Gesicht zu zeigen. Rechtsextreme vor Ort werden dagegen als Teil der Bevölkerung, des „Innen“ und damit als perspektivisch wieder zu integrierende Mitglieder der kommunalen Gemeinschaft betrachtet. Sie genießen eine Art Vertrauensvorschuss, im Sinne der Vermutung, dass sie mittels Aufklärung in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt, zum Umdenken bewegt, letztlich geheilt werden können. Neben dem alljährlichen Engagement für Demokratie am Tag des Aufmarsches, das sich in Gegenaktivitäten und einem Bürgerfest äußert, ist die Aufklärung der Bürgerschaft verstärkt zum Thema geworden. *„Ja, wir haben halt am Anfang wirklich nur an dem Tag im August Transparente aufgehängt oder diese Luftballons aufgehängt. Und wir haben jetzt schon, also, es ist eigentlich von uns das große Ziel, dass wir auch über das Jahr verteilt präsent sind und dann halt noch mehr Aktionen machen. Wie jetzt zum Beispiel Aufklärung in, bei Jugendveranstaltungen, in Diskos zum Beispiel oder auch über die Schülerzeitung da entsprechend Berichte zu schreiben.“* Der Fokus aller Befragten liegt jedoch weiterhin auf den Aktivitäten gegen oder um den Aufmarsch. *„Ja, es beschränkt sich immer noch ziemlich auf den, Tag der Demokratie heißt es jetzt, also den Tag [...] an dem der Nazi-Aufmarsch war bzw. geplant ist.“*

#### **2.4. Mangelndes Engagement gegen Alltagsrassismus und zur Stärkung von Gegenkulturen**

Das für Nazismus positive Meinungsumfeld, also solche Elemente alltäglicher Überzeugungen wie Rassismus, Antisemitismus und autoritäre Ordnungs- und Homogenitätsvorstellungen, wird von den Befragten in der Praxis noch nicht genügend konzeptionell einbezogen.

Von Rassismus wird von den Interviewees der Politik- und Verwaltungsebene nur als „Rassismus der Nazis“ gesprochen, gegen den es sich folglich zu verwehren und abzugrenzen gelte. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und der Zivilgesellschaft beschreiben nicht, was „Rechtsextremismus“ in ihren Augen qualitativ ausmacht. Dass es an gemeinsamen Aktivitäten mangelt, die auf Wirksamkeit gegen rechte Ideologeme im Alltag zielen, begründet die Gründerin der Jugendinitiative exemplarisch mit mangelnden persönlichen Kapazitäten: *„Also, sag' ich mal, ein neues Projekt wurde da noch nicht aufgezogen, aber das liegt halt wirklich auch dran, dass die Bürgerinitiative und die Jugendinitiative gerade geschwächt sind. [...] es müsste halt jemanden geben, der sagt: ‚Ich setz' jetzt meine ganze Kraft in diesen Alltagsrechtsextremismus‘, und die Person gibt's gerade nicht, weil die halt froh sind, wenn sie ihr Bildungsprogramm schaffen und wenn sie die Vorbereitungen für den Tag der Demokratie schaffen. Das ist einfach ein personales Problem, gar kein so sehr inhaltliches oder in den Köpfen verankertes, wenn der Motor ausfällt – dann wird's halt langsamer.“*

Neben der erwähnten Bildungsarbeit wird noch das Projekt „Schule ohne Rassismus“ von mehreren Befragten angeführt. *„Wir versuchen halt, die Leute aufzuklären. Einmal über die Ideologie, die dahinter steht. Versuchen eben Jugendliche davon abzuhalten oder schauen,*

dass die nicht in die Szene abrutschen. Wir haben jetzt in [der Kommune A] auch angefangen mit ‚Schule ohne Rassismus‘ [...] da geht’s ja darum, dass die Schule selbst ’n Selbstverständnis unterschreibt mit den drei Punkten, dass sie eben, wenn irgendwelche extremistischen Äußerungen, rassistische Äußerungen auftreten an der Schule, dass die da dagegen und drüber reden, diskutieren und das Problem eigentlich damit beseitigen wollen. Und da müssen an einer Schule siebzig Prozent aller Schüler, Lehrer, Sekretärinnen, Putzfrauen, Hausmeister unterschreiben [...] Die Unterschriften werden dann eingereicht und man bekommt diese Auszeichnung. Jede Schule kann sich dann ’nen prominenten Paten suchen, irgendwie ’nen Sportler oder Musiker oder so was, und dann wird, gibt’s ’ne Preisverleihung und danach soll dann jedes Jahr mindestens eine Aktion stattfinden, wo an der ganzen Schule dann irgendwie ’nen Projekt gestartet wird oder ’nen Aktionstag, wo man sich irgendwie mit dem Thema Diskriminierung, Rassismus irgendwie auseinandersetzt und auch was erarbeitet, was dann irgendwie an der Schule oder in der Stadt ausgestellt werden kann.“ Nach den Zielen seiner Initiative in der nahen Zukunft befragt antwortet der Interviewee von der Jugendinitiative: „Dann dass Schule ohne Rassismus komplett durchkommt mit allen Schulen. Da hatte ja Bundestagsvizepräsident Thierse für ganz [Kommune A] die Schirmherrschaft übernommen und dass da mal dann wirklich noch ’ne große Veranstaltung gemacht wird, wo das bekannt gemacht wird: ‚Hey, alle [Kommune A-]Schulen haben das durchgeführt und stehen da dahinter auch.‘“ Auch der Befragte aus der Rathauspitze verweist auf das Projekt: „Konkret ist zum Beispiel passiert: Alle [Kommune A-]Schulen haben sich dem Programm Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage angeschlossen [...] dann gab’s in [der Kommune A] in diesem Frühjahr eine Lehrerkonferenz aller Schulen, wo das Problem vorgetragen wurde. Da hatte ich auch die Möglichkeit, da zu sein und kurz zu sprechen. Es sind etwa 150 Lehrkräfte und für viele, vielen wurde da das erste Mal überhaupt bewusst, was das bedeutet. Und einfach mal aufzuklären – also, das ist passiert und und, dass von den Schulen her das ernst genommen wird.“ Die Schulen werden augenscheinlich als wichtige Orte der Prävention und Intervention erkannt. Gleichzeitig handelt es sich bei dem Projekt Schule ohne Rassismus um eine stark öffentlichkeitswirksame Aktion. Die Stärke des Projekts liegt in seiner symbolischen Wirkung nach innen (Schülerinnen und Schüler, Lehrkörper, Angestellte) und nach außen (Eltern, andere Gemeindeglieder). Gleichzeitig geht damit die Gefahr einher, dass die publicityträchtige Symbolaktion längerfristig keine konkreten Folgen zeitigt. Die entsprechende Schule bzw. Kommune kann sich vom Verdacht des Rassismus befreien, ohne dass es zu einer ernsthaften (und schwierigen) Beschäftigung mit rassistischen Alltagseinstellungen, Handlungen und Zuschreibungen unter Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrerinnen und Lehrern kommt.

Ein wichtiger Aspekt, die Stärkung alternativer antirassistischer, antifaschistischer Angebote besonders für Jugendliche, auch als Gegenkultur bezeichnet, wird von den Befragten nicht angesprochen. Lediglich die Aussage der Gründerin der Jugendinitiative kann in diese Richtung interpretiert werden, die nach ihren Wünschen befragt, antwortet. „Dass die Leute wach bleiben, weil jetzt ist ja so dieser Gedanke: ‚Na gut, die Nazis kommen nicht mehr, die [Aufmärsche] sind verboten, kümmer’ das Engagement doch lassen.‘ [...] Und vielleicht auch eins tiefer zu gehen, das wär’ ein Traum von mir – ob der sich verwirklichen lässt, das weiß ich nicht – Zusammenhänge zu erkennen. [...] Also, ein Beispiel: Hier war am Anfang dann parallel die Diskussion – wir machen aus dem [Jugendzentrum] bloß noch ’ne halb Stelle und wir kürzen die Mittel für Jugendarbeit, wo ich dann zum Bürgermeister gesagt hab’: ‚Sind Sie denn wahnsinnig’, ja?! Wenn wir den Jugendlichen die Orte nehmen, dann können die ja nirgends mehr hin und was sollen sie dann noch machen, außer sich zu diesen rechten Szene-Treffs zu begegnen. Also ein Bewusstsein zu schaffen, was wir hier politisch machen, sozialpolitisch, gesellschaftspolitisch, hat ja auch Auswirkungen. Und dieses Aha. Also das man langfristig durchdachte Entscheidungen trifft, das wär’ so ein Wunsch. [...] Und das da dann wirklich je-



*mand ist, der hauptamtlich da noch mal draufschauf: wie kann man auch eher Demokratie fördernde Veranstaltungen machen und nicht mehr den Fokus gegen Rechts.“*

Was Demokratie fördernde Veranstaltungen ausmacht, wird von den Befragten nicht ausgeführt. Eine tiefer gehende Beschäftigung mit den Elementen des als „Rechtsextremismus“ bezeichneten Phänomens steht noch aus. Vor dem Hintergrund der Definition der Täter als Opfer, die es aufzuklären und zu reintegrieren gilt, fällt auch ins Auge, dass es keine Opferarbeit bzw. Empowermentarbeit gibt, was von den Befragten auch nicht als Lücke in bestehenden Strukturen angesehen wird. Vielmehr wird auf die Arbeit mit der Mehrheitsgesellschaft und auf Täterarbeit gesetzt. Dazu eine der interviewten Personen aus dem Feld der Initiativen, die gleichzeitig sozialarbeiterisch tätig ist: *„Also, das ist mir so bewusst geworden – da, wo man anfängt mit der Arbeit dagegen, dass man dann erst mal mit der seelsorgerlichen Begleitung von Tätern oder vor allen Dingen deren Eltern konfrontiert. Und ab und an wenden sich sogar Rechte an mich und fragen halt, sie haben das und das Problem und wissen nicht, wohin. Also, wo ich gemerkt hab’, da wäre was in Richtung Ansprechpartner für Rechte wichtig und auch für deren Eltern, die dann ja zum Teil, wenn das jetzt so – man hat ja die Leuten wirklich gesehen: Erst waren sie noch normal angezogen, dann haben die Haar gefeilt – und für die Eltern ist das ja krass, da zugucken zu können, ohne was zu sehen. Also, Elternberatung wär’, find’ ich, wichtiger. Und Opferberatung ist zum Glück noch nicht so nötig, weil jetzt noch keine traumatischen Übergriffe waren, so ganz krasse Schlägereien, sondern eher Pöbeleien. Und das können, denk’ ich, bisher noch die engagierten Lehrer oder auch die Jugendreferenten, jetzt im kirchlichen Bereich oder so was, über einfach Beratung und Zuhören lösen. Also, so richtig, dass wir richtig von Opfern im krassen Sinn sprechen, ist es noch nicht, wo bei das noch kommen kann.“* Diese Aussage steht nicht nur im Widerspruch zum oben Gesagten, wonach es Opfer tätlicher Übergriffe gibt, die nach eigenen Aussagen von der Polizei nicht ernst genommen wurden, geradezu ein klassisches Betätigungsfeld für Opferberatung. In der hier vorgenommene Problembeschreibung wird Opferarbeit aber auch gar nicht als eine Arbeit zur Unterstützung zentraler Opfergruppen verstanden, wie linken alternativen Jugendlichen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund, die alltäglichen Ausgrenzungen und Beschimpfungen ausgesetzt sind. Besonders letztere Gruppe kommt in den Erzählungen der Befragten nicht als Adressat der eigenen Arbeit vor. Eher wird auf Distanz zu diesen gegangen, wenn zum Beispiel die Metapher von den Parallelgesellschaften aufgenommen wird und die Integration der Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie der türkischen Migrantinnen und Migranten im Ort als gescheitert dargestellt wird (vgl. oben 1.7).

### **3. Zivilgesellschaft**

#### **3.1. Anstöße**

In der untersuchten Kommune A haben sich seit 2003 Initiativen gebildet, die zunächst gegen regelmäßig stattfindende Großdemonstrationen von Neonazis, dann auch vereinzelt gegen örtliche Nazistrukturen aktiv wurden. Die Entstehungsgeschichte dieses Engagements wird je nach Perspektive unterschiedlich erzählt. Einerseits werden die Aktionen von Jugendlichen hervorgehoben, die sich 2003 zu einer eigenen Initiative zusammenschlossen, andererseits wird ein *„Kreis aus Kirchenvertretern, Stadtvertretern und einfach engagierten Leuten, wo man gewusst hat, denen ist das ’n besonderes Anliegen“* als Motor für die sukzessive Entwicklung eines Protests gegen die Nazidemonstrationen und schließlich die Gründung einer Bürgerinitiative genannt. Beide Erzählungen sind – obwohl sie in ihrer Erzählabsicht, die Urheberschaft für die Initiativlandschaft für sich zu reklamieren, teilweise explizit gegeneinander gerichtet sind – in der Schilderung faktischer Abläufe miteinander verträg-

lich und im Detail zu ausführlich, um als bloße nachträgliche Aneignung vergangener Erfolge interpretiert werden zu können. Vielmehr ist davon auszugehen, dass das Engagement in der Kommune zwei Quellen hat, auch wenn sich in der Folge beide Formen des Engagements gegenseitig beeinflussten und rasch überwiegend Hand in Hand gingen.<sup>25</sup>

A) INITIATIVE VON JUGENDLICHEN: Als Ausgangspunkt des Engagements der Jugendgruppe werden das Erleben der Aufmärsche und das Verhalten der Bevölkerung der Kommune genannt. „[A]m Anfang waren 's, ich glaub', 2.000 und das Jahr darauf schon 4.000, die hier durch [die Kommune A] marschiert sind. An dem Tag hat sich keiner auf die Straße getraut, es war wirklich gespenstisch. Und dann haben sie gesagt: Da muss man was machen, da können wir nicht weiter zuschauen.“ Andere Erzählungen sprechen von durchaus aufgeschlosseneren Reaktionen gegenüber den Aufmärschen: „Bürger, [... die] sich in Gartenstühlen und mit 'nem Bier auf den Bürgersteig gesetzt haben und ihr zuguckt haben“. Aber auch wenn es auseinandergelassene Berichte vom Verhalten der Bevölkerung gibt, so stimmen sie doch darin überein, dass es – wenn überhaupt – Aktivitäten der Bevölkerung aus der Kommune A gegen die Aufmärsche nur in vernachlässigbarem Umfang gab.

Das daraus resultierende Unbehagen der Jugendlichen wurde von der neu in der Kommune eingesetzten Diakonin organisiert. „Bei der Jugendinitiative war 's eher 'n Zusammenschluss einfach von interessierten Jugendlichen. Und das ging damals drum, gut, die brauchen irgend 'ne Begleitung und das haben wir dann übernommen. Und unsere Arbeit so 'n bisschen umstrukturiert. Und nachdem die [Diakonin] hier 'nen Fuß in [Kommune A] hatte, war klar, dass da, dass sie da verstärkt einsteigt. Und da waren vielleicht, ich sag' mal so 30, 40 Prozent kamen aus der Evangelischen Jugend in der Jugendinitiative und die anderen einfach aus Schulen oder – interessierte Leute.“

Aus Sicht der Diakonin selbst vollzog sich der Gründungsprozess jedoch etwas anders: „Ich hab 2003 diese Jugendinitiative gegründet. Das ist eigentlich eher, eher zufällig entstanden, sag ich mal, über 'ne Ausstellung, die ich mit Jugendlichen gemacht hab [...], die dann im Report aus München ausgestrahlt wurde und dann gab es so 'nen, ja, einfach so 'nen Boom, weil es halt zu 'ner guten Zeit im Ersten lief. Und daraufhin war ich dann viel bei Podiumsveranstaltungen in Schulen zu Gast und da haben mich danach Jugendliche angesprochen: Eigentlich wär' nötig, dass nicht nur einmal im Jahr zu machen, sondern öfter was zu machen. Und die Jugendlichen haben gesagt: Wir wollen irgendwas Neues. Und so hat sich dann die Jugendinitiative gegründet, durch Anregungen der Jugendlichen selbst.“ Die Spannung zwischen dem „Ich“ am Anfang des Zitats und den „Anregungen der Jugendlichen selbst“ an seinem Ende verweist darauf, dass die Jugendinitiative von Anfang an, nicht nur auf dem Engagement von Jugendlichen beruhte, sondern zugleich politisches Instrument ihrer Gründerin war. Sie stärkte die politische Position der Diakonin in der Kommune aber auch in jenem Kreis von Personen mit Funktionen innerhalb des Gemeinwesens, der ein breiteres bürgerschaftliches Engagement organisieren wollte. Diesem Kreis gehörte die Diakonin bereits „fürs Jugendwerk“ an, so dass die Aktivitäten der Jugendinitiative von Anfang an mit den Vorstellungen, die in diesem Kreis entwickelt wurden, koordiniert waren.

---

<sup>25</sup> Hintergrund der divergierenden Erzählungen sind – wie unten dargestellt wird – mit ihnen verbundene Ansprüche auf Einfluss in der Initiativlandschaft. Das zeigt sich auch an einer dritten Erzählung, die aus einer eher randständigen Position formuliert wurde, von den anderen Positionen aber nicht erwähnt wird: „Es ist jetzt fast 20 Jahre her, [...] es hat [...] hier in [der Kommune A] eine Demonstration der Rechten gegeben. Und ein kleines Häufchen von Menschen, die gedacht haben, dagegen müssen wir anstehen, ist auf die Straße gegangen und ich war auch dabei. [...] wir sind auch immer mehr geworden. [...] Ja, und 2002 war ja dann Kommunalwahl und da kam ein neuer Bürgermeister ans Ruder hier in [Kommune A]. Und wir hatten den schon vorher im Wahlkampf bearbeitet, dass wir also auch wieder vorhaben im August eine Gegendemonstration anzuzetteln. Und er hat mit uns zusammengearbeitet und seitdem der Bürgermeister [...] eben auch auf der Seite derer steht, die sagen, wir müssen was dagegen tun, seitdem ist diese Bürgerinitiative in [der Kommune A] hier entstanden.“

Die Rolle der Jugendinitiative scheint sich auf den ersten Blick darauf zu beschränken, einerseits praktische Arbeiten auszuführen („*Transparente malen und aufhängen*“), andererseits neue Aktionsformen am Rand der Aufmärsche vorzuschlagen („*Konfetti auf Nazis werfen aus Plakaten raus und die dann quasi lächerlich machen oder Gelächter abspielen über Lautsprecher*“). Doch für die Dynamik der Initiativlandschaft in der Kommune A spielte sie eine entscheidende Rolle, weil sie der Diakonin immer auch eine Möglichkeit bot, neben ihrer Tätigkeit in der Bürgerinitiative eigenständig zu agieren. Mit der Initiative der Jugendlichen war sowohl medial als auch gegenüber Organisationen, die zivilgesellschaftliches Engagement fördern, ein scheinbar selbstständiger Akteur in der Kommune A vorhanden, der als solcher auch anerkannt und gefördert wurde. „*[W]o wir halt immer wieder Gelder hergekriegt haben, war halt vom Bündnis für Demokratie und Toleranz – also entweder bin ich hingefahren und hab geschnorrt, zum Beispiel für das erste Bildungsprogramm – da haben wir nur von dort gekriegt – oder halt auch Preise, also wir haben sehr viele Preise gekriegt.*“ Vor allem mit der immateriellen Komponente einer solche Förderung erreichte die Jugendinitiative ein Ziel, dass auch für den anderen Akteur in der Kommune A, die Bürgerinitiative, wesentlich war: die Anerkennung der Kommune als engagiert gegen das Naziproblem.

Vor dem Hintergrund des mit der Jugendinitiative einhergehenden Prestiges und Einflusses erklärt sich auch die Abweichung zwischen ihrer Leiterin und dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative bei der Darstellung der Entstehung der Aktivitäten gegen die Aufmärsche (vgl. unten B). Die Anerkennung der herausragenden Rolle der Jugendinitiative durch letzteren ist gleichbedeutend mit der Anerkennung des Fundaments des Einflusses der Leiterin der Jugendinitiative in der Kommune.

Nachdem die Diakonin die Kommune verlassen hat, hat auch die Jugendinitiative einen Großteil ihrer Bedeutung verloren. Nach wie vor wird die Initiative aber von den erwachsenen Personen am Leben erhalten, die die Betreuung der Jugendlichen übernommen haben. „*Ja, die machen dann auch immer wieder Druck, dass die Aktionen wirklich durchgeführt werden, dass sich jemand drum kümmert – das ist alles ziemlich lahm bei uns, muss ich ganz ehrlich sagen.*“ Diese Personen vertreten die Jugendlichen in der Regel auch gegenüber den anderen Akteuren. Sie stellen dabei aber im Gegensatz zur Gründerin der Initiative eigene Ambitionen zurück. So lehnte eine der gegenwärtigen Betreuerinnen ein Interview für diese Studie ab, damit die Jugendlichen für sich selbst sprächen. Trotz dieser angestrebten Selbstständigkeit der Jugendgruppe verlassen deren Aktivitäten nicht den Rahmen der Vorgaben der Bürgerinitiative. Zunächst arbeitet die Jugendinitiative an ihren Beiträgen zum initiativübergreifend organisierten „Tag der Demokratie“, zu dem der Tag der geplanten Naziaufmärsche von den Initiativen umgedeutet werden soll. Größter eigenständiger Beitrag der Jugendinitiative zu diesem Tag, war die einmalige Organisation eines Konzerts in der Stadthalle. Darüber hinaus wurde „*aber auch versucht übers ganze Jahr dann präsent zu sein. In [einer Ortschaft im Einzugsgebiet der Kommune A] in der Disko mal 'ne Info-Veranstaltung, also Musik gegen Rechts und dann auch Flyer verteilen, über unsere Arbeit informieren. Wir versuchen auch, neue Mitglieder zu gewinnen. Dann in Zusammenarbeit auch mit der Bürgerinitiative haben wir Zeitzeugengespräche gemacht oder Workshops, Argumentationstraining, wie man mit rechten Parolen umgehen kann.*“

B) BÜRGERINITIATIVE: Für die Entwicklung der Bürgerinitiative war neben dem Einsetzen der regelmäßigen Aufmärsche auch ein Wechsel in den politischen Strukturen der Stadt im Jahr 2002 entscheidend. Die damalige Kommunalwahl, berichtet der Vorsitzende der Initiative und zweite Bürgermeister der Kommune A, „*war 'n ziemlicher Politikwechsel in [der Kommune A] – etwa die Hälfte des Stadtrates wurde durch junge oder neue Kräfte ersetzt. Aber auch 'n ziemlicher Ruck Richtung CSU. Das gab's bisher in [der Kommune A] nicht – wir waren eher ausgeglichen bis sozialdemokratisch geprägt*“. Dieser politische und personelle Wechsel er-

möglichte einen Wechsel der Strategie im Umgang der Kommune mit den Aufmärschen, der auch Teil des Wahlkampfes gewesen war. *„Und wir von der neuen Politik haben also gesagt: ‚Wir müssen mit dem Thema anders umgehen als es die Vorgänger-Stadtführung gemacht hat.‘ Die standen also auf dem Standpunkt, wenn man das Thema tot schweigt und nicht drüber redet, dann wird das von selber wieder vergehen. Es ist aber so überhaupt nicht eingetroffen – die Rechtsextremen haben das so interpretiert: ‚Die Stadt trauert mit.‘ Und dadurch, dass kein Widerstand da war, haben sie gesagt: ‚In [der Kommune A] sind wir willkommen.‘ Und haben sich da mehr oder weniger eingeladen gefühlt.“*

Diese Vorgeschichte hat zur Folge, dass die Bürgerinitiative sich aus Zusammenschlüssen gebildet hat, die von der neuen Stadtregierung initiiert wurden, um eine kommunale Strategie des Umgangs mit den regelmäßig wiederkehrenden Aufmärschen zu entwickeln: *„[Wir] haben auch dann gleich, sobald wir im Amt waren, eine Initiative oder einen Kreis vom Bürgermeister aus gegründet, um ... – wie wir mit der Thematik umgehen [...] und wir haben gesagt: Wenn wir schon diesen [Aufmarsch] nicht verhindern können, dann muss zumindest die Stadt zum Ausdruck bringen, dass die Stadt das nicht haben will.“*

In diesem Kreis kommunalpolitischer und kirchlicher Verantwortungsträger stellte sich das Problem der Aufmärsche in erster Linie als Imageproblem der Stadt dar. *„Das heißt also, ich sag’ mal, unser Ausgangspunkt oder mein Ausgangspunkt war zunächst mal: Wir können das nicht zulassen, dass unsere Stadt dadurch, dass sie von den Rechtsextremen missbraucht wird, auch noch eine Rufschädigung hat. Und diese Rufschädigung, die war ja schon da zu dem Zeitpunkt.“* Da ein gerichtsfestes Verbot der Aufmärsche jenseits der Möglichkeiten dieses Kreises lag, ging es ihm vor allem darum, medial ein Bild der Kommune zu erzeugen, bei dem nicht die Stadt als Ort von Aufmärschen im Zentrum der Öffentlichkeit steht. Die teilweise aufgeschlossenen Reaktionen der Bevölkerung auf die Aufmärsche stellten in diesem Zusammenhang ein zusätzliches Problem dar. *„[O]bwohl die Stadt vorher aufgerufen hat zu: Bürger geht nicht hin – [sind] Bürger gekommen. Und die Medien, die interviewen natürlich, was da ist, und dann haben sie so dümmliche Kommentare gekriegt wie: Die Linken sind ja die Bösen, weil die haben da direkt rum geschrien und haben – wie sie sich halt aufführen. Und die Rechtsextremen waren relativ dazu – die sind halt marschiert, wie ’s deren Art ist. Und so einfältige Bürger haben das dann so den Presseleuten gesagt: Das sind ja die Braven und die anderen sind ja die Gefährlichen. Und solche Meinungen sind dann durch die Stadt gegangen oder auch so dümmliche Aussagen wie: Endlich ist mal was los. Und das hat dann irgendwo, war meinungsprägend überregional für das, was [die Kommune A] oder wie [die Kommune A] zu der ganzen Sache Stellung bezieht.“*

Um dem bereits existierenden negativen Image der Stadt zu begegnen, wurde nach Beratungen, zu denen auch ein externer Experte aus der Antisemitismusforschung hinzugezogen wurde, beschlossen, gegen die Aufmärsche ein bürgerliches Engagement zu organisieren. Dies erfolgte zunächst noch direkt aus dem Rathaus heraus. Als sich aber nach drei Jahren zeigte, dass die Proteste auch von breiteren Kreisen der Bevölkerung getragen werden würden, *„war dann auch die Zeit im Jahr 2005, wo wir gesagt haben: Wir müssen den bürgerlichen Protest auf eine breitere Basis stellen.“* Diese breite Basis war eine erste Bürgerinitiative, deren Gründung und Leitung strategisch vom Rathaus übernommen wurde. *„Na ja, und da hab’ ich mich im Vorfeld auch schon mit dem Bürgermeister und mit einigen Leuten unterhalten und unser Wille war diese Bürgerinitiative stark auszustatten und hab’ mich dann von Vornherein bereit erklärt hier, ja, in herausgehobener Verantwortung mich zur Verfügung zu stellen, einfach um der ganzen Geschichte auch Nachdruck und Ernsthaftigkeit verleihen zu können. Der Erste Bürgermeister kann ’s nicht machen, weil der ist ja da in einer schwierigen Position, er ist ja auf der einen Seite, wenn die Demonstration stattfindet, ja, muss er ja mit den Polizei-Behörden koordinieren und hat da ’ne, will ich sagen, wo er nicht gleichzeitig Par-*

*tei sein kann dagegen. Oder er ist natürlich dagegen, aber, aber für den Ersten Bürgermeister wäre es also schlecht gewesen da die Spitze zu sein und dann wär' der nächste Bürger der Stadt der Zweite Bürgermeister, will ich mal sagen. Deswegen hab' ich mich da zur Verfügung gestellt ..."*

Dass mit der Bürgerinitiative eine breitere Basis angestrebt wurde, bedeutete folglich nicht, dass die Stadtverwaltung ihren Einfluss auf das bürgerschaftliche Engagement einschränkte. Dazu trägt auch die gestaffelte Struktur der Initiative bei. *„Die Leute haben unterschrieben, dass sie dabei sind. Das ist so auch (schon mal 'n Erfolg), sind Unterschriftenlisten, oder haben sich per Mail angemeldet. Haben dann 'nen Status ankreuzen können, ob sie aktiv sein wollen oder, ob sie praktisch nur mit ihrer Unterschrift sagen: Wir unterstützen diese Arbeit. Wir haben, ich würde mal sagen, fünf Prozent Leute, die wirklich bereit sind aktiv was zu machen und der Rest, die sagen: Wir sind froh, dass da Leute da sind, die das Thema so anpacken.“* Die Aktiven der Bürgerinitiative – ca. 100 Personen – sind Menschen, *„die dann auch bereit sind, was weiß ich, 'n Transparent zu malen oder zu den Versammlungen zu kommen oder halt irgendwo 'nen Beitrag zu leisten, der darüber hinausgeht, dass sie sagen, sie unterstützen das.“* Weiterhin wurde direkt mit Gründung der Bürgerinitiative auch ein *„Beirat gegründet, circa 15, 16 Leute, die sich dann öfter treffen, sich regelmäßig treffen. Die haben dann zum Teil auch Funktionen angenommen, sprich, dass sie für 'nen Internetauftritt sorgen – ja, und dann haben wir daraus 'n Sprechergremium noch einmal gebildet. Es waren zuerst drei Sprecher, das war also – der erste Sprecher war ich, der zweite Sprecher war der [evangelische] Pfarrer [...] und der dritte Sprecher war [...] ein SPD-Mann, dass das auch parteipolitisch ausgewogen ist. Und haben dann später das Sprechergremium noch um einen katholischen Vertreter ergänzt, so dass die beiden großen Konfessionen vertreten sind und die beiden wichtigen politischen Parteien vertreten sind.“*

Diese komplexe Struktur entspricht den Bedürfnissen einer Stadtverwaltung weitgehend. Die große Zahl ihrer Mitglieder (ca. 2.000) dient lediglich der Repräsentation nach außen. Sie ist der Beweis dafür, dass die Kommune A kein „braunes Nest“ ist und wird auch darüber hinaus für die Kommunikation mit den Medien eingesetzt, um eigenen Meldungen und Positionen mehr Gewicht zu verleihen. *„Wenn die Medien wissen, wenn ich jetzt da 'ne Verlautbarung rausgebe, dann lesen das schon mal 'ne ganze Menge Bürger und fragen dann vielleicht auch nach: Warum habt ihr das nicht gebracht? Und meine Feststellung ist, dass, wenn wir da was rausgeben, das die Zeitung auch sofort aufgreift und dann auch bringt als Pressemeldung, dass das Radio das gerne aufgreift und das bringt und selbst der Bayerische Rundfunk mittlerweile das gerne aufgreift und das bayernweit bringt.“*

Während die Mehrzahl der aktiven Mitglieder nur exekutive Aufgaben übernimmt, erfolgt die Steuerung der gesamten Initiative über den Beirat, dessen paritätische Leitungsstruktur schon widerspiegelt, dass es in dieser Institution um die Bündelung der wesentlichen gesellschaftlichen Potentiale geht. Mitglieder des Apparates der Stadtverwaltung, der Kirchen und von Schulen dominieren den Beirat. Die Auseinandersetzung mit Nazistrukturen wird so zwischen den Vertretern der gesellschaftlich dominanten Institutionen ausgehandelt. Diese „breitere Basis“ wurde aber gegenüber dem informellen Kreis, aus dem die Bürgerinitiative hervorging, mit dem Beirat nur in eine eigenständige Institution verwandelt, die sich neben der Stadtverwaltung, aber stets im Einklang mit dieser, als Akteur präsentiert.

Der Beirat der Bürgerinitiative erfüllt damit zugleich eine integrierende Funktion. Der politische Streit über alle möglichen Aspekte des Umgangs mit Nazistrukturen ist weitgehend nur noch dort bzw. bei vom Beirat organisierten Runden möglich. Dieses integrierende Moment wurde noch dadurch verstärkt, dass in einem Bündnis fast alle Akteure (neben der Jugendinitiative ist das u.a. auch eine Anti-Nazi-Bürgerinitiative aus einer Nachbargemeinde, aber auch die Stadt und die Kirchengemeinden) zusammengefasst wurden. *„Also zum Teil, ist jetzt*

*praktisch von, von jeder Initiative immer jemand in 'ner anderen drin. [...] Also, wir gucken da auf die Verknüpfung und haben unabhängig davon, dass wir uns dadurch immer gegenseitig berichten können, weil der Kontakt gut ist, auch ab und an Bündnistreffen – also praktisch von jeder dieser Initiativen, die dann 'nen Delegierten schickt, und man sich dort gemeinsam bespricht.“*

Dagegen wird eine regionale antifaschistische Initiative, die nicht zum Bündnis gehört, dessen Aktivitäten und jene der Stadtverwaltung aber kritisch begleitet, überhaupt nicht (auch nicht bei expliziten Fragen nach anderen im Problemfeld aktiven, insbesondere antifaschistischen Gruppierungen) als Akteur wahrgenommen. Eine Auseinandersetzung mit dieser Position findet nicht statt. Bisher kam es lediglich zu einer Diskussion, die von der Mitarbeiterin eines Jugendzentrums – also von dritter Seite – organisiert wurde. Die Schilderungen dieser Veranstaltung divergieren erheblich. Wobei sie nur von einem Mitglied der Bürgerinitiative überhaupt – und auch nur im Zusammenhang mit Problemen bei der Jugendarbeit im Allgemeinen – erwähnt wurde: „[D]ie Jugendreferentin [des Jugendzentrums] arbeitet dann auch eher mit der Antifa, aber dann auch in 'ner unklugen Weise. Also sie ist Erzieherin, ist, glaub' ich, auch überfordert mit ihrer Arbeit und die bräuchte auch einfach Schulungen. Also die hat dann mal die Bürgermeister eingeladen zu 'nem Info-Abend – da war keine Moderation da, erst mal kein Platz zum Sitzen da – also, das war halt einfach so total chaotisch. Das bestärkt dann natürlich bei den Bürgermeister: Links ist chaotisch. Dass die Frau einfach nicht genug ausgebildet ist um zu wissen: Wie moderier' ich 'ne Podiumsdiskussion. Und dass sie da überfordert ist, das sieht keiner.“ Gegenüber dieser negativen Schilderung erklärt die regionale Initiative in einem Bericht über die Veranstaltung, der Bürgermeister habe sich „in positiver Weise einer zum Teil sehr kontroversen Diskussion gestellt“. Weiterhin freue sie sich, „mit der zuständigen Stadtspitze und VertreterInnen der Bürgerinitiative ins Gespräch gekommen zu sein. Denn bei allen Meinungsverschiedenheiten, was den Umgang mit der dramatisch wachsenden Nazi-Szene in und um [die Kommune A] angehe, sei doch klar geworden, dass das Problem als solches von allen erkannt werde und man langfristig nicht aneinander vorbei komme“. Obwohl die Initiative zum Zeitpunkt der Studie noch aktiv war und die Entwicklungen in der Kommune regelmäßig recherchiert und kommentiert, wurde sie bei unseren Interviews nicht ein einziges Mal als Akteur auch nur benannt.

c) SONDERSTELLUNG DER DIAKONIN: Die gesamte Initiativstruktur in der Kommune ist so angelegt, dass zwar einerseits Problemen, die von der Stadtverwaltung anerkannt werden, mit einem breiten Bündnis aus dem Gemeinwesen begegnet werden kann. Andererseits kann sich gegen die Problemdefinition, die im Rahmen des Bündnisses durchgesetzt wurde, nur schwer Widerspruch entfalten. Damit geht prinzipiell eine Einschränkung der Problemwahrnehmung einher. Diese wird verstärkt durch die ursprünglichen Anstöße überhaupt initiativ zu werden. Die Aufmärsche sind ein Problem, das von Außen über die Kommune kommt und das mit der ebenfalls von außen kommenden Medienwahrnehmung kombiniert wird. Das Verhalten der Bevölkerung des Ortes kam ausschließlich als verstärkender Faktor (Unterstützung der Naziaufmärsche, den Imageschaden befördernde Kommentare gegenüber Medien) in den Blick, nicht als eigenes Problem. Das änderte sich auch nicht, als die lokale Naziszene mit in den Fokus der Initiativstruktur rückte. (vgl. oben 2.1)

Dass es trotz der auf eine Ruhigstellung interner Kritikpotentiale ausgerichteten Strukturen zur Beschäftigung mit der lokalen Naziszene kam, kann aus zwei unabhängigen Faktoren erklärt werden. Zum einen erzeugte die Beschäftigung mit den Naziaufmärschen eine größere Sensibilität für den gesamten Themenbereich, so dass Nazis auch jenseits der Aufmärsche und des Imageschadens als massives Problem angesehen werden. Zum anderen war mit der Leiterin der Jugendinitiative eine Person in der Struktur verankert, die aufgrund ihrer Position die Ruhigstellung zusätzlicher Kritik unterlaufen konnte und auch unterlief. Es muss

aber beachtet werden, dass es ihr nur aufgrund dieser Ausnahmestellung möglich war, beispielsweise die seit langer Zeit bekannte Verankerung von Nazis in Vereinsstrukturen auch zu problematisieren. (vgl. unten 3.4.c)

Worin bestand diese Ausnahmestellung? Für die Diakonin stellte die Jugendarbeit in der Kommune zunächst einen zeitlich begrenzten Teil der Ausbildung dar. Mit anderen Worten, die Diakonin kam von außen in die Kommune und hatte immer auch die Perspektive, diese wieder zu verlassen. Ihr Zugang zur Thematik Nationalsozialismus und Nazis wurde nicht durch die Problemlage in der Kommune geprägt. *„[I]ch komm’ ursprünglich aus München, war ehrenamtlich bei der Evangelischen Jugend München, hab da auch schon bei Gedenkveranstaltungen im ehemaligen KZ Dachau mitgemacht, ehrenamtlich. War dann hauptberuflich in Flossenbürg, auch ’n ehemaliges KZ, bei so internationalen Jugendbegegnungen dabei, und bin einfach schon, seit ich vierzehn bin, an dem Thema Gedenken dran.“*

Dass die Diakonin trotzdem relativ leicht Aufnahme in der Kommune fand hing mit ihrem beruflichen Status bzw. der Institution Kirche zusammen: *„als Kirche hat man noch mal ’n uneingeschränkteres Vertrauen von allen [...], weil die halt wussten: Ich bin da nicht parteilich – vielleicht manchmal parteiisch, ja, aber das hab’ ich mir dann da nicht raushängen lassen – aber das war so’ne schwebende Funktion, wo eigentlich alle – witziger Weise inklusive der Rechten und ihrer Eltern – mich als Gesprächsperson gesucht haben. Und das war natürlich, das ist natürlich ’n Schatz, den kann man überhaupt nicht hoch genug einschätzen, ja – dass man überall ’nen Zugang hat [...] – da klingel’ ich halt, sag’: Ich bin Diakonin, und werd’ halt überwiegend rein gelassen, ja? Dieses frei schwebende, nicht von der Stadt zu sein und dann aber auch nicht irgend so’ne erste Pfarrerin zu sein – Diakonin wissen viele auch gar nicht, nur irgendwas mit Kirche ist das schon, aber man hat noch keine Berührungsangst – und da hab’ ich mich sehr frei schwebend gefühlt.“*

Diese Unabhängigkeit verstärkte sich noch, als die Diakonin ihre Arbeit später ehrenamtlich in der Kommune fortsetzte und so gleichzeitig ihren institutionellen Nimbus und die Freiheit von den hierarchischen Weisungsstrukturen der Institution für ihre politischen Ziele nutzen konnte. *„[I]ch hatte hier kein Amt mehr, mir konnt’ hier keiner was – das war natürlich auch toll, weil ich konnt’ mich hier mit allen anlegen, weil ja keiner mein Chef war. Also ich war ja überhaupt nicht mehr hier in der Region.“* Zusammen mit der bereits erwähnten eigenständigen Basis Jugendinitiative konnte die Diakonin teilweise auch unabhängig von den kommunalen Machtfaktoren Landratsamt, Vereine, örtlicher Kirchenleitung und Rathaus, teilweise sogar gegen sie agieren.

Für diese Politik nutzte sie aber immer auch die Strukturen der Bürgerinitiative, die sie mitgestaltete, und ihre Verbindungen zu den die Bürgerinitiative stützenden Institutionen. In diesem Gefüge beschreibt sich die Diakonin selbst so, dass sie *„die integrierende Person war – das heißt, ich hatte ’nen guten Kontakt, also zum Ersten Bürgermeister sehr gut, zum Zweiten Bürgermeister sachlich gut, sonst nicht immer – dadurch, dass ich Diakonin bin, natürlich hin zur Kirche, zum Regionalbischof und dadurch, dass ich aus der Jugendarbeit komm’, zu den Jugendlichen. Das heißt, da war natürlich alles in einer Person und man konnte auch mal schnell telefonieren und Dinge noch mal regeln und einbringen.“* Damit spielte die Diakonin auch innerhalb der Initiativstruktur eine herausragende Rolle, obwohl sie über keine Sprecherposten in der Bürgerinitiative verfügte.

### **3.2. Zivilgesellschaftsmodell**

Die Entstehung und Struktur der Initiativlandschaft in der untersuchten Kommune A lassen es zunächst fragwürdig erscheinen, ob diese Landschaft überhaupt als zivilgesellschaftlich gewertet werden kann. Da es sich um maßgeblich von der kommunalen Verwaltungsspitze

initiierte, strukturierte und am Leben gehaltene Formen des Engagements handelt, kann den Initiativen nicht der Status von echten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zugesprochen werden. Andererseits besetzen die Initiativen als Quasi-NGOs (so genannte QuaNGOs) genau jenen Raum, der laut Antonio Gramsci als zivilgesellschaftlich bezeichnet wurde. Die Initiativen streben in einem Bereich vorstaatlichen Handelns die Hegemonie an. Mit anderen Worten, sie wollen durchsetzen, welche Verhaltensweisen und politischen Überzeugungen bezüglich ihres Themenfeldes (der nationalsozialistischen Idee) als Standpunkt des gesunden Menschenverstandes in der Kommune gelten.

*„Wir wollen auf alle Fälle alle demokratischen, politischen Parteien bei uns im Boot haben. [...] Wir müssen ein öffentliches Klima schaffen, dass alle Eltern, deren Kinder möglicherweise da hingehen in diese Szene, Bescheid wissen, dass das nicht in Ordnung ist. Wir müssen in den Schulen 'n Klima haben, dass die Lehrer Bescheid wissen [...] Wir müssen auf der anderen Seite bei der Polizei ein Klima haben, wenn jetzt Jugendliche 'n Problem mit Rechtsextremen haben, dass das ernst genommen wird. Und das geht eigentlich alles nur über Öffentlichkeit, dass das in den Medien kommt, dass einflussreiche Leute das hier erkennen, dass hier 'ne Gefahr ist für unser Land, für unsere Jugendlichen.“*

A) HEGEMONIE, INTEGRATION UND EXTREMISMUS: Im Kampf um Hegemonie geht es entgegen heutiger Zuschreibungen zum Zivilgesellschaftsmodell weder bei Gramsci, noch bei den Initiativen der untersuchten Kommune um einen Ausbau der Demokratie oder gesellschaftlicher Partizipation. Der emphatisch hochgehaltene Demokratiebegriff im Rahmen der Initiativlandschaft beschreibt lediglich den Status quo, der gegenüber dem Versuch der nationalsozialistischen Machtübernahme verteidigt werden soll. *„Also, ich sag' mal, wir müssen uns da auf eine Gefahr konzentrieren, die unser Land schon einmal in 's Verderben geritten hat. Und müssen hier uns auf die Sache konzentrieren, wo wir uns alle einig sind.“*

Die Struktur der Initiativlandschaft und ihre Rolle schlagen sich auch im Selbstverständnis der Initiativen nieder. Obwohl im Kampf um die Hegemonie engagiert, sieht sich das Bündnis bereits von der Position der Hegemonie aus agierend. Das hat zwei Konsequenzen. Zum einen wird die eigene Position bereits als die Einstellung des gesunden Menschenverstandes angesehen und völlig entpolitisiert, zum anderen ist es das Ziel des Bündnisses zumindest auf lokaler Ebene niemanden grundsätzlich von der hegemonialen Position auszuschließen. Das Bündnis verfolgt auch gegenüber der lokalen Naziszene das Ziel einer Reintegration in die kommunale Gemeinschaft. Das zeigt sich am Umgang mit dem Wirt einer Kneipe (ein *„bekennender Rechtsextremist“*), die als Nazitreffpunkt Gegenstand einer Demonstration der Initiativen war (vgl. 3.4.A): *„[D]er Wirt kommt da wohl auch relativ schlecht wieder raus. Er will 's vielleicht selber, dass er 'n anderes Klientel wieder bekommt, aber die Kneipe ist so verrufen – ich glaub' nicht, dass das so einfach ist. Wir haben jetzt auch auf unserer letzten Sitzung uns überlegt, ob wir nicht vielleicht an den Wirt mal rangehen und ihn fragen, wie es wirklich ist, ob er Unterstützung braucht von uns.“*

Die Entpolitisierung der Position des Bündnisses zeigt sich deutlich im Konflikt mit Landrat und Landratsamt. Der Landrat führt sein Amt als Exekutivbehörde bewusst nach den juristischen Regeln. Zwischen Bündnis und Landratsamt, das zugleich als Versammlungsbehörde über Genehmigung und Verbot der Naziaufmärsche entscheiden muss, führte das verschiedentlich zu Konflikten. So wird dem Landrat etwa vorgeworfen, *„dass er sagt, das Landratsamt hat ja auch was mit Demokratie zu tun und wir machen das hier, was die Mehrheit will, nämlich dagegen aufstehen – und zum Beispiel diese [Kommune A]-ist-bunt-Fahnen vor's Landratsamt hängen, das macht er nicht. Da sagt er: Das Landratsamt ist neutral.“* Das sich damit offenbarende Unverständnis für die gesellschaftliche Rolle der Behörde ist um so frappierender, da dieselbe Person an anderer Stelle kritisiert: *„Also ich fand's [...] ganz interessant, dass immer die Lösung war: Wegsperrern, verbieten – egal was, ja? Dann war das Prob-*



*lem: Jetzt wollen wir die Antifa nicht, ja kann man die nicht verbieten? Also das ist immer der erste deutsche Gedanke: Dinge zu verbieten und Menschen wegzusperren. Und da einfach zu sagen: Nein! Genau deswegen gibt's ja auch übrigens unsere Verfassung, ja, damit eben hier nicht mehr jeder, der uns nicht passt, weggesperrt werden kann, sondern dass jeder eben wirklich seine Meinung äußern darf. Und dass das eben immer der billigste Weg ist, der genannt wird und der gesucht wird – über Justiz oder was weiß ich – und da zu gucken: Wie kann Auseinandersetzung gelingen. Ja, wie können wir auch lernen mit anderen Meinungen, mit anderen Kulturen zu leben und nicht genauso zurück zu schießen wie die, gegen die wir sind.“*

Dass trotzdem vom Landratsamt als Behörde gefordert wird, zu tun was die Mehrheit will, hängt mit der Einbettung des Bündnisses in die staatliche Sphäre zusammen. Ist eine solche Einbettung als normal akzeptiert, dann erscheinen Teile des Staates, die sich einer solchen Vermischung verweigern als Gegenspieler auf dem Feld der Hegemonie. So, wie der zweite Bürgermeister erster Sprecher der Bürgerinitiative ist, um dieser mehr Gewicht bei der Bevölkerung zu verleihen, wird auch vom Landrat erwartet, das kommunalpolitische Gewicht seines Amtes im zivilgesellschaftlichen Rahmen einzubringen. Dies um so mehr, als die Positionen des Bündnisses seinen Mitgliedern als einzig demokratischer Standpunkt erscheinen. Entsprechende werden auch parteipolitische Streitigkeiten innerhalb des Bündnisses als störend empfunden. Sie gelten der eigentlichen Aufgabe als wesensfremd. „[D]as Thema eignet sich nicht für Politik in dem Sinne, dass die eine Partei sich profiliert, wie gut sie damit umgeht oder wie gut sie das bekämpft, und die andere beschimpft, wie schlecht sie das tut. Damit sind Dinge, die jetzt in der Auseinandersetzung notwendig sind, für viele in der Bevölkerung abstoßend und sie sagen: Da will ich nix damit zutun haben. Es ist also wichtig, dass hier die Demokraten 'n Konsens haben und das Thema gemeinsam angehen. Das, wie gesagt, das eignet sich nicht für parteipolitische Profilierung.“

Aus einer solchen Stellungnahme wird schon deutlich, dass die Auseinandersetzungen mit Nazis von einer vorpolitischen, nicht nur hegemonialen, sondern einheitlichen Position aus geführt werden sollen. Entsprechend ist das Ziel, das gesamte Gemeinwesen auf diese Position einzuschwören. „Also, wenn jetzt zum Beispiel 'ne Situation ist, was sicher oft der Fall ist, dass irgendwelche im linken Spektrum die Sprecher der Bürgerinitiative sind. Und dann womöglich noch vermischen die Auseinandersetzung um Rechtsextremismus mit, was weiß ich, Arbeitsplatzabbau und so Dingen, dann wird sich so 'ne Initiative immer schwer sein 'ne breite Basis zu finden. Die wird sich da immer schwer tun. Also, das halt' ich für ganz wichtig, dass man nicht sagt: Die sind einer politischen Richtung zuzuordnen. Sondern so 'ne Initiative, die sich mit Rechtsextremismus auseinander setzt, die muss zum Ausdruck bringen, dass es geht einen Rechtsstaat gegen ein Terrorregime zu schützen. Das ist es eigentlich.“

Da diese Position im Rahmen vernünftigen Handelns als gegensatzlos gilt, erstreckt sich der Wunsch nach Integration auch auf Nazis selbst. So war es eines der ursprünglichen Ziele der Bürgerinitiative, Nazis zum Umdenken zu bewegen. Und obwohl dieses Ziel inzwischen als zwar weiterhin richtig, aber kaum zu erreichen eingeschätzt wird, bleibt der Integrationswille bestehen. So wird der Wunsch geäußert, dass „Leute von der Bürgerinitiative in diese Vorstände [der einzelnen Vereine] gehen, mit denen diskutieren, auch sagen: Bitte nicht gleich jeden ausschließen, der rechts ist, aber bitte auch dafür sorgen, dass, wer rechts ist, kein leitendes Amt hat und keinen zu großen Einfluss auf Jugendliche. Also da, da beratend tätig zu werden und dieses auch bewusst zu machen, was Ausschluss auch bedeutet – dass man dann halt wirklich ganz am rechten Rand steht.“

Hier verkehrt sich die Wirkung der Verquickung staatlichen und zivilen Handelns, die zur Kritik am Landrat führte, in ihr Gegenteil. Als nicht nur quasi-zivilgesellschaftliche, sondern ebenso quasi-staatliche Struktur, sieht sich das Bündnis in der Verantwortung, die in der Kommune lebenden Nazis bei aller Gegnerschaft als Bürgerinnen und Bürger auch zu unter-

stützen. Damit werden diese aber auch in ihren politischen Bestrebungen nicht ernst genommen. Statt als Menschen mit einer politischen Position erscheinen Nazis als Opfer, als Menschen, denen jemand zurufen müsste: *„Hey, ihr werdet da verführt, ihr werdet da missbraucht, ihr kommt da in eine Szene hinein, die gefährlich ist für euch, die euer Leben kaputt macht!“*

Die Definition der hegemonialen Position als normal entspricht der Extremismusthese. Dieser Konzeption zufolge sind um ein solches demokratisches Normalfeld extreme Positionen gelagert. Bezüglich der Nazis als „rechtsextrem“ ist das innerhalb des Bündnisses unbestritten. Umstritten sind dagegen die Abgrenzungen nach links. So muss die Nichtwahrnehmung der regionalen Initiative, die sich selbst als antifaschistisch bezeichnet, in diesem Kontext gesehen werden. Problematisch wird die Abgrenzung jedoch bei der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)*: *„Hier bei den Grünen sind einige, die haben Kontakt zur VVN, wobei das von [der Kommune A] her ganz kritisch gesehen wird von beiden Bürgermeistern inzwischen, die sagen: Wir wollen überhaupt nichts mit der linken Fraktion zu tun haben, wir kooperieren nicht, wir wollen nicht.“* In diesem Fall hat sich zumindest nach offizieller Beschlusslage im Bündnis eine Position durchgesetzt, die in ihrer Struktur, die Extremismuskonzeption bestätigt, aber die Grenzen anders zieht als die Vertreter der CSU. *„Dann hat die PDS und noch irgend 'ne Gruppe, ich glaub', VVN selber, hatten sich angemeldet, was ich gut fand – ich mein', das ist alles unter dem Rahmen, sag' ich mal, noch der Demokratie. Und ich hab' dann für mich die – also ich hab' das organisiert – die Maxime gehabt: Wer am Evangelischen Kirchentag 'nen Stand kriegt, kriegt bei uns auch einen.“*

B) SELBSTVERSTÄNDNIS UND KONFLIKTLÖSUNG: Aufgrund der Selbstbeschreibung als hegemonialer Gruppe, die alle gesellschaftlich anerkehbaren Positionen integriert und damit einen Normalbereich definiert, jenseits dessen nur noch Unvermögen, Gleichgültigkeit und Extremismus zu finden sind, kann die Auseinandersetzung um Problembeschreibungen und Strategien allein innerhalb des engen Kreises derjenigen stattfinden, die das Initiativbündnis tragen. Innerhalb dieses Kerns müssen alle entsprechenden Konflikte, etwa um die Definition der Grenzen zum Extremismus ausgetragen werden. Das Streben nach Konsens ist in den internen Diskussionen unvermeidlich, wenn die Konstitution als hegemoniale Gruppe erhalten bleiben soll.

Abstimmungen und politische Einflussnahmen auf deren Ausgang sind nicht die Regel. Das betont auch das Resümee der siegreichen Partei im Konflikt um den Ausschluss des VVN, die sich über die Meinung des zweiten Bürgermeisters hinwegsetzen musste. *„[D]a war ich aber vorher so gemein, sag' ich mal, dass ich halt sehr gut vorbereitet war, mir die Konzeptionen von den beiden Gruppen, um die es ging, besorgt hab', die halt eben allen Mitgliedern hab' zugänglich gemacht und dazu die Ordnung vom Kirchentag [...] und da wurde dann der Zweite Bürgermeister halt überstimmt. Das war dann halt keine ganz feine Art der Konfliktlösung, weil ich die Leute präpariert hatte, und er dann einfach den Kürzeren gezogen hat und damit leben musste.“*

Die partizipativen Elemente kollidieren dabei auch mit den Erfahrungen des rein staatlichen Handelns. So wurde im Rahmen der bereits erwähnten regionalen sozialempirischen Studie von einem Mitglied der Bürgerinitiative bezüglich der in dieser herrschenden Arbeitsweise geäußert: *„Linke Arbeit ist immer so chaotisch. Wir bräuchten etwas mehr Autorität, einen festen Plan und jemand, der dafür sorgt, dass der auch eingehalten wird, dass man sich an Strukturen langhangelt und dass Disziplin eingehalten wird.“* Andere Mitglieder der Initiative fanden dagegen während der Befragung zur selben Studie, die Struktur sei bereits zu autoritär. Diese Diskrepanz spiegelt die Mischung aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Elementen. Während die partizipativen Momente der Erhaltung zivilgesellschaftlicher Hegemonie dienen, manifestiert sich die staatliche Ebene in der Existenz von Leitungsstrukturen.

Formal sind die Leitungsstrukturen an die Sprecherposten geknüpft. Real entstehen sie aus der Machtbasis der einzelnen Initiativmitglieder. Entsprechend geht die besondere Rolle des zweiten Bürgermeisters nicht aus seiner Funktion als erster Sprecher der Initiative hervor, sondern seine Funktion ergibt sich aus seiner Stellung im kommunalen Verwaltungsapparat. *„Der Erste Bürgermeister kann 's nicht machen, [...] dann wär' der nächste Bürger der Stadt der Zweite Bürgermeister“*. Die kommunale Rollenverteilung bestimmt, wer die Leitung der Initiative inne hat.

Während die Besetzung der Sprecherposten nach funktional reflektierten Kriterien erfolgt, wird die Notwendigkeit einer Leitungsstruktur selbst als unhintergehbare Grundannahme gesetzt. Das zeigt sich vor allem, wenn andere Akteure nach einem entsprechenden Muster beurteilt werden. So ist der Vorschlag, um Konflikte mit Antifagruppen zu klären, die zum Protest gegen die Naziaufmärsche in die Kommune kommen, *„dass geht auch nur durch Dialog und wenn man sich dann eben die Chefs krallt und sagt: Passt auf, ihr fahrt dahin, bereitet eure Jugendlichen bitte darauf vor oder bleibt weg!“* Die Erfahrung mit den Teilnehmenden an einer Demonstration, die sich solchen administrativen Strukturen gar nicht unterworfen sehen, fällt entsprechend ernüchtert aus: *„Also, ich hatte überhaupt kein Problem mit den Versammlungsanmeldern von denen, mit den Repräsentanten, vernünftig zu sprechen, aber wenn die ihre Leute nicht im Griff haben, ist das halt schwierig.“* In der Konsequenz gelten Akteure, die nicht mit der vorausgesetzten Struktur aufwarten oder aufwarten können, als nicht kooperations- und nicht auseinandersetzungsfähig.

Die Leitung der Initiative ist nicht nur eine formale Bezeichnung, um etwa gegenüber den Medien besser ansprechbar zu sein. Sie wird vielmehr als reale Leitung gesehen und akzeptiert. Damit treten für einzelne Mitglieder Probleme auf, wenn ihre Position *„nicht als sinnvoll erachtet [wird], von denen, die jetzt hier in der Leitung sind.“*: *„Da ist zum Beispiel eine Frau, [...] was die gesagt hat, wurde oft überhört. Weil halt einfach der Zweite Bürgermeister dann meistens moderiert hat, von der halt nichts hält – ist halt 'ne Arbeiterin – und dann hat sie halt ihren Beitrag gebracht und das wurde halt einfach nicht honoriert.“*

Die Möglichkeit entsprechende Konflikte zu lösen, um einerseits die Hegemonie zu gewährleisten, ohne andererseits die Leitungsstruktur in Frage zu stellen, wird dabei von den an der Leitung Beteiligten nicht im Rahmen der Initiative gesehen, sondern aus dieser hinaus verlagert. *„Also, das ist dann zwischen Initiativbeteiligten, aber nicht in der Gesamtinitiative. Das ist dann halt eher so, dass dann das rum ist und dann heißt's: Wir müssen uns noch mal schnell zusammensetzen, da hat was nicht gepasst, lass uns das klären. Also, das passiert ja nicht – oder selten dann – vor allen.“*

### **3.3. Verflechtung mit der kommunalen Verwaltung**

Nachdem sich die Initiativstruktur in der Kommune in den letzten Jahren immer mehr gefestigt hat, gibt es die Meinung, die Bürgerinitiative sei inzwischen selbst zum kommunalen Machtfaktor geworden, die nicht länger vom Wohlwollen der Rathauspitze abhängig sei. *„Die Bürgerinitiative ist sehr stark. Die einzelnen Mitglieder, also jeder Einzelne ist so eigen und so verantwortlich, hat soviel Verantwortung übernommen für die ganze Sache. Ich glaube, das [eine Änderung der Machtverhältnisse im Rathaus] wäre keine Gefahr. Nee, die würden tüchtig Druck kriegen aus der Bürgerinitiative. Das könnte sich überhaupt niemand leisten, das eingehen zu lassen. Die Rechten wären sofort wieder da [...] Wenn man da nicht immer am Ball bleibt, haben wir hier wieder Verhältnisse wie 2004.“*

Dem gegenüber stehen die zwei Faktoren, die den Einfluss der Verwaltung auf die Initiativstruktur sichern: das Prestige des Bürgermeisters, von dem die Aktivitäten der Initiative profitiert, und die materielle Unterstützung der Initiative durch die Stadt.

A) KOMMUNALE UNTERSTÜTZUNG: Es wird auch aus den Initiativen heraus bezweifelt, dass die Auseinandersetzung mit den Naziaufmärschen jemals in der Bevölkerung auf Akzeptanz gestoßen wäre, wenn es nicht die demonstrative Unterstützung des ersten Bürgermeisters für derartige Aktionen gegeben hätte. *„Wo ja die Akzeptanz der Bürgerinitiative in der Bevölkerung nur so relativ hoch, wie sie hoch ist, weil die Stadt so dabei ist – weil es halt nicht irgendwelche langhaarigen Bombenleger, die sowieso immer alles anders sehen und die dann nach vorne – sondern weil’s die Stadt ja selber ist.“* Diese Unterstützung ist umfassend und erstreckt sich auch auf Aktivitäten, die den Rahmen der üblichen Handlungsoptionen sprengen und allein deshalb die Initiativen in den Verdacht bringen könnten, gegen die gegebene Ordnung insgesamt zu sein. *„Der Erste Bürgermeister unterstützt es, indem er alle Gruppen unterstützt, die da aktiv sind in der Arbeit dagegen, und indem er auch selber sehr viel macht – gerad’ im Sommer, ja? Also das ist einer, der [...] auch gegen seine eigene Partei, also der ist jetzt CSU-Bürgermeister und macht [...] bei ’ner Sitzblockade den Frontmann, [...] ist vorne mit dran und steckt natürlich auch so die Leute mit an, weil das natürlich hier wirkt im Dorf, ja? Wenn da der Bürgermeister mit vorne dran ist, dann kann’s ja nicht ganz verkehrt sein“.* Die Bedeutung dieser demonstrativen Unterstützung für die Initiativlandschaft steigt noch dadurch, dass die Initiativen auf Protestformen angewiesen waren, die vom kommunalen Alltagsverstand sonst eher mit *„irgendwelchen langhaarigen Bombenlegern“* assoziiert wurden. Handlungskonzepte, die sich der direkten Konfrontation mit den Naziaufmärschen nicht stellten, waren jedoch bereits gescheitert. Nach einigen Kundgebungen fernab der Aufmärsche wurde vom Kreis der Aktiven *„dann leider auch festgestellt, dass die überregionalen Medien unseren Protest überhaupt nicht wahrgenommen haben und genauso über die Rechtsextremen und deren Aufmarsch berichtet haben wie, wenn bei uns nichts passiert wäre.“*

Die prominente Unterstützung der Initiativen stellt für diese einerseits einen Schutz dar – die Ermittlungsverfahren wegen des mit der Sitzblockade begangenen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz wurden eingestellt –, andererseits eröffnet ihr die kommunale Unterstützung auch die Möglichkeit von staatlichen Stellen mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden. *„Die Frage ist, wird das Gegenüber ernst genommen, welchen Stellenwert gibt man dem Gegenüber? Und wenn jetzt da als Gegenüber ’n öffentlicher Repräsentant sitzt, hat das ’n ganz anderes Gewicht wie, wenn das der Sprecher irgendeiner, womöglich noch umstrittenen Initiative ist. Und das ist vielleicht der Vorteil und auch die Stärke unserer Initiative, so wie sie im Moment besetzt ist.“*

Bei der verstärkten Akzeptanz der Initiativen in der Bevölkerung ist tatsächlich davon auszugehen, dass sie auch einen Wechsel an der Rathauspitze überdauern könnte. Zumal die Initiativen auch von anderen respektablen Institutionen, wie den Kirchen, von Lehrern und Mitgliedern der Verwaltung getragen werden. Bei den kommunalen Institutionen ist eine anhaltende Wahrnehmung der Bürgerinitiative als quasi-staatliche Kooperationspartnerin jedoch nicht ohne weiteres anzunehmen. Die Bedeutung der Unterstützung durch die Kommunalverwaltung tritt auch deutlich hervor, wenn im Gegensatz dazu die Abhängigkeiten beschrieben werden, die andere Akteure behindern. So wird etwa der Dekan, der unmittelbare Vorgesetzte der Pfarrer der evangelischen Gemeinden, nicht von allen seinen Vorgesetzten ermutigt, die Aktivitäten gegen Nazis zu unterstützen. *„Also das heißt, und da ist es komplizierter, der [Landrat] ist Synodaler, also in dem höchsten bayerischen Kirchenparlament und setzt aus dieser Funktion auch den Dekan mit unter Druck. Das heißt, da ist der Dekan auch in ’ner blöden Rolle, weil sein direkter Chef [der Regionalbischof] findet’s gut, jemand von den Synodalen, der auch noch Landrat ist und im Kirchenvorstand ist, findet’s schlecht. Also das sind hier so die, diese sich beißenden Gremien.“* Und auch in der Zusammenarbeit mit dem Gymnasium zeigen sich Grenzen. *„Gymnasium – sehe ich gerad’ keine großen Chancen, solange dieser Rektor da ist. Der will einfach keinen Ärger, dem ist das alles zu bunt – im*

*wahrsten Sinne des Wortes – und an dem vorbei zu agieren, ist schwierig, wenn der Oberste blockt.“*

Besonders drastisch dürfte sich ein Wegfall der Unterstützung aus dem Rathaus aber auf die Handlungsfähigkeit der Initiativen auswirken. Sie wäre ohne die Unterstützung der Stadt gegenwärtig nicht gegeben. *„Das heißt, wenn wir so ‘nen Protesttag haben, dann wird die Stadt aufgefordert für Infrastruktur zu sorgen für den Protest. Zum Teil auch Kosten, die man hat, zu übernehmen. Stände aufzubauen, halt Transparente aufzuhängen – die Möglichkeiten haben Sie ja nicht, ja? Wenn Sie über die Straßen Transparente hängen wollen, dann brauchen Sie ja ‘nen Wagen, mit dem Sie da hoch kommen. Das hat, ich glaub’, 6.000 Euro wären da die Verrechnungskosten gewesen. Das trägt halt die Stadt, irgendwie die Organisation der Stadt. Wenn Sie das selber finanzieren müssen, haben Sie schon gleich ‘n Problem. Ja, dass ‘ne Bühne aufgebaut wird, dass Veranstaltungsräume zur Verfügung gestellt werden – das ist so, was man von der Stadt einfordert.“* Und diesen Aufforderungen kommt die Stadt nach. *„Der Erste Bürgermeister [...] haut halt dann die Gelder durch den Stadtrat durch“* und der Leiter vom *„Ordnungsamt, der kann auch schon bei vielen Sachen mithelfen“*. Und auch die Jugendinitiative, die sich vorwiegend durch Preisgelder finanziert, lebt mit von den Mitteln der Stadt. *„[W]enn man an den [ersten Bürgermeister] rantritt und irgend ‘n Anliegen hat, [...] finanziell, springt schon meistens was dabei raus.“*

B) DIE ROLLE DES ZWEITEN BÜRGERMEISTERS: Das Wagnis, das der erste Bürgermeister eingeht, wenn er die Aktivitäten der Initiativen in der beschriebenen Weise unterstützt, klang schon an. Der bayerische Innenminister war über einen Bürgermeister und Parteikollegen, über den sich die Polizei beschwert, weil er sich über ein Versammlungsverbot hinwegsetzt, nicht erfreut. *„Auf der anderen Seite holt er sich auch Schellen, auch im Stadtrat finden nicht alle gut, was er macht. Und er geht aber ran an den Konflikt mit seinen eigenen Leuten.“* Dieser Zwiespalt verstärkt sich noch einmal spürbar für den zweiten Bürgermeister mit seiner zusätzlichen Rolle als erster Repräsentant der Bürgerinitiative bzw. des Bündnisses der Initiativen.

*„Wenn ein Zweiter Bürgermeister, der ja wiedergewählt werden will, sich sogar zum Teil dann in Aktionen gegen seine eigene Partei stellt, dann muss er [...] im Stadtrat vertreten sozusagen, was CSU ist und die Bürgerinitiative was anderes, ja? Und dann kamen halt so Sachen, dass die Bürgerinitiative entschieden hat, sie wollen eben ‘nen Kontakt mit der Antifa – er als Sprecher sagt, er macht das. Und nimmt den aber dann nicht auf, weil er halt eben Zweiter Bürgermeister ist [...] Ich mein’, was der Zweite Bürgermeister da machen musste, das war die Quadratur des Kreises, eigentlich geht das gar nicht, ja? Weil der ja ständig gegen seine – egal, wo er war, er musste gegen seine Überzeugungen agieren und das macht einen ja auch kirre. Und da kann man sich auch nur versteifen, ja? Also das – und sich das bewusst zu machen an manchen Stellen, wo’s einfach nicht gehen kann, weil die Strukturen so sind – dass das Übermenschliches bedeuten würde damit umzugehen.“*

Diese Analyse, dass die Widersprüche, die der Mix aus quasi-staatlicher und zivilgesellschaftlicher Verfasstheit der Initiativen hauptsächlich von einem Repräsentanten persönlich miteinander vermittelt werden müssen, legt einerseits den Schluss nahe, dass die Person des zweiten Bürgermeisters ungeeignet war, zugleich die Position des Hauptvertreters des zivilgesellschaftlichen Engagements einzunehmen. Dies um so mehr, als offensichtlich auch die zivilgesellschaftlichen Positionen gegenüber den staatlichen Ansprüchen zu recht gestutzt werden. In einem Konflikt, in dem die Ziele und Handlungsmuster der kommunalen Verwaltung von zivilgesellschaftlichen Kräften kritisiert werden müssten, würde diese Kritik von vornherein abgeschwächt oder gar ganz ausbleiben.

Da aber das zivilgesellschaftliche Engagement an die staatliche Unterstützung gekoppelt ist, erweist sich der Ausweg einer Neubesetzung der Sprecherposition andererseits als wenig vielversprechend. *„Ich mein’, das [die Möglichkeiten für die Initiativen Konflikte mit dem Rathaus so auszutragen, dass sich der Standpunkt der Initiative durchsetzt] ist zum Teil halt gegeben durch die Doppelrolle des Zweiten Bürgermeisters, weil der ja beides ist. Also an sich ist das nicht blöd - das muss ich auch sagen: Sozusagen unser größtes Hindernis ist auch unsere größte Chance. [...] Und das kann, denk’ ich, entweder nur durch eine sehr von ihrer Person her integrierende Persönlichkeit gelöst werden – dass einfach jemand diese Gabe hat den Konflikt in sich zu lösen – [... oder] zum Teil indem man es sich einfach bewusst macht.“*

### **3.4. Handlungsansätze**

Ursprung und Aufbau der Initiativlandschaft in der Kommune A lassen zunächst ein Spektrum an Handlungsmöglichkeiten vermuten, das von demonstrativen Bekundungen der Treue zur herrschenden Demokratie bis zur Durchführung von Veranstaltungsreihen zum Themenkomplex „Rechtsextremismus“ reicht.

A) HANDLUNGSSPEKTRUM: In der Tat sind Demokratiekundgebungen und Veranstaltungen die Tätigkeitsschwerpunkte der Initiativen. So fand 2005 und 2006 zum Termin der Aufmärsche ein „Tag der Demokratie“ statt. *„Wir wollen nicht nur dagegen sein, das ist irgendwie so schrecklich leicht, sondern wir wollen den Tag umdeuten. Wir wollen aus diesem [Tag], der an den Nationalsozialismus erinnert – aus Sicht der Rechten in positiver Weise – den Spieß umdrehen und ’nen Tag der Demokratie draus machen. Also, gerade angesichts des Wahnsinns alles umdeuten und sagen: Wir feiern und manifestieren und demonstrieren unsere Demokratie.“*

Allerdings reduziert sich dieser Anspruch in der Praxis sehr stark. Als zentrales Moment des „Tags der Demokratie“ wird eine „Meile der Demokratie“ hervorgehoben, auf der *„Besucher/innen die Gelegenheit haben, die vielen verschiedenen Vereine, Verbände, Institutionen, Organisationen, haupt- und ehrenamtlichen Kräfte kennen zu lernen, die sich in unserer Gesellschaft aktiv und auf vielfältige Weise, im Kleinen und im Großen für demokratische und christliche Werte einsetzen: Für ein Miteinander in Fairness, Frieden, gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.“*

Obwohl die Auseinandersetzung mit Naziaufmärschen den Anlass des „Tags der Demokratie“ bot und dieser Anlass in der Vergangenheit auch inhaltlich den Tag dominierte, geht der Versuch der Umdeutung auch mit einer Entwertung der Auseinandersetzung mit Nazis einher. Für die Teilnahme an der Meile der Demokratie ist diese Auseinandersetzung keine Voraussetzung. *„Was wir von den Vereinen fordern, ist, dass sie kommen und Flagge zeigen.“* Die Teilnahme selbst wird als ausreichendes Statement interpretiert. Die „Meile der Demokratie“, die die gesellschaftliche Breite der Gegnerschaft zur Position der Nazis demonstrieren soll, ist selbst ein weitgehend inhaltsleeres Bekenntnis.

Offensiver gehen die zwischen den „Tagen der Demokratie“ von den Initiativen organisierten Veranstaltungen das Thema an. Die Palette reicht hier von Zeitzeugengesprächen bis zu „Argumentationstrainings gegen Rechts“. Allerdings erreichen die Veranstaltungen im Gegensatz zum groß beworbenen „Tag der Demokratie“ nur eine Minderheit der Bevölkerung und entfalten ihre Wirkungen eher im Inneren der Initiativen.

Zu einer wirklichen Auseinandersetzung in der Kommune führten folgerichtig nicht die Tätigkeitsschwerpunkte der Initiative, sondern ihre spektakulären Auftritte – die erwähnte Sitzblockade eines Naziaufmarschs, das Outing von lokalen Vereinen, in den Nazis ungestört agieren oder Führungspositionen inne haben, und eine Demonstration vor einer Kneipe, die sich als Nazizentrum etabliert hatte (vgl. 1.3). Dabei waren sowohl die Sitzblockade (vgl.

3.3.A) als auch die Demonstration vor dem Nazizentrum der Kombination aus Wirkungswillen der Initiativen und dem Scheitern anderer Ansätze geschuldet. Anders als bei einer rein staatlichen Initiative eröffnen sich der Mischstruktur hier auch Möglichkeiten gegen gesetzlich nicht sanktioniertes, politisch aber ungewolltes Verhalten aktiv zu werden, die staatlichen Stellen nicht offen stehen. So auch beim Vorgehen gegen das lokale Nazizentrum:

*„Also, das ist 'ne Kneipe gewesen, die war früher 'ne ganz normale Kneipe und ab 2004 ist das 'ne Kneipe gewesen, wo die Rechtsextremen drin sind. Der Eigentümer von der Kneipe und gleichzeitig Wirt ist bekennender Rechtsextremist. Und das hat sich zum Treffpunkt für Neonazis entwickelt und da gab's dann von der Kneipe aus [...] einen Internetauftritt, wo diese ganzen Hass-Tiraden und was weiß ich alles drin war, wo die offen geworben haben für Konzerte, für Veranstaltungen. Und das war für uns 'n ziemliches Ärgernis. Und für uns war es schwierig Formen zu finden, uns mit der Thematik auseinander zu setzen. [...] Da war keine Möglichkeit da 'nen Ansatzpunkt zu finden. Und dann haben wir gesagt: Wir demonstrieren einfach [...] und das hat zunächst nix bewirkt – diese [Kneipe] ist weiter gelaufen. Aber viele Bürger, die das vorher nicht so richtig wahrgenommen haben, waren plötzlich sensibilisiert. Eltern, deren Kinder da vielleicht hingegangen sind ohne sich Schlimmes zu denken, haben das denen dann halt verboten. In der Schule ist das thematisiert worden. Auf jeden Fall hat man mit dieser Demonstration offensichtlich denen die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Die andere Seite ist, die hatten auch Kinder und das war dann plötzlich bekannt, dass das DIE sind von der [Kneipe], und die konnten in der Gesellschaft, im Kindergarten, in der Schule und so weiter nicht vernünftig Fuß fassen. Und haben dann der Sache abgeschworen, haben also gesagt, die Internetseite eingestellt, das Lokal umbenannt. Da kommen keine, gut, wenn Rechtsextreme kommen nicht ausgewiesen sondern halt als Personen, als Menschen dann werden die sicher da rein kommen, aber es ist kein Szene-Treff mehr. Der – ich hab' mit dem Wirt dann auch mal telefoniert – der ist nach wie vor bekennender Rechtsextremist, aber [...] den Veranstaltungsort, den bundesweit bekannten Treffpunkt den gibt es nicht mehr.“*

B) AUFKLÄRUNG UND POLARISIERUNG: Grundsätzlich sind die Aktivitäten der Initiativen zwei strategischen Konzepten verpflichtet. Die Initiativen wollen aufklären und in Grenzen auch die Bevölkerung polarisieren. Das Konzept der Aufklärung geht von Informationsdefiziten bei den Betroffenen aus. Das bedeutet zum einen, dass sich die Arbeit auf Jugendliche und Eltern, Lehrer, Jugendarbeiter, kurz Menschen, die mit deren Erziehung beauftragt sind, konzentriert. *„Im Endeffekt geht's darum, dass ein Jugendlicher, der von der Szene angebaggert wird, so wie man sagt: Warum haschst du nicht – ich kann mir das jetzt nicht so vorstellen, weil ich nie in dieser Situation war, aber mit Nikotin kommt jeder mal in Berührung, oder mit Alkohol kommt jeder mal in Berührung – dass er sich darüber bewusst ist, wenn ich mich damit einlasse, dass das nicht in Ordnung ist. Und die Chance, die muss ich jedem Jugendlichen geben.“* Zum anderen will die Aufklärungsarbeit die Schrecken des Nationalsozialismus vor Augen führen, *„dass es geht einen Rechtsstaat gegen ein Terrorregime zu schützen“*. In diesem Zusammenhang gewinnen Veranstaltungen mit Zeitzeugen und Gedenkveranstaltungen, etwa an einer Grabstätte von Opfern eines Todesmarsches, der durch die Kommune führte, zunehmend an Bedeutung.

Ein wesentliches Ziel der Aufklärungsarbeit war dabei mit Unterschriftenlisten und in den Schulen durch das Programm „Schule ohne Rassismus“, bei dem sich siebzig Prozent der Angehörigen einer Schule verpflichten müssen gegen Rassismus aufzutreten, eine Positionierung der Bevölkerung zu erreichen. Diese Positionierung ist aber nicht ohne eine Polarisierung zu erreichen. *„[D]adurch, dass wir eigentlich seit 2004 massiv auch mit Bildungsprogrammen dafür sorgen, dass wir nicht nur aufklären, sondern ständig damit in der Zeitung sind, konnte sich in [der Kommune A] eigentlich kaum einer dem entziehen, sich zu positionieren. Das heißt, jeder musste irgendwann in Gesprächen sagen: Ich steh da oder da. Und dann*

*hat's die Leute natürlich genervt und das Gleichgültige wurde dann weniger. Und dann wurden 's halt mehr Befürworter und mehr Gegner. Also da hat sich einfach Spreu vom Weizen getrennt, weil die Leute hier gar nicht anders konnten als sich damit beschäftigen."*

Mit anderen Worten aus „ein Drittel sagen, die sagen: Genau richtig. Ein Drittel, die total dagegen sind und ein Drittel, denen 's Wurscht ist“ ist über ein Drittel der Bevölkerung geworden, die die Aktivitäten der Nazis befürworten. Und an dieser Gruppe zeigt sich auch die Grenze der Polarisierungsstrategie. Diese zielt nämlich nur darauf, Unentschlossene möglichst sich dazu zu bewegen, sich der hegemonialen Position anzuschließen. Eine offensive Auseinandersetzung mit dem großen Teil der Bevölkerung, der gegenüber den Initiativen eine ablehnende Haltung entwickelt hat, findet dagegen nicht statt. Eine solche Auseinandersetzung wird auch durch den integrativen Ansatz der Initiativen verhindert, der selbst in erklärten Nazis immer noch Menschen sieht, denen hauptsächlich pädagogisch begegnet werden soll. Entsprechend ist neben „Nazi-Aufmärsche verhindern“, „für Menschenwürde und Demokratie eintreten“, die „Bürgerschaft sensibilisieren und aktivieren“ auch „Rechtsextreme zum Umdenken bewegen“ ein Ziel der Bürgerinitiative.

c) VEREINE: Die Konzept- und Erfolglosigkeit auf dem Gebiet der Konfrontation zeigt sich an der Reaktion der zivilgesellschaftlichen Strukturen der Kommune. Wie im ländlichen Raum durchaus üblich, wird das kommunale Leben von einer sehr vielfältigen Landschaft an Vereinen geprägt. Im Rahmen dieses Vereinslebens sind auch Nazis aktiv. (vgl. zu diesem gesamten Abschnitt auch 1.6)

Anhand von zwei Vereinen, („wo also einer der ganz Stadt bekannten Nazis war der Erste Vorsitzende von 'nem Burschenverein“ und „hier im Fußballverein, der hat den Spitznamen Fußball-SS“) wurde von der Diakonin die einzige konfrontative Auseinandersetzung mit der Zivilgesellschaft geführt. „Und da war's mir mal einfach wichtig zu sagen: Rechtsextremismus ist nicht in Berlin, sondern eben auch hier. Und hab dann also hier sehr deutlich gesprochen. Auch von Vereinen, wo Rechte drin sind, die das missbrauchen für Werbung. [...] Und dann hatt' ich im Zeitungsnachspiel eine Front gegen mich, das ging wirklich vierzehn Tage Leserbriefe: Die Diakonin lügt, und wo man dann richtig gemerkt, wie die sich ärgern, vor allem die Vereinsmitglieder. Dann hatten wir die Riesenwelle dagegen. Das ging dann hin und her, ohne Ende. Es sind sechs Leute aus der Kirche ausgetreten, vor lauter Wut, dass sich die Kirche eben einmischt und Politik betreibt.“

Im Ergebnis erwies sich die Vereinslandschaft aber als sehr resistent gegen solche Anwürfe. Veranstaltungen bei denen Unterwanderungsstrategien von Nazis diskutiert wurden, wurden „vor allen Dingen von den Vereinen [besucht], die es nicht so betrifft – die waren eher da als die, wo man sagen müsste: Ihr müsst euch damit auseinandersetzen.“ Die Mehrzahl der Vereine pocht aber auf ihren Status als unpolitische Organisation. „Es ist schwer die Vereine genau dafür zu gewinnen. Die Vereine wollen per Definition unpolitisch sein, sprich offen für alle Bürger, was auch gut ist. Jetzt den Vereinen klar zu machen, dass es hier nicht um Politik geht sondern um den Schutz unserer freiheitlichen Gesellschaft vor extremistischen Kräften, die dann in letzter Konsequenz auch Gefahr sind für die Vereine – das, ja, dafür 'n Verständnis zu kriegen, ist relativ schwierig. Ich bin selber auch Mitglied in einigen Vereinen und hab's, ja, also woran ich jetzt im Moment denke, bei zweien im Grunde nicht geschafft, dass die sich offen dazu bekennen, zum Beispiel an dem Tag der Demokratie, den wir jetzt da ja veranstalten, aufzutreten und zu sagen: Wir lehnen diese rechtsextremen Kreise ab.“

d) VERNETZUNG: Zu einem wesentlichen Teil der Arbeit der Initiativen gehörte von Anfang an die Selbstdarstellung als modellhaft. Insbesondere die Leitungsfiguren der Initiativen berichten kontinuierlich auf Vorträgen über ihre Erfahrungen. „Das hat übrigens auch noch dazugehört [...], dass wir wahnsinnig viel noch in andere Gemeinden hätten ziehen können, ha-



ben wir zum Teil auch gemacht: Und dort referieren, doch anstecken, dort mitmachen und dort Initiativen mitbegründen.“ Das Sendungsbewusstsein, das dabei von den Aktiven entwickelt wird ist beachtlich: „[W]ir haben da als [Leute aus der Kommune A], weil wir vielleicht auch 'ne Speerspitze sind – von dieser ganzen Herausforderung, haben wir da auch 'ne Verantwortung für die ganze Bundesrepublik. Hier Strukturen und öffentliche Meinung aufzubauen, dass das einfach nicht so weiter gehen kann, dass – und wenn man jetzt so reinschaut, man sieht: Es gibt viele Ortschaften, die haben ein rechtsextrems Problem. Aber wollen es nicht wahrhaben oder haben Angst davor damit in die Öffentlichkeit zu gehen – und schweigen 's tot.“

Dabei wird die Bedeutung der eigenen Probleme und Problemlösungsstrategien mitunter überschätzt. Das zeigt sich unter anderem an der Änderung des Strafrechtsparagraphen 130, in dessen Absatz 4 aufgenommen wurde: „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.“ Dieser Paragraph ermöglicht das Verbot von Aufmärschen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus und seine Funktionsträger beziehen. Bei der Beratung dieser Gesetzesänderung waren auch der Landrat und die Initiativen der Kommune A eingeladen worden. Aus Sicht der Initiativen hatte die Auseinandersetzung um die Aufmärsche „dann dazu geführt, dass wir dann im Januar 2005 im Deutschen Bundestag waren, beziehungsweise beim Innenausschuss des Deutschen Bundestages und diese Situation [der Kommune A] dort vorgestellt haben. Das hat dann die damalige Leiterin und den Innenausschuss doch so beeindruckt, dass es in diese, in dieser Versammlungsrechtsverschärfung, die im März etwa im Bundestag diskutiert wurde, deutlichen Eingang gefunden hat.“ Und auch der Landrat stellt fest: Das „Thema Gesetzesänderung des 130 Absatz 4 Strafgesetzbuch geht auf uns beide [ihn und den Verwaltungsjuristen des Landratsamtes – A.d.A.] zurück – also da haben wir den Gesetzesvorschlag beziehungsweise die Tatsache hier über Strafrecht eine Änderung des Versammlungsverbotes zu kriegen, das war eigentlich meine Idee, die wir gemeinsam umgesetzt haben. Und dann im Bundestag eingebracht haben“.

Obwohl ein Einfluss der lokalen Situation auf das Gesetzgebungsverfahren sicher nicht zu leugnen ist, fällt die Zeit der Gesetzesnovelle doch auch mit den Auseinandersetzungen um Naziaufmärsche am Brandenburger Tor zusammen. Dieser überregionale Kontext fällt aber im Bericht der Mitglieder der Initiativen weg. Entsprechend wird auch davon ausgegangen, dass im Falle einer Aufhebung des Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht, ein neuerlicher Verbotsground der lokalen Naziaufmärsche durch den Gesetzgeber geschaffen würde. „Jetzt könnte ja theoretisch der Fall eintreten, dass dieser Konflikt [zwischen Straf- und Grund-, sprich Versammlungsrecht] vom Verfassungsgericht entsprechend bewertet wird und dieser Strafrechtsparagraph nicht wirkt. Dann würden die [Nazis] wieder kommen und dann würden wir aus [der Kommune A] erneut von der Politik in Berlin fordern, der Justiz gegenüber die Spielregeln so zu definieren, dass das nicht möglich ist. Weil das Parlament legt ja die Spielregeln fest, nach denen die Justiz erst entscheidet – das ist jetzt so 'nen bisschen flapsig gesprochen, aber so ist es. Dann wird man das neu einfordern müssen.“

### 3.5. Die Rolle von Förderprogrammen

Die Bundesprogramme sowie die aus ihnen hervorgegangenen Initiativen haben für die Entwicklung der Initiativstruktur in der untersuchten Kommune nur eine marginale Rolle gespielt. Sie dienten den Initiativen als Verstärkung ihrer Öffentlichkeitsarbeit im überregionalen Rahmen und trugen über Preisgelder zur Finanzierung der Jugendinitiative bei. Als einziger genutzter Bezug zu den entsprechenden Projekten aus den Bundesprogrammen wurde von einem Vertreter der Vereinsstrukturen die überregionale Internetplattform „Klick gegen rechts“ erwähnt, die den Vereinen bei Problemen mit Nazis in ihren Reihen weiterhel-

fen soll, tatsächlich aber kein spezifisches Angebot in dieser Richtung darstellt, sondern eine reine Linksammlung ist. (vgl. 1.6)

Die Position gegenüber den Bundesprogrammen ist zwiespältig. Vom Vertreter der Vereine werden sie rundheraus abgelehnt. *„Was also das Problem oft ist, dass also, wenn man ein paar Mark haben möchte, eine Bürokratie ansteht mit Konzeptbeschreibung und was weiß ich alles. Und dann zahle ich für das, was ich bekomme, verzichte ich teilweise auf diese Euros, muss ich ehrlich sagen. Also, wenn ich dann fünf Stunden Arbeit hinlegen muss, dass ich also 500 Euro bekomme, dann such' ich mir lieber Alternativen um diese Maßnahme oder diese Aktion zu verwirklichen.“*

Aber es gibt auch Bedenken, die sich um die Auswirkungen einer Finanzierung auf die Initiativstrukturen sorgen. *„Deswegen war ich auch diesen ganzen Fördertöpfen gegenüber immer äußerst zurückhaltend. Weil es nichts nützt schnell was aufzubauen und danach wieder abzubauen. Wir hatten ja auch nie wirkliche Fördertöpfe, sondern wo wir die [Jugendinitiative] finanziert hatten, das waren entweder so Preisgelder, weil wir irgendwo was gewonnen haben mehr oder weniger und vom Innenministerium dann was bekommen haben. Oder es sind Privatspenden von Firmen. Wo wir jedes Jahr was kriegen – damit kann ich natürlich nicht kalkulieren. Aber ich halt' das für die sehr viel bessere Strecke. In dem Moment, wo wir über, ja, was weiß ich, über 'nen größeren sicheren Topf verfügen würden, hab' ich die Befürchtung der Beamten bei uns irgendwann [...] und dann geht auch irgendwo die Luft raus. Also, mir ist es lieber mit kleinen Haushalten, mit Spenden, hinter denen auch was steht, zu arbeiten und dann eben zu gucken: OK, wir können uns diesmal eben bloß eine Band leisten und nicht zwei. Oder nicht so 'ne teure, aber es läuft was, es muss durch Eigeninitiative ausgeglichen werden. Und das ist, denk' ich, der, mir der bedeutend wichtigere Part in der Geschichte.“*

In der Bürgerinitiative werden dagegen – vor allem von den leitenden Personen der Initiative – auch die Vorteile einer Entlastung durch hauptamtliche Mitarbeiter gesehen. Entsprechende Hoffnungen richten sich neben vagen Vorhaben, Projektmittel zu beantragen, vor allem auf eine Stelle, die von kirchlichen, kommunalen und Landesgeldern mischfinanziert wird. *„Und wenn diese Stelle, ich sag' mal, diese überregionale Vernetzung leisten wird – das ist ja relativ schwierig, ne? Wenn ich jetzt angerufen werde, ich soll nach Berlin kommen und da irgendwo mitmachen oder nach Halbe oder nach Dresden und was weiß ich. Das macht man wohl einmal, weil es 'nen Reiz hat, aber, aber irgendwo, man lebt natürlich auch vom Geld, das man verdient und nicht von diesen Dingen.“* Mit anderen Worten, von der neuen Stelle werden vor allem Dienstleistungen erwartet. Der inhaltliche und strukturelle Einfluss einer solchen Professionalisierung wird dagegen nicht diskutiert. Und so bleibt auch in den Statements aus der Bürgerinitiative nur die Ambivalenz zwischen Entlastung der leitenden Personen und dem gefürchteten Rückgang ehrenamtlichen Engagements. *„Wenn es eine Stelle gäbe, die uns jemand wie die [Diakonin] für die Arbeit hier vor Ort geben könnte, das wäre hervorragend, ja? Weil da eben Wissen, Engagement und die Fähigkeit zusammengekommen sind in ihrer Person, aber 'ne hauptamtliche Kraft für irgend 'ne Aufgabe zu haben, heißt auch immer, dass sich die Ehrenamtlichen wieder 'n Stück zurücknehmen – und das fänd' ich schade. Damit verliert jede Arbeit so 'n bisschen Power. Nix gegen die Hauptamtliche, ja? Aber es ist ganz schwierig, dass Verhältnis von Haupt- und Ehrenamtlichen über einen langen Zeitraum aufrechtzuerhalten. Und ein Hauptamtlicher, der weiß, er arbeitet nur zwei oder drei Jahre, das ist auch schwierig, ja? Über so was müsste man gut und lange beraten.“*

## 4. Fazit

### 4.1. Entstehungsbedingungen

Drei Faktoren waren für die Bildung der Initiativstruktur in der Kommune A ausschlaggebend: erstens die Konfrontation mit einem äußeren Problem, zweitens die treibende Rolle von Kirche und Rathaus und schließlich die ambivalente Stellung der Diakonin, die einerseits in den Rahmen der Gemeinde vollkommen integriert war, andererseits von vielen kommunalen Machtverhältnissen weitgehend unberührt blieb.

Auch wenn heute nicht mehr von einer Beschränkung des Fokus der Initiativen auf die Naziaufmärsche gesprochen werden kann, ist doch unbezweifelbar, dass der Anlass für die Bildung der Initiativen kein inner-kommunaler Konflikt war, sondern ein Problem, das sich zunächst perfekt nach einem Innen/Außen-Schema interpretieren ließ. Das Problem waren die Naziaufmärsche, die über die Kommune kamen. In mindest genauso großem Ausmaß aber auch die äußere, medial vermittelte Sicht auf die Kommune, die mit diesen Ereignissen einher ging. Und schließlich waren auch die Auseinandersetzungen um die Gegendemonstrationen von antifaschistischen Gruppen ein äußerer Einfluss. Nur nachgeordnet ergab sich ein Konflikt innerhalb der Kommune aus der demonstrativen Zustimmung eines Teils der Bevölkerung.

In der Konsequenz dienen die Initiativen der Wiedergewinnung kommunaler Handlungsfähigkeit gegenüber den äußeren Kräften, seien es die Nazis, Medien oder Antifa.

Um diese Handlungsfähigkeit zu gewinnen, war es notwendig neue Strategien im Umgang mit den Naziaufmärschen umzusetzen. Dazu waren zum einen externe Expertisen wichtig, die Handlungsansätze aufzeigten. Wichtiger noch war aber die Bereitschaft, alte Konzepte aufzugeben. In der Kommune ging diese Bereitschaft auf einen Wechsel politischer Führungskräfte zurück. Dieser Wechsel erfolgte gleichzeitig als ein Wechsel des dominierenden politischen Lagers (von SPD zu CSU), aber auch als Generationswechsel („*wir von der jungen Politik*“).

Ohne die institutionelle Unterstützung der Rathausspitze wären die Initiativen in der Kommune nicht durchsetzungsfähig geworden. Ihr Erfolg beruht auf ihrer Verbindung mit der Autorität der kommunalen Verwaltung und der Autorität der Kirche. Gleichzeitig waren die Initiativen so schon in der Phase ihrer Gründung Instrumente des Rathauses und agieren in einer Grauzone zwischen quasi-zivilgesellschaftlich und quasi-staatlich.

In diesem Gefüge spielte das persönliche und institutionalisierte Engagement der neuen Diakonin eine entscheidende Rolle. Zum einen mobilisierte sie maßgeblich die Autorität der Kirche für die Initiativen, zum anderen wurde ihr durch ihre institutionelle Randständigkeit innerhalb des kirchlichen Rahmens der Raum für Anregungen und Experimente geliefert, der innerhalb fest gefügter institutioneller Strukturen nur schwer vorstellbar ist. Zentral für den Erfolg der Diakonin war die Mischung aus Integration in die kommunalen Strukturen und struktureller Ungebundenheit.

Für das Entstehen und den Erfolg der Initiativen in der Kommune A war damit das zufällige Zusammentreffen mehrerer Prozesse maßgeblich mitverantwortlich: die Zuspitzung der Situation um die Naziaufmärsche, der Generations- und Machtwechsel politischer Eliten in der Kommune und das persönliche Engagement einer Person, in einer institutionellen Sonderrolle. Das Fehlen von nur einem dieser drei Elemente hätte die vorgefundene Ausprägung der Initiativlandschaft verhindert.

## 4.2. Grenzen des Engagements

Die Entstehung der Initiativlandschaft der Kommune A hat vier Konsequenzen: Erstens ergeben sich Grenzen der Thematisierung der Verhältnisse im Inneren der Gemeinde, woraus zweitens die fehlende Unterstützung von Opfern und Alternativkulturen folgt sowie drittens die Beschränkung der Initiativlandschaft auf hegemoniale Gruppen und der Ausschluss zivilgesellschaftlicher Positionen im engeren Sinn, also von Gruppierungen ohne quasi-staatlichen Charakter. Viertens bleiben durch den Ausschluss anderer Positionen und das explizite Ziel der Rehabilitation der Kommune in der Öffentlichkeit Potentiale der Selbstreflexion und -kritik ungenutzt.

Die Schwierigkeit der Initiativen ihre Aktivitäten auf Ausdrucksformen nationalsozialistischer Ideologie im Alltag, wie z.B. Rassismus, auszudehnen, die im Raster der Extremismuskonzeption nur sehr schwer auszumachen sind, ist nicht in erster Linie der Interpretation des Problemfelds als äußerlich geschuldet. Schließlich wurde die Fokussierung auf die Naziaufmärsche bereits aufgebrochen. Nazikonzerte und -treffpunkte, die klar als extremistisch identifiziert werden können, betrachten die Initiativen als Teil des Problems. Selbst Mitglieder der Gemeinde, die als Vereinsvorsitzende oder Rechtsanwälte einen hohen sozialen Status genießen werden von den Initiativen kritisiert, wenn sie sich offen zu Parteien wie der NPD bekennen. Die Konsequenz einer Problematisierung des „Extremismus“ in der Mitte der Gesellschaft wird aber nicht gezogen.

Da das Problem nur beschrieben, nicht aber anerkannt wird, sind Ursachen für die fehlende Anerkennung nur hypothetisch zu beschreiben. Nahe liegt die Annahme, dass die politische Machtbasis der Initiativen geschwächt würde, sobald sich die Konflikte innerhalb der Kommune zuspitzen würden. Hier erweist sich die starke Verankerung in der politischen Leitung der kommunalen Verwaltung als Beschränkung des durch die Initiativen Problematisierbaren. Der Konflikt zwischen politischem Vertretungsanspruch und notwendiger Kritik weit verbreiteter Überzeugungen wird in den Initiativen der Kommune A weder reflektiert noch ausgetragen. Die Problematik wird stattdessen verdrängt, empirische Befunde werden aus der Situationsanalyse als politisch unplausibel ausgeschieden.

Die Verdrängung von ganzen Dimensionen des Problems wirkt sich auch auf die Wahrnehmung der Situation aus. Da in der Kommune A scheinbar kein prinzipielles Problem vorliegt, besteht die Tendenz die Entwicklung der Naziszene in der Gemeinde nur abgeschwächt wahrzunehmen. Dazu trägt auch bei, dass potentielle und tatsächliche Opfergruppen nicht in die Arbeit der Initiativen mit einbezogen werden. Weder alternative Jugendliche noch MigrantInnen werden als sensibilisierte Gruppen für das Ausmaß des Problems wahrgenommen.<sup>26</sup> Auch in diesem Zusammenhang kann vermutet werden, dass ein Zugehen auf diese Gruppen mit den Vorurteilen zu breiter Bevölkerungsschichten kollidieren würde. Statt sich den entsprechenden Gruppen zuzuwenden und in ihnen ein mögliches Gegengewicht zur sich entwickelnden Naziszene zu sehen, die Unterstützung verdient, bleiben die Initiativen auf Nazis konzentriert. Die Perspektive ist dabei Resozialisierung und Täterarbeit, jedoch ohne erkennbare Konzepte und professionelle Erfahrung. Angesichts der verheerenden Ergebnisse, die solche gut gemeinten Versuche in den neunziger Jahren flächendeckend erzielten, kann nur von Glück gesprochen werden, dass die Initiativen in der untersuchten Kommune ihr Ziel bisher als zu ehrgeizig einschätzen.

---

<sup>26</sup> Dies ist um so bedauerlicher als einzig eine Immigrantin in unseren Interviews die Alltagsdimensionen der Naziszene mit Beispielen zu schildern wusste, während ein leitender Vertreter der Initiativen unsicher war, ob das Problem überhaupt noch in einem Ausmaß existiere, das das Handeln der Initiativen erforderlich macht.

Ist die Scheu vor der Problematisierung verbreiteter Einstellungen die eine Konsequenz der Verankerung der Initiativen in der Rathauspitze, so ist der Ausschluss nicht- oder gar anti-hegemonialer Gruppen aus den Diskussionszusammenhängen der Initiativen die andere. Wie berichtet wurde, setzen hier die politischen Zwänge Grenzen, die von den Initiativen kaum zu überwinden sind. Kritik an der Politik des Rathauses bleibt so beschränkt. Chancen zur Reflexion der eigenen Ansätze der Initiativen bleiben damit systematisch ungenutzt. Perspektivisch droht damit eine ähnliche Situation wie vor dem Politikwechsel im Rathaus der Kommune A wiederzukehren, sollten einmal die Instrumente der Initiativen unangemessen sein. Im Bereich der ideologischen Überzeugungen, die in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind, sind sie es schon heute.

Ergebnis dieser Situationsbeschreibung ist, dass in der untersuchten Kommune eine zivilgesellschaftliche (im engeren Sinn) Struktur gegen Nazis gar nicht existiert und auch kaum erfolgreich etabliert werden kann.

### **4.3. Empfehlungen**

Aus der Analyse der Initiativen in der Kommune A lässt sich als Empfehlung ableiten, externe Einflüsse auf die Arbeit der Initiativen zu stärken. Erfolg verspricht ein solcher Ansatz, weil das hohe Engagement der Aktiven in den Initiativen auch in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass Beschränkungen überwunden wurden. Die Thematisierung der Verbindung von Nazis mit Vereinsstrukturen der Kommune ist hierfür ebenso ein Beispiel, wie die Überwindung des quasi-staatlichen Charakters angesichts von Nazitreffen in privatwirtschaftlich betriebenen Räumlichkeiten. Gegen den Erfolg solcher Versuche sprechen allerdings die vorhandenen Möglichkeiten der Initiativen sich gegen Kritik abzuschotten, sobald sie nicht in den Rahmen des Initiativenbündnisses integrierbar ist. Wie in der Vergangenheit wäre dieses Problem wahrscheinlich nur zu lösen, wenn eine externe Supervision gleichermaßen über institutionelle Anerkennung und institutionelle Freiheit verfügte. Eine sich selbst tragende zivilgesellschaftliche Lösung ist dagegen gegenwärtig nicht erkennbar. Zivilgesellschaftliche Elemente könnten lediglich im Rahmen einer institutionellen Lösung gestärkt werden.

Weiterhin zeigt sich am Beispiel der Kommune A die Notwendigkeit einer eigenständigen Opferberatung/-arbeit, die sich die Perspektive der Opfer jenseits (kommunal-)politischer Erwägungen zu eigen macht und so zu einem realistischen Bild der Problemlage beiträgt. Dies um so mehr als das Ziel „Demokratie“ in der Kommune bisher nicht dazu geführt hat, dass Lebensentwürfe jenseits des hegemonialen Modells, die ein Gegengewicht zur Jugendkultur von Nazis bilden könnten, gestärkt worden. Die Akzeptanz für solche Lebensentwürfe und kulturellen Vorstellungen zu stärken, wäre eine weitere Aufgabe einer externen Supervision.

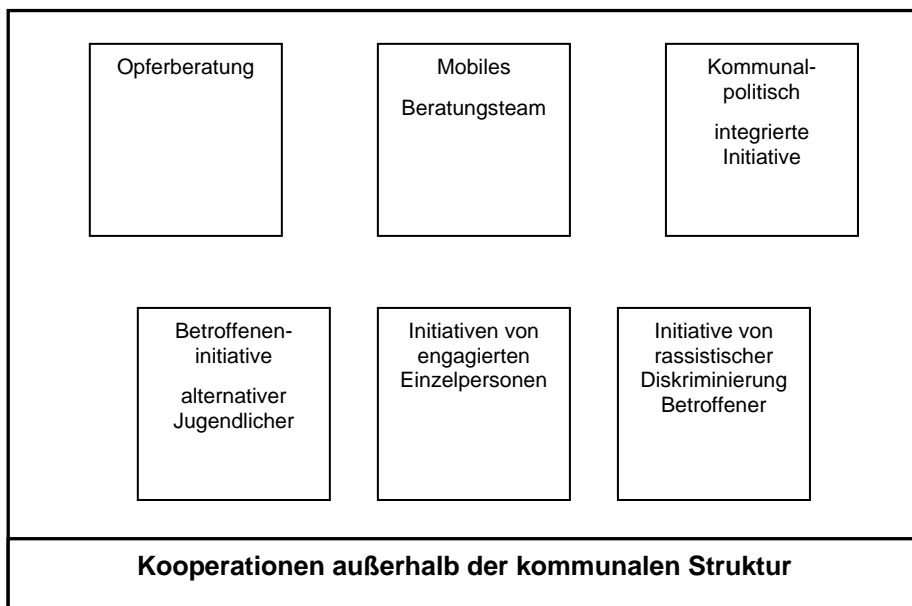
# Auswertung Kommune B

## 0. Schematischer Überblick

<b>Behördliches Steuerungsgremium</b>				
Landrat	Oberbürgermeister	Polizeiführung	Verfassungsschutz	Ministerien

Extremismusbeauftragter

<b>Kommunal organisierte Arbeitsebene</b>				
	Behörden	Professionelle Angebote		
Jugendarbeit	Jugendamt	Projekt aufsuchender Jugendarbeit	Schulvertreter	Ausgewählte Vereine
	Staatsschutz/Revierleitung	Mobiles Beratungsteam	Kommunalpolitisch integrierte Initiative	
		Opferberatung		



## 1. Ausgangslage

Der Landkreis B weist eine etwas höhere Bevölkerungsdichte auf als der Landkreis A. Rund 85 Prozent der Fläche und 53 Prozent der Bevölkerung des Landkreises werden der Gebietskategorie des ländlichen Raumes zugeordnet. Die Kommune B ist besser als die Kommune A an die nächst gelegene Großstadt angebunden. Kleinere Gemeinden im Landkreis sind demgegenüber nur unzureichend durch öffentliche Verkehrsmittel erreichbar. Laut einer Studie eines deutschen Wirtschaftsinstituts, die ökonomische und strukturelle Indikatoren wie Arbeitseinkommen, Bruttoinlandsprodukt und Ausbildungsplatzdichte berücksichtigt, liegt der Landkreis B noch hinter dem Landkreis A. Wie der Landkreis A ist der Landkreis B von Abwanderung betroffen. Heute ist der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftszweige mit mehreren Kurorten. Die Kommune B hat den Status einer Großen Kreisstadt. Von den ca. 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind knapp 600 Ausländerinnen und Ausländer. Auch der Ausländeranteil im Landkreis ist mit 1,7 Prozent ausgesprochen niedrig. Im Landkreis sind ca. 160 Menschen in zwei Asylbewerberheimen untergebracht. Im Unterschied zu Fall A haben sich in der Kommune B eine Vielzahl von Initiativen und professionellen Angeboten etabliert. Darüber hinaus besteht seit dem Jahr 2005 ein behördliches Steuerungsgremium auf staatlicher Ebene und eine kommunale Arbeitsebene unter Einbeziehung staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen. Außerdem wurde mit dem Extremismusbeauftragten<sup>27</sup> der Kommune B eine Koordinations- und Scharnierstelle zwischen Initiativen und Verwaltung geschaffen (vgl. oben 0).

Im Folgenden werden zunächst die Präsenz des als „rechtsextrem“ markierten Randes in der Kommune B sowie in der „Mitte der Gesellschaft“ vertretene Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie dargestellt. Dabei zeigt sich, dass es organisierten Kameradschaften und einer gesellschaftlich wie auch kommunalpolitisch fest verankerten NPD über viele Jahre gelungen ist, eine rechte Dominanzkultur zu schaffen.

Daran anknüpfend wird die Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus und mit aktuellem Nazismus auf kommunaler Ebene untersucht. Dabei ist ein erhöhtes Problembewusstsein bei nichtstaatlichen Initiativen und staatlichen Akteuren zu konstatieren, die Nazismus nicht nur als Gewalt- und Jugendproblem analysieren. In der Praxis schlägt sich diese Analyse jedoch kaum nieder. Hier fällt insbesondere eine Fixierung auf die Aspekte Jugend- und Gewaltproblem auf, die im Zusammenhang mit der offiziell propagierten Extremismusthese steht und der mit ordnungs- und jugendbildungspolitische Instrumente begegnet wird.

Die vorliegende Analyse beruht auf acht Einzel- und zwei Gruppeninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Initiativen, professionellen Angeboten und der kommunalen und der Landkreis-Verwaltung sowie dem Leiter des Polizeireviers der Kommune B. Darüber hinaus wurde auf Berichte lokaler und überregionaler Presse, Veröffentlichungen im Internet und die Studie eines deutschen Wirtschaftsinstituts zurückgegriffen.

### 1.1. Regionale Nazistrukturen in der Kommune und der Region: Verknüpfung von NPD-Parteistrukturen und freien Nazikameradschaften

Seit der Wiedervereinigung konnten sich in der Region Nazistrukturen kontinuierlich und lange Zeit ungestört etablieren und eine offensive, rechte Jugend- und Alltagskultur durchsetzen. Fast ausnahmslos alle Befragten machen den „speziellen Problemgehalt“ der Region

---

<sup>27</sup> Zur besonderen Rolle und Person des Extremismusbeauftragten, der gleichzeitig Mitglied einer kommunalen Initiative ist, vgl. unten 3.3.A.

an der Kombination aus einer „langjährig gewachsenen und gut organisierten NPD [und der] langjährig gewachsenen und gut organisierten freien Kameradschaftsszene“ fest.

Der Kreisverband der NPD existiert seit 1990. Zur Zeit ist die NPD mit zwei Sitzen im Stadtrat der Kommune B vertreten. In vielen Gemeinden des Landkreises B hat sie (noch mehr) Sitze der Gemeindevertretungen inne. Zur Landtagswahl 2004 zog die NPD mit 9,2 Prozent in den Landtag ein und erzielte in einigen Gemeinden des Landkreises zweistellige Wahlergebnisse. 2007 fand ein großes Parteitreffen des NPD-Landesverbands in der Kommune B statt. Die Partei hatte sich in die Räumlichkeiten einer – auch von Nazis besuchten – Ausbildungsstätte eingeklagt.

Seit der Entstehung von Nazistrukturen in der Region Anfang der neunziger Jahre waren Mitglieder von nazistischen Organisationen wie der Wiking Jugend, der Nationalen Offensive und einer regionalen Naziorganisation in die Strukturen der NPD eingebunden. Die Verbote dieser Organisationen als kriminellen Vereinigungen im Sinne des Strafgesetzbuchs führten nicht zur nachhaltigen Schwächung der Naziszene. Die Mitglieder der regionalen Naziorganisationen agierten als so genannte freie Kräfte oder unter dem Schutz der NPD-Strukturen weiter. „Und dann hat sich das halt mit der NPD entwickelt, also, es gibt immer noch Kontakte – [regionale Kameradschaft] und NPD, das ist, also, man braucht sich da nur angucken, wer da drin gewesen ist. Und die sind ja fast alle ohne Gefängnisstrafe davongekommen, sondern alle mit Bewährungsstrafen mit bis zu zwei Jahren. Und wie gesagt, 'n Gedankengut ändert sich auch nicht von heute auf morgen. Also, die sind trotzdem noch aktiv.“<sup>28</sup> Die „gute Zusammenarbeit zwischen Nationalisten, freien Kameraden und Partei“ wurde in gemeinsamen Veranstaltungen sichtbar, freie Kräfte übernahmen den Schutz von NPD-Wahlkampfständen und fanden ihrerseits in der Jugendorganisation der NPD Unterschlupf. „Das ist was gewachsenes, die außerhalb des Parteienspektrums oder vorher mal den freien Kräften angehörten, mittlerweile in der NPD sind oder vielleicht teilweise auch schon waren, die es offen zugegeben haben.“ Einer der Befragten schildert ein weiteres Beispiel struktureller Kontinuitäten: „Erster JN-Mittelaltermarkt, das ist die klassische Feldschlacht [der verbotenen Nazikameradschaft], die auf der Wiese gemacht wurde. Und das ist halt jetzt nicht die vierte oder fünfte Feldschlacht gewesen, sondern dann war es eben jetzt der erste JN-Mittelaltermarkt. Aber die ziehen sich weiter ihre Rüstungen an und schlagen mit Schwertern auf sich ein [...] Oder dieses JN-Jugendthing, da kommen halt Nationalisten hin oder rechtsextrem Orientierte, die sind nicht alle irgendwie in der JN oder in der NPD, sondern da kommt halt auch der gemeine Kamerad aus der Umgebung hin, ne?“

Die langjährige personelle Kontinuität von lokalen Akteuren ist nach Aussagen der meisten Befragten ein entscheidendes Element für den Erfolg der Nazis, „und Protagonisten [wie ein lokaler NPD-Funktionär, der] seit 1990 mit 'nem klaren Ziel die Sache aufgebaut hat und 2004 dann immerhin schon im Landtag saß [...] oder die Leute der [regionalen Naziorganisation], wie [Person X], der von Wiking-Jugend über [die regionale Naziorganisation, deren] Fortfolgeschichten bis halt jetzt im JN-Landesvorstand, also all so 'ne Biographien, die sich auch durchziehen und wo man sagt, hier gibt's halt Protagonisten, die das Ganze irgendwo immer initiiert haben, am Laufen gehalten haben, das Ganze, ja, so die Seele dieser nationalistischen Aktivitäten ausmachen.“

In diesem Zusammenhang spielt die lokale Verankerung der Nazikader als akzeptierte Mitglieder der Gemeinden eine wichtige Rolle. Sie ist gleichzeitig ein Spezifikum des ländlichen

---

<sup>28</sup> Bei einer Razzia nach Abschluss der Interviews wurden zahlreiche Objekte im Landkreis B durchsucht und drei mutmaßliche Führungskader der verbotenen regionalen Nazikameradschaft festgenommen, denen vorgeworfen wird, trotz des Verbots die Aktivitäten der Nazi-Gruppe weitergeführt zu haben. Sie hatten nach Verbot der Organisation im Jahre 2001 Funktionärsposten in der NPD übernommen. Ihre Bewährungsstrafen sollen nun widerrufen werden.



Raums. „[D]ie sind ja nicht von irgendwo hier eingewandert, sondern das sind Leute, die in ihren Gemeinwesen akzeptiert sind, ne? Also, das ist 'n Klempnermeister oder Heimatvereinsvorsitzender oder eben Fahrlehrer oder [...] als Arzt in [der Gemeinde B1] – das ist 'ne anerkannte Familie [...] und darüber streiten sich dann viele ja auch dann immer mal im Gemeinwesen, also auch in so 'n Bürgerinitiativen wie in [der Gemeinde B2]: Als was nehme ich den wahr, ne? Nehme ich den jetzt als NPD-Mann wahr oder nehme ich den nicht vielmehr als Klempnermeister wahr, der eben gute Arbeit macht für günstiges Geld, für gute Preise und immer, immer da ist. Und es gibt dann ganz wenige, die wirklich sagen: ‚Der kommt nicht mehr über meine Schwelle‘, ne? Also, damit hab' ich 'n Problem – sondern sie versuchen die politische Meinung von dem Menschen immer zu trennen und geben sich da, investieren da auch viel Kraft in solche Diskussionen.“

## 1.2. Öffentlicher Raum

Den so genannten „Kampf um die Strasse“, den die NPD 1997 ausrief,<sup>29</sup> bekamen alternative und linke Jugendliche, Ausländerinnen und Ausländer oder nicht deutsch aussehende Menschen am eigenen Leib zu spüren. Betrieben wurde er von den Mitgliedern oder Anhängerinnen und Anhängern der regionalen Naziorganisationen, „Nachfolger der Wiking-Jugend, die halt organisiert Jagd auf nicht-rechte Jugendliche und Ausländerinnen und Ausländer gemacht hat und da ist sehr, sehr planvoll vorgegangen worden. Mit Absprache von Alibis, mit – also, sind nicht einfach bloß mal Schlägereien, die so mal am Rande in der Disko im Alkoholrausch passieren, sondern das ist einfach 'n planvolles Vorgehen von der Vertreibung von nicht in ihrer Meinung stehenden Personen gewesen. Und das hatte 'ne hohe Kontinuität“.

Verstärkter öffentlicher Druck, staatliche Verfolgung durch die Verbotverfahren und eine sensibilisierter Polizei sowie starke kommunale zivilgesellschaftliche Gegenwehr führten in den letzten Jahren zu einer Anpassung der Strategie der Naziorganisationen. „Also, damals als ich noch jugendlich war, gab's genauso das Problem bzw. gab's genauso Jugendliche, die diese Ansichten schon hatten. Die Jugendlichen waren aber radikaler, also, in ihrem Vorgehen, das war mehr diese Kameradschaftsszene, also, viele kleinere Kameradschaften auch, die halt wirklich aggressiver, mit Gewalt auch vorgegangen sind. Geändert hat es sich dahingehend, dass die NPD in den letzten Jahren sehr aktiv geworden ist, die das Ganze etwas mehr politisieren wollen. Also, weniger diese radikale Gewaltschiene, sondern halt mehr so dieses, ja, gesellschaftsfähig, salonfähig machen.“ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Erzählung des Leiters des Polizeireviers, der die Besonderheiten des ländlichen Raums in Bezug auf ordnungspolitische Instrumente thematisiert. „[M]an kennt sich, man spricht sich sogar schon persönlich an. Also, die, sage ich mal, abgestellten Ermittler, die kennen ganz genau mit Name, Anschrift, Kfz-Kennzeichen – aufgrund ihrer, ja, jahrelangen Tätigkeit mit diesen Leuten – wer zu wem gehört und das war faszinierend gewesen beim ersten Einsatz. Wenn man sich, ich will nicht sagen respektiert, aber zumindestens 'ne nötige Distanz dann auch aufgebaut hat bzw. die Nähe gefunden hat um zu sagen: ‚Du weißt genau, wie weit du gehen kannst, ansonsten sitzt du bei mir auf dem Stuhl zur Vernehmung.‘ Ja, und darauf haben die auch ihre Taktik eingestellt, das muss man auch sagen.“

Damit einher ging auch eine Veränderung in Erscheinungsbild und öffentlichen Auftritten der Anhängerinnen und Anhänger rechter Ideologie. „Und die Lage hat sich schon verändert insofern, dass Übergriffe weniger geworden sind und sich auch das ganze Erscheinungsbild von der rechtsextremen Szene etc. verändert hat. [...] Also, du kannst hier nicht mehr nach 'nem Überfall sagen: ‚Kann ich dir sagen, der hatte das, den und den Pullover an, das und das T-

---

<sup>29</sup> Vgl. zur Dreifachstrategie der NPD: Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 135f.

*Shirt und waren halt zehn Leute mit Glatze', sondern die sehen halt aus wie der normale Dorfproll so, also, gegelte Haare, braungebrannt und du weißt halt nicht mehr, wenn er nicht gesagt hat, dass du 'ne Zecke bist, ob das jetzt 'n Nazi war, der dich verprügelt hat oder ob das einfach 'n betrunkenen Jugendlicher gewesen ist. Insofern ist es halt häufig schwierig für Jugendliche, auch halt Anzeigen zu machen, wenn sie verprügelt worden sind. [...] Und es wird aber auch so agiert. Früher konnte man auf 'ner Internetseite oder so schon mal vorher 'ne Ankündigung sehen, dann und dann findet das und das statt. Das hat sich alles verändert – über diesen Polizei- und Justizdruck haben die Strategien entwickelt, viel konspirativer zu agieren zum einen. Sie haben aufgehört, sich so eindeutig erkennbar zu machen meistens, also, das hat abgenommen. Sie haben teilweise ja auch Bilder angenommen so, wo dann der gemeine Polizist dann denkt, das ist irgendwie 'n Linker und kein Rechter – halt bunte Haare und Piercings und so. Oder wo sie so in diesem Hiphop-Style rumlaufen, das ist doch recht massiv.“*

Die Anzahl der gezielten gewalttätigen Übergriffe ist in den letzten anderthalb Jahren zurückgegangen. Überfälle auf Zeltplätzen, auf öffentlichen Plätzen und bei Veranstaltungen sind deshalb aber nicht ausgeschlossen, wie der Anstieg von Gewalttaten im Jahr 2005 zeigt, als „unheimlich viele Angriffe, also tätliche Angriffe, Körperverletzungen, gefährliche Körperverletzungen mit rechtsextremem Tatmotiv“ gezählt wurden. Beim Stadtfest, auf dem Bahnhof und an einem See in der Region kam es zu einem „richtigen Aufflammen von so organisierter Gewalt, wie man es früher kannte, wo halt Gruppen rumziehen und Leute schlagen.“ Die Polizei war laut der Erzählung mehrerer Befragter überfordert: „Es gab diesen Überfall an so 'nem Kiese See und die Jugendlichen haben halt die Polizei gerufen, haben gesagt: ‚Ja, wir sind von Nazis angegriffen worden.‘ Es war 'ne alternative Party und die Polizei ist gekommen, hat halt das Gelände aus ihrer Sicht untersucht und allerdings niemanden festgestellt, der in das Nazi-Klischee gepasst hätte, so. Dann sind sie wieder gefahren, und es gab halt 'nen zweiten Überfall. Und dann wurde den Jugendlichen, als sie wieder angerufen haben, gesagt so, das sollen sie jetzt mal lassen, streitet euch mal untereinander, wenn sie noch mal anrufen, bezahlen sie den Polizeieinsatz.“ Nach Abschluss der Interviews kam es in der Kommune B laut Presseberichten erneut zu einem Übergriff. Auf einem öffentlichen Platz feiernde Jugendliche wurden von Nazis „von den Gleisen mit Steinen beworfen. Als sich die Jugendlichen in Sicherheit gebracht hatten und wieder sammelten, verschwanden die Täter unter ‚Sieg Heil‘ Rufen in die [...] Innenstadt.“

Der Rückgang der Gewalt wird von einer in der Opferberatung tätigen Person als Rückgang „registrierter“ Gewalt beschrieben. Die Dunkelziffer sei nach wie vor hoch. „Das Problem ist eher, dass die Leute es nicht mehr anzeigen oder dass wir nicht mehr davon erfahren. Eben gerade, ich sag' mal, so [in den ländlichen Gemeinden B1, B4 und B5] – da erfahren wir halt relativ wenig, weil wir da kaum Ansprechpartner haben. Und die Leute die 's haben auch sagen: ‚Na, es bringt eh nix, warum soll ich das jetzt anzeigen oder warum soll ich davon erzählen – hilft mir ja nix.‘“ Dabei spielt nach Aussage der Befragten auch das Beziehungsgeflecht im ländlichen Raum eine wesentliche Rolle. „[W]enn wir zum Beispiel [in die Gemeinde B1] fahren und mit Leuten von [der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher] zusammentreffen, dann kommen halt immer noch so 'n paar dazu und die erzählen dann: ‚Ach, klar, da war noch das und der Bruder von dem und der Cousin, der hat doch auch' und so weiter. Das kommt, das wird dann am Rande immer so erzählt. Also, wir haben so den Eindruck, dass gerade dort auch oder überhaupt in ländlichen Gegenden, dass da einfach viele nicht-rechte Jugendliche täglich damit leben. [...] Mit der Bedrohung angegriffen zu werden, mit diesem Risiko oder eben, dass es auch tatsächlich passiert. Und wenn sie jetzt halt die Leute nicht erkannt haben und sie auch nicht identifizieren können, weil sie vielleicht teilweise einfach auch verumummt waren, dann gehen die gar nicht zur Polizei, dann erstatten die keine Anzeige. Wenn jetzt die Verletzung nicht so gravierend ist, dass sie jetzt unbedingt in die Notaufnahme des Krankenhauses müssen. Dann stecken die das so weg und informieren auch uns da nicht

*drüber.“ Die Präsenz und die Bedrohung durch Nazis wird von diesen Jugendlichen als Alltagserfahrung verinnerlicht.*

*In vielen kleinen Gemeinden der Region gehören Nazis seit langem zum normalen öffentlichen Bild auf Dorffesten, bei Veranstaltungen oder an öffentlichen Treffpunkten. „Und also in der Zeit hatten sie definitiv so die Hoheit hier in der [Region B]. Also du konntest nicht als Alternativer oder so auf 'n Ortsfest jetzt zum Beispiel gehen [...] da gab's halt viele Vorfälle, wo einfach Leute verprügelt worden sind, weil sie nicht in das Bild gepasst haben.“ Ortsfeste spielen dabei im ländlichen Raum als Treffpunkt und zur Partizipation am Gemeinwesen eine besondere Rolle. „[I]m ländlichen Raum, ja, da fehlt halt Diskotheken oder Ähnliches. [...] Also, die Jugendlichen, die mehr im ländlichen Raum sind, orientieren sich auch mehr an diesen traditionellen Vereinen, also, die wollen einfach auch irgendwo was mitmachen, miterleben und deswegen machen das auch dort bzw. auch sehr groß an diesen Ortsfesten. Also, ab Mai bis Oktober braucht man eigentlich kaum 'ne großartige Veranstaltung anbieten, weil da ist eigentlich jedes Wochenende irgendwo immer 'n Ortsfest, wo sich Jugendliche eigentlich immer irgendwo organisieren oder was mithelfen.“ Die Befragten des Mobilien Beratungsteams weisen auch auf die Rolle von Veranstaltungen mit Eventcharakter hin, „all das, was jugendsubkulturell attraktiv erscheinen soll wie Jugend-Thing, [...] die Sonnenwendfeiern spielen natürlich eine Rolle.“*

*Ein alljährlich von einer kommunal geförderten Initiative und der Verwaltung organisiertes Kulturfest im Zentrum der Kommune B konnte noch im Jahr 2005 von Nazis gestört werden „wo vorher schon überall in der Stadt Plakate klebten, dass die Nazis das stören wollen und, ja, die Polizei dann halt, es nicht verhindert hat, die Störung. Also, die Nazis haben dann mit 80 Leuten die Bühne erstürmt.“ Auch die Aussage des Leiters des zuständigen Polizeireviers bestätigt die Dominanzthese. „Ja, die linke Szene ist deutlich schwächer ausgeprägt im ländlichen Raum, muss man so sagen, also, soweit ich das jetzt überhaupt beurteilen kann, aber zumindest ist das die Information, die mir vorliegt. Also, wenn wir dann, sag' ich mal, Gegenreaktionen der linken Szene haben, dann ist es das Klientel das aus der Großstadt einfach ausstrahlt. Da strahlt [die nächst gelegene Großstadt] stark aus, das muss man ganz eindeutig sagen.“*

*In der Kommune B selbst ist es mittlerweile gelungen, gegenkulturelle Angebote durchzusetzen. Dazu bedarf es immer noch des teilweise massiven Schutzes durch die in diesem Zusammenhang gut kooperierende Polizei. „[W]ir haben ja diesen Ärger, dass wir eben alle Veranstaltungen von 'ner Buchlesung bis zum Konzert mit Security und Polizeischutz machen müssen [...] also, wir mussten ja auch viel lernen, ne? Also, gerade 2003/2004/2005 zum [interkulturellen Fest] sind uns ja teilweise 'n paar Stände ordentlich auseinander geflogen, weil sie mit angegriffen wurden von Rechten – in einer Massivität, die wir nie erwartet hätten. 2005 hatten wir zum Beispiel eine Veranstaltung bewacht von den Polizisten auf dem Revier und von acht Mann Security, das ging drei Jahre lang gut, haben das immer so gemacht, lief phantastisch. Und voriges Jahr zum [interkulturellen Fest] hatten wir 36 Mann Security und zwei Hundertschaften Polizei, ne?“*

*In vielen kleineren Gemeinden ist ein solcher Standard noch nicht durchgesetzt, wie die Befragten des Mobilien Beratungsteam berichten. „[I]n [der Gemeinde B2] waren sie eben mit 15 Leuten da, haben sich das nicht entgehen lassen, haben Karten über die Freiwillige Feuerwehr bestellt, das heißt also, es ist auch nicht unbedingt gleich vordergründig sichtbar, wer sich dahinter verbirgt. Also, war jetzt keine große Zeit zum Überlegen, wie geht man mit denen um – wir haben uns alle gefreut, dass die Freiwillige Feuerwehr Karten bestellt, die Jugendfeuerwehr, und dann waren das die Karten für die Rechten, ne? Oder eben auch verschie-*

dene andere Veranstaltungen, war ja auch in diesem Jahr die Buchlesung Toralf Staud<sup>30</sup>, wo sie, wo einfach 50 oder 60 dann eingekreist wurden im Vorfeld, die dann auf dem Parkplatz waren und nicht rein gelassen wurden und nur Einzelne rein konnten. Also, das ist immer, also, das ist irgendwie 'n großes Potential, was in den anderen Kreisen so in der Menge in unmittelbarer Nachbarschaft hier auch nicht, nicht zu verzeichnen ist. Und sie sind auch überregional aktiv, also wenn es jetzt um irgendwelche Demonstrationen in [einer anderen sächsischen Region] geht, wo sie uns begegnen oder 'ne Veranstaltung, die wir letzten Monat im Nachbarkreis hatten, zum Thema Frauen und Rechtsextremismus 'n Vortrag, dann sind Frauen aus der [Region B] da, also Rechtsextreme, die diesen Veranstaltungen mit beiwohnen. Also, es ist schon, ja, 'n Potential, was so erst mal in anderen Regionen uns nicht so begegnet.“

Besonders als nicht deutsch definierte Menschen leiden stetig unter rassistischen Attacken. Auch unterhalb der Gewaltgrenze. Sie beschreiben, dass ihre „dunkelhäutigen Kinder und Jugendlichen mittlerweile sich nicht unbefangen und nicht frei bewegen können, nicht in der Stadt und nicht auf dem Land [...] weil sie permanent damit rechnen müssen, dass sie angepöbelt werden, dass sie beleidigt werden. Man muss auch mit körperlicher Gewalt rechnen, man weiß nie, wie weit gegangen wird, weil die Hemmschwellen sind derart niedrig bei denjenigen, die diese Störungen verursachen, also bei den rechtsgerichteten Jugendlichen oder Erwachsenen.“ Öffentliche Parks, Einkaufszentren und Plätze werden von den Befragten als „No-Go-Areas“ gemieden. „Zum Thema No-Go-Area, also, die brauchen wir in uns drin, wir wissen genau, wo wir uns bewegen dürfen und wo wir uns nicht bewegen dürfen, auch nicht wollen. Und das sind öffentliche Plätze, wo der Normalbürger hingehht [...] dass ich meine Kinder zum Beispiel nicht in die nächstgelegene Kaufhalle schicken kann, weil dort immer Rechtsradikale oder eben diverse Gruppen vor den Kaufhallen rumlungern und die anpöbeln.“ Die Übergriffe werden von den Befragten als Alltagserfahrung beschrieben. Einige afrodeutsche Familien haben sich infolgedessen entschieden, den Landkreis zu verlassen. Im Jahr 2002 erregte der Fall einer türkischen Familie aus der Kommune B öffentliches Aufsehen, die nach mindestens 13 Angriffen von Nazis auf ihr Geschäft und ihre physische und psychische Integrität sowie Anfeindungen aus der Bürgerschaft wegzog.

Die Normalität rechter Alltagskultur jenseits physischer Gewalt zeigt sich exemplarisch daran, „dass zum Beispiel ungehemmt, ungehemmt, immer wieder hier in der Gegend – ich habe es auch selber erlebt – der Hitler-Gruß gezeigt wird. Völlig ungehemmt, völlig in der Annahme ich kann das machen, es passiert nichts, es wird keiner einschreiten und ich werde daran nicht gehindert. So mit diesem Wissen machen es die Jugendlichen, die in dieser Atmosphäre hier ja groß geworden sind und wissen, sie haben hier die Macht und das Sagen auf der Straße.“

### 1.3. Private Räume

Der Etablierung eines rechten Lifestyles förderlich ist eine sehr umfassende Infrastruktur von Naziläden, Versänden, Bands und Labels sowie privat angemieteter Räumlichkeiten, die aufgrund verstärkter staatlicher Repression als rechtlich sichere Rückzugsgebiete und Treffpunkte an Bedeutung gewinnen. „Es gibt viele Geschichten nur noch in Privaträumen, wo dann auch kein behördlicher Zugriff mehr ist, und privat irgendwo Treffen. Es gibt weniger Bestrebungen so, zumindest irgendwo spürbar, so organisiert zu sein wie die [verbotene regionale Kameradschaft] – mit gar Mitgliedlisten oder so 'nem Kram.“

„Und dann gibt's natürlich die Ladengeschäfte, die ja auch mehr sind als, als irgendwie man kauft mal Klamotten oder ... Es sind einfach auch Szene-Treffpunkte, man kriegt Informatio-

---

<sup>30</sup> Toralf Staud ist Autor und Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*. Mit seinem Buch *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005, war er zu Lesungen u.a. in den Kommunen A und B.

nen, also, wenn man da guckt in [einer Straße in der Kommune B], da gehen ja auch Leute ein und aus, wo man schon sagen kann, die gehören eben auch der Szene an und die werden nicht jedes mal was kaufen, aber es ist eben auch, festigt auch und ist eben auch 'n Kommunikationspunkt dann [...] die haben ein umfangreiches Angebot, also die Homepage ist erneuert auch, und ein Angebot auch, was sehr stark auf die [Region B] bezogen ist, nämlich für den Identifikationsfaktor, was Bezug nimmt auf das Verbotverfahren der [regionalen Kameradschaft] und andere Geschichten, wo man sich wieder findet, nicht? ‚Wir werden kriminalisiert vom Staat‘ also ‚Wir in der [Region B] gegen das fucking system‘ oder wie auch immer, auch die ganzen antisemitischen Sachen, ‚Intifada‘, ‚Fuck Israel‘ und so weiter – das wird dort alles über diese Versände mit angeboten.“

Auch gut besuchte Konzerte von Nazibands finden regelmäßig in Gaststätten und privaten Räumen in der Region B statt. „Also natürlich hatten wir nach wie vor Konzerte, also das spielt immer noch 'ne Rolle. [...] Oder andere Veranstaltungen, die sich drum gruppieren, die zwar keine musikalische Form sind, aber eben politische Veranstaltungen, wo auch alte Wehrmachtsoffiziere eingeladen werden und hier irgendwo referieren – das spielt 'ne Rolle.“ In Zusammenarbeit von professionellen Beratungsinstanzen, Kommunal- und Kreisverwaltung, sowie den Ordnungsbehörden wird seit 2005 mit zunehmendem Erfolg versucht, die Vermietung von Gaststätten für Nazikonzerte oder Veranstaltungen zu unterbinden. „Und das andere, um das noch zu erwähnen, was auch eigentlich wichtig wäre hier für die Region, ist 'ne bessere oder 'ne gute Zusammenarbeit mit den Gaststättenbetreibern. Es ist nun einmal so, dort wo 's 'nen großen Kreisverband gibt, gibt's halt viele Veranstaltungen. Und es zwingt dich ja als Gaststättenbetreiber niemand dazu, den Nazis Tür und Tor zu öffnen. Und da wurde schon viel erreicht, dass es Gaststätten gibt, die sagen: ‚Machen wir nicht‘, also, ‚ist einfach nicht‘. Aber es gibt eben auch mindestens zwei ganz feste Anlaufstellen, die selbst kurzfristig zu mieten, für Konzerte zu mieten sind“.

#### **1.4. Jugendeinrichtungen und Schulen**

Nach Einschätzung einer Mitarbeiterin eines regionalen Trägers der Jugendarbeit sind die Jugendtreffs in den ländlichen Gemeinden des Landkreises B von rechten Jugendlichen dominiert. „[U]m es jetzt grob einschätzen zu können, würde ich sagen, gemessen an den Jugendlichen zehn Prozent rechtsextreme Jugendliche und der Rest Hälfte-Hälfte. Also, ich würde dann die 90 Prozent aufteilen wollen in 45 Prozent wirklich in Führungsstrichen ‚normale‘ Jugendliche, die halt einfach auch sich treffen, einfach ganz normale Jugendprobleme einfach haben. Und 45 Prozent, die wirklich schon so rechtsorientiert oder einfach schon so losen Kontakt haben oder irgendwie in irgendeiner Art und Weise mit dieser Szene konfrontiert sind und sich mit dieser Szene auseinandersetzen. Also, da würde ich das dann schon halbieren. Also, es gibt auch noch genauso Jugendliche, die zwar über das Thema Bescheid wissen, die jetzt aber ihren Fokus oder ihre Freizeitgestaltung jetzt nicht auf diese Szene beschränken, sondern einfach ganz alltagstypische Problemlagen sind oder einfach ganz typische Jugendliche sind und einfach sich treffen wollen und einfach bisschen was für ihren Ort machen wollen.“ Hier macht sich die beschriebene Anschlussfähigkeit der Naziszene bemerkbar, die sich in ihrer Musik und in der Kleidung vielen Jugendsubkulturen geöffnet hat (vgl. oben 1.2.). Die Naziszene besitzt damit weiter Einfluss im Alltag „ganz typischer Jugendlicher“, und ihre Anschlussfähigkeit führt zur Normalisierung eines neonazistischen Weltbildes. Rechte Einstellungen und angepasster rechter Lifestyle bestimmen nach wie vor das Bild vieler Jugendclubs. Alternative Jugendliche sind in der Minderheit und werden bedroht. „Es gibt natürlich auch Jugendclubs [...] Wo es aber doch häufig zu Auseinandersetzungen kommt, wenn dann Freunde von dieser rechten Gruppe dann in diesen Jugendclub mit rein kommen und dann [...] 'ne gewalttätige Auseinandersetzung dann haben mit diesen Jugendlichen [...] also, wir unterstützen diese

*linksorientierten Jugendlichen auch darin, auch zur Polizei zu gehen, auch jemanden anzuzeigen [...] aber die Angst dann meistens mit überwiegt bzw. die dann halt irgendwo anders sich treffen mit Jugendlichen oder dann halt eher privat sich irgendwo treffen, wo wir dann an die Jugendlichen überhaupt nicht rankommen.“*

Einige Treffs wurden in der Vergangenheit bereits geschlossen, da sie fest in der Hand rechter Kader bzw. jugendlicher Nazis waren. Die Schließung weiterer Treffs wird zur Zeit diskutiert.

*Nach wie vor mangelt es an qualifizierten Angeboten der Jugendarbeit. „Aber auch so bei Sozialarbeitern, denk' ich, ist es auch häufig – die versuchen ihren Jugendclub so gut wie möglich über die Runden zu kriegen und da vielleicht auch Angst haben, da mal näher hinzugucken, was eigentlich in dem Jugendclub so lebt.“*

In der Kommune B selbst ist durch zivilgesellschaftlichen Gegendruck eine Verringerung der Dominanz von Nazis in Jugend- bzw. subkulturellen Einrichtungen eingetreten. *„Also, wenn wir früher [in den städtischen Jugendclub] gegangen sind, 'n städtisches Jugendhaus, wo halt so auch alternative Partys sind, also, wenn du da früher so hingegangen bist – ich sag' jetzt mal so '96, '98 so – dann konnte es dir schon passieren, dass so 50 so Old-School-Nazis mit Glatze und B-Jacken davor stehen und dass es dann halt schon zu größeren Streitereien kommt.“* Mittlerweile haben sich in der Kommune B auch alternative Gegenangebote etabliert *„um zumindest erstmal so 'ne Atmosphäre zu schaffen, in der jetzt, in der man auch anderes kennen lernen kann, wenn man das will“.* Dazu zählen u.a. die erwähnten alljährlichen Kulturfestivals (vgl. oben 1.2). *„Ich denke, wir erreichen über unsere Veranstaltungen mit Kontinuität über viele, viele Jahre viel, viel mehr als das Rechtsextremisten erreichen – das kann ich einfach an Zahlen ablesen, also wenn 'n Skinhead-Konzert im Vierteljahr stattfindet und dort vielleicht 80, mal 100, vielleicht auch 120 Leute hingehen, ist das schlimm. Aber wir machen zweimal im Monat Veranstaltungen, wo drei-, vier-, fünfhundert Jugendliche da sind und zweimal im Jahr auch welche, wo mehrere Tausend da sind. [...] Einmal halt so Disko oder Independent-Party nennen wir das. Einmal 'n Konzert und dann halt das [Musik]-Festival oder [das interkulturelle Fest], also ich denke Sachen, wo wir auch uns 'ne sehr, sehr große Öffentlichkeit schaffen und ich denke, vielen Jugendlichen einfach Angebote schaffen. Und es ist klar, in der Regel, also es kommen keine Rechtsextremisten rein, es gibt in den Räumen keine Gewalt, und niemand muss dort irgendwie in den Räumen oder um die Räume drum rum in irgendeiner Weise Angst haben.“* Auch die Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher bietet Veranstaltungen an, die sich explizit von Nazis abgrenzen. *„[W]as sich geändert hat, dass wir, sag' ich mal, Veranstaltungen öffentlicher machen können, also, dass wir sagen können: wir machen 'n großes Konzert in diesem großen Jugendhaus, in diesem städtischen, unter dem Motto halt ‚Nazis den Ton abdrehen‘. Also ganz offiziell, schreiben das überall in alle Zeitungen und wissen erstmal, es kommen viele Leute, also, es kommen viele Unterstützer auch aus anderen Städten, die das gut finden, und so 'n Konzert kann momentan nicht von Nazis gestört werden [...] ich glaub, das war schon 'n einschneidendes Erlebnis für die Nazis, dass jemand so öffentlich damit umgeht und auch das Thema so stark benennt [...] das wär' vor sieben Jahren wesentlich anders abgelaufen, also, da wär' das andersrum gewesen, also, man hätte die Polizei rufen müssen um Schutz in dem Haus zu haben und die Nazis wären gekommen, hätten versucht anzugreifen.“*

An den unterschiedlichen Schulen der Kommune B, ein großes überregionales Berufsschulzentrum, Gymnasium, Real-, Haupt- und Förderschule, befinden sich unter den Schülerinnen und Schülern organisierte Nazis und Jugendliche mit rassistischen und nazistischen Einstellungen. Der Extremismusbeauftragte geht davon aus, *„aus dem, was ich selber kennen lerne, dass wir in jeder Schulklasse Leute haben, die rassistische Gedanken im Kopf haben oder gar irgendwo 'ne Rechtsorientierung, 'ne Rechtsextremismusorientierung.“*

Ein Interviewee der Opferberatung berichtet unter anderem von einem „tätlichen Übergriff innerhalb der Schule. Und da ist es dann aber so, dass die Opfer dann überhaupt nicht damit an die Öffentlichkeit gehen, also gar nicht. Also, sie sagen dann nicht dem Rektor oder irgendeinem Vertrauenslehrer oder so Bescheid und zuhause auch nicht und auch mit uns nicht. Also, das ist einfach noch mal auffällig innerhalb einer Schule, weil natürlich auch dann klar ist, der muss da weiterhin jeden Tag in die Schule gehen, ne? Wenn ihm was irgendwo im Park passiert oder so, dann kann er sagen, da muss ich eben nicht täglich durchlaufen, nehme ich halt 'nen anderen Weg, aber in der Schule ist das natürlich schon auch ziemlich gefährlich. Wir haben an dem Berufsschulzentrum, das war auch 2005, hatten wir die bundesweite Fotoausstellung Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990, die es in Berlin gibt, auch nach Sachsen geholt und haben die dort auch gezeigt an diesem Berufsschulzentrum. Wir hatten Bedenken [...] Ja, die Direktoren auch, hatten auch Bedenken, dass diese Ausstellung das unbeschadet übersteht. Das war aber okay, da ist nichts passiert. Es gab 'ne Eröffnung [...] und es hat jemand das auch musikalisch dann auch umrahmt. Und der junge Mann, der kam aus Ghana und der saß dann also draußen dann in der Pause auf der Bank und hat dann gewartet, bis er denn dran war. Und dann kamen aus verschiedenen Zimmern, kamen dann so nachgemachte Affenrufe und es flogen irgendwelche Äpfel, so zusammengeknüllte Alupapierdinger flogen ihm dann entgegen aus den Fenstern.“ Ein anderer Interviewee schätzt den Alltag seines Kindes mit dunkler Hautfarbe so ein: „[G]ut, die Schule ist 'n Spiegel der Gesellschaft, also dort trifft sich die Jugend, die Kinder der Gesellschaft und da ist es also ähnlich. Es gibt sicher 'n Umkreis, den unsere Kinder haben, sprich Freunde, aber darüber hinaus sind die in der Schule nicht geschützt. Also passieren auch täglich Angriffe.“

„[I]ch habe es erlebt, dass noch vor zwei Jahren die Schulen, auf die meine Töchter gehen – und es sind zwei Schulen, von denen ich sprechen kann – in Bezug auf Rechtsextremismus nichts, nichts gemacht haben. Und ich selber war an der Schule, an beiden Schulen wegen irgendwelcher Vorfälle, die meinen Kindern passiert sind, und ich habe gemerkt, wie gesagt, kein Problembewusstsein – und wenn dann 'ne Mutter ankommt und für ihr Kind etwas tun will, dann heißt es: ‚Ja, sie muss lernen, damit fertig zu werden.‘ Also man hat die Kinder sehr allein gelassen, so dass sie in ihrem Umfeld mit dieser gewaltigen Problematik allein waren, weil keine Unterstützung von Seiten der Lehrer und auch vom Schulleiter nicht, oder geringe Unterstützung. Es wurde mal reagiert und 'n Gespräch geführt und das war's dann auch schon wieder, aber keine Projekte gegen Rechtsextremismus, im Gegenteil, die – in Sachsen wurden weit, also, viele Schulen haben so die Dienste der [kommunalpolitisch integrierten Initiative] oder vom Netzwerk Sachsen<sup>31</sup>, viele Schulen haben sich diese Initiativen ins Haus geholt und Projekte durchgeführt. Komischerweise [die Kommune B und der Landkreis B] nicht, angeblich kein Bedarf.“

Durch das Engagement der Initiativen hat sich in den letzten zwei Jahren eine Veränderung im Problembewusstsein ergeben. Eine „aufrüttelnde“ Rolle spielte auch hier der Einzug der NPD in den Landtag. „[E]s gab dann so 'nen Zeitungsartikel von 'ner [Lehrerin aus der Gemeinde B7], die das ganz doll ausgebaut hat und die diese NPD-Schulhof-CD noch mal mit den Schülern besprochen hat – also: ‚Was hört ihr da eigentlich?‘ oder ‚Was vergeben die da eigentlich?‘ Ich glaube, insofern wurde auch, ja, das ist einigen SchülerInnen, glaub' ich, schon auch mehr bewusst geworden.“ In der Regel wurde die Auseinandersetzung durch die Initiativen und professionellen Angebote an die Schulen herangetragen. Zahlreiche Ausstellungen, Veranstaltungen und Projektschultage zum historischen Nationalsozialismus und seinen aktuellen Versatzstücken und Erscheinungsformen, wie Rassismus und Antisemitismus, wurden

---

<sup>31</sup> Gemeint ist das Netzwerk „tolerantes Sachsen“, laut Selbstbeschreibung „eine Plattform lokaler Initiativen und Vereine, die sich konkret und praktisch gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in jeglicher Erscheinungsform zur Wehr setzen. Das Netzwerk vertritt und fördert die Weiterentwicklung einer demokratischen und toleranten Alltagskultur in Sachsen.“

durch die Initiativen an bzw. mit Schulen durchgeführt. Nach wie vor divergiert dabei das Engagement der einzelnen Schulen. *„Wir sind mittlerweile mit den Schulen des [Landkreises B], mit vielleicht 80 Prozent der Schulen sehr, sehr gut in Kontakt und unterstützen Lehrerinnen und Lehrer dabei, mit ihren Schülern sinnvolle Sachen zu machen zum Thema.“* Einschränkend fügt der Befragte wenig später allerdings hinzu: *„Es gibt Schulen im [Landkreis B], die sind uns einfach nicht aufgeschlossen genug. Das kann an uns liegen, das kann an unseren Angeboten liegen, das kann aber auch daran liegen, dass die einfach das Problem noch nicht sehen. Es ist auch nicht wichtig, dass die unsere Angebote annehmen, bloß dass die selber aktiv werden. Also, ich sage immer, mir persönlich wäre es egal, wer zum Schluss drunter steht oder wer es gemacht hat oder sich damit loben kann, Hauptsache, es passiert in der Sache, also, Hauptsache, es bewegt sich dort was“.*

Wird das Angebot von einer Schule doch einmal angenommen, ist ein weiteres Problem die Aufnahme der mit den Angeboten vermittelten Anregungen in den Alltag. *„Das ist dann so ein Mal irgendwo, so fertig. Und wenn das also nicht über 'nen längeren Zeitraum, also immer wieder auch Thema ist, wenn das nicht nachbereitet wird von den Lehrerinnen oder Lehrern und man da nicht dran bleibt, dann können wir immer denken: ‚Ist toll, das war wieder toll, die haben toll mitgemacht, klasse!‘ Und können hoffen so, dass es vielleicht, ja, 'n Stück hängen bleibt.“*

Andere Initiativen, die ebenfalls Jugendbildungsarbeit machen, bestätigen das Gesamtbild. Häufig sei es so, *„dass wir zu hören kriegen: ‚Na, wir können uns ja nicht um alles kümmern! Wir müssen uns um Drogen kümmern, um Pädophile und dann jetzt müssen wir auch noch um Nazis! Und alles können wir nicht machen, wir können halt nur 'n bisschen was. Und deshalb wollen wir dazu auch keine Fortbildungen und wir wollen dazu auch keine Veranstaltungen.‘“*

Auch die Befragten des Mobilen Beratungsteam machen diese Erfahrung, *„Ich meine, wir melden uns dann schon auch mal an, wenn es jetzt konkrete Vorfälle gibt, dann sind wir auch, waren wir auch hier bei den Beratungslehrern im Berufsschulzentrum [der Kommune B] und haben, also, wollten sie einfach 'n Stück für dieses Problem aufschließen. Weil wir auch von Vorfällen am Berufsschulzentrum über Jugendliche gehört hatten. Aber es ist da jetzt in der [Region B] jetzt keine konkrete, kontinuierliche Zusammenarbeit mit Schulen entstanden.“*

Diese Fortbildungsresistenz zum Thema schlägt sich in mangelnder Auseinandersetzung im schulischen Alltag selbst. *„Die Schulen nehmen zwar Angebote von außen an, sei es jetzt von uns oder sei es jetzt auch, die [kommunalpolitisch integrierte Initiative] macht auch viel. Die werden zwar angenommen, aber es sind immer Leute von außen, die da rein kommen. Es findet keine Auseinandersetzung direkt in der Schule statt, mit Lehrern, mit Schülern, die ja tagtäglich miteinander zu tun haben. [...] Es werden zwar Angebote reingeholt und dann denkt man: ‚Super, die machen das schon.‘ Aber die Auseinandersetzung und die eigene Meinung auch noch mal zu reflektieren, ist zu gering. [...] Wo man halt einfach auch sagen muss, Demokratie muss auch vorgelebt werden, in kleinen Institutionen – Schulen, Familie, Jugendclub. Dort muss es halt vorgelebt werden, was halt auch wieder zu wenig passiert, also, zu wenig Mitbestimmung, zu wenig Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche. [...] Aber wenn halt nur Verbote stattfinden und keine Auseinandersetzung, finde ich das immer, ist immer nicht so der effektivste Weg.“*

## **1.5. Vereine**

*„[W]as positiv ist im ländlichen Raum oder charakteristisch, es sind sehr viele traditionelle Vereine einfach noch da – Fasching, Feuerwehr, Sport – das ist mehr verstärkt. Also, die Jugendlichen, die mehr im ländlichen Raum sind, orientieren sich auch mehr an diesen traditionellen Vereinen.“* Diese Beschreibung trifft auf die Kommune B, mehr aber noch auf die um-



liegenden Gemeinden zu, „diese traditionellen Vereine, also, Feuerwehr, Sportvereine, da wird sehr, sehr viel Wert drauf gelegt, die haben wirklich 'ne sehr große Bedeutung.“ Wie beschrieben, sind Nazismus und daran anknüpfende Einstellungen in breiten Kreisen der jugendlichen und erwachsenen Bevölkerung vertreten. Entsprechend sind Nazis auch in den zahlreichen Vereinen präsent. „[G]erade, was halt so die Fußballvereine betrifft, die ziehen ja oftmals 'n seltsames Spektrum hinter sich her, so. Also, auch so an Spielern. Also, es ist mir mal in [der Gemeinde B3] beim Spiel passiert, dass dann nach dem Spiel, die Spieler von [Gemeinde B3] halt ihre T-Shirts in der Hitze ausgezogen haben und der eine 'n fettes Blood & Honour-Tattoo auf dem Rücken hatte [...]. Aber die sagen halt immer: ‚Wir sind halt kein politischer Verein, deswegen interessiert uns nicht, wir sind halt 'n Sportverein, da ist es uns egal, wer hier hinkommt.‘“ Eine befragte Jugendarbeiterin bestätigt dieses Bild für die in jedem Ort vertretenen Fußballvereine und solche der freiwilligen Feuerwehr. „Die Auseinandersetzung mit der Thematik in Sportvereinen lässt noch zu wünschen übrig, also, da müsste noch mehr getan werden, also, es kann auch nicht sein, dass halt praktisch – also, es kann auch nicht sein, dass, wenn in 'nem Sportverein 'n Jugendturnier stattfindet und der Schiedsrichter, der 21 ist, mit ‚Thor Steinar‘ rumläuft [...] Wo man dann sagt: ‚Nein, es geht halt einfach darum sich auseinander zu setzen mit diesem Thema, das kann man auf ganz einfache Art und Weise.‘ Also, ich denke, das sind einfach Ängste, dass vielleicht 'ne Feuerwehr, wenn da 'n paar rechtsorientierte Jugendliche drin sind, dann gleich als rechts dargestellt wird.“

Dass Vereine Heimstätte von Nazis sind, zeigt auch das Interview mit Eltern von Kindern mit dunkler Hautfarbe. Befragt nach der Notwendigkeit spezieller Weiterbildung für Sportvereine, antworten sie: „So 'ne Sensibilisierung gibt es nicht, aber es wäre wichtig. Es wäre ganz dringend notwendig, damit wirklich unsere Kinder unbegrenzt, ungehindert und ganz offen auf solche Vereine zugehen könnten. Und nicht vorher schon abchecken müssen oder mit Bedenken hingehen müssen oder es ganz sein lassen, weil sie gehört haben, dass dort auch diverse rechtsorientierte Jugendliche mit dabei sind und von vornherein schon sagen: ‚Nee, da kann ich nicht hingehen, weil da kriege ich auf jeden Fall Schwierigkeiten.‘ Also, sie müssten das Gefühl haben: ‚Ja, ich kann dort hingehen und wenn irgendwas vorfällt, dann werde ich auch unterstützt.‘ Und das sehe ich im Moment überhaupt noch nicht, weil das eben auch kein Thema ist im allgemeinen“.

## **1.6. Rassismus und andere Elemente nationalsozialistischer Ideologie aus der „Mitte der Gesellschaft“**

Dass Rassismus und andere Elemente nationalsozialistischer Denkens in der Region B nicht dem „Rechten Rand“ vorbehalten sind, zeigen zunächst die Wahlergebnisse. Die so genannte U-18-Wahl, bei der Schülerinnen und Schüler abstimmen, welche Parteien sie wählen würden, ergab im Wahlkreis der Kommune B eindeutige Ergebnisse, „[U]nd da war's so, dass die NPD im Wahlkreis, also, die Spitzenposition hatte, glaub' ich, mit über 30 Prozent oder so und dann ging das erst PDS, CDU, FDP und SPD. Insofern kann man natürlich sagen, wenn man das [...] nimmt, um die Relationen zu beschreiben, dann sind das natürlich doch relativ viel Leute. Aber Leute, die organisiert sind, das hat jetzt, glaub' ich, richtig doll abgenommen, Leute die offen das zeigen, dass sie Nazis sind, also mit Pullovern und so. Ich glaube, das ist eher sehr viel weniger geworden, die es auch durch Symbole nach außen tragen. Und die sich versuchen, in der NPD oder in freien Kräften zu organisieren. Ich denke dann eher so zehn, fünfzehn Prozent der Jugendlichen.“

Zustimmung finden die nationalsozialistischen Positionen der NPD nicht nur bei Jugendlichen. In der Kommune B erzielte die NPD bei der letzten Stadtratswahl 6,6 Prozent der Stimmen, sie hält zwei Sitze im Stadtrat. Dabei lag sie noch „deutlich unter dem Landkreisdurchschnitt von über neun Prozent“, betont der Oberbürgermeister der Kommune B. Die

gewählten NPD-Gemeinderäte im Landkreis sind allesamt anerkannte Gemeindemitglieder. Im Kreistag ist die NPD mit fünf Personen vertreten. Bei der letzten Landtagswahl gelang der NPD mit 11,5 Prozent der Einzug ins Landesparlament. Die Bundestagswahl 2005 brachte der NPD 8,1 Prozent Erststimmen und 7,2 Prozent Zweitstimmen ein.

Landkreis B und die Kommune B sind seit der Wiedervereinigung mehrheitlich und ununterbrochen CDU-regiert. Die Region ist traditionell konservativ geprägt. Der Begriff „Rechts“ ist nicht negativ konnotiert, und faktisch kann sich der so genannte „rechtsextremen Rand“ auf die Akzeptanz der „Mitte“ stützen. Das zeigen die zahlreichen Beispiele physischer und psychischer Anfeindungen denen jene Mitglieder der Gesellschaft ausgesetzt sind, die zu „Fremden“ gemacht werden. *„Die Hemmschwellen sind so niedrig, dass die also auch jeglichen Anstand verloren haben, wie man sich auf der Straße verhält, wie man sich überhaupt in 'ner Menschengruppe verhält oder in der Stadt. Dass also Anstandsregeln wegfallen und, ja, und unsere Kinder kriegen aufgrund dieser um sich greifenden Ausländerfeindlichkeit und rechtem Gedankengut, sind die immer Angriffsfläche, weil sie werden permanent als Ausländer gesehen, die sie ja nicht sind, aber das steht denen ja nicht auf der Stirn geschrieben. Ja, also, werden sie immer mit diesem Problem, was eigentlich kein Problem sein sollte – Ausländer zu sein, aber sie werden damit immer konfrontiert oder müssen immer damit rechnen. So dass sie also, wie gesagt, in der Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, in ihrem Wirkungskreis, das geht dann bis hin zu persönlichen Veränderungen, dass die Entwicklung gestört wird, bis zu psychischen Erkrankungen usw.“*

Anknüpfend an der Hautfarbe wird Jugendlichen, die in der Region geboren und aufgewachsen sind, frühzeitig und kontinuierlich in alltäglichen Sozialisationsinstanzen, wie Schule, Freizeittreff oder Verein, und im öffentlichen Raum zu verstehen gegeben, dass sie nicht dazu gehören. Die in der Interviewsequenz geschilderte Erfahrung ist exemplarisch für eine ganze Reihe von Untersuchungen in Deutschland, die gezeigt haben, dass allochthone Jugendliche fast alle im Laufe der Zeit die Erfahrung gemacht haben, dass sie nur aufgrund ihrer Abkunft beschuldigt, schlechter behandelt oder auch direkt angegriffen werden.<sup>32</sup> Man kann hier von alltäglichen Unrechtserfahrungen sprechen. Bevorzugte Orte dafür sind die Straße, Behörden, Geschäfte, Bus und Bahn.

In jedem Falle geht es um diskriminierende Bemerkungen, Maßnahmen oder sogar Gewaltaktionen, die offensichtlich einer rassistischen Grundtendenz folgen. Die Menschen werden aufgrund einer vermeintlichen oder tatsächlichen Differenz zum Durchschnitt der Bevölkerung identifiziert und auf der Basis dieser zugeschriebenen Abweichung angemacht, beschimpft und gewaltsam angegriffen. Mit anderen Worten, es handelt sich um eine Veralltäglichung des Rassismus in der gesamten Lebenswelt. Die Menschen werden von ihren Mitmenschen rassistisch markiert, zu Fremden gemacht und entsprechend den alltäglichen Vorstellungen wie mit Fremden umzugehen sei, diskriminierend behandelt.

*„[E]s wurde ihnen regelrecht die Heimat genommen mit diesem Hass, der denen entgegengebracht wurde. Man hat ihnen nicht, es ist ja ihre Heimat, man muss das so vor dem Hintergrund sehen, es sind keine Flüchtlinge. Ich mein', wer als Flüchtling hierher kommt, hat es auch schwer, aber es ist ihre Heimat und die wurde ihnen genommen, so dass sie sich also nicht zuhause fühlen, nicht wohl fühlen und flüchten, sobald sie können.“*

Das Problem Rechtsextremismus wird von den Befragten aus Betroffeneninitiativen entsprechend auch nicht auf ein Problem jugendlicher Nazis reduziert. *„In meinen Augen wird das*

---

<sup>32</sup> Vgl. Paul Mecheril, Rassismuserfahrungen von Anderen Deutschen. Eine Einzelfallbetrachtung, in: Paul Mecheril und Thomas Teo (Hrsg.), Psychologie und Rassismus, Reinbek b. Hamburg, S. 175–201; Mark Terkessidis, Die Banalität des Rassismus, Bielefeld 2004.

*gesellschaftlich getragen und zum Teil sogar akzeptiert, also, rein praktisch. Es wird nichts unternommen, wenn unsere Kinder auf der Straße, am Bahnhof, in der Schule oder wo auch immer angepöbelt werden aufgrund ihres Aussehens. Die Masse ringsherum guckt zu und reagiert überhaupt nicht. Natürlich gibt's auch noch 'n Teil, der dort mit zuschlägt, aber was eben schlimm ist, finde ich, ist die Masse, die zuguckt, das wohl hört, aber nicht reagiert.“*

Ein „typisches Beispiel“ für Alltagsrassismus, den die wenigen nicht deutsch aussehenden Menschen der Region zu spüren bekommen, berichtet eine Befragte der Opferberatung: *„Die Leute haben dort 'n Eigenheim vor sechs Jahren gebaut, und es fing eigentlich an mit dem Tag des Einzugs, also Anfeindungen und Sachbeschädigungen [...] da gab's über Jahre also wirklich einen Terror. [...] Und es ist soweit, dass jetzt die Familie sagt, sie können dort nicht leben, ne? Also, sie wollen das Haus verkaufen und wollen dort weg. Es ist so, dass die Tochter, die ist neun Jahre alt, die geht noch in die Grundschule, aber sie haben große Angst davor, wenn sie dann in die weiterführende Schule geht, also, dann nicht mehr dort im Ort. Die auf dem Schulweg von anderen Kindern angepöbelt wird [...] dass dann auch so Sachen kommen: ‚Wir‘, ja, irgendwas mit Nigger – und, ja, ‚wir dürfen dich aufschlitzen.‘ Also, so was kommt von Gleichaltrigen oder etwas Älteren, die dort dann an der Haltestelle warten und sie da eben leider vorbei muss“. Mit Unterstützung von außen wurde in der Gemeinde zwar ein Runder Tisch zur „Klärung des Problems“ eingerichtet, als Problem wurde aber der mangelnde Integrationswille der diskriminierten Familie ausgemacht: *„Fazit war eben, dass die Familie sich doch besser dort in die Gemeinde integrieren sollte. [...] Aber da diese Familie dann, denen zu sagen: ‚Na, ihr habt euch ja auch nicht integriert‘ – das ist natürlich schon 'n bisschen sehr merkwürdig.“**

Dass die Integration der rassistisch markierten in die autochthone Gemeinschaft alles andere als erwünscht ist, zeigt ein weiteres Beispiele: *„Ich hab's selber erlebt im Dorf [...] ich war dort zufällig bei einer Kollegin und hab' da mit ihr zutun gehabt und wir sind halt gemeinsam durchs Dorf gegangen, also, ich mit meinen beiden dunkelhäutigen kleinen Mädchen, damals waren die noch ziemlich klein. Und hinterher die Reaktion auf diesen kurzen Spaziergang innerhalb eines Dorfes war, dass die Kollegin, die also dort wohnt, angesprochen wurde von besorgten Dorfbewohnern, die hatten nun Angst, dass dort in die freiwerdende Wohnung Negerkinder einziehen. Also, wirklich, die Kollegin ist im Gemeinderat tätig und deshalb war sie halt Ansprechpartnerin für die Dorfbewohner und da gehen die besorgten Dorfbewohner zum Gemeinderat und fragen also ganz besorgt und entrüstet. Also, so was ist, das hat mir gezeigt, also, und andere Sachen auch noch, dass dunkelhäutige Urlauber oder Besucher, sobald sie sich hier gezeigt haben, beschimpft wurden, angegangen wurden und das ist nur die Spitze des Eisberges, soviel kriegen wir ja auch nicht mit. Aber was wir mitkriegen, hat schon, ist schon, also, spricht – verheerende, verheerende Denkweisen und Verhaltensweisen in diesen dörflichen Gegenden.“*

Gegenüber Naziveranstaltungen besteht in vielen Gemeinden mindestens Desinteresse. Die Befragten des Mobilen Beratungsteam berichten beispielsweise von der Zusammenarbeit mit dem Ortsvorsteher und dem Ortschaftsrat einer kleinen Gemeinde. Ziel sei es *„eine Diskussion in dem kleinen Ort zu initiieren, was ja schwierig ist. Der Ortsvorsteher versucht das, aber er muss mit Hilfe anderer sehr behutsam, das sind nämlich wir, andere Menschen an einen Tisch bekommen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein Konzert unter dem Blickwinkel des falschen Parkens betrachten, was einige machen. Sondern er sagt [...], ‚wir möchten gerne, dass auch Menschen, Bürgerinnen und Bürger in meinem Ort sehen, eben welches Konzert – es ist ja kein Tanz in den Mai und Blütenfest, wo man auch falsch parken kann, sondern es geht hier um 150 Rechtsextremisten, die diesen Ort regelmäßig, in meinem Ort, wo ich Ortsvorsteher bin und andere leben, heimsuchen, aufsuchen, benutzen, missbrauchen‘“.*

Eine Befragte der mobilen Jugendarbeit in den ländlichen Gemeinden berichtet auch, dass

vielen Gemeindebewohnerinnen und -bewohner, nicht die Gesinnung der Jugendlichen, sondern die Sauberkeit im Jugendclub stört. Auch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger vertreten solche Positionen z.B. in der Diskussion um die Schließung von rechten Jugendclubs „dass da kein Müll drum herum liegt, dass da alles toll aussieht. Das sind immer so die Kriterien von einigen politischen Entscheidungsträgern vor Ort, denen es wichtig ist, also, da ist das unwichtig, was da drinnen abgeht, Hauptsache, es sieht ordentlich draußen aus. Wenn 's da unsauber ist, wird immer mehr Rabatz gemacht, wie wenn es rechtsextremistische Tendenzen sind.“

Selbst der Landrat des Landkreises B, der im Jahr 2005 das Steuerungsgremium gegen Extremismus mit ins Leben rief, ließ noch im Jahr 2004 eine eindeutige Abgrenzung vermissen. Auf einer Veranstaltung zu „Rechtsextremismus“ in der Kommune B, „wo nur geladene Gäste eigentlich kamen, also, Initiativen und Kirche und so, kam 'ne ganz große Menge rechter Jugendlicher, auch der [NPD-Landtagsabgeordnete] damals und [...] die haben es geschafft, diese Beratung oder diese Versammlung für sich zu vereinnahmen, indem sie erstens so zahlreich erschienen sind, sich ganz vorn hingestellt hatten, Angst einflößend wirkten. Also, der Rest der Leute war ziemlich gelähmt, kaum jemand wagte es noch, außer die Leute im Podium, aber von den Leuten, die vor dem Podium saßen, wagte es kaum jemand, das Wort zu ergreifen, weil die Rechten da so dominieren konnten. Die konnten so ungehindert ans Mikrofon und ihre Fragen stellen und ihre Positionen darstellen und der Landrat saß im Podium und hat in diesem Zusammenhang mit Blick zu den Rechten, hat er also so nonverbal immer so recht freundlich in die Gruppe der Rechten geschaut, so nach dem Motto: ‚Wir wollen doch mal nicht so böse mit denen sein, sondern sind nette Menschen‘ oder so. Hat er gesagt, er ist Mitte rechts, Mitte rechts, also, CDU und davon rechts. Und ich finde, das hat 'ne verheerende Wirkung so etwas, also, noch so zu klüngeln mit den Rechten, die da vor ihm saßen, und den anderen die Botschaft geben: ‚Na, Leute, ist doch alles nicht so schlimm!‘ Und das war 2004, also, da waren wir noch wirklich im tiefsten Mittelalter.“

### **1.7. Nazismus und besonderes Näheverhältnis im ländlichen Raum**

Als zentrale Besonderheit beim Umgang mit nazistischen Einstellungsmustern und mit deren expliziten Vertreterinnen und Vertretern wurde das besondere Näheverhältnis im ländlichen Raum ausgemacht.

Einer der Interviewees spricht die Besonderheiten der Weitergabe kollektiver Erinnerung in ländlichen Vergesellschaftungsräumen an: „[W]as wir gemerkt haben, auch Geschichte wird anders weitergegeben, so bestimmte Sachen, Zusammenhänge könnte man ja wissen, die könnte man über Geschichtsbücher oder wirkliche Erzählungen von Menschen auch wissen, aber Geschichte wird eben vom Erzählen der Großmutter oder des Großvaters weiter gegeben, was wir zum Beispiel auch konkret in [der Gemeinde B2] als ein Problem gesehen haben. Sie haben 'ne lange Grenze mit [dem Nachbarland], sehen das aber nicht als Ressource, als Chance, sondern haben eher Befindlichkeiten, die aus der Kriegszeit und dem Ende des Krieges resultieren, ne? Und die aber nicht der Wahrheit entsprechen sondern dem, was Großeltern erzählt haben, ne? Da wird eben von jungen Leute erzählt 1.000 [Einwohner der Gemeinde B2] wurden im Bahnhof [der Gemeinde B2] unten von Partisanen [aus dem Nachbarland] erschossen, ne? Das können sie in ihrer Ortschronik ganz genau nachlesen, wie es wirklich war, aber so erzählt es die Großmutter und das prägt dann das Bild“. Die Interviewsequenz verdeutlicht, dass es zur Weiterverbreitung geschichtsrevisionistischer Erzählungen keiner geschulten NPD-Kader bedarf. Diese rekurren vielmehr auf das revanchistische (bzw. je nach Kontext rassistische, antisemitische) Wissen aus der viel zitierten „Mitte der Gesellschaft“.

Zu den in dieser „Mitte“ verbreiteten Einstellungen tritt als prägend für ländliche Räume hinzu, dass Nazi-Kader anerkannter Teil der örtlichen Gemeinschaft, nicht stigmatisierte „Extremisten“ sind. „[D]ie NPD hat ein Gesicht, und dieses Gesicht ist nicht das einer hässlichen, böswilligen, menschenverachtenden, antisemitischen und rassistischen Fratze, sondern dieses Gesicht ist der Nachbar, ist derjenige, mit dem ich groß geworden bin! [...] Jeder kennt jeden, man hat 'ne Wahrnehmung und dann heißt es auch: ‚Aber, was wollt ihr denn?‘ Und: ‚Wir müssen doch aufpassen in unserem Ort!‘ Und: ‚Der hat aber auch mal dafür was getan und da was gespendet für unseren Kindergarten.‘ Und: ‚So schlimm ist das doch gar nicht.‘ Und: ‚Der hat gute Preise als Handwerker und hat 'ne große Familie und hat viele Kinder, er ist sozial engagiert.‘ – Das macht das schwierig. Also, wir kommen mit unserem Verbalem auf kognitiver Ebene daher und versuchen anhand von Ideologien und so zu sagen, warum wir die NPD nicht wollen, das heißt, da stoßen wir vielleicht anders als in Städten bei anderen Einwohnern, die mehr Abstand zueinander haben, die nicht so verwandt und verschwägert sind, haben wir ein ganz klares ländlich geprägtes, verwandtschaftlich-abhängiges Problem, was nur schwer zu durchstoßen ist. [...] Weil es sich hier um Dörfer handelt, um Traditionen, um Familienverbände, um Gebräuche. Also, worauf lass ich mich ein, womit freunde ich mich an, rede ich nicht dem anderen nach dem Mund, weil es opportun ist in meinem Nahraum, unter meiner Käseglocke. [...] Und diese ganz anti-staatlichen und damit auch anti-demokratischen Einstellungen scheinen mir hier besonders, auch noch mal in den dörflichen Grenzregionen, besonders hoch zu sein und daher besonders auch noch mal schwierig zu sein für uns im Sinne, eine Demokratisierung und auch eine Differenzierung hinzubekommen – und da knüpfen doch die NPD und die freien Kräfte an und sagen: ‚Seht doch, der Staat ist doch schuld und wir haben 's doch immer gesagt – und der Kapitalismus und die tun was in Berlin für die Ausländer und ihr hier in der [Region B oder Region C] bleibt außen vor!‘ Also, diese Argumentation und dieses Anknüpfen an ein dumpfes Bauchgefühl, frage ich mich, ob das hier noch mal besonders fruchtbar ist oder eben nicht, in dieser sehr ländlich geprägten Region, was unsere Arbeit noch mal besonders schwer macht.“

## 2. Reflexion des Problems und Prioritätensetzung in der Kommune

Inwieweit die aus der Beschreibung der Ausgangslage gezogenen Schlüsse von den Akteuren der staatlichen Institutionen, professionellen Angebote und der Initiativen geteilt werden, ist Untersuchungsgegenstand des folgenden Abschnitts. Dabei zeigt sich, dass das Problem gewalttätiger Übergriffe und kultureller Dominanz der Nazis durch die Initiativen seit langem, durch die Verwaltung dagegen erst seit einigen Jahren anerkannt und thematisiert wird. Die Reflexion des Problems Alltagsrassismus und anderer Versatzstücke nazistischer Ideologie als Einstellungen breiter Bevölkerungskreise findet dagegen ausschließlich auf der Ebene der Initiativen und professionellen Angebote statt und wird über personelle Überschneidungen sowie Kooperationen an die staatliche Ebene herangetragen. Hier ist insbesondere der Begriff „Extremismus“ Gegenstand der Auseinandersetzung. Aus dem Bekenntnis, es handle sich bei Rechtsextremismus nicht nur um ein Problem gewalttätiger Übergriffe von Jugendlichen, werden jedoch auch von den Initiativen selbst kaum praktische Konsequenzen abgeleitet.

### 2.1. Organisierte Nazis und Bevölkerung: Rand- oder Gesellschaftsproblem?

Durch Einzelfälle in der überregionalen Medienberichterstattung und den Prozess gegen die regionale Nazikameradschaft wird seit einigen Jahren das bundesweite Interesse auf das Problem Rechtsextremismus in der Region gelenkt. Die Landtagswahl 2004 steigerte das öffentliche Interesse an den Nazistrukturen in der Region: *„[G]erade wo die Landtagswahlen waren, war es sehr unangenehm, weil total viel Presse, bekannte Presse – nicht bloß lokale, sondern auch europaweite Presse, bundesweite Presse dann auf uns zugekommen sind und dann halt immer Termine wollten mit Interviews.“* Von staatlicher Seite (damit sind im folgenden die kommunale und die Landkreis-Verwaltung sowie die Polizei angesprochen) wurde sich erst spät in Folge der Skandalisierung öffentlich gegen Rechtsextremismus positioniert. *„Und die Gegenwehr oder überhaupt nur das wirklich intensive Wahrnehmen des Problems hat ja später eingesetzt. [...] Man kann ja sagen, dass erst Ende der neunziger Jahre das Thema wirklich größer in den Fokus rückte oder selbst 'ne Landesbehörde wie der Verfassungsschutz ist erst 1992 munter geworden – da hatte die NPD ja schon zwei Jahre Vorlauf und war schon gut aufgestellt. Und all solche Dinge. Also, da ist auch vieles hinterher und wenn man sich jetzt überlegt, dass die kreisweite Zusammenarbeit erst 2005 entstanden ist, ist das natürlich extrem spät, aber, wie wir hoffen, nicht zu spät.“* Der Oberbürgermeister der Kommune B stimmt einer solchen Einschätzung zu. *„[U]nd dann, als ich 2001 ins Amt gekommen bin, habe ich halt die Situation vorgefunden, dass es üblich war das Thema unter den Teppich zu kehren, dass man gesagt hat, das ist 'ne Region, die sich durch Tourismus ganz besonders auch auszeichnen will und da ist es nicht nur nicht schön drüber zu sprechen, sondern das ist 'ne Art Nestbeschmutzergeschichte, wenn man sozusagen über seine eigene Stadt oder eigene Region spricht. Und dann sozusagen offen zu diesem Problem steht.“*

Viele Mitglieder der Exekutive, wie auch der kommunalen Arbeitsebene zum Thema Extremismus, auf die der Oberbürgermeister hier anspricht, betrachten das Problem immer noch überwiegend als eines von jugendlicher Gewalt und rechtem Extremismus. Alle von uns Befragten thematisierten die enge Verknüpfung von NPD-Parteistrukturen und den oben beschriebenen freien Kräften. Das Problem wird auch als ein in der Kommune bzw. Region entstandenes und sich reproduzierendes wahrgenommen. Die lokale Verankerung der Hauptprotagonisten der Naziszene lassen eine Deutung als „Problem von außen“ mittlerweile nicht mehr zu. Die meisten Befragten erkennen explizit oder implizit über die Nennung der Wahlerfolge der NPD durchaus an, dass „rechtsextreme“ Einstellungen Zustimmung in größeren Teilen der Bevölkerung finden.

Auffällig ist die Tendenz zur Entschuldigung der Befragten auf der Verwaltungsebene. Dabei wird das besondere Näheverhältnis im ländlichen Raum (vgl. oben 1.7) angeführt und im Sinne der Verführungsthese argumentiert (vgl. dazu auch Fallstudie A, 2.2). *„Und in [der Gemeinde B2] kann man das ja mit dem Klempnermeister am besten sehen, der bis zur vorhergehenden Legislaturperiode als freier Wähler da im Gemeinderat gesessen hat, zur NPD übergetreten ist und dort fast die Stimmen eins zu eins mit rüber genommen hat und dort eine völlig, also, ich sag' mal, dieses Thema NPD nicht mehr im Vordergrund gestanden hat, sondern die Personen Akzeptanz gefunden haben und damit plötzlich die Bereitschaft da gewesen ist, Menschen auch aus der NPD zu wählen. Da ist also einfach leichter 'ne Hemmschwelle überschritten worden.“* Diese Analyse des Oberbürgermeister der Kommune ist in zweierlei Hinsicht interessant. Zum einen spricht der Befragte auf die „Hemmschwelle“ an, die die Wahl der NPD angesichts des offiziellen Diskurses von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit darstellt. Auf der anderen Seite stellt sich heraus, dass realiter diese Werte bei vielen Menschen keine Rolle spielen, vielmehr auf autoritäre, rassistische und eine homogene Gesellschaft präferierende Welterklärungsmuster und Politiken gesetzt wird. Den zweiten Schritt geht der hier zitierte Befragte nicht, vielmehr leitet er aus dem Tabubruch, „NPD zu wählen“, ab, dass es den Wählerinnen und Wählern nur um Personen, nicht um die Inhalte gehen kann. Nun soll nicht in Abrede gestellt werden, dass das besondere Nähe- bis hin zum Verwandtschaftsverhältnis im ländlichen Raum eine Konfrontation mit nazistischen Einstellungen und Slogans ungleich schwerer macht, als dies in der anonymen Großstadt der Fall sein mag, wo der Kontakt zum Klempnermeister, der in der NPD ist, leichter abgebrochen werden kann, weil dieser z.B. leicht durch einen anderen ersetzbar ist. Wer allerdings den Klempnermeister selbst wählt, muss sich auch zurechnen und vorwerfen lassen, diesen in Kenntnis der politischen Programmatik der NPD gewählt zu haben. Wenn rechte Einstellungen von der Dorfgemeinschaft abgelehnt würden, könnten sie – in Anbetracht des beschriebenen Näheverhältnisses – auch nicht öffentlich zur Wahl gestellt werden. Das nicht anzuerkennen, ist ein die Bevölkerung entmündigender und entschuldigender Diskurs. Diese Tendenz zur Entschuldigung taucht auch im Interview mit dem Extremismusbeauftragten auf. *„Sie sind über den Druck ja auch immer geschickter geworden und über ihre Ziele, die sie verfolgen. Also, es passieren viele Dinge, die sind von vorne rein nicht mehr als rechtsextrem zu identifizieren, sind aber eben so orientiert. Also, 'n schönes Beispiel, eine Schrottsammlung letzten Freitag, die für einen Kindergarten stattfinden sollte [in der Gemeinde B8] [...] Hochachtung, dass die Mitarbeiterin das als rechtsextrem entlarvt hat! [...] Wär' ich vielleicht auch dran vorbeigegangen. Sie hat das aber mitbekommen. Es gab hier unten [auf dem ankündigenden Handzettel] 'ne kleine Zeile: ‚Bürgerinitiative Pro-[Region B]‘ und das ist immer schon 'n guter Hinweis, wenn jemand sich so nennt. Die [verbotene regionale Naziorganisation] hat früher ihre Flyer auch immer mit so ‚Bürgerinitiative gegen Drogen‘ oder ‚Bürgerinitiative Pro Irgendwas‘ oder so – das ist immer schon 'n kleines, gutes Indiz. Hat sich dann am Ende auch so rausgestellt und diese versteckte, ohne vordergründig seiende Ideologie, seine Herkunft, seine Struktur preiszugeben, dieses Agieren und zum zweiten auch noch diese soziale Themen oder so, das verschärft das Ganze natürlich. Wer soll das noch erkennen? Und wie will ich dort argumentieren? Ist es schlimm, dem Kindergarten was zu spenden?“*

Auch hier findet eine Verkennung des eigentlichen Problems statt. Das Problem ist gerade nicht, dass die Einwohnerschaft der Gemeinde die Raffinesse organisierter Nazis nicht durchschaut. Entsprechend ist es auch nicht *„schlimm, dem Kindergarten was zu spenden“*. Das Problem liegt statt in der Kindergartenspende in den Zielen und propagierten Überzeugungen der Naziorganisation, die sie aufbringt. Diese Haltungen und die zu ihnen gehörige Politik rechtfertigen die Ablehnung einer Naziorganisation als ganzer – unabhängig von der je einzelnen Aktivität. Umgekehrt scheint die ganze Dimension des Problems auf, wenn der Bevölkerung Politik und Überzeugungen der Organisation egal sind, oder sie diese gut heißt.

Vor allem, wenn diese explizit mit dem sozialen Engagement verknüpft werden, indem etwa die Kindergartenspende nur weißen, deutschen Kindern zu gute kommen soll. An dieser Stelle kommt es auf Intervention und eine inhaltliche Auseinandersetzung an.

## 2.2. Nazismus als Jugend- und Gewaltproblem?

*„Die Jugend ist die, die es zur Schau trägt. Bloß die haben es ja nicht von sich heraus entwickelt, sondern die haben es also von Älteren gesagt bekommen oder auch vorgelebt bekommen und werden unterstützt. So wie wir Unterstützer und Mitstreiter und Partner haben, hat auch die rechte Jugend auch unbedingt Partner, die sich weitaus in älteren Jahrgängen bewegen [...] es wird also sowieso getragen von der gesamten Gesellschaft, also, auch von 'nem 70-jährigen Opa. Wenn da 'n Rechter den Hitler-Gruß zeigt, sagt auch der 70-jährige Opa nichts.“* Diese Einschätzung wird von allen Interviewees der Initiativen und professionellen Angebote geteilt, wie das Beispiel einer Befragten zeigt, die in der mobilen Jugendarbeit tätig ist. *„[W]enn ich mir die Altersstrukturen auch anschau – man braucht ja bloß mal zu vergleichen, die Wahlergebnisse aus den Landtagswahlen 2004, wenn man da einfach guckt, wie der Altersdurchschnitt ist bei den Wählern, dann fängt das bei 60-Jährigen an, geht durch bis 40-Jährige und ist natürlich bei den Jugendlichen verstärkt, weil dort auch mehr – die Jugendlichen tragen es mehr nach außen. Sie sind meistens Symptomträger. Die sagen: ‚Ok, hier sind wir.‘ Die gehen raus und machen ihre Meinung kund und die tun halt auch viel mehr, wie wenn jetzt 30-, 40-, 50-Jährige draußen auf der Straße sind. Also, ich denke nicht, dass es ein Jugendproblem ist, ich denke, das ist ein Gesellschaftsproblem. Das betrifft die gesamte Gesellschaft. Also, es sind auch Großväter, die halt dieses Gedankengut noch tragen aufgrund dessen, dass sie vielleicht den Krieg miterlebt haben und dort halt auch tätig waren. Das weiter getragen wird vielleicht von den Eltern und das dann übernommen wird von Kindern.“* Dass es sich nicht vordergründig um übermütige oder perspektivlose Jugendliche handelt, wird implizit auch von der Person des Extremismusbeauftragten als offiziellem Teil der Verwaltungsebene anerkannt. *„Da wird auch viel von rechtsextremer Seite selbst aufgebauscht, wenn die ihr Jugendthing ankündigen und sagen: ‚Die Jugend ist bei uns‘ – das sind 100 Leute, davon sind 20/30 definitiv nicht annähernd mehr als jugendlich zu bezeichnen, also bleiben ungefähr so 70/80 Personen und da ist bei einem Landkreis von 140.000 Einwohnern viel, aber nicht die Jugend.“*

In den Gesprächen beschränkte sich (bis auf den Vertreter der Polizei der in seiner Erzählung auf die strafrechtlich relevante Seite des Problems fokussierte) keiner der Befragten auf eine Darstellung als Jugendproblem, jedoch dominierte eine solche Beschreibung die Erzählungen und gewählten Beispiele. Deutlich ist auch die Dominanz des Themas Gewalt. Das kann zum einen auf die massiven Übergriffe in der Region zurückgeführt werden. Andererseits fällt in der Erzählung der Verwaltungsebene auf, dass Alltagsrassismus und andere Äußerungsformen nazistischer Kerneinstellungen nicht als relevantes Problem, dem begegnet werden müsse, benannt werden. Der Oberbürgermeister verweist jedoch im Zusammenhang mit der strategischen Neuaufstellung der NPD auf die Gefahr einseitiger Orientierung an gewalttätigen Übergriffen: *„Und das ist auch so 'n Punkt, wo ich im Moment sehr hellhörig bin und versuche zu sensibilisieren und deutlich zu machen: ‚Leute, hier müssen wir aufpassen – es ist nicht damit getan, dass wir jetzt mal über – ja, schon doch geraume Zeit auch keine ernstzunehmenden Gewaltangriffe und so weiter mehr haben, da haben wir unser Problem nicht weg. Und jetzt sind 's vielleicht die lieben Jungs, die sich um unser Problem vor Ort kümmern, sondern wir müssen immer wieder deutlich machen, im Kern haben sie, ob's nun der Einzelne, der da sitzt, so intensiv verfolgt oder nicht, haben die ein ganz anderes Ziel.‘ Und das ist sozusagen jetzt auch so 'ne Aufgabe, das immer wieder zu vermitteln. Nicht zuzulassen, dass mit dem Antrag im Stadtrat oder mit der Anfrage, wo er sich vielleicht mal um 'n Loch in 'ner Stra-*



*ße oder was weiß ich kümmert, dass er da plötzlich an 'ner Stelle ist, wo man sagt: ‚Na, guckt, das ist ein feiner Kerl!‘ Und da ist er doch plötzlich nicht bloß wählbar, sondern Bestandteil unserer Zivilgesellschaft“ .*

Alle Befragten aus Verwaltung und Polizei verwiesen auf den Rückgang der Gewalt als Erfolg. Die Vertreter des Mobilen Beratungsteams kritisieren diese Fokussierung. *„Ich hab' 'n bisschen das Gefühl, dass es sehr fest gemacht wird [...] an dieser strafrechtlichen Relevanz, ne? Also, wir hatten hier verschiedene Diskussionen, die gab's jetzt auch noch mal in der [kommunal organisierten Arbeitsstruktur], aber die gab's auch in einer kleineren Runde schon mal beim Jugendamtsleiter, wo halt konkrete Zahlen vorgelegt wurden, was Straftaten betrifft und von ihm sozusagen bisschen die Erklärungsnot, wie wollen wir denn unser Engagement rechtfertigen, wenn die Straftaten zurückgehen und auch die Mittelzuweisungen rechtfertigen. Wo wir auch drauf hingewiesen haben, dass das eigentlich 'n Rückfall in sozusagen Vorzeiten wäre, wenn wir das an Straftaten festmachen, weil, denk' ich, wir auch immer wieder deutlich machen müssen, wenn Rechtsextreme in die Mitte der Gesellschaft wollen, dann ist, glaub' ich, Gewalt oder rechtsextreme Straftaten, ist nicht das Mittel dafür, ne? Also, sie wollen einfach Akzeptanz. Dann ist es einfach auch 'n Stück Strategie, sich in, zu bestimmten Zeiten auch ruhiger zu verhalten und im Stillen vielleicht auch oder mit anderen Aktionsformen, es ist ja nicht unbedingt immer im Stillen, aber eben mit anderen Aktionsformen öffentlichkeitswirksam aufzutreten. Und wenn wir jetzt uns gegenseitig auf die Schuler klopfen, so war 'n bisschen der Tenor in der Runde damals auch, dass man sagen: ‚Ach, wir haben alle gut gearbeitet!‘ Dann würde ich das 'n fatales Zeichen finden.“*

Die Intervention des Mobilen Beratungsteam spielt auch bei der Erarbeitung gemeinsamer Anträge und Konzepte zum Zweck der Projektförderung eine Rolle für die Problematisierung und Definition des Problems durch die Verwaltungsebene. *„[Es] gab 'ne Anfrage vom Landrat oder 'nen Auftrag vom Landrat, 'ne Konzeption zu erarbeiten zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus in der [Region B]. Und da wurden wir über den Jugendamtsleiter gebeten mitzuarbeiten. [...] Und in der Präambel haben wir das noch mal deutlich gemacht, wenn es jetzt ausschließlich der Fokus auf Jugendarbeit ist, dann kann es nur 'ne Teilkonzeption sein, ne? Und wir haben das dann auch so genannt und es ist auch so durchgegangen, dass es praktisch Teilkonzeption zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus heißt, aber seitdem ist halt auch nichts mehr passiert.“* Das Beispiel aus der Zusammenarbeit zwischen Mobilem Beratungsteam und Landratsamt zeigt, dass in der Praxis auf Kreisebene weniger eine „Sensibilisierung“ als vorerst lediglich die offizielle Anerkennung, es sei kein reines Jugend- und Gewaltproblem erreicht wurde. Auf die Reflexions- und in Folge dessen auf die Handlungsebene hat sich die Intervention noch nicht ausgewirkt. Das Interview mit einer Vertreterin des Landratsamts bestätigt diese inkongruente Praxis. Auf ihre Problemeinschätzung hin befragt, führt sie zunächst aus: *„Und ich denke mal, es ist schon 'n Problem hier auch gerade, was jetzt diese Bedeutung für die jungen Menschen betrifft.“* Im nächsten Nebensatz stellt sie klar: *„Weil es ist, natürlich ist der Extremismus oder Rechtsextremismus nicht nur 'n Jugendproblem.“* Im Folgegespräch, sind dann nur noch die junge Menschen als Zielgruppe interessant. *„Aber ich sehe es eigentlich auch als 'nen wichtigen Punkt, weil gerade junge Menschen, also, die Älteren, dort hat sich das manifestiert und dort ist das sicherlich kaum noch irgendwie zu beeinflussen. Aber 'n Schwerpunkt ist wirklich dann junge Menschen, die, wo versucht wird und das ist ja wahrscheinlich hier auch so gang und gäbe, dass man es versucht, irgendwie auch junge Menschen da irgendwie mit dem Gedankengut da zu beeinflussen und da zu gewinnen.“* Die Befragte beschreibt das Problem manifester Einstellungen an dieser Stelle richtig, wie auch deren Weitergabe an junge Menschen. Anstrengungen, Lösungsansätze für diese Problematik zu suchen bzw. zu praktizieren, werden auf Kreisebene aber nicht unter-

nommen. In der Praxis ist, wie oben beschrieben, die Beschäftigung mit „jungen Menschen“ nicht der Schwerpunkt, sondern sogar der ausschließliche Rahmen des Engagements.

Aber nicht nur die Verwaltungsebene legt die Priorität im Engagement gegen Rechts faktisch auf Jugendarbeit. Eine Befragte des Mobilen Beratungsteam bezieht auch die in der kommunal organisierten Arbeitsstruktur vertretenen professionellen Angebote und Vereine in diese Kritik mit ein. *„Alle wissen und wiederholen, dass es kein Jugendproblem ist, aber letzten Endes ist die Mehrheit der Akteure immer wieder bei jugendpolitischen und Jugendfragen und Jugendarbeit und Projekte für Jugendliche und Fahrten nach Terezín und Anne-Frank-Multimedia-Ausstellung, ja? Aber hier die Kollegen und andere, ne, ab 60 plus, also darüber wird nicht gesprochen. Und das finde ich fatal, das finde ich zu einseitig und da kommen wir nicht weiter. [...] Na, aber immer wieder dieser Fokus Jugend, Jugend, Jugend und ja nicht darüber hinaus. Und da müssen wir nachhaken, und da müssen wir neue Wege beschreiten oder überhaupt gucken, was es da für Möglichkeiten, Methoden gibt und für Partner gibt.“*

In der Jugendarbeit selbst herrscht zum einen mittlerweile ein erhöhter Professionalisierungsgrad im Umgang mit Nazijugendkulturen. Aus den Erfahrungen mit dem AgAG-Programm<sup>33</sup> Anfang der neunziger Jahre, wurden Schlüsse für die Arbeit mit rechten Jugendlichen gezogen, die Jugendtreffs und den öffentlichen Raum in den ländlichen Gemeinden weiter dominieren (vgl. oben 1.2 und 1.4). *„Und wir passen aber auch schon drauf auf oder die Stadt bzw. die Kommune, was da für Gelder rein fließen. Also, ich möchte auch keinen Jugendclub unterstützen, wo rechtsextreme Jugendliche nun drin sitzen, sich organisieren, damit sie ihr nächstes Pfingstfeuer da organisieren können, mit ihrer Kameradschaftsszene. Also, das wird dann nicht geduldet.“* Bezüglich der eigenen Qualitätskriterien reflektiert der Interviewee aus der mobilen Jugendarbeit, dass *„es auch sinnvoll ist den Fachstandart einzuhalten, damit mindestens zwei mobile Jugendarbeiter als Team unterwegs sind. Weil als Einzelkämpfer, wie es am Anfang gewesen ist, das ist überhaupt nicht leistbar und das ist auch für die Professionalität nicht leistbar [...] Wo es halt jetzt in den letzten Jahren immer so gelaufen ist, dass wir mindestens vier Mobile hatten, also, zwei Zweierteams, was ideal war und eine politische Bildungsstelle, die über das CIVITAS gefördert wurde, die halt noch mal den konkreten Ansatz über den niederschweligen bildungspolitischen Projekte einfach noch mal koordiniert hat bzw. auch Projekte mit angeschoben hat [...] und wir versuchen das jetzt so zu integrieren, dass eben wirklich – mobile und bildungspolitische Arbeit gehören unabdingbar zusammen.“* Die Befragte schätzt an anderer Stelle auch die Scheu vor der Auseinandersetzung mit nazistisch eingestellten Jugendlichen kritisch ein und fordert einen Ansatz, der über die Schließung der Jugendclubs hinausgeht. *„Dann habe ich zwar den Jugendclub geschlossen, aber die Jugendlichen sind halt trotzdem noch da und das Gedankengut. Was mache ich damit? Man sollte halt dann schon, wo wir dann sagen, sensibilisiert das Gemeinwesen, sensibilisiert die politischen Entscheidungsträger und sensibilisiert vielleicht noch die Anwohner dort drum herum, dass man dort einfach drauf aufmerksam macht, was halt dort einfach so abgeht.“*

An attraktiven Angeboten für Jugendliche, die sich von Nazis abgrenzen, mangelt es in den kleinen Gemeinden der Region B nach wie vor. *„Also du hast den Jugendclub, der ist meistens schon in der Hand von Leuten, die tendenziell rechts sind, du hast so das Umfeld, sag' ich mal jetzt, an Eltern und Nachbarn und so, die jetzt, in so ländlichen Regionen meistens nicht so die modernen Antifaschisten sind, sondern eher schon 'n bisschen traditioneller, und wenn du*

---

<sup>33</sup> Das sozialpädagogisch geprägte „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ der Bundesregierung von 1992–1996, mit dem Leitgedanken akzeptierender Jugendarbeit, in dem „Rechtsextremismus“ als Jugend- und als Gewaltproblem betrachtet wurde, wurde auch für seine Täterfixierung kritisiert. Vgl. z.B. Birgit Rommelspacher, Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995, S. 80–87.

dann als, ja, als linker oder als alternativer Jugendlicher dann 'n Angebot suchst, dann wirst du das nicht finden. Also, muss ja vielleicht gar nicht mal 'n politisches Angebot sein, aber bist halt vielleicht Skater oder Hip-Hopper oder so, wirst du halt im Umkreis von 60 Kilometern kein Angebot finden, wo du hingehen kannst, um an dem teilzunehmen. Und deswegen denk' ich, ist es eben wesentlich einfacher, in so 'ner Gegend in 'ne rechte Szene rein zu kommen, also sich da mit in 'nen Jugendclub zu setzen und zu sagen: ‚Ja, die Ausländer sind scheiße und die Tschechen, die klauen und wegen den Polen müssen wir unsere Autos abschließen‘, so – als sich da mit hinzusetzen und zu sagen: ‚Na, aber das stimmt aber jetzt nicht, was ihr hier sagt‘, so.“ Viele der Befragten weisen auf die mangelnde infrastrukturelle Anbindung an größere Städte hin. „[I]n der Stadt ist einfach mehr Möglichkeiten da und Jugendliche kommen einfach unkomplizierter an diese Institutionen heran. Im ländlichen Raum ist schon mal ein Hindernis: ‚Okay, wie komm ich jetzt von mir aus, aus [der Gemeinde B5] nach [Kommune B]? Okay, dann muss ich erstmal auf den Busfahrplan gucken, der letzte Bus fährt von mir aus am Wochenende abends um acht, na ja, da brauche ich nicht mehr hinfahren.‘ Deshalb ist es ja unser Anliegen sozusagen, dass die Jugendlichen selber ihre Freizeit gestalten können im ländlichen Raum durch 'n Jugendclub, wo halt der Jugendclub aktiv ist. Nicht bloß sich treffen, 'n Bierchen trinken, Zigarette rauchen und das war's, sondern da wirklich was zu machen.“ Andere verweisen jedoch auch auf die mangelnde Attraktivität der bestehenden Angebote. „Und so Jugendhäuser, wenn's die denn mal gibt, sind meistens von ihrem Angebot auch eher was, was ich halt schon seit Jahren kritisiere, überhaupt nicht mehr jugendgemäß. Also, wenn du dann halt [...] Jugendliche ansprechen willst, die so zwischen 14 und 17, sag' ich jetzt mal, sind, und bietest dann in deinem Jugendhaus so Pilze sammeln an und Plätzchen backen zu Weihnachten – dann ist das, glaub' ich, nicht das, was die gerade als Jugendliche [...], schon gar nicht in dem Alter gerade, als Angebot haben möchte[n]“.

In der Kommune B werden dagegen Gegenkulturen mittlerweile bewusst durch die Initiativen aber mit Unterstützung der Kommune gefördert (vgl. oben 1.4) „[V]or allen Dingen so Festivals und kulturelles Programm gegen Nazis. Ich denke, dass das auch schon relativ mit dazu beigetragen hat, dass Jugendliche sich eben als nicht-rechts verstehen, also, wenn die großen Festivals sind, wenn gute, große Veranstaltungen sind, dann sind die oftmals von [der kommunalpolitisch eingebundenen, professionalisierten Initiative] und die Musiker spielen dann zumindest unter dem Namen und machen zumindest so deutlich, dass sie nichts mit Nazis zutun haben wollen.“ Die Stärkung alternativer Angebote erfolgt jedoch wiederum innerhalb der durch den Extremismusbegriff gesetzten Schranken (vgl. zur Förderpraxis und Kooperation mit den einzelnen Initiativen 3.2.A).

### **2.3. Rechts gleich links? Extremismusthese**

Nach der Extremismusthese werden rechte Einstellungen erstens vor allem als Jugendproblem und zweitens als Gewaltproblem benannt. Wie gezeigt, trifft diese Definition faktisch die Position der Verwaltung in Kommune und Landkreis B. Hinzukommt drittens die Beschreibung als Problem der Abweichung von der gesellschaftlichen Norm (Extremismusposition), die zu definieren (auch) in der Region B der politischen Mehrheit bzw. der Verwaltungsspitze zukommt. Das betrifft sowohl die vertretenen Einstellungen, als auch die zum Erreichen der eigenen Ziele verwendeten Mittel.

Obwohl ausnahmslos alle Befragten das Nazi- bzw. Rechtsextremismusproblem als „das“ für die Kommune und Region relevante Problem schildern, vertreten die Befragten aus der Verwaltungsebene in der Kommune und im Landkreis B die Extremismusthese, wie schon in Begrifflichkeiten wie Extremismusbeauftragter oder des Themengebiets der Arbeitsebene (Extremismus) aufscheint. Ein Befragter des Mobilien Beratungsteams schildert den herrschenden Extremismusbegriff: „[E]s ist 'n Stück weit eben in der CDU Sachsen so die herr-

schende politische Auffassung und Interpretation auch, also, Ränder auszumachen, zu definieren und sie auch gleichzusetzen. Und wenn ich da also auch – na, ich weiß nicht, aus welchem Impuls, so 'ner gewissen Absicherung – also, wenn ich gegen Rechts bin, muss ich gegen Links sein. Und Links ist vom Verständnis her, wenn man nachfragt, wird die PDS als Linkspartei gezählt, was ich fatal finde. Und wir versuchen, das in der Diskussion auch immer sachlich auseinander zu dröseln, unsere Bedenken dort kundzutun, aber es ist so politisch gefärbt und so 'ne Art Fraktions- und Parteizwang, oder ich weiß nicht, was blockiert, dass man da nicht, nicht richtig rankommt. Und wenn man jetzt [die kommunal organisierte Arbeitsebene] sieht – 90 Prozent der Zeit oder noch mehr hört man nur von Rechts-, also immer geht's um rechtsextreme Vorfälle, Lagebilder und so weiter. Und trotzdem, das ist ja das Absurde, trotzdem heißt die [Arbeitsebene] Extremismus und nicht gegen oder zur Bekämpfung oder Eindämmung oder wie auch immer [...] aber wie gesagt, da kriegen wir wenig, wenig Zu-, na, Zuhörer vielleicht schon, aber es wird dann halt immer begründet: ‚Na, es ist hier so politisch gewollt.‘“ Das es mit Rücksicht auf die politische Mitte „hier so politisch gewollt“ ist, erklärt auch der Extremismusbeauftragte, angesprochen auf den Namen seiner Funktion: „[D]as ist keine Idee von mir, muss aber sagen, dass ich damit klar komme, dass man halt von vorne rein niemanden irgendwie vor den Kopf stößt und sagt: ‚Wir haben irgendwie‘ – es gibt halt Leute, die eher konservativer sind, die wir trotzdem mit einbinden wollen, dass sie mit agieren am Problem. Und die haben vielleicht Vorbehalte, wenn man das begrifflich einschränkt, deshalb ist das mit diesem Allgemeinbegriff.“

Auch nach der Erzählung eines Befragten einer lokalen Initiative bietet sich der Extremismusbegriff zur Schaffung breiter Bündnisse an, und um rechte Tendenzen in den eigenen Partei- oder Ortstrukturen nicht ansprechen zu müssen „der Kreisverband der CDU hat in seiner Einladung zum Tag der Deutschen Einheit halt alle drei Strophen vom deutschen Lied abgedruckt. So, und wenn, das find' ich oder das finden wir aus unserer Sicht eben nicht geht, dass 'n CDU-Kreisverband mit ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ wirbt und ‚von der Maas bis an die Memel‘. Und wenn dann Leute aus so 'nem Verband in so 'ner Initiative drinsitzen und gleichzeitig sagen: ‚Wir haben was gegen Rechts‘, dann ist das für uns Blödsinn so. Dann machen die das, um was Bestimmtes rüberzubringen was jetzt 'n politischen Charakter für [die Kommune B] haben sollte [...] halt mit so schwammigen Begriffen wie ‚wir sind jetzt gegen Extremismus und für Zivilcourage‘. Das ist oftmals auch, dass das Für-Zivilcourage-Sein nur so 'n Schein ist und dann auch nicht aktiv gemacht wird, sondern nur der Name. [...] Und, ja, bei Extremismus haben wir schon viele lange Diskussionen dazu mit verschiedenen Gruppen gehabt, also: ‚Was heißt das? Warum nennen wir das hier nicht im Landkreis wenigstens minimal gegen Rechtsextremismus, weil es hier im Landkreis kein anderes Problem gibt.‘ Und das wird halt nicht gemacht, weil sich verschiedene Leute da nicht halt damit anfreunden können so, dass man das Problem halt klar benennt. Weil du dann halt, es kann halt sein, sagt der von der Sparkasse: ‚Na ja, nur gegen Rechtsextremismus ist 'n bisschen zu knapp‘, so. Und deswegen wird, glaub' ich, auch so 'n Bild projiziert, als hätte man hier, als es gäbe hier im Landkreis alle – es gibt 'n paar linke Extremisten, es gibt 'n paar rechte Extremisten, es gibt 'n Ausländer-Extremisten so. [...] Linke und Rechte sind dieselben, die unterscheiden sich fast gar nicht.‘“ Im Statement des Oberbürgermeister zu einer kommunalen Kampagne aus Politik, Bürgerschaft und Gewerbetreibenden wird dieses pauschale und schwer fassbare Extremismusverständnis deutlich: „[E]s gibt ja viele Initiativen, die nur gegen etwas sind, sondern wir haben gesagt, das soll in der Ausdrucksweise deutlich werden: ‚Gegen Extremismus‘ – also, jede Form von Extremismus, hier ist das Thema Rechtsextremismus, will ich nicht wegreden – ‚und für Zivilcourage‘, weil das sozusagen etwas ist, was sich aus meiner Sicht unbedingt bedingt. Also, ich brauche die Zivilcourage um gegen Rechtsextremismus, um gegen Extremismus allgemein tätig werden zu können. Und insofern habe ich, wie gesagt, überhaupt keine Scheu das Wort Rechtsextremismus in den Mund zu nehmen, aber so im Sinne einer längerfristigen Aktion oder

*auch vom bürgerschaftlichen Engagement als solches ist mir wichtig, auch vor dem Hintergrund Werte, Wertevorstellungen und so, dass ich sage, jede Form von Extremismus ist eigentlich die Grenze. Wenn ich sozusagen Demokratie, Engagement, also, wenn ich 'n Stück weit quasi 'ne Grenze überschreite, dann soll das deutlich werden, dann stört das das demokratische Zusammenleben, vielleicht muss man es so rum sagen. Gefährdet das.“ Auffällig ist, die inflationäre Verwendung von Begriffen wie Zivilcourage, Demokratie und (Rechts)extremismus, ohne dass diese mit Einstellungen oder politischen Zielen gefüllt werden. Um sein Verständnis von Extremismus zu veranschaulichen, rekurriert der Oberbürgermeister auf das Abgrenzungsmerkmal „Gewalt“ und schildert im Folgenden das Beispiel eine antifaschistische Demonstration, die als Bündnis lokaler und überregionaler Initiativen und Parteien gegen Naziläden in der Kommune B demonstrierte. „Das Grundanliegen dieser Initiative oder dieser Kampagne, die es gegeben hat [...], habe ich einhellig unterstützt. Und wir haben hier am Anfang in unserer Organisation intensiv überlegt, wie wir dem Anliegen wirklich auch Rechnung tragen können, wie wir das unterstützen können. Als aber dann bundesweit zu Gewalt aufgerufen worden ist auf den Internetseiten – dort war für uns 'ne Grenze eindeutig überschritten, wo deutlich gewesen ist, dass man sozusagen Gewalt oder Rechtsextremismus nicht mit Gegengewalt in 'ner Zivilgesellschaft sachgerecht bekämpfen kann.“*

Die Auseinandersetzung um die Demonstration eignet sich sehr gut, zur Veranschaulichung der Problematik der Extremismusthese, erstens: die Normsetzungshoheit der Verwaltungsspitze und – damit verbunden – zweitens: der Mangel an inhaltlicher Auseinandersetzung.

Angemeldet worden war die Demonstration von einer Landtagsabgeordneten der PDS, die weder in der Kommune noch im Landkreis B wohnt. Allerdings erklärt der Vertreter der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher: „[E]s gab, glaub' ich noch nie in [dem Landkreis B] 'ne Aktion von außen, die nicht auch von innen gewollt war. Also, jetzt mal so prinzipiell so. Also, diese Demonstrationen [...] damals sind ja jetzt nicht von außen organisiert worden, sondern diese [...] Aktion [...] ist ja 'ne sächsische Kampagne, würd' ich sagen, die auch viel hier besprochen wurde im Landkreis, bevor es die Demo überhaupt gab, gab's halt relativ lange Gespräche mit allen möglichen Initiativen, zu denen wir halt auch eingeladen gewesen sind von den Organisatoren. Damals war auch [die kommunalpolitisch integrierte Initiative] eingeladen, der CDU-Kreisverband – also, es waren eigentlich alle an 'nem Tisch und haben sich das Konzept angehört, haben dann dazu diskutiert. Es wurde gesagt, dass 'ne Demo geplant ist, aber dass die auch gern im Kontext 'ner großen Veranstaltungsreihe stehen kann, in der jeder seinen Platz finden kann, also, mit Vorträgen oder irgendwas. Es gab da am Anfang nie Diskussionen darüber, dass das schlecht ist, bis dann irgendwann, keine Ahnung warum, auf einmal alle meinten sich davon distanzieren zu müssen. Und [...] versucht wurde eben so 'n Bild zu prägen: ‚So, jetzt kommen die Störer von außen!‘ Also, jetzt kommen irgendwie tausend Leute, die Autonomen, der Schwarze Block aus Hamburg und die wollen hier alles kaputt machen.“

Moderiert wurden die Gespräche, die im Vorfeld der Demonstration in der Kommune B geführt wurden, vom Mobilien Beratungsteam. Das Scheitern dieser Gespräche manifestierte sich zunächst im Rückzug der politisch Verantwortlichen und der kommunalpolitisch integrierten Initiative von den Vorbereitungen der Demonstration. Nach der Erzählung der Befragten waren die Aufrufe einer antifaschistischen Gruppe im Internet dafür ausschlaggebend. Heute heißt es vom Extremismusbeauftragten dazu: „Die haben so Strukturen und Läden thematisiert, aber, also, wir als Verwaltung konnten da halt oder als Stadt nicht mitgehen, weil viel so im Internet halt lief, so: ‚Mauer drum rum und zuschießen! Oder halt: ‚Alles braun‘ – und das ist nicht unser Ansatz, ja? Also, so der Fokus war schon der, der uns auch am Herzen liegt, ne? Zum Beispiel diese beiden Läden, die es gibt oder gibt ja auch Vertriebsstrukturen aus [dem Landkreis B] etc., aber wir haben halt 'n anderen Ansatz. Also können da wenig mit

*anfangen, jetzt da irgendwie verummumt durchzulaufen und zu sagen: ‚Hier, ihr seid ja alles Nazis.‘ So waren halt einige Internetaufrufe oder einige Geschichten, die bei den Demos gelaufen sind. Bei der ersten ist es einfach so gelaufen, bei der zweiten hatte man dann versucht ’n lokales Bündnis mit einzubeziehen, aber da war die Internetmobilisierung genau zu dem Thema schon gelaufen. [...] Und wo man halt, also, das kann man als Stadt selber nicht verantworten unter dem Tenor, da müsste man ja halt, weiß nicht. Also, wir mögen ja unsere Stadt und deshalb engagieren wir uns. Also, ich sehe das Problem nicht, dass hier alle Nazis sind und alles ist braun und wir müssen irgendwie hier alles auslöschen – dann kann ich ja weggehen. Sondern ich denke, das Problem lässt sich zurückdrängen und ich will es mit den Leuten machen, die nicht so denken. Und wir haben da einfach ’n anderen Ansatz und haben das dann deshalb nicht unterstützt.“*

Ganz ähnlich begründet auch die kommunalpolitisch integrierte Initiative ihren Rückzug von der Vorbereitung der Demonstration: *„Also, ich mein’, es gab zwei Internetseiten dazu, also, zu der ersten Demonstration gab’s ’ne Internetseite, zu der zweiten gab’s eine. Bei der ersten Demonstration war so ’n großer Godzilla-Drache abgebildet, der steht hier vorne in der Fußgängerzone – also, der steht nicht da, auf der Website stand er da – und speit so Feuer in die Fußgängerzone. Wenn das [ein Einwohner oder eine Einwohnerin der Kommune B] sieht, das wirkt nicht sonderlich einladend. Und das zweite Bild von der zweiten Demonstration war so ’n Trabant, der so in brauen Fluten unterging [...] und das ist das nächste – wenn ich hier ’ne Veranstaltung bewerbe und [Einwohner und Einwohnerinnen der Kommune B] da mit einbinden will, [...] kann ich doch ganz schlecht auf Zustimmung hoffen, wenn ich von vornherein so martialisch werbe und von außen mir das wage einzuschätzen: ‚Dort in [dieser Kommune B] sind ja eh alle Nazis und deswegen kann man dort einfach draufhauen.‘ Und das ist einfach auch nicht unsere Herangehensweise und ich bin auch der festen Überzeugung, dass es hier nicht alle Nazis sind, ne? So.“*

Es fällt hier zum einen auf, dass bezogen auf die Internetmobilisierung – ganz anders als bei der Frage des Extremismus (vgl. unten 3.2.B) – von Seiten der kommunalpolitisch integrierten Initiative erkannt wird, dass sich mit der Form politischer Ansprache durchaus unterschiedliche Einschätzungen der Problemlage und verschiedene politische Strategien verbinden. Statt aber allein diese unterschiedlichen politischen Strategien herauszustellen und zu bewerten, wird von den Interviewees gegen die mit der Demonstration in Verbindung gebrachte Strategie ein zusätzliches Argument hervorgebracht, das geeignet ist, deren Anliegen zu diskreditieren. Nicht nur überinterpretiert der Extremismusbeauftragte, die von der Initiative dargestellten Fakten, indem er sie mit seinen eigenen Worten reformuliert und dabei zuspitzt, sowohl von ihm als auch von der Initiative wird die Demonstration als von vornherein gewalttätig bzw. martialisch charakterisiert.

Diese Einschätzung entspricht genau jener, die von der Verwaltung im Vorfeld der Demonstration in der Öffentlichkeit propagiert wurde. *„Es gab halt dann Briefe und Gespräche mit den einzelnen Geschäftsinhabern, dass die schließen sollen, unbedingt. Ich kann mich noch erinnern, [...] dass da der Fleischer, der irgendwie auf’m Markt ist, also auch ganz weit, schon relativ ’n Stück weit weg von der Demo, gefragt hat, ob er für diesen Tag seinen Bratwurststand, den er sonst immer draußen hat, lieber rein nehmen soll, ob’s irgendwie so ’ne Einschätzung gebe hier von der PDS, dass da alles kaputt gemacht wird so. Und das ist halt ’n Bild, das durch die Stadt, durch das Ordnungsamt und die Medien halt produziert worden.“* Diese Einschätzung der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher wird auch von der Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffener geteilt. *„Ja, das wurde skandalisiert, da wurde von den lokalen Politikern den Leuten auch Angst eingejagt vor diesen – sie wurden ja wieder als Chaoten bezeichnet. Und die Leute wurden so verängstigt, schon in der Vorankündigung, so: ‚Geht nicht raus und macht eure Läden dicht! Und möglichst noch die Schaufenster irgend-*

*wie schützen.’ Also, das war schon auch – die Lokalpolitiker, die hatten ’n großen Anteil daran, dass die Bevölkerung so ’ne Angst hatte, dass wirklich kaum jemand sich daran beteiligt hat. Das war eher ’ne Hetze gegen diese Demo.“*

Der Wirkung dieser „Hetze“ sind allerdings auch die Kommunalpolitiker selbst erlegen. So berichtet der Oberbürgermeister aus seiner Erinnerung: *„Das ist mal so ’n Beispiel, wo ich deutlich machen will, dass es nicht hier in der Region aber bundesweit auch linksautonome Truppen gibt, die deutlich gewaltbereit sind und die [die Kommune B] zuschießen wollten, die [die Kommune B] in Schutt und Asche legen wollten, die [die Kommune B] also, ich sage mal, ganz klar mit jenseits der demokratischen Spielregeln liegenden Mitteln – es war schon ’ne Art Angriff. [...] Und das Ende vom Lied ist ja Folgendes gewesen: Bei der Bürgerschaft hat durch diese Aktion der NPD-Teil gewonnen, denn ich weiß nicht, ob Sie sich damit befasst haben, wie es gelaufen ist? Diese verummten Autonomen sind im Zug noch geschützt gekommen, sollten dann hier sich bereit erklären, die Kontrollen hinzunehmen, haben quasi teilweise ihre Rucksäcke nicht kontrollieren lassen usw. Bürgerschaft – es war hier ’n riesiges Polizeiaufgebot, es war der Tag der Eröffnung des [...] Weihnachtsmarktes, die Bürgerschaft war in großer Aufruhr, in Angst, die sind nicht mehr aus ihren Häusern gegangen. Die NPD hat sich von dieser Gewaltaktivität distanziert, hat auf dem Friedens-, auf dem Thälmann-Platz eine kurze, kleine Demonstration gemacht, völlig friedlich nach außen, hat es sehr schön vermarktet und ist dann in dieser kleinen Kameradschaft auf den Weihnachtsmarkt gegangen und haben Glühwein getrunken. Und jetzt habe ich mich sozusagen sehr intensiv damit befasst, welche Wirkung ist eingetreten bei der Bevölkerung? Die Bevölkerung hat ganz klar gesagt, diejenigen, die eigentlich was Gutes wollten, zumindest vom Anliegen, das waren diejenigen, die in der Öffentlichkeit völlig daneben gelegen haben, die mit Steinen geworfen haben, Schaufenster eingeschlagen haben usw. Das waren mit Sicherheit diejenigen, die in der Akzeptanz der Bevölkerung völlig verloren hatten.“*

Anders als bei den Betroffeneninitiativen wird vom Oberbürgermeister der eigene Anteil an einem entsprechenden Bild der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen. Vielmehr wird diese Perspektive noch einmal gesteigert. Das Stattfinden der Demonstration ist für ihn nicht die Manifestation einer anderen politischen Einschätzung oder Strategie. Aus der Ausübung eines demokratischen Grundrechts ist eine „Art Angriff“ geworden – noch dazu eines Angriffs, der so nicht stattgefunden hat. Zumindest gibt es jenseits der Erinnerung des Oberbürgermeisters keinerlei Berichte von Steinwürfen während der Demonstration oder gar von eingeschlagenen Schaufensterscheiben in der Kommune B. Die Demonstration der NPD dagegen ist für ihn scheinbar reine Normalität. Gegen sie zu protestieren wurde in dem Spektrum, das sich von der Demonstration gegen die Läden der Naziszene distanziert hatte, nicht einmal erwogen. Die Bevölkerung schließlich kommt in der Beschreibung des Oberbürgermeisters nicht als Gruppe politisch mündiger Subjekte vor. Angesichts der Ablehnung der antifaschistischen Demonstration sollen die Nazis, deren gewalttätige Übergriffe lange Zeit das Bild in Kommune und Landkreis prägten, als friedliche Kraft erscheinen können. Mit der Ausrichtung auf Gewalt als eigentlich anstößigem Phänomen bleibt der unauffällige, der „anständige“ und „ordentliche Rechtsextremismus“ unbeachtet. Die Wirkung bei Bevölkerungsteilen, die sich den ordentlichen Nazis näher fühlen als den unangenehmen Demonstrierenden, wird zudem über den Bezug auf die – seitens der Verwaltung geschürte – Angst und die – nicht der Realität entsprechende Gewalt – entschuldigt.

In der Auseinandersetzung um Gewalt und Nestbeschmutzung geht das inhaltliche Anliegen unter. Im Fall der umstrittenen Demonstration wurde *„abgelenkt [...] von dem Thema, an dem man eigentlich dran war, nämlich zu sagen: ‚Hier gibt’s – damals einen – Laden, der Nazi-Stuff verkauft‘, mittlerweile sind es zwei. Und, ja, das hatte dann gar keine Rolle mehr gespielt, sondern es ging nur noch um Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextre-*

*misten.“ Auch der Befragte des Mobilien Beratungsteams macht die inhaltliche Ausrichtung der Demonstration stark. Er verweist zugleich darauf, dass entgegen den Äußerungen der anderen Befragten, auch inhaltliche Vorbehalte gegen die Demonstration bestanden hätten. „Ich würde es auch nach wie vor ein Anliegen finden, das zu machen, weil man eben darüber aufmerksam machen kann auf bestimmte Sachen. Und eben auch insbesondere auf die Rolle der Läden. Und es gab auch schon ‘ne Menge Vorwürfe hier in den Runden. Also, wir würden erst dadurch, dass wir eben auf so ‘ne Läden aufmerksam machen, Jugendliche da dazu bringen, dahin zu gehen. Wo wir gesagt haben: ‚Ja, das ist einfach Quatsch. Wir wollen den mündigen Bürger, und Jugendliche wissen meist am besten, wo sie die Klamotten und all das kriegen‘, und das Problem ist eher, dass da Erwachsene, die dann hier saßen, und nicht so richtig wissen. Das ist einfach nicht gelungen, ne? Da waren Wider-, also die Widerstände waren sehr groß, also, es gab ja auch verschiedene Versuche, diese Demo zu verbieten, ne?“ Tatsächlich wurde in Folge der Beschränkung der Auseinandersetzung auf vermeintliche Gewalt durch oder zwischen „Extremisten“ das eigene Prinzip „Demokratie“ den ordnungspolitischen Vorstellungen völlig untergeordnet. „Und wo einige hier in der Stadt, auch von der Verwaltung, wo ich dachte: ‚Mensch, mit denen arbeite ich zusammen‘ – nicht? Demokratie-Artikel, also Artikel 5 oder 8, so, die sprechen das ab, ja? Also, die versuchen Demonstrationen einzuschränken. [...] wo ich sage: ‚Vorsicht, Vorsicht!‘ Also, denen stehen die Grundrechte zu und wir müssen da sehr achtsam sein, das will ich nicht.“ Der von der Verwaltung vertretene Extremismusbegriff lässt sich danach mit den Parametern „Gewalt“, „öffentliches Ärgernis“ und „Abweichung von der Norm“ beschreiben. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen bzw. rechten oder linken Einstellungen wird vor diesem Hintergrund vermieden.*



## 3. Zivilgesellschaft

### 3.1. Anstöße

A) ÜBERGRIFFE: Die Dramatik der Ausgangslage in der Kommune B vermittelt sich auch dadurch, dass das persönliche Engagement einer ganzen Reihe von Akteurinnen und Akteuren darauf zurückzuführen ist, dass sie selbst Opfer von Übergriffen wurden. So erklärt der Extremismusbeauftragte der Kommune auf die Frage nach dem Ursprung seiner Motivation, gegen Nazis aktiv zu werden: *„Oaah, das ist, glaube ich, sehr billig, nämlich aus 'ner persönlichen Betroffenheit heraus entstanden. Ich bin 1998 von der [regionalen Naziorganisation] überfallen worden, meiner Meinung nach grundlos. Das mag man als Rechtsextremist anders sehen. Also, ich hab' 'n Konzert gegeben in 'ner Fabrikhalle [...]. Und dann hat es noch im Kopf 'ne Weile gedauert und seit 2000 hab' ich dann halt gehört, hatte mich 'n Freund angesprochen, dass sich hier diese Initiative gründet und ob ich da nicht mit hinkommen will.“* Ein weiteres Mitglied der 1997/98 gegründeten Initiative verallgemeinert diese Darstellung. Es habe sich um *„vier Freunde“* gehandelt, *„die tüchtig die Nase voll hatten – [den führenden Kader der NPD in der Region] zum Beispiel kritiklos in 'ner Lokalzeitung zu sehen oder regelmäßig von irgendwelchen [Mitgliedern der regionalen Naziorganisation] auf die Fresse zu bekommen“*.

Aus einer Initiative, die sich parallel entwickelt hat, wird der Anstoß zur Gründung auch mit der Vertreibung von alternativen Jugendlichen durch Nazis aus einem Jugendprojekt begründet. *„[F]rüher gab's in [Kommune B] von der Caritas alternative Jugendräume [...]. Das war halt so, sag' ich mal, schon ziemlich gut, da gab's halt 'n, keine Ahnung, 'n Foto-Kreis und halt 'n alternatives Angebot mit Bands ab und zu mal, Partys, was schon ziemlich nett war. Wo es auch regelmäßig Ärger gab mit Nazis, die sich dann unterhalb von den Räumen immer auf dem großen Platz getroffen haben, also, das war schon vorher ihr Treffpunkt und dann gab's da schon ab und zu mal Streitigkeiten. Und die Caritas hat dann diese Räume abgesagt, so. Hat die dann zugemacht und gesagt, sie braucht die selber. Und, ja, dann gab's, kam 's im Prinzip in der Zeit zur Gründung von zwei verschiedenen Initiativen“*. Die Gewalterfahrungen mit der regionalen Naziszene werden im Anschluss an die Initiativgründung aber noch dramatischer geschildert. *„Und dann kamen halt so die ganzen Anfeindungen von Nazis, da gab's schon recht krasse Sachen so. Also, dass bei Freunden so brennende Holzkreuze aufgestellt worden sind so im Garten im so KKK-Stil. Mir persönlich ist halt das Auto abgebrannt worden, also, vor der Tür von meinen Eltern, ist halt die Tür aufgebrochen worden, durch die Autotür halt Benzin rein gegossen worden und dann angebrannt. Und dann gab's halt mehrere so Morddrohungen an verschiedene Leute aus unserem Verein.“*

Die massive Bedrohungslage in der Kommune B führte bei den Betroffenen nicht nur zu politischem Engagement. Aus der Initiative von Betroffenen rassistischer Diskriminierung wird berichtet: *„Ja, wir frönen auch den schönen Dingen, also feiern, wandern gehen, Wochenenden gemeinsam verbringen. Und da muss man sagen, das haben wir schon gemacht, als wir uns noch nicht Bürgerinitiative genannt haben, dass wir zusammen unsere Freizeit verbracht haben, in kleinen Gruppen, großen Gruppen, tageweise, stundenweise oder wochenendweise. Und da heraus ist dann die Bürgerinitiative entstanden.“* Der so entstehende Zusammenhalt erfüllt auch die Funktion gegenseitiger Unterstützung. *„Also, das war auch ganz wichtig, dass wir uns so privat auch verbunden haben, weil man braucht unbedingt Unterstützung, man braucht Gleichgesinnte, man braucht Menschen, die einen verstehen, die nicht versuchen noch mehr Rechtfertigung abzuverlangen. Und das hat uns sehr geholfen und ich denke, auch unseren Kindern und Jugendlichen.“* Was hier konkret von Betroffenen rassistischer Diskriminierung als Begründung des Zusammenschlusses genannt wird, kann im Prinzip auch auf die anderen Initiativen übertragen werden, in denen sich Betroffene engagieren.

Gleichzeitig hat sich durch die Organisation von Betroffenen auch die Aufmerksamkeit der Kommune verändert. So wird die kommunale Anerkennung, die einer der Initiativen zuteil wird, auch darauf zurückgeführt, dass *„die Kinder vom Oberbürgermeister mit vielen [aus der Initiative befreundet sind] oder auch selbst mitmachen, also auch Mitglied waren.“* Das eine solche Anerkennung aber nicht automatisch mit der Organisation von Betroffenen einhergeht, zeigt der erfolglose Versuch der rassistisch Diskriminierten, 2001 vom Landrat Unterstützung zu erhalten. *„Wir hatten unser persönliches Leid geschildert, wirklich ein Leid, wir haben uns geöffnet, wir haben unsere Probleme geschildert und der kommt uns mit so 'ner hässlichen Bemerkung, er hätte den Eindruck, es wäre schick gegen Rechts zu sein. Und das Leuten zu sagen, die gerade da ihre innersten Probleme da offenbart haben, das ist schon schlimm.“*

B) MEDIALE BERICHTERSTATTUNG: Wie auch schon in der Kommune A kam es auch in der Kommune B erst zum Wechsel beim Umgang mit der Naziszene, als sich auch ein Wechsel an der Rathauspitze vollzog. Der damals neu gewählte Oberbürgermeister beschreibt seine Motivation zum Vollzug dieses Politikwechsels vorrangig, indem er auf die Unfähigkeit der Stadtverwaltung verweist, auf öffentlich gestellte Fragen zu antworten, in denen es hieß: *„Herr Oberbürgermeister, wie gehen Sie mit der Situation um, wie wollen Sie sich sozusagen diesem Problem stellen?“* Diese Fragen charakterisiert er als *„sicherlich Medien geprägt, aber eben auch [von] Menschen in dieser Stadt, die sich Gedanken gemacht haben“*.

Der Druck der in diesem Zusammenhang durch die mediale Berichterstattung entstanden war, wird dabei aus den Betroffeneninitiativen noch stärker hervorgehoben, als vom Bürgermeister. *„Das zieht, muss man sagen, also, da wird auch viel Druck auf die Region ausgeübt. [...] Also von Zeitung bis Fernsehen bis über ausländische Medien, also das ist sicherlich auch ein Faktor, wo es auch hier Veränderungen gegeben hat. Es gab 'ne Medienschlacht gegen den Landkreis, also ich hab' das noch nirgendwo so intensiv erlebt, also stellenweise sind hier – also gerade hier im Büro – in der Woche drei, vier Kamerateams aufgeschlagen mit Kontinuität, also über lange Zeiträume waren andauernd Journalisten da [...] – das hat auch dazu beigetragen, dass der ein oder andere sich gesagt hat: Mensch, da müssen wir was machen, ne?“*

Zu dieser langfristigen Sensibilisierung kommt auch noch hinzu, dass überregionale Medien für Initiativen, deren Problematisierungen in der Kommune nicht ernst genommen werden, der einzige Weg sind, sich überhaupt Gehör zu verschaffen. *„Ja, wir haben uns, ich denke, wir haben uns sehr viel Gehör verschafft, anfangs nicht so sehr hier in der Region, sondern eher mit diesen Medien überregional, die haben unsere Problematik oft aufgegriffen und unsere Problematik in die Zeitung, Fernsehen oder Radio gebracht und dann haben wir das erlebt, dass, ja also, da wurde uns sozusagen Gehör verschafft, aber hier regional nicht so sehr. Das hat 'ne ganze Zeit gedauert, bis auch die Sächsische Zeitung uns mal 'n Artikel geschenkt hat, gewidmet hat.“* Es ist eine solche Umwegkommunikation, die den Positionen von Betroffeneninitiativen Gewicht verleiht, auch wenn die erste Reaktion der Behörden nicht die Bearbeitung der veröffentlichten Probleme war, sondern Versuche die Initiativen einzuschüchtern, bzw. zum Schweigen zu bringen.

Entsprechende Erlebnisse berichtet die Initiative der Betroffenen rassistischer Diskriminierung. *„[D]er Landrat wollte uns nur 'n Maulkorb verpassen. Nach dem Gespräch mit dem Landrat kam zufälligerweise einen Tag später in der Zeitung ein Artikel über uns, das war aber wirklich nur Zufall. Und da kam dann an uns die Information, doch Veröffentlichungen immer mit ihm oder mit seinem Büro abzusprechen, also das war schon eindeutig der Versuch, uns zu disziplinieren.“* Aber nicht nur das Landratsamt, auch das Rathaus der Kommune B reagierte auf Veröffentlichungen mit Gesprächswünschen, die für die Betroffenen den Charakter einer Aufforderung zur Rechtfertigung hatten. *„[D]er Chef vom Ordnungsamt hat uns eingeladen,*

*weil in der Südwestpresse kam 'n großer Artikel über [die Kommune B], also über uns, über unsere Familien und letztendlich auch über [die Kommune B] und daraufhin gab es ganz viele Anrufe im Rathaus von Leuten, die das also gelesen hatten außerhalb und dann irgendwie Verbindungen [in die Kommune B] haben. Und na ja, man hat sich möglicherweise beschwert, warum solche Dinge, solche schlimmen Sachen über [die Kommune B] in der Zeitung stehen, so genau wissen wir das nicht. Jedenfalls an uns als Bürgerinitiative kam die Bitte doch mal ins Rathaus zu kommen, also, zum Gesprächstermin und diese Dinge klarzulegen und offen zu legen und ja. Und da hab' ich dann schon den Eindruck gehabt, wir mussten uns rechtfertigen für diesen Artikel."*

Trotz dieser als Versuche der Einschüchterung und Disziplinierung wahrgenommenen Gesprächsaufforderungen wird aber das Ergebnis der von außen kommenden medialen Einwirkung als positiv beschrieben. Zum einen ist durch die Berichterstattung die Position der Initiativen letztendlich gestärkt worden, so dass heute in ihnen nicht mehr das Gefühl herrscht, die Initiativen würden als „Nestbeschmutzer“ wahrgenommen. *„Es war in der Folge so, dass man eben doch gehört wurde, [...] der Weg, dass man gehört wird und dass sich was tut, ist also sehr mühsam und auch immer von Rückschlägen und auch von viel Widerhaken begleitet.“* Zum anderen hat der mediale Druck aber auch die Durchsetzung des vom Oberbürgermeister der Kommune B betriebenen Politikwechsels insgesamt befördert. *„In der Wahrnehmung hat sich was verändert, denk' ich, seit den öffentlichkeitswirksamen Fernsehbeiträgen von KONTRASTE, seitdem [...] haben sich einfach politisch Verantwortliche auch an die Spitze gestellt und haben gesagt: Wir haben hier ein Problem. Also, abgesehen von [dem Oberbürgermeister], der das schon vorher gemacht hat, aber auf der Kreisebene war das ja nicht so, ne? Das erfolgte ja erst später.“*

C) DAS VERBOTSVERFAHREN GEGEN DIE REGIONALE NAZIKAMERADSCHAFT: Während aus dem Kreis der Betroffeneninitiativen das Verbotsverfahren gegen die regionale Nazikameradschaft hauptsächlich unter dem Aspekt seiner Wirkung auf Struktur und Handlungsfähigkeit der Naziszene thematisiert wird, werden von Seiten der Behörden auch die politischen Auswirkungen dieses Verfahrens betont. So erklärt der Revierführer der Polizei in der Kommune B: *„Also im Jahr 2001 ist man eigentlich hier ganz konkret im Landkreis an die Sache ganz massiv auch mit der Verbotsverfügung und Verbotsdurchsetzung gegen die [regionale Nazikameradschaft] eingestiegen oder nicht eingestiegen oder hat weiter gemacht.“* Obwohl der Revierführer auch auf polizeiliche Maßnahmen seit 1994 verweist, wird damit von ihm das Verbotsverfahren als neue Qualität der Auseinandersetzung mit der Naziszene angesehen. Diese neue Qualität zeigt sich aus seiner Sicht aber nicht nur bei den Exekutivmaßnahmen, sie ist auch auf politischer Ebene wahrnehmbar. *„[W]ie gesagt, es hat 'n Weilchen gedauert. Es gab 'n politischen Prozess und man hat aber erkannt, man muss sich mit dem Thema auseinandersetzen, [...] dort hat diese Wende wirklich erst mit der Verbotsverfügung und mit den Prozessen gegen [die regionale Nazikameradschaft] stattgefunden. Und, das muss man natürlich auch sagen, die Wahlerfolge da von der NPD. Da ist sicherlich auch 'ne Zäsur zu sehen, wo Politik gemerkt hat, [...] dass sich bestimmte Gruppen etablieren können und mit denen muss man sich auseinandersetzen.“*

Für den Oberbürgermeister der Kommune B ist nach der Verdrängungsstrategie der neunziger Jahre das Verbotsverfahren von besonderer Bedeutung, weil die *„Gewalt-, gewaltextremistische Ebene, Skinheads [...] eigentlich erst im Verbotsverfahren öffentlich thematisiert worden ist und aus meiner Sicht auch erst partiell öffentlich thematisiert worden ist und nicht im Gesamtkontext angesprochen.“* Erst aus der öffentlichen behördlichen Thematisierung, die ein Verbotsverfahren darstellt, erklärt sich dann, dass ein solcher Vorgang auch eine politische Dynamik erzeugen kann.

D) WAHLERFOLGE DER NPD: Auch der Wahlerfolg der sächsischen NPD bei der Landtagswahl 2004 wird als zusätzliches Moment gedeutet, dass die politische Ernsthaftigkeit gefördert hat, mit der sich des Naziproblems angenommen wurde. Neben dem Revierführer der Polizei weisen darauf auch die Interviewees aus den Betroffeneninitiativen hin. Das geschieht unter anderem mit dem Hinweis, dass die Reaktionen der Behörden erst einsetzten, als sich die Strukturen der Naziszene schon so verfestigt hatten, dass auch Achtungserfolge bei einer Landtagswahl möglich waren. *„Das passiert erst jetzt, dass zum Beispiel der Landrat erst nach etwa 13/14 Jahren nach der Wende sich öffentlich auch positioniert und [das Steuerungsgremium] ins Leben gerufen hat. Jetzt, wo also mittlerweile die NPD im Landtag sitzt, die Problematik nicht mehr zu verschweigen ist, nicht mehr zu vertuschen ist, weil überregionale Medien ja lange genug aufmerksam gemacht haben, auf das Problem, das hier im Landkreis herrscht.“*

Mit diesem allgemeinen Vorwurf, von staatlicher Seite sei insgesamt erst viel zu spät auf die Entwicklung der Nazistrukturen reagiert worden, geht auch die Kritik einher, die Wahlergebnisse könnten nur bei Ignoranz des Organisationsgrads der Szene Überraschung auslösen. *„Na ja, und dann eben weitertreibend eben Landtagswahl 2004, da gab's ja in Sachsen 'n großes Entsetzen, das brauchte wahrscheinlich auch Teile etablierter Politik einfach wirklich das Problem festzustellen. Ich mein', wir haben denen das ja vorher auch schon gesagt, dass das so ausgehen wird. Meine persönliche Prognose für die Landtagswahl lag noch etwas darüber. Und dann dieses große Erschrecken – wir waren nie erschrocken. Aber diesen Ruck brauchte es vermutlich, auch im Landkreis [B]. Der Einzug der NPD mit fünf Personen in den Kreistag [des Landkreises B].“* Trotz all dieser Kritik werden die Maßnahmen, die politisch im Anschluss an das Entsetzen über das Wahlergebnis ergriffen wurden, von den Betroffenen als Schritte in die richtige Richtung beurteilt.

Zu dem positiven Effekt, dass durch die Wahlen die sächsische Politik zur ernsthaften Auseinandersetzung gedrängt wurde, kommt auch der Ansehensverlust der NPD nach der Wahl bei den Jugendlichen der Region. Ursache dafür, sei: *„So 'n bisschen Ekel, also es kam halt überall schon rüber, zumindest dass es nicht besonders toll [ist], dass die NPD jetzt im Sächsischen Landtag sitzt. Und es gibt ja auch schon im Landkreis einige engagierte Lehrer, die, glaub' ich, da noch mal speziell drauf eingegangen sind.“*

E) FÖRDERPROGRAMME: Wie im Folgenden noch ausführlicher darzustellen sein wird spielten für die Entwicklung der Initiativstruktur auch verschiedene Bundes- und Landesprogramme zur Entwicklung der Jugendarbeit im ländlichen Raum, aber auch die Programme gegen „Rechtsextremismus“ eine wesentliche Rolle. Im Rahmen solcher Programme etablierte sich nicht nur der einzige Verein, der zumindest in Teilen des Landkreises Jugendarbeit anbietet. Kommune und Landkreis liegen auch in den Einzugsgebieten eines Mobilen Beratungsteams und einer Opferberatung. Die Motivationen der dort Angestellten sind naturgemäß sehr unterschiedlich und reichen von der Suche nach einem Arbeitsplatz bis hin zum Erleben persönlicher Betroffenheit in einem zeitlich oder lokal anderen, gleichwohl strukturell ähnlichem Umfeld.

### **3.2. Zivilgesellschaftliche Strukturen und die entsprechenden Modelle**

Wie in der Beschreibung der Anstöße für das Engagement gegen die Naziszene in Kommune und Landkreis B schon deutlich geworden ist, gibt es in der Kommune nicht nur eine Vielzahl von Initiativen, sondern auch eine deutliche Ausdifferenzierung der Initiativlandschaft. Neben zwei Initiativen, die einen Zusammenschluss von Betroffenen bilden, gibt es auch eine Initiative, die obwohl sie ebenfalls aus einem solchen Zusammenschluss hervorgegangen ist, inzwischen professionell und mit enger Anbindung an die staatlichen Strukturen agiert. Hinzu kommen noch die aus den Programmen gegen „Rechtsextremismus“ finanzier-

ten, professionellen Beratungsangebote. Die unterschiedliche Stellung der Initiativen spiegelt sich auch in den jeweils vertretenen Zivilgesellschaftsmodellen.

A) BETROFFENINITIATIVEN: Zu den reinen Betroffeneninitiativen zählt einerseits ein Zusammenschluss von Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, wobei in der Initiative nicht nur unmittelbar rassistisch Diskriminierte organisiert sind, sondern auch deren Familienangehörige und einige Freundinnen und Freunde. Zum anderen handelt es sich um die ebenfalls schon erwähnte Initiative alternativer Jugendlicher, die sich ursprünglich zusammengefunden hatte, um ein Jugendhaus in der Kommune B durchzusetzen, inzwischen den Schwerpunkt ihrer Arbeit aber verlagert hat. *„Ja, im Moment ist es halt so, dass wir das leider noch nicht erreicht haben dieses Haus zu bekommen. [...] Und deswegen haben wir uns jetzt in den letzten Jahren eher drauf beschränkt so Bildungsarbeit zu machen, also an Schulen, Lehrerfortbildungen, Zivildienstschulen – ja, im Prinzip jeder, der bei uns anfragt.“*

Als Zusammenschlüsse, die ohne äußere Anleitung, d.h. ohne die Anregung und Mitarbeit von Behörden oder staatlichen Funktionsträgern, entstanden sind und frei die Problemsicht und Interessen ihrer Mitglieder formulieren können, sind die Betroffeneninitiativen zivilgesellschaftliche Organisationen im engeren Sinn. Der Umgang der anderen Akteure mit ihnen vermag deshalb ein zentrales Problem der Zivilgesellschaft im engeren Sinn deutlich zu machen. Den befragten Initiativen wird in beiden Fällen nicht die Anerkennung als gleichberechtigten Partnerinnen zuteil. Das zeigt sich auf der institutionellen Ebene daran, dass beide Initiativen nicht zu einer kommunal organisierten Arbeitsgemeinschaft eingeladen wurden. Der diese Arbeitsgemeinschaft koordinierende Extremismusbeauftragte der Kommune B verweist bezüglich der Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffener darauf, dass die Initiativmitglieder auch ohne die Einbindung in die Arbeitsgemeinschaft bereits überlastet seien. *„Wo es schon mal ein Problem gab mit Kooperationen, ist vielleicht so Überforderung von Partnern. Ja, unsere [Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffener] und das sind einfach nur Familien, die ein Problem haben, im Grunde wie 'ne Art Selbsthilfegruppe, sage ich mal, ne? Die haben alle ihren Job, die haben ihre Kinder und so und da war vielleicht von uns manchmal auch zuviel Erwartung drin, was sie leisten können. Also, man möchte sie gerne einbinden, aber man darf sie auch nicht überfordern, weil sie sind einfach nur ganz normale Familien, die vor allen Dingen noch spezielle Probleme haben. Und wo wir einfach auch aufpassen müssen, dass wir die nicht irgendwie dann mit mancher Einbindung irgendwo überfordern, sondern Ansprüche zurückschrauben muss und sagen, da, wo sie mittun können, ist das schön, aber wenn sie irgendwo dann am Ende ihrer Kräfte sind oder ihrer Möglichkeiten, dann ist das auch okay, ne?“*

Auf die Frage, ob die Initiative eine Einladung zu den Treffen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft akzeptieren würde, erklären deren Mitglieder aber: *„Ja [...] wir fühlen uns ja 'n bisschen als Seismographen, also wir könnten schon sagen, wie geht es den Leuten hier, die so im Schussfeld der Rechten stehen, ne? Das können die oft nicht sagen, das ist ja diese Verharmlosung, weil die wissen nicht, wie es Betroffenen geht. Das kann man nur erfahren, wenn man sich mit den Betroffenen unterhält und wir können nur hoffen, dass die [kommunalpolitisch eingebundene, professionalisierte Betroffeneninitiative] da mit für uns spricht und das Mobile Beratungsteam, wenn sie denn dabei sind.“* Für die Beschränkung des Interesses an der Position der Initiative können deren Mitglieder keine einsichtigen Gründe finden. *„Also, vielleicht ist es nicht schick 'ne Bürgerinitiative in so ein wichtiges Gremium zu holen. Bürgerinitiative klingt immer 'n bisschen wie – ach was. Da kann man nicht so genau einschätzen und na ja, keine Ahnung.“*

Resultat dieser Ausgrenzung der Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffener ist zunächst, die von ihr bereits angesprochene Beschränkung auf ein „seismographisches“ Wirken. Damit muss einerseits das Problem rassistischer Diskriminierung als Vorbote einer ver-

allgemeinerten Bedrohung gefasst werden, andererseits schrumpft der politische Anspruch tendenziell auf den bloßen Wunsch nach Wahrnehmung zusammen, weil konkrete Forderungen die nicht gewährleistete Wahrnehmung voraussetzen würden. *„Ach, wir wollen eigentlich nur erreichen, wir wollten uns nur 'n bisschen Gehör verschaffen. Wir als Bürgerinitiative wollten erreichen, dass wir ins Gespräch kommen, dass unsere Probleme benannt werden, dass man sich mit unseren Problemen auseinandersetzt, die ja letztendlich nicht nur unsere Probleme sind, sondern immer mit der Botschaft auch: Leute, hier kommt auf euch alle was zu! Also, im Moment betrifft es nur uns mit unseren schwarzen Familienmitgliedern, aber irgendwann kriegen alle davon etwas mit. Also Seismograph für Stimmungen und so, so haben wir uns gesehen und dementsprechend eben unsere Problematik immer wieder geschildert. Letztendlich wollen wir nichts anderes als, dass unsere Kinder ganz normal hier leben können.“*

Doch selbst das minimale Ziel, die eigene Wahrnehmung des Problems zu kommunizieren, lässt sich unter den Bedingungen der Ausgrenzung nur eingeschränkt verwirklichen. Die Initiative ist auf Vermittlung angewiesen, um in den kommunalen Gremien gehört zu werden. Diese Vermittlung hat aber immer auch den Charakter eines Filters. Kommuniziert wird immer nur, was die Mitglieder der anderen Initiativen aus den Wahrnehmungen der Betroffenen machen, was ihnen also glaubwürdig und angemessen erscheint. Das Resultat einer solchen Übersetzung kann dabei erheblich von den Aussagen der Betroffenen abweichen. *„Also, ich hab' gemerkt, dass selbst in den [anderen] Initiativen mitunter, selbst diese Leute, die man also schon längere Zeit kennt und die auch unsere Probleme kennen, dass die das nicht richtig erfasst haben, sondern 'n bisschen auch privatisieren. Das heißt, als hätte man 'n kleineren oder größeren persönlichen Anteil an dieser Sache, weil man das zu ernst nimmt. Das heißt also, das wird so ins Private gedrängt, diese ganz persönliche Befindlichkeit. Also, die ständigen seelischen Verletzungen, die unsere Kinder und Jugendlichen erleben in ihrer ganzen Dramatik auch zu erfassen, fällt ihnen, glaube ich, 'n bisschen, na ja, ich weiß nicht, ob es ihnen schwer fällt, aber vielleicht kann es auch nur jemand erfassen, der das auch selber schon erlebt hat.“*

Mit anderen Worten, nicht nur der Extremismusbeauftragte nimmt die Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffener als eine „Art Selbsthilfegruppe“ wahr, deren Mitglieder aufgrund ihrer Betroffenheit zwar authentische Opfer, aber kaum gleichwertige politische Subjekte sind. Dabei wollen die Initiativmitglieder ihren Status als Opfer gern überwinden. *„Na ja, ich sehe mich oft in 'ner Opferrolle und das ist ja 'ne Rolle, die überhaupt nicht angenehm ist, ja, also, ich fühle mich oft in die Opferrolle gedrängt und das ist sehr unangenehm. Ich würde mich wohler fühlen, wenn ich als politischer Akteur hier wahrgenommen würde, das würde mir besser gefallen, aber es passiert ja hin und wieder.“*

Während die Initiative der von rassistischer Diskriminierung Betroffenen auf den Mangel an angemessener Wahrnehmung mit einer Einschränkung des politischen Wirkungsanspruchs reagiert, lässt sich bei der Initiative zur Gründung eines alternativen Jugendhauses eine andere Strategie beobachten. Durch die Verlagerung ihrer Arbeit in den professionalisierten Bereich der Bildungsarbeit versucht die Initiative Anerkennung zu gewinnen. Das gelingt auch und äußert sich in einem gesteigerten „Ansehen, jetzt in Anführungsstrichen, also wir werden halt schon mehr gefragt, wenn analytische Sachen so gemacht werden, wenn Vorträge gewünscht werden oder so. Das geht halt zum Teil so weit, dass wir das gar nicht, gar nicht mehr schaffen, also, dass wir so 'ne feste Stelle bräuchten, um das abzudecken. Also, was vor allen Dingen von Schulen an Vorträgen oder so kommt [... Es ist so, dass] jetzt oft halt Leute kommen und fragen: Habt ihr nicht dahin 'n Kontakt, habt ihr nicht dorthin was? Was eigentlich nett ist so. Also, wenn Leute zu uns kommen und was von uns wollen, [...] die Leute, die zu uns kommen, die wissen halt, wer wir sind so. Und es kommen halt trotzdem relativ viel Leute zu uns und es gibt 'n paar Leute, die halt auch nicht mehr an uns vorbei können [...]

*Und so was ist halt schon auch 'n Stück weit, ja, Genugtuung ist vielleicht 'n bisschen hoch gegriffen so, aber Anerkennung, ja.“*

*Allerdings gibt es auch deutliche Grenzen der so gewonnenen Anerkennung. „[M]it der Stadt gibt's im Prinzip so keine Konflikte, weil da gibt's keine Zusammenarbeit“. Den Grund dafür sieht die Initiative in der Extremismuskonzeption der politisch Verantwortlichen in Kommune und Landkreis B: „Also, solange wie [im Landkreis B] von diesen städtischen Initiativen nach Linksextremisten gesucht wird, die man als Gegenpart zu den Nazis sehen kann, werden wir immer in den ihrem Blickfeld stehen [...] es ist auch okay, ich hab' da gar kein Problem damit, also, aber ich hab' schon 'n Problem damit mit Nazis gleichgesetzt zu werden, zu sagen, das ist ja nur die andere Seite der Medaille so.“*

*Auch von nicht unmittelbar Beteiligten – d.h. aus dem Lager der professionellen Vereine – wird in Interviews der Konflikt zwischen der Initiative und den Strukturen kommunaler Politik und Verwaltung durchaus als einer gesehen, der von der Kommune und der dort vertretenen Extremismuskonzeption ausgeht. „Na, ich denke, die [lies: mangelnde] Anerkennung zum Beispiel für [die Initiative] hängt auch damit zusammen, dass das einfach 'ne zu linke Initiative ist in den Augen derer, die da was gegen Extremismus machen.“ Und auch von einer weiteren Seite wird bestätigt, dass das Extremismuskonzept zum Ausschluss der Initiative – nicht nur aus den kommunalen Arbeitsstrukturen – führt. „Und es ist ja auch bezeichnend, dass jetzt zum Beispiel, also [die Initiative] da eben nicht drin ist in dieser Arbeitsgruppe, auch sicherlich noch nie angefragt wurden und auch von bestimmten anderen Veranstaltungen oder Sachen ja auch ausgeschlossen sind.“*

*Wie bereits in den zitierten Äußerungen aus der Betroffeneninitiative anklang, reagiert die Initiative auf ihren Ausschluss aus den kommunalen Arbeitszusammenhängen mit einer Betonung der Unverträglichkeiten zwischen Positionen in den kommunalen Arbeitsgremien und ihren eigenen Positionen. „[W]ir bearbeiten halt in unserem Verein verschiedene Themen, also das Thema ist halt Antisemitismus, das Thema kann Rassismus sein, das Thema kann halt, also, ja, wie geht's den AsylbewerberInnen [im Landkreis B]? Und dabei ist es mir relativ egal, wer dieses Thema aufgreift, [...] ob das jetzt dieser Henry Nitzsche ist, der von Multi-Kulti-Schwuchteln redet oder halt 'n Abgeordneter von der NPD, das macht für mich keinen Unterschied, weil es geht um das Thema, wo es halt darum geht, um die ‚Bekämpfung‘ in Führungsstrichen, so. Und deswegen würde ich mich in einige Initiativen einfach nicht reinsetzen, weil die für mich nur symbolischen Charakter haben um zu zeigen: Wir haben im Landkreis auch was, wo wir was machen so [...] zum Beispiel [...] der Kreisverband der CDU hat in [seiner] Einladung zum Tag der Deutschen [...] Einheit halt alle drei Strophen vom deutschen Lied abgedruckt. So, und wenn, das find' ich oder das finden wir aus unserer Sicht eben nicht geht, dass 'n CDU-Kreisverband mit ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ wirbt und ‚von der Maas bis an die Memel‘. Und wenn dann Leute aus so 'nem Verband in so 'ner Initiative drinsitzen und gleichzeitig sagen: ‚Wir haben was gegen Rechts‘, dann ist das für uns Blödsinn so. Dann machen die das, um was Bestimmtes rüberzubringen so und was jetzt 'n politischen Charakter für [die Kommune B] haben sollte. Das andere ist, halt mit so schwammigen Begriffen wie, wir sind jetzt gegen Extremismus und für Zivilcourage, das ist oftmals auch, dass das für Zivilcourage Sein nur so 'n Schein ist und dann auch nicht aktiv gemacht wird, sondern nur der Name.“*

*Dass es sich vonseiten der kommunalen Arbeitsstrukturen trotzdem um eine Ausgrenzung der Initiative handelt und nicht um eine Reaktion auf die verweigerte Zusammenarbeit durch die Initiative, zeigt sich, wenn der Extremismusbeauftragte erklären soll, warum die Initiative nicht in seiner Arbeitsgemeinschaft vertreten ist. Allgemein erklärt der Extremismusbeauftragte: „Also, ich zum Beispiel wünsche mir [...] in der Jugendarbeit selber auch mal viel mehr zu agieren, positive Akzente zu setzen als nur auf Probleme zu reagieren oder so.“ Die Initiative, die genau solche Akzente setzen will, müsste ihm damit eigentlich als natür-*

liche Bündnispartnerin erscheinen. Auf die Frage, warum er sie trotzdem nicht zu den Treffen der kommunalen Arbeitsstruktur einladen wird, erklärt der Extremismusbeauftragte aber: „Na ja, ich sag's mal so, grundsätzlich ist ja niemand außen vor, der jetzt nicht unbedingt an der AG teilnimmt, also, man pflegt ja trotzdem Zusammenarbeit. Und zum Zweiten gibt's, glaube ich, untereinander manchmal auch 'n paar Vorbehalte so. Also, wo die [von der Initiative] mit unserer Herangehensweise oder wir mit ihrer nicht immer so hundertprozentig so übereingestimmt haben.“ Um Präzisierung des Konflikts gebeten, weicht er aber aus. „In dem Fall – als sich das so herausgebildet hat, war [die Initiative] noch gar nicht so 'n präserter Träger für uns. Das ist dann erst Stück für Stück gewachsen und momentan haben wir auch wenig noch Leute gesucht an Mitarbeit [...]. So, was jetzt Bereich [um die Kommune B] betrifft, sind wir auch schon gut aufgestellt. Und da ist es eher so unser Bestreben auch in [anderen Gebieten des Landkreises B] sich noch besser aufzustellen. Also, wir würden eher noch mal schauen in der [Region der Kommune B1] etc. jemanden dazu zu nehmen.“

Der bekannte Konflikt wird so zwar von beiden Seiten gesehen, durch die Verweigerungshaltung der Kommune aber nicht ausgetragen. Stattdessen werden die inhaltlichen Scheidungslinien durch „sachliche“ Begründungen kaschiert. Mit dem Ergebnis, dass sich von den kommunalen Strukturen auch nicht mehr zu den inhaltlichen Vorwürfen der Betroffeneninitiative positioniert werden muss.

Auch diese vermittelt ihre Positionen deshalb in der Auseinandersetzung mit den gegen Nazis aktiven Strukturen der kommunalen Verwaltung vorrangig über anerkanntere Initiativen, konkret über das Mobile Beratungsteam und die Opferberatung. Zu den Mitarbeitenden der beiden professionellen Angebote besteht nach Auskunft des Interviewten ein nicht nur vertrauensvolles, sondern sogar freundschaftliches Verhältnis. „[N]atürlich denkt man manchmal in inhaltlichen Sachen, wo man sagt: Das seh' ich so, das siehst du so, dass man sich über Sachen streitet, diskutiert, sich selber, also sich gegenseitig kritisiert, aber das ist ja auch, denk' ich mal, legitim. So, mit denen gibt's ganz klar 'n Vertrauensverhältnis. Also, aus meiner Sicht dann auch eher 'n freundschaftliches Verhältnis so. [...] Also, wenn 's 'ne Sache gibt, dann wird halt darüber diskutiert, dann kann man halt unterschiedlicher, also, dann sind wir auch oftmals unterschiedlicher Ansicht, oftmals nicht, aber das hindert uns jetzt, glaub' ich, nicht an 'ner Zusammenarbeit so. Weil, also, erst mal aus meiner Sicht von beiden Seiten die Gesprächsbereitschaft da ist zu sagen, ihr seid uns als Menschen oder als Initiative so wichtig, dass wir darüber diskutieren wollen, so.“

Obwohl das Vertrauensverhältnis zu der Betroffeneninitiative auch von den Interviewten der professionellen Angebote bestätigt wird, zeigt sich doch auch, dass das Interesse an guten Beziehungen auf dieser Seite professionell geprägt ist. So erklären die Interviewten – auch bei expliziter Nachfrage, nach ihrem Vertrauen zu den Mitgliedern der Betroffeneninitiative, die vertrauensbildenden Arbeitsweisen der Opferberatung. „Und das ergibt sich dann auch einfach im Grunde 'n bisschen aus der täglichen Arbeit, also, welche Erfahrungen man miteinander macht. Natürlich, also ja, wenn natürlich auch im Rahmen der Opferberatung, wenn wir so 'nen Standpunkt natürlich grundsätzlich einnehmen und das, denke ich, ist auch wichtig, dass wir da jetzt nicht so arg intervenieren oder sagen, was die Betroffenen zutun und zu lassen haben. Und da bildet sich ja schon 'n größeres Vertrauensverhältnis heraus. Und das ist eigentlich die Grundvoraussetzung für die gemeinsame Arbeit.“ Entscheidend bleibt damit der Blick auf die Betroffenen als zu unterstützende Opfergruppe. „[W]ir haben alle Opfergruppen auch, ne? Und ich denk' auch, ja, trotz aller Verschiedenheit zur politischen Meinung oder irgendwas, was Tiefergehendes jetzt zum Beispiel zu den Leuten von [der Betroffeneninitiative] ist das, denk' ich, so, dass wir das trotzdem so ganz gut klar kriegen, also, es gibt 'n ganzes Stück, wo wir wirklich einer Meinung sind und, gut, auf dem Stück bewegen wir uns dann auch



*gemeinsam. Und der Rest, was die sonst noch machen, interessiert uns nicht und umgekehrt auch nicht, ne?“*

Diese aus professioneller Perspektive durchaus nachvollziehbare Haltung widerspricht ganz offensichtlich der Wahrnehmung der gegenseitigen Beziehung durch die Betroffenen. Ein Phänomen, dass auch auf das Mobile Beratungsteam zutrifft, dessen Angestellte ihre Unterstützung der Initiative und ihrer Mitglieder ebenfalls aus ihrer Aufgabenstellung heraus begreifen, die es verlangt unabhängig vom konkreten Grad der inhaltlichen Übereinstimmung solchen Initiativen Unterstützung zukommen zu lassen. Aus dem „*freundschaftlichen Verhältnis*“ wird so ein Treffen, „*ziemlich regelmäßig mit den Leuten [von der Betroffeneninitiative], wenn sie jetzt konkrete Projektideen haben, Unterstützung wollen oder auch ‘nen Austausch so zur Wahrnehmung von Rechtsextremismus.*“ Die Bedeutung dieses Wahrnehmungsunterschieds wird sich jedoch erst voll erschließen, wenn Art und vor allem die Grenzen des Engagements der professionellen Angebote beschrieben sind (siehe unten 3.2.c): Es ist der professionelle Rahmen, der die gemeinsamen Projekte und damit auch zunehmend den Handlungsrahmen der Betroffeneninitiative bestimmt, wobei diese sich der lenkenden Wirkung, die von den professionellen Standards ihrer Kooperationspartnerinnen ausgeht, offensichtlich kaum bewusst ist.

B) DIE KOMMUNALPOLITISCH INTEGRIERTE INITIATIVE: Die kommunalpolitisch integrierte Initiative ging wie unter 3.1.A beschrieben aus derselben Situation hervor wie die gerade dargestellte Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher. Wie in dieser vereinigten sich auch in ihr befreundete Opfer der Dominanz der Naziszene. Statt aber unmittelbar auf die Stärkung der eigenen Position zu setzen, sah die Initiative ihr Handlungsfeld in der Organisation eines möglichst breiten politischen Bündnisses. „*[W]ir wollten nun nicht mehr lokale Antifa sein, sondern einfach das mit ‘ner Breite von Personen im Landkreis [B] angehen. Und deswegen haben wir gesagt, ist es günstig eben einfach die breite Sicht zu suchen und eben auch auf demokratische Parteien möglichst auf alle und möglichst auf viele Partnerinnen und Partner im Landkreis [B] zuzugehen um das von vornherein aus ‘ner politischen, auch parteipolitischen Ecke herauszuholen und möglichst viele mit einzubinden. Weil nur durch Breite, da bin ich mir sicher, nur durch gemeinsames Vorgehen lässt sich das Problem bewältigen. Also, ich denke, dass zum Beispiel, wenn die Partei X, die Jugendgruppe der Partei X jetzt alleine dieses angehen würde, dann würde es von der Partei Y Kritik geben und dann wäre das schwierig. Und deswegen so viele wie möglich einbinden und ‘nen gemeinsamen Nenner suchen und das ist einfach zur Zurückdrängung von Rassismus und Rechtsextremismus – das ist, denke ich, auch ein Grund, warum das hier anders funktioniert vielleicht als woanders.*“

Unabhängig von Anregungen der politisch Verantwortlichen in Kommune und Landkreis ver schrieb sich damit die Betroffeneninitiative dem schon in der Fallstudie zur Kommune A erörterten Integrationsmodell mit seinen Konsequenzen. (vgl. dort Abschnitt 3.2.) Zu diesen Konsequenzen zählt auch bei dieser Initiative die Entpolitisierung des Problems zu einer allgemeinen Aufgabe, bei deren Lösung politische Überzeugungen als Störfaktoren möglichst ausgeschaltet werden sollten. Ein „*Punkt, der Kooperationen erschwert, ist sicherlich auch die politische Herangehensweise. Also, manche Leute sehen einfach alles sehr parteipolitisch. Das gibt’s in allen, also, im ganzen Parteienspektrum, also, da ist ‘n CDU-Typ, der sagt: Ich hab’ hier meine Meinung, bin konservativ und wir singen jetzt alle die Nationalhymne – so übertrieben. Da haben Leute Probleme mit, wollen das nicht. Und es gibt auch Leute von der PDS, die da auch ganz klar ihre Meinung hat, ne? Und das ist – wenn man den Anspruch hat, wie wir es ja versuchen alle da irgendwie an ‘nen Tisch zu bringen, das ist natürlich auch immer wieder ‘n Gehändel und man muss auch auf allen Seiten versuchen Kompromisse zu finden um wirklich auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner zu kommen: Wir setzen uns mit Rechtsextremismus/Rassismus in Kooperation mit vielen auseinander. Und das bedeutet, dass man mal ge-*

*genüber 'ner PDS und das bedeutet auch, dass man mal klar gegenüber 'ner CDU, mal klar sagt: ‚Freunde, so geht's mal mit uns nicht, ne? Ist nicht böse gemeint.‘ Die können das natürlich nicht nachvollziehen, aber ist halt so.“*

*Mit der Ausrichtung auf einen politischen Minimalkonsens und der Bereitschaft auch zum inhaltlichen Kompromiss wurde der Initiative schon bald Anerkennung zuteil. „Also, wir haben [...] 2001 zu 'ner großen Demonstration auch aufgerufen, wo wir das erste Mal so herausgetreten sind, als Initiative gesagt haben: ‚Hey, Freunde, geht so nicht!‘ Uns war es damals schon wichtig nun nicht die Antifa von außen zu holen, sondern die Bürgerinnen und Bürger aus dieser Stadt auf die Beine zu kriegen. Das ist uns sehr, sehr gut gelungen, es waren 800 Leute da [...]. Und die Demonstration stand unter dem Motto ‚Zeichen gegen Rechts – Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen‘. Und da haben sich hinterher Leute, die mittlerweile gute Kooperationspartner von uns sind, die ganz 'ne klare Position zu dem Thema haben, gesagt: ‚Damals waren wir nicht bei eurer Demonstration‘. Wir so: ‚Warum denn das eigentlich nicht?‘ – ‚Na, da stand: Zeichen gegen rechts, und ich bin in der CDU, ich hab' mich dort angegriffen gefühlt.‘ [...] Also, jemand der so ganz klar aufgestellt ist, stößt sich an so 'nem Begriff und dann sage ich: Na gut, dann schreiben wir es aus, nennen wir das in Zukunft Rechtsextremismus, ne? Und das sind Befindlichkeiten, die muss man einsehen – mein Gott! Das ist nur die Überschrift, wichtig ist das, was passiert.“ Mit anderen Worten, schon die Definition des Problems wird angesichts der angestrebten Organisation eines breiten Bündnisses zur Nebensache. (vgl. oben 2.3.)*

Für die tatsächliche Organisation eines solchen Bündnisses bedurfte es aber auch des Wechsels an der Rathauspitze – ebenfalls 2001 – und des mit ihm einhergehenden Politikwechsels.

*Das wird auch von der Initiative selbst betont, wenn als positiv hervorgehoben wird, „dass Führungspersönlichkeiten des Landkreises wie unser Oberbürgermeister das Zepter in die Hand genommen haben und gesagt haben: ‚Das lassen wir uns hier nicht gefallen.‘ Und quasi gegen Rechtsextremismus vorzumarschieren, was zur Folge hat, dass Leute ihm einfach folgen. Also, es gehört sich einfach, dass BürgermeisterInnen und Landräte dort klar das Thema benennen und eben auch dagegen angehen. Ich denke, das hat hier auch viel gebracht. [...] Es war 'ne deutliche Veränderung. Nicht, dass der alte [Oberbürgermeister] irgendwie pro-rechtsextrem eingestellt war, aber es war einfach Zeit so, ne? Und der neue Bürgermeister, 'n junger Typ, der sich das von vorneherein [...] zur Aufgabe gemacht hat und da von vorneherein auch Farbe bekannt hat gegen Rechtsextremismus.“*

Erst das Engagement des Oberbürgermeisters führte dann zur Institutionalisierung der Bündnisbemühungen und zu ihrer Durchsetzung auf kommunaler und Landkreisebene. Die Initiative selbst war ihrerseits für den neuen Oberbürgermeister die einzige Akteurin, die er als bürgerschaftliche Initiative wahrnahm bzw. anerkannte. „Und dann jetzt 2001 angesetzt, war die [Initiative], die einzig bürgerschaftlich organisierte, aktive Gruppe, die es gegeben hat und die sich von dort aus oder das war dann auch mein Anbindungspunkt zu sagen, da gibt's 'ne Gruppe, die sich bürgerschaftlich engagiert. Und die Idee dann mit meiner Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage, dass wir versucht haben von dort aus breiter in die Gesellschaft hinauszugehen, das zu verwurzeln und vor dort aus dann in den einzelnen Etappen [...] dann Aktivitäten entfaltet haben, die aus meiner Sicht jetzt mit der Gründung [des Steuerungsgremiums] und der koordinierten Aktivitäten der, ja, ich sag' einmal, nicht politisch Verantwortlichen sondern derjenigen – das war unser Anliegen – derjenigen Verantwortlichen, die auch für Einzelbereiche zuständig sind, dass da koordiniertes Vorgehen entstanden ist.“ Durch diese kommunale Übernahme der Strategie der Initiative wurden die Bündnisbemühungen einerseits erfolgreich, gleichzeitig aber zusammen mit der Initiative in einen quasi-staatlichen Kontext überführt. Wobei die Initiative sich im Rückblick trotzdem eher als trei-

bende, denn als getriebene Kraft sieht. Die Initiative „hat natürlich meines Erachtens wie andere Initiativen im Landkreis [B] auch zu diesem Klimawandel mit dahin getragen. Also, ich denke, es braucht vor Ort auch Mahner und Auf-die-Zehen-Treter und ich denke, das haben wir 'ne ganze Weile sehr, sehr gut auch gemacht. Also, immer wieder auf dieses Problem hinzuweisen. Also, wenn jemand drauf hinweist, dann wäre – vielleicht wären die ganzen positiven Entwicklungen auch so nie geworden, weil wir haben ja Verantwortliche immer wieder in ihrer Verantwortung gekitzelt oder in ihre Verantwortung gezwungen. Viel durch die Öffentlichkeit auch, also, indem wir immer wieder Sachen öffentlich gemacht haben, also, was weiß ich, wenn jetzt 'n Überfall war, dann hatte nicht bloß der Täter und die Opfer Kenntnis davon, sondern wir haben's in die Zeitung gebracht. Und wenn die Lokalzeitung das nicht wollte, dann ging es halt in andere Medien, dann wurde es überregional bekannt gemacht. Und das ist auch wichtig, denke ich.“

Der Beschreibung des Wirkens der Initiative vor der Übernahme der Führungsrolle durch den Oberbürgermeister steht in klarem Kontrast zu ihrer heutigen Selbstwahrnehmung. Die Funktion, „vor Ort auch Mahner und Auf-die-Zehen-Treter“ zu sein, ist kaum noch Teil der Eigenbeschreibung. „Also, wir haben uns ja auch angepasst – durchaus. Aber ich denke mittlerweile, also, wir kritisieren nicht mehr soviel, mit Sicherheit bzw. nicht mehr alles über die Öffentlichkeit – also, das ergibt auf jeden Fall 'ne Veränderung. Aber haben, glaube ich, die Möglichkeiten Sachen an besseren Stellen zu kritisieren. Also, wo es früher 'n Zeitungsartikel brauchte, reicht heutzutage manchmal 'n Brief, ne? Und das ist 'n bisschen effektiver“. Das heißt, die Initiative ist auf die Seite der kommunalen Verwaltung gewechselt und agiert jetzt im engen Verbund mit ihr.

Das zeigt in der Beschreibung des Mobilen Beratungsteams der Extremismusbeauftragte der Kommune besonders deutlich, der aus den Reihen der Initiative kommt, „weil er ja manchmal, glaub' ich, selber 'ne Rollenkonfusion hat. Es ist nicht immer wirklich wahrzunehmen, dass er der Extremis-, also, es ist schon, er versucht es, aber es war eben manchmal nach wie vor als [Name der Initiative], was ich schwierig finde. Wir [das Mobile Beratungsteam] haben eigentlich damals deutlich gemacht, als klar wurde, er wird der Extremismusbeauftragte hier im Kreis, haben wir klar gemacht: Na ja, dann – also, immer dann, wenn er sich als [die Initiative] gemeldet hat, haben wir ihn darauf hingewiesen, weil wir natürlich [...] mit jemandem, der in der Stadtverwaltung angestellt ist, arbeiten wir einfach ganz anders zusammen, als mit jemandem von der Initiative [...]. Aber es ist manchmal immer noch mal 'ne Vermischung jetzt, da hab' ich wieder irgendwo ‚[Name der Initiative] ([Name des Extremismusbeauftragten])‘ gelesen und manchmal stellt er sich scheinbar auch wahlweise so vor, weil es gut kommt.“

Die „Rollenkonfusion“ des Extremismusbeauftragten hat ihre Ursache aber darin, dass die Verbindungen mit der Stadtverwaltung aus der Binnenperspektive der Initiative den deutlichen Unterschied zwischen Stadtverwaltung und Initiative, der vom Mobilen Beratungsteam festgehalten wird, nur wenig plausibel erscheinen lassen. Die Arbeit von Initiative und Stadtverwaltung ist laut Auskunft der Initiative eben „sehr abgestimmt“. „Also, ich mein', das ist ja nicht bloß die Stadtverwaltung sondern der [Extremismusbeauftragte], der dort bei der Stadtverwaltung für die Sache arbeitet, der hat hier lange gearbeitet, ich mein', wir sind befreundet, das ist einfach, das ist auch schwerer jetzt dort wirklich noch mal 'nen Konflikt reinzubringen. Also, wir haben auch mal Konflikte, aber dann wird sich halt einfach hier in dem Büro 'ne Viertelstunde angemacht und gegenseitig angeschrien und dann ist wieder gut. [...] Und dadurch halt und auch wiederum die Nähe der Büros, ist halt alles eigentlich sehr abgestimmt.“

Förderlich für eine solche Vermischung von Initiative und kommunaler Verwaltung ist neben der grundsätzlichen Bündnisorientierung der Initiative auch das kleinstädtische Umfeld. „Also, ich denke, auch [Kommune B] – nehme ich da mal als Kleinstadt – also, ich kann mir es

*immer schwer vorstellen 'n Projekt mit der Bandbreite umzusetzen zum Beispiel in Berlin. Was wir jetzt machen – also, kann ich natürlich wirklich auch nicht einschätzen, weil die Erfahrung fehlt mir. Aber hier vor Ort ist man auch schon als Person noch mal bekannt, ne? Also, hier hat man Familie, also, hier geht's sicherlich manchmal schneller irgendwelche Strippen zu ziehen und irgendwelche Verbindungen zu kriegen als in 'ner Großstadt.“*

Was aus der Sicht der Initiative als Vorteil erscheint, als Möglichkeit, „Strippen zu ziehen und irgendwelche Verbindungen zu kriegen“, wird aus professioneller Perspektive als Problem beschrieben. „[W]enn man sooft zusammen kommt und telefoniert und bilateral, ist es auch 'n Geklüngel.“ Die Schwierigkeit besteht darin, „da 'ne Grenze auch zu sagen und zu sagen: So nicht, wir haben 'nen ganz klar und fest umrissenen Arbeitsauftrag, wir haben entwickelte Qualitätsstandards, für uns heißt Beratung und Begleitung das, wir haben eine Rolle, wir sind ein eigenständiges Projekt – und nicht eben, macht ihr mal das und könnt ihr mal das und so und wie auch immer.“ Gegen die kommunal wirkende Integrationskraft hilft nach Ansicht des Mobilen Beratungsteams neben der Besinnung auf eigene Standards oft nur noch Kritik von außen. „[W]enn wir so das Jahr Revue passieren lassen auch in unseren Workshops, dann kommt auch einfach noch mal die Rückmeldung aus dem [über ganz Sachsen verteilt arbeitenden] Team: ‚Guckt euch mal das mit [dem Landkreis B] genauer an, da seid ihr ja schon 'n Teil des Ganzen, ne?‘ Also, dass man dann immer noch mal diesen Außenblick kriegt und sagt: ‚Da müsst ihr noch mal drauf gucken, und vielleicht beschreibt ihr einfach noch mal auch aus eurer Sicht die Situation – was sind denn zivilgesellschaftliche Akteure und wie ist denn die Zusammenarbeit zwischen denen‘, um irgendwie wieder sich 'n Stück raus zu nehmen und nicht so, ne, in dem Klüngel [...] drin zu sein, ne?“

Auch die Initiative erkennt für sich die Notwendigkeit äußerer Anstöße, auch wenn diese nicht so klar auf das strukturelle Verhältnis in der Kommune bezogen werden. So findet es ein Mitglied wichtig, „dass es auch Initiativen gibt, die nicht in diesem Geflecht so drin sind und die da auch uns kritisieren. Also, ich finde es auch gut, wenn mal 'n böser Brief oder Brief ist es meistens ja nicht, von der Antifa aus [der nächstgelegenen Großstadt] kommt und sie wieder 'ne Veranstaltung von uns wieder völlig zerreißen und unsachlich sagen, was wir alles falsch gemacht haben. Am besten mit Großkotzigkeit, man kann ja eh alles besser – ärgert man sich, ärgert man sich 'ne Woche, ärgert man sich zwei Wochen, aber letztendlich ist es trotzdem wichtig, dass das passiert. Weil das hält uns ja auch aktiv, ne? Das ist schon wichtig. Wenn es keine Kritik mehr gäbe, also, das kann niemandem gut tun, denke ich. Also, es muss auch immer wieder von außen Mechanismen geben oder Vereine, Institutionen, Leute, die einen kritisieren – weil manche Sachen sieht man ja auch dann gar nicht mehr mit der Zeit.“

Zum anderen will die Initiative aus dem Potential ihrer Mitglieder, deren Anregungen und kritischen Haltungen schöpfen, um nicht zu stagnieren. Zu den kritischen Anstößen für die Initiative zählt deshalb nicht zuletzt „interne Kritik. Also, ich mein‘, wir sind halt 'n Verein, wir haben 'ne sehr basisdemokratische Initiative. Also, wir haben zwei Klausurtagungen im Jahr, wo wir grundsätzliche Sachen besprechen und wir haben jede Woche 'n Arbeitsplenum, wo der 14-Jährige bis die 60-Jährige hier zusammenkommen in diesem Raum und Sachen beratschlagen. Und dass da nicht alle eine Meinung haben und dass man dort wieder den kleinsten gemeinsamen Nenner finden muss, das ist ja normal. Also, da gibt's welche, die sagen bei Veranstaltungen hier, die müssen wir mit unterstützen, dort müssen wir mitmachen – da sagt vielleicht jemand anders so: Das ist mir aber vielleicht – können wir da lieber die Finger von lassen, ne? Und da muss man, das ist halt Demokratie, da muss halt entweder 'ne Mehrheit für gefunden werden oder wir haben uns drauf geeinigt, bei Sachen, die intern manchen Leuten extreme Bauchschmerzen machen würden, die sagen: Ich kann da überhaupt nicht mitgehen – dass man dann keinen Mehrheitsbeschluss macht, sondern versucht solche Sachen gemeinsam zu entscheiden. Also, da wird nicht abgestimmt, sondern, wenn da irgendwie drei sagen: Auch

wenn ihr jetzt alle dafür seid, das kann ich irgendwie jetzt nicht mittragen, dann wird's einfach nicht gemacht.“ Doch sowohl die Kritik, die von außen an die Initiative herangetragen wird, als auch die basisdemokratische Nutzung interner Differenzen sind nur Gegenbewegungen, die die Folgen des Wechsels der Initiative ins quasi-staatliche Lager mildern sollen. Seine Wirkungen aufzuheben, vermögen sie offenkundig nicht. Die Initiative ist im Rahmen ihrer Bemühungen um Offenheit eher ein Teil der kommunalen Struktur, der kritische Anregungen für die behördlichen Strukturen filtert und aufbereitet.

Die Probleme, die sich aus dem Wechsel der Initiative ins quasi-staatliche Lager ergeben, betreffen dabei nicht nur Fragen der Problemdefinition, wie die Extremismusproblematik. Für Irritationen sorgt auch, dass sich die Kooperationen der Initiative bis in den Raum hoheitlicher Aufgaben ausdehnen. Die enge Kooperation hat sich dabei zunächst aus der Bedrohungslage in Kommune und Landkreis B ergeben. „Bei Veranstaltungen haben wir klare Absprachen mit der Polizei, da wird sich zwei-/dreimal vorher getroffen, zum Beispiel bei 'nem Konzert oder bei jetzt was Größerem – dem ‚Markt der Kulturen‘, der ja jedes Mal nun massiv bedroht wird. Oder die großen Festivals. Und da gibt's einfach an dem Abend einen Ansprechpartner von der Polizei, am besten noch 'ne kleine mobile Wache, dass ich schnell auch zu jemandem hingehen kann. Dann gibt's Telefonnummern von uns, Telefonnummern von denen, es gibt 'n paar Signale, die man sich miteinander verabredet hat und es gibt 'ne Verabredung, was ist, wenn X passiert, Y passiert – wie reagieren wir dann, also, was machen wir mit unserer Security, was machen wir selber, wer greift wo zu? Einfach um sich vorher abzusprechen, dass es da nicht zu 'nem Durcheinander kommt. [...] Also, bei großen Festivals oder bei Veranstaltungen binden wir uns gegenseitig zum Beispiel einfach in die Funkschleifen mit ein. Dass, wenn ich der Security sage, was weiß ich: Bin gerade im Zugriff, weil da einer rummöbelt oder es greift 'ne Gruppe an – dass es gleichzeitig eben auch die Polizei weiß, also, dass die eben auch wissen, was unsere Leute machen, wir wissen, was die machen. So, also, ich finde das gut so.“

Diese enge Zusammenarbeit bestätigt auch der Revierleiter in der Kommune B und erklärt zugleich, dass die Zusammenarbeit zwischen der Initiative nach demselben Muster erfolgt, wie mit den kommunalen Behörden. „[E]s gibt Veranstaltungen, aber da ist eben die Stadt der Veranstalter – Markt der Kulturen – [...] da ist zugeordnet, wer hat was zu machen und auch mit, sag' ich mal, die Gruppen um [Name des bekanntesten Repräsentanten der Initiative], [die Initiative], die Handy-Nummern sind bekannt. Und wenn irgendwelche Informationen bei uns beiden, dann ruft man sich an und sagt: Gut, dann stimmen wir uns ab, wie können wir das machen? Und, ja, macht das mal mit eigenen, ihr habt das Hausrecht und wenn das nicht mehr geht, dann sind wir da und wir haben, planen mal Leute vor. Also, so was kann man alles machen, ja? Das ist eben, das setzt auch wiederum Vertrauen voraus.“

Aus der Initiative selbst wird betont, es gäbe über die Zusammenarbeit bei Veranstaltungen hinaus keine Kooperation mit der Polizei. „Also, in den Kooperationen mit der Polizei, also, ich würde jetzt nicht sagen, dass wir in Kooperation mit der Polizei stehen, weil Kooperation hat ja irgendwie – dann müssten wir ja auch was miteinander machen, ne? Kooperationen mit der Polizei haben wir punktuell bei Veranstaltungen, das ist aber dann auch alles.“ Doch für die anderen Akteure in der Kommune B wirkt das ganz anders. So vermischt sich polizeiliches Handeln und Handeln der Initiative für einige Befragte auf problematische Weise: „Das passiert natürlich, also, wo ich denke, also, warum duzt man sich seit Jahren und geht mit dem Mann vom Staatsschutz in die Disko?! Und warum finden auf einmal Ermittlungen und Zeugenverhöre in einem Vereinsraum statt und nicht bei der Polizei?! [...] Wo ich sage, das ist hochproblematisch – wo ich sage, natürlich brauen wir 'ne Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nicht-Behörden, aber wir brauchen auch von beiden Seiten einen Abstand. Und nicht die-

*ses: Hey, du, mal – kannst du mir mal das sagen und jenes und so und da mal hingehen und 'n Bier trinken.“*

*So ist es nicht ganz zufällig, dass es über die Zusammenarbeit mit der Polizei, die über die Auseinandersetzung unter den Teilnehmenden an einer Veranstaltung gestellt wurde, zum Zerwürfnis mit der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher kam. Der Streit entzündete sich anhand einer Anzeige gegen einen unbekanntem Veranstaltungsteilnehmer, der eine Flasche geworfen hatte, nachdem „80 Nazis die Bühne gestürmt haben. Es war keine Polizei vorhanden, die Security wurde angehalten sich nicht einzumischen, wobei die Security gesagt hatte, sie würden das tun, wurde dann aber von den Veranstaltern gebeten das nicht zu tun. Und dann gab's Rangeleien vor der Bühne zwischen halt Nazis und den Teilnehmern von der Veranstaltung und bei diesen Auseinandersetzungen ist halt 'ne Flasche geworfen worden in Richtung Nazis.“ Vorgeworfen wurde der Initiative in diesem Zusammenhang, dass „unbekannterweise die Person angezeigt worden ist durch Mitglieder [der Initiative] und die Nazis ebend nicht und das Argument immer war, also, die Person hat halt provoziert. Also, ich mein', die Nazis waren zwar da und haben sich auf die Bühne gestellt, aber waren zu dem Zeitpunkt noch friedlich. Und diese Person, die die Flasche geworfen hat, hätte die Streitigkeiten zum Überkochen bringen können mit ihrer Aktion, deswegen gehörte sie angezeigt. [...] [W]ir hielten die Argumentation für kritisch und haben die nicht verstanden so, also, warum man das macht, dass man sagt, wenn die Nazis, also, wenn Nazis 'ne Veranstaltung stürmen und, also, dann kann niemand anderes dran schuld sein so, dann kannst du nicht sagen, die anderen sind dran schuld, dass die Situation jetzt überkocht. Sondern das Erste ist mal, dass die Nazis da auf dem Fest nichts zu suchen haben. Und um diese Sache ging's da halt auch noch, mehr inhaltlich, also, das eine war diese Anzeige, dass wir gesagt haben, das kann nicht sein, dass man sich gegenseitig anzeigt, dass wenn ich 'n Veranstalter bin für antirassistische Festivals, dann sollen sich die Leute da wohl fühlen, da haben erst mal Nazis nichts zutun. Und wenn ich dann sage, die Nazis zeigen ich nicht an oder da bin ich nicht hinterher, dass die angezeigt werden, aber die Leute, die da auf meiner Veranstaltung sind, mit denen such' ich nicht mal das Gespräch, sondern zeig' die gleich beim Staatsschutz an – das fanden wir schon ziemlich krass [...] das ist halt so was, was so 'n Vertrauen, glaub' ich, 'n Stück weit wegnimmt und das für uns halt 'ne Zusammenarbeit eher relativ schwierig gemacht hat, weil, wenn wir böse sind, sagen könnten, wenn wir zu 'ner Veranstaltung von [der Initiative] gehen, können wir erst mal nicht davon ausgehen, dass da keine Nazis teilnehmen. Und dann, wenn man das halt nicht will, dass da Nazis teilnehmen oder es zu Auseinandersetzungen kommt mit denen, muss ich halt noch damit rechnen, dass ich nachher von denen angezeigt werde.“*

Offensichtlich kollidieren hier die Ansprüche an eine Zusammenarbeit vonseiten anderer Initiativen mit den quasi-staatlichen Vorstellungen, die sich in der Initiative durchgesetzt haben. Insbesondere entstehen diese Probleme, wenn unter Betroffenen von Nazigewalt die Möglichkeiten ausgehandelt werden müssen, der Bedrohung durch Nazis zu begegnen – und dazu gehören notwendiger Weise in Situationen, in denen die Polizei gar nicht anwesend ist, auch die Mittel, sich selbst gegen Naziübergriffe zu wehren oder Nazis von einem Veranstaltungsort zu vertreiben. Hier verschließt die enge Kooperation mit der Polizei – die einerseits verständlicher, andererseits aber nicht immer realistischer Weise darauf bedacht ist, das staatliche Gewaltmonopol zu erhalten – und die teilweise Übernahme hoheitlicher Aufgaben durch die Initiative bei ihren eigenen Veranstaltungen die Möglichkeit eines – naturgemäß oft schwierigen – Aushandlungsprozesses mit den anderen Initiativen bzw. einzelnen Betroffenen. Letzteres ist es auch, was den quasi-staatlichen Charakter für die professionalisierten Angebote problematisch werden lässt. Diese müssen immer auch um den Vertrauensvorschuss werben, dass sie ihrer Klientel auch gegen die Logik und Interessen von Behörden und insbesondere Interessen der staatlichen Ermittlungsbehörden beistehen.

c) PROFESSIONELLE ANGEBOTE: Von den professionellen Angeboten stehen drei in unmittelbarem Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der Naziszene. Dabei handelt es sich zum einen um ein Projekt aufsuchender Jugendarbeit, dann um ein Beratungsangebot für Opfer von Naziübergriffen und schließlich um ein Mobiles Beratungsteam, das Beratung zum Umgang mit Nazis für Schulen und Behörden, aber auch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen anbietet.

c.a) PROJEKT DER AUFSUCHENDEN JUGENDARBEIT: Das Projekt der aufsuchenden Jugendarbeit ist ein Projekt, das aus der ersten Phase des Bundesmodellprogramms „Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“ hervorgegangen ist. Dieses Bundesmodellprogramm war zur Entwicklung und Erprobung von Ansätzen der Jugendarbeit in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer aufgelegt worden. Inzwischen – seit dem Auslaufen der Bundesfinanzierung 2001 – besteht das Projekt fort und erstreckt sich auf jene Kommunen des Landkreises B, die eine Kofinanzierung bereitstellen. Von allen Kommunen des Landkreises sind das nach eigenen Angaben *„die Hälfte. Also, mindestens die Hälfte“*.

Dem Ansatz des Modellprojekts entsprechend, das zunächst überhaupt nicht für die Arbeit mit jugendlichen Nazis bzw. einer sie umgebenden Szene konzipiert war, ist das Projekt auf die akzeptierende Jugendarbeit ausgerichtet. *„[U]nser Anliegen ist ja mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum sprich [...] Unterstützung von Jugendgruppen, Jugendliche in ihren selbst gewählten Strukturen und [die Jugendlichen] mit ihren Alltagsproblemen bzw. Lebensfeldproblemen einfach aufzunehmen. [...] Also, es ist halt wirklich, wir sehen halt die Jugendlichen und nehmen sie halt so wahr, wie sie mit ihren Problemen halt da sind und wir machen das jugendlich, Lebensfeld bezogen abhängig. Also, nicht, okay, wir machen jetzt halt was gegen Rechts, sondern wenn wir halt mit illegalen Drogen zutun hätten, würden wir es mit illegalen Drogen machen.“* Tatsächlich ist aber aufgrund der Verhältnisse im Landkreis B die Arbeit um jugendliche Nazis und Jugendliche, die sich an Nazis orientieren, zentriert.

Im Gegensatz zu bereits in den neunziger Jahren heftig umstrittenen und letztlich gescheiterten Modellen akzeptierender Jugendarbeit mit Nazis beschränkt sich das Projekt im Landkreis B auf *„Jugendliche mit rechtsorientierten Tendenzen, die sind noch nicht so gefestigt in ihrem Weltanschauungsbild, haben relativ losen Kontakt zur Szene, treffen sich aber dort halt meistens mit Kumpels oder mit Freunden und mit diesen Jugendlichen arbeiten wir noch. Also, pädagogisch. Die sind meistens in 'nem Alter zwischen 14 und 18, bzw. in Ausnahmen 18 bis 21 Jahren.“* Ausschlusskriterium sind dagegen *„rechtsextreme Tendenzen“*. *„Rechtsextreme Tendenzen ist bei uns, sage ich mal, die Altersgruppe zwischen 18 bzw. über 21 Jahren, die schon fest in irgendwelchen Organisationen drinsteckt, wo Strukturen einfach schon vorhanden sind, die sich auch in diesen Strukturen schon verfestigt haben, die auch wirklich schon 'n verfestigtes Weltanschauungsbild haben. Mit denen können wir einfach auch nicht mehr pädagogisch arbeiten“*.

Die Grundlage der angesprochenen pädagogischen Arbeit besteht bei dem Projekt in einer dauerhaften *„Beziehungsarbeit“*. Erst auf der Grundlage eines so geschaffenen Vertrauensverhältnisses findet die politische Auseinandersetzung statt. *„Wenn Jugendliche schon 'n Vertrauensverhältnis haben zu Jugendarbeitern oder zu Sozialarbeitern, sollte man dort auf alle Fälle niederschwellige bildungspolitische Angebote machen und auch mit diesen bildungspolitisch arbeiten, also, man sollte das nicht trennen.“*

Die politische Bildungsarbeit verfolgt dann das Ziel durch die direkte Auseinandersetzung mit den rechtsorientierten Jugendlichen und deren gezielte Verunsicherung durch Strategien der subversiven Infragestellung ihrer Ansichten, diese dazu zu bringen ihre Überzeugungen zu hinterfragen. *„Das, denke ich, aber ist ein Ziel für alle Jugendlichen. Also, ich möchte, dass Jugendliche, die 'n demokratisches Weltanschauungsbild haben, sich nicht darauf verlassen,*

*dass andere die Auseinandersetzung mit diesen rechtsorientierten Jugendlichen suchen, sondern dass sie die Auseinandersetzung mit diesen rechtsorientierten Jugendlichen suchen. [...] Das, denke ich, ist ein Ziel und halt wirklich dieses, dass Jugendliche anfangen zu hinterfragen. Welchen Weg sie dann einschlagen, ob sie dann mal sagen: Okay, die rechte Szene ist nicht mehr das, wo ich sage, das ist es für mich. Das kann ich überhaupt nicht beeinflussen, also, ich kann 'n Stück weit, ich kann verschiedene Wege aufzeigen und verschiedene Alternativen. Ich kann ihn zum Denken anregen, zum kritischen Nachdenken, ich kann ihn auch mit anderen Alternativen konfrontieren – was wir auch machen in unserer Arbeit, wo wir halt auch Jugendliche damit konfrontieren, dass wir halt 'n demokratisches Weltanschauungsbild haben.“*

Obwohl das Projekt also weder von den Zielsetzungen der konkreten Arbeit, noch von seiner Rahmensetzung auf die Arbeit mit rechten Jugendlichen eingeschränkt ist, hat der aufsuchende, akzeptierende Ansatz doch zur Folge, dass die Aufmerksamkeit vorrangig den Strukturen gilt, die aufgrund der herrschenden Dominanzkultur vom Einfluss der Nazis geprägt sind. Jugendliche, die nicht an öffentlichen Orten anzutreffen sind – etwa weil sie von der dominanten Naziszene aus der Öffentlichkeit vertrieben wurden –, werden von dem Projekt gar nicht angesprochen. „Also, sobald die sich privat irgendwo zuhause treffen, ist ja für uns Schluss. Ich kann ja keine Haustürklingel machen in jeder Kommune, wo ich tätig bin, mal sagen: Na, habt ihr nicht – ? Also, das ist halt immer, wenn die Jugendlichen nicht in der Schule greifbar sind und auch nicht außerhalb der Schule, draußen an Bushaltestellen oder irgendwo anders, wo wir sie antreffen können, dann ist es halt für uns auch schwer dort uns mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen.“

Zwar ist es Teils des Projekts, einer Verdrängung nicht-rechter Jugendlicher entgegen zu wirken, aber die Mittel dazu sind begrenzt. „[E]s gibt auch Sachen, wo linksorientierte Jugendliche einfach keine Anzeige machen bzw. auch Angst haben vor rechten Jugendlichen. Aber wir versuchen die dann natürlich schon darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, dass sie da 'ne Anzeige machen, aber die Angst dann meistens mit überwiegt bzw. die dann halt irgendwo anders sich treffen mit Jugendlichen oder dann halt eher privat sich irgendwo treffen, wir dann an die Jugendlichen überhaupt nicht rankommen.“ Aber selbst wo beide Parteien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts direkt und zusammen greifbar sind, sind im Rahmen des Projekts nur Anstöße zur Auseinandersetzung möglich. „Es gibt natürlich auch Jugendclubs, bis jetzt ist es nur ein spezieller Fall, der mir einfällt, der so 'n kleines Phänomen mit ist. Da sind halt Jugendliche drin, die linksorientiert denken, und Jugendliche, die rechtsorientiert denken. Das ist immer ganz spannend in dem Moment, weil die sagen von sich aus immer, egal, welcher Meinung sie angehören, gut miteinander klarkommen. Wo es aber doch häufig zu Auseinandersetzungen kommt, wenn dann Freunde von dieser rechten Gruppe dann in diesen Jugendclub mit rein kommen und dann auch diesen linksorientierten Jugendlichen dann halt auch gewalttätig werden, also, 'ne gewalttätige Auseinandersetzung dann haben mit diesen Jugendlichen. [...] Und wir suchen natürlich dann auch die Auseinandersetzung in der Gruppe, mit diesen Jugendlichen – wo ist denn nun die Freundschaft? Stellt ihr die Freundschaft unter diese rechten Kumpels oder solltet ihr nicht eher zu euren Jugendlichen stehen aus der Clique?“

Damit zeigt sich schon, dass das Jugendarbeitsprojekt in seinem Kernarbeitsbereich selbst keinen fördernden Einfluss auf die Entwicklung von Initiativen gegen die dominante Naziszene hat. Der Einfluss des Projekts im zivilgesellschaftlichen Rahmen beschränkt sich vielmehr auf Anstöße und Unterstützung für etablierter Vereine und Schulen, sich der Auseinandersetzung zu stellen. „Es hat jetzt angefangen, dass wir auch sehr stark die Feuerwehren dafür sensibilisiert haben, wo es halt vorher auch immer so 'n Tabuthema war – Rechtsextremismus und Feuerwehr. Niemand wollte auf die Feuerwehr 'n schlechtes Licht werfen [...] wir haben jetzt die Feuerwehren allerdings sehr gut dafür sensibilisiert, wo auch eine Auseinander-



*setzung damit stattfindet. Wo wir auch gerade die Kreisjugendfeuerwarte oder bzw. die Jugendfeuerwarte dahingehend drauf aufmerksam machen, Schulungen, Projekte anbieten mit denen zusammen, wo wir halt auch sensibilisieren dafür. Wo wir halt auch sagen: ‚Passt auf, also, in der Feuerwehr ist nicht bloß Blaulicht, sondern ihr arbeitet mit Jugendlichen und Jugendarbeit ist halt auch euer Ding und da müsst ihr die Auseinandersetzung auch um politische Themen einfach suchen.‘“*

Solche Sensibilisierungsversuche leistet das Projekt mit unterschiedlichem Erfolg auch auf der Ebene der Bürgermeister in den einzelnen Gemeinden. *„Also, es gibt einen Ort, da funktioniert es – was ich vorhin auch als Beispiel gebracht haben, mit diesen Links- und Rechtsorientierten – da funktioniert das im Gemeinwesen, so selten man das hat, aber da ist ’n Ortschaftsrat, der dort regelmäßig hingehet, da findet ’n Elternabend statt. Also, wo man wirklich auch merkt, da läuft was, also, man merkt auch einfach diesen Unterschied, also, es gibt wirklich Kommunen und Gemeinden, wirklich kleine Gemeinden, da funktioniert das, die sind auch bereit diese Demokratiepotentiale zu entwickeln und einfach offen. Da müssen aber auch gewisse Persönlichkeiten dahinter stehen und sagen: ‚Ja, wir machen das.‘ Und dann gibt’s aber wiederum Kommunen, da funktioniert das nicht mit diesen Demokratiepotentialen oder da ist es noch wenig entwickelt, sage ich mal.“*

Diesen Aspekten positiver Unterstützung für bereits konstituierte Akteure auf dem Gebiet der Jugendarbeit stehen aber auch Wirkungen der Arbeit des Projekts gegenüber, die sich als negativ erweisen können. So liegt es in der Logik der Arbeit des Projekts für den Erhalt von Jugendclubs einzutreten. Denn die von den Jugendlichen genutzten Strukturen sind – wie beschrieben – eine Arbeitsvoraussetzung des Projekts. Das führt oft zu einer Gratwanderung, bei der es auch zum Konflikt mit anderen Initiativen, Projekten und Behörden kommt. *„In einem aktuellen Beispiel ist das zum Teil von Akteuren aus [der kommunal organisierten Arbeitsgruppe], wo gesagt wird: ‚Dicht.‘ Andere wiederum sagen: ‚Solange das sauber und ordentlich, macht’s ja nichts.‘ [...] Und wir stehen da meistens in der Mitte, wo wir versuchen wollen, dieses Gemeinwesen zu sensibilisieren, und nicht unbedingt den Jugendclub schließen wollen.“* Zwar ist es nicht Ziel des Projekts, einen „Jugendclub [zu] unterstützen, wo rechts-extreme Jugendliche nun drin sitzen, sich organisieren“, aber die Fixierung auf das Aufsuchen von Jugendlichen in ihren selbst gewählten Strukturen und die Auseinandersetzung mit ihnen, verschiebt den anderen möglichen Schritt, der auch im Projektrahmen liegt, nämlich *„Jugendliche [zu] suchen, die sich irgendwo anders treffen, aufgrund dessen, dass dieser Jugendclub nur von rechten Jugendlichen besetzt wird“*. Erst wenn der Jugendclub von einer Schließung bedroht ist, wird diese Option erwogen. Sinnvoll wäre sie aber auch schon, wenn ein Jugendclub nur von der akzeptierten „rechtsorientierten“, statt von der „rechtsextremen“ Szene dominiert wird.

Ebenfalls für Konfliktpotential sorgt der pädagogische Ansatz des Projekts. Dieser wird auch in Kooperation mit der kommunalpolitisch integrierten Initiative verfolgt, zu deren Veranstaltungen gelegentlich Jugendliche von dem Projekt mitgebracht werden. Bei solchen Veranstaltungen, die gegen die Dominanz der Naziszene durchgesetzt werden mussten und müssen werde dann *„nicht immer gleich gesagt: Ihr Rechten kommt nicht rein oder so. Sondern es gab auch schon Veranstaltungen, wo wir als [Jugendarbeitsprojekt] dabei waren, wo wir auch Jugendliche dabei hatten, die rechtsorientiert waren, die dann aber einfach zu dieser Veranstaltung rein gelassen wurden, weil einfach die Auseinandersetzung stattgefunden hat. Also, die Jugendlichen, die wir mit dabei hatten, da fand ja eine Auseinandersetzung vorher mit uns statt und auch nachher, es gab immer Vorbereitung und Nachbereitung und das finde ich dann einfach gut, wenn das da ist, wenn das Bewusstsein da ist: Okay, wir arbeiten zwar nicht mit rechtsorientierten Jugendlichen, [das Jugendarbeitsprojekt] macht das aber und dementsprechend sollte man auch diese Arbeitsweise respektieren und akzeptieren.“*

Während der Integrationsansatz, den die Initiative verfolgt (siehe oben B), sich eigentlich nur auf die Integration anderer Initiativen in ein gemeinsames Vorgehen gegen die Dominanz der Nazisene erstreckt, wird durch das Jugendarbeitsprojekt auch die Integration von Nazis als Ziel etabliert. Der Konflikt mit den Betroffeneninitiativen ergibt sich dann zwangsläufig, wenn diese auf der Durchsetzung von Veranstaltungen bzw. Räumen bestehen, die frei von Nazis sind. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendarbeitsprojekt muss dann gleichzeitig eine Verärgerung von Betroffenen provozieren, „dass Nazis die Veranstaltungen der [kommunalpolitisch integrierten Initiative] besuchen konnten und wir immer gesagt habe, wenn ich auf 'ne Veranstaltung gehe, die alternativ sein soll, die nicht rechts sein soll, dann will ich da keine Nazis haben, weil ich mich dann dort unwohl fühle. Zumal es auch einfach mal passieren kann, dass Leute, die Opfer von Nazis geworden sind, dann ihren Peiniger auf so 'nem Fest wieder treffen und dann mit Sicherheit die Feststimmung vorbei ist.“

C.b) OPFERBERATUNG: Während das Projekt der aufsuchenden Jugendarbeit also „vorwiegend mit rechtsorientierten Jugendlichen [...] arbeitet“, engagiert sich die Opferberatung ausschließlich für „Betroffene rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt“. Das sind „Menschen erkennbar aus anderen Ländern – ganz viele, eben 'n ganz großer Anteil sind eben deutsche, nicht-rechte Jugendliche, egal ob sie politisch sind oder auch nicht oder einfach grundsätzlich zum Feindbild gehören, nur weil sie nicht dem rechtsextremen Spektrum zugehören möchten. Aber es können auch, ja, Opfer aus der Gruppe Menschen mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder Behinderte sein, Obdachlose genau. Und wir haben alle Opfergruppen“.

Daneben ist ein Teil des Projekts Opferberatung die „Präventionsarbeit. Also, wir führen Workshops an Bildungseinrichtungen, Jugendclubs oder Workshops für Lehrer durch, eben zur Prävention.“ Themen sind dort, „was kann ich tun, wenn ich Zeuge eines Übergriffs bin, was tun, wenn ich selber bedroht bin, also diese zwei Aspekte, also rechtliche Aspekte der Zivilcourage, Notwehr und unterlassene Hilfeleistung, [...] Einblick in andere Kulturen [...] Vorurteile, Diskriminierung, Rassismus in unserer Straße und so weiter“. Allerdings ist es so, dass für solche präventiven Workshops „kaum Anfragen kommen“, die Wirkung dieses Projektteils mithin vernachlässigt werden kann. Außerdem „hatten wir [2005] die bundesweite Fotoausstellung Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990, die es in Berlin gibt, auch nach Sachsen geholt“.

Haupttätigkeitsbereich der Opferberatung ist die konkrete Unterstützung der Opfer. Dazu gehört vor allem die Hilfe bei Anzeigen, Begleitung zur Polizei, unterstützende Teilnahme bei Vernehmungen oder, „wenn jemand seine Privatadresse nicht in der Ermittlungsakte haben will, ne, weil der Tatverdächtige kann über seinen Verteidiger Einblick in die Akte nehmen, dass wir dann unsere Büro-Anschrift als ladungsfähige Adresse zur Verfügung stellen.“ Nicht zum Tätigkeitsfeld der Opferberatung gehört die öffentliche Vertretung und Lobbyarbeit für die Opfergruppen. Aber auch gegenüber Behörden ist die je konkrete Einzelfallhilfe das einzige handlungsleitende Kriterium. „[W]ir möchten natürlich, wenn wir dort irgendwas bewirken, dass das sich immer positiv auf die Betroffenen auswirkt. Also, es geht jetzt nicht um unsere Befindlichkeit oder so. Und deswegen halten wir uns dann teilweise sicherlich auch dezent zurück und tun halt nur das in dem Maß, wie wir denken, dass es für die Betroffenen gut ist. Weil die müssen da jedes Mal wieder hin. Ich kann da einmal mitgehen und kann da 'n Fass aufmachen oder so und ich denk', wir achten sehr drauf, dass, wenn wir agieren irgendwo, wenn wir etwas machen, dass das nicht nach sich zieht, dass es sich hinterher negativ auf die Betroffenen auswirkt. Da sind wir eher diplomatisch.“

Nur in einem einzigen Fall beteiligte sich die Opferberatung daran, durch die Herstellung von Öffentlichkeit Druck auf eine Behörde auszuüben. „Und zwar der Umzug des Asylbewerberheims [...]. Da wussten wir aus 'ner internen Quelle irgendwie so, dass das geplant ist und wann das stattfinden sollte. Und die Bewohner wussten noch überhaupt gar nix davon und das war dann auch so zum Mai hier, [Interkulturelles Fest der Kommune B] – ach, wie schön! Wo

wir auch immer 'nen Infostand haben, haben wir dann auch gemeinsam mit den Leuten [von der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher] und auch von der [kommunalpolitisch integrierten Initiative], ich weiß gar nicht, wer da noch mit dran teilgenommen hat, ach so, [ein Projekt] vom Ausländerrat in [der nächstgelegenen Großstadt], genau, also, so 'ne Unterschriften-Aktion, dass das doch alles bitte dann, also, dass die Bewohner darüber informiert werden. Es waren so paar Forderungen drin, so. Und das ist also, dass sie rechtzeitig bescheid bekommen, dass das halt alles so mit dem Umzug, alles so vonstatten geht, dass es einigermaßen akzeptabel ist. Und diese Unterschriftenlisten, also, wurden einige, sind da zusammengekommen und [...] es hat wirklich bewirkt, dass die Leute doch dann rechtzeitig informiert wurden und dass das Ganze schon nach besten Kräften irgendwie organisiert wurde und einigermaßen vernünftig vonstatten ging.“ Das Fazit nach diesem Erfolg ist aber trotzdem, dass das Instrument des öffentlichen Drucks kein Instrument der Opferberatung ist.

Entsprechend wird die Opferberatung von der Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffenen nicht als Kooperationspartnerin erwähnt, während die Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher den Austausch mit der Opferberatung schätzt. Offensichtlich beschränkt sich aber auch hier die Kooperation auf die Vermittlung von Opfern bzw. der Hilfe bei eigener Betroffenheit und gemeinsame Gespräche, bei denen es aber auf Seiten der Opferberatung zum professionellen Standard gehört „nicht so arg [zu] intervenieren oder [zu] sagen, was die Betroffenen zu tun und zu lassen haben“.

Durch den Fokus auf den Opferinteressen kann es aber auch zu Konflikten mit Initiativen kommen. So etwa, wenn eine Initiative Überfälle veröffentlichen will, die Betroffenen aber den Vorfall lieber verschweigen wollen. Hier kann das allgemeine Interesse an einer öffentlichen Diskussion der Situation gegen Interessen der Opfer stehen. Die Opferberatung wägt in solchen Fällen nicht ab, sondern positioniert sich bedingungslos auf Seiten der Opfer. So urteilt die Opferberatung über die Mitglieder der kommunal integrierten Initiative, dass „die sehr schnell, haben wir festgestellt, dann in so 'nen Aktionismus verfallen. Also, da gibt's dann 'nen Döner-Imbiss, der überfallen wurde und die Leute dort auch verletzt wurden, dass sie ganz schnell mal 'ne Spendenaufruf starten [...] und unsere Herangehensweise ist immer, bevor ich irgendwas nach außen tue, also irgend-, das leiseste Ding, damit nach außen gehe, das mache ich nicht, bevor ich nicht mit den Betroffenen gesprochen habe. Weil ich gar nicht weiß, ob die das wollen. Ich kann das denken, [...] dass das gut für sie ist, aber darum geht's wieder nicht, ne? Und das war auch ein ganz konkretes Beispiel, wo das so geschehen ist. Nämlich genau dieser Betreiber von dem Imbiss und auch der Freund, der mit verletzt wurde, der auch mit in dem Laden war zu der Zeit, das überhaupt nicht wollten. Die waren entsetzt darüber, dass sie das in der Zeitung gelesen haben. Und natürlich auch ganz klar – [Gemeinde B6] ist auch nicht sehr groß und es gibt auch nicht viele Döner-Imbiss-Läden dort, garantiert nicht – und ganz schnell auch klar war, dass sie das sind. Und das wollten sie überhaupt gar nicht.“

Die Beschränkung der Opferberatung auf die Einzelfallhilfe, die noch nicht einmal soweit geht, dass in der Auseinandersetzung mit Behörden, allgemeinen Probleme jenseits des konkreten Einzelfalls thematisiert werden können, mag als Konzeption parteilicher Opferarbeit ihre Berechtigung haben. Sie hat aber auch zur Konsequenz, dass die Opferberatung als professionelles Angebot für die öffentliche Auseinandersetzung mit der Naziszene und ihren Existenzbedingungen, wie den alltäglichen Rassismus, keinen Beitrag leistet. Auch eine wünschenswerte Stärkung der Opfergruppen im öffentlichen Diskurs findet durch die beschränkte Einzelfallhilfe nicht statt.

C.C) DAS MOBILE BERATUNGSTEAM: Während die professionellen Angebote der Jugendarbeit und Opferberatung schon aufgrund ihrer Zielsetzungen nicht oder nur am Rande zur Bildung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen die Naziszene beitragen und aufgrund ihrer eigenständigen Ziele sogar mit bestehenden Initiativen in Konflikt geraten können, ist es die

explizite Bestrebung des Mobilen Beratungsteams „die Ziele mit den Menschen vor Ort zu beschreiten, die uns haben wollen und die sagen: ‚[Mobiles Beratungsteam] wir brauchen euch oder Sie bei der Erreichung folgenden Zieles. Eigentlich ist es [das Ziel] eher langfristig, aber kurzfristig bezogen auf [die Kommune B2] wollen wir als Bürgerinitiative auch erst mal Informationen: Wer ist die NPD? – also die unterschiedlichen Wahrnehmungen. Wir wollen eine gewisse Hilfe bezogen darauf, dass Menschen, die sich zwar kennen, aber sonst auch nicht viel miteinander zu tun haben, auch zusammen bleiben, dass die politisch streiten, dass die den Bürgermeister unterstützen oder ‘ne NPD-Bürgermeisterwahl verhindern, dass die Veranstaltungsideen kriegen und so weiter.‘ Das sind deren Ziele. Das heißt, wir beraten und begleiten sie mit vielen Einzelgesprächen. Kann man sagen, das trägt alles zur Eindämmung von Rechtsextremismus bei, das ist ‘ne Sensibilisierung und auch Information, die ich bekomme, wo die NPD, was die für ‘n Weltbild hat oder für ‘n Menschenbild oder für ‘n Geschichtsbild hat uns so weiter. Bezogen auf [die Gemeinde B9] war das Ziel [...] dem Ortsvorsteher und dem Ortschaftsrat auch Partner an die Hand zu vermitteln und Brücken zu bauen und auch eine Diskussion in dem kleinen Ort zu initiieren [in dem regelmäßig Nazikonzerte stattfinden], was ja schwierig ist. [...] Also, da ganz konkret bei zu helfen, da ist ja die Frage, was ist das Ziel des Ganzen? Es ist eine lokale Diskussion. Es ist eine Sensibilität. Es ist Menschen in Bezug zueinander setzen, ihnen bei einer Positionierung zu helfen, durch Information, Gruppen irgendwo zu bauen – und all das im Hinblick darauf natürlich Rechtsextremismus als Rechtsextremismus ansprechen zu können, erkennen zu können und auch selbst aktiv zu werden. Was ihnen aber auch selbst überlassen ist oder nicht überlassen ist, weil viel Ohnmacht da ist, weil Angst da ist, wie auch immer.“

Die Schwierigkeiten, von denen die Tätigkeit des Mobilen Beratungsteams geprägt ist, sind damit bereits umrissen. Die Unterstützung der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Potentiale ist immer abhängig von der Existenz und dem Charakter solcher Potentiale vor Ort. „[W]ir haben ja die Ansätze Hilfe zur Selbsthilfe und wir können und dürfen ja den Akteuren auch nicht unmittelbar was vorgeben. Sondern wir helfen ihnen bei der Suche von Ideen und dürfen auch das Tempo nicht bestimmen und den großen Wurf machen [...] sondern es geht ja auch um Tempo und Behutsamkeit, um Vorsicht, wie auch immer.“ Um also die Bedingungen für ein unterstützendes Agieren überhaupt erst einmal zu schaffen, ist das Mobile Beratungsteam gezwungen zunächst „die Sensibilität für das Thema auch zu schärfen, also, Leute dafür auch zu sensibilisieren, auch die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, also auch Sprüche und all das wahrzunehmen, also, jetzt nicht das unbedingt an parteipolitischen oder Zugehörigkeit zu ‘ner Kameradschaft oder an Straftaten festzumachen, sondern einfach [...] die Sehschärfe, die entsprechende Sehschärfe zu entwickeln. Also, ‘ne Sensibilität. Die Leute auch ‘n Stück weit zu befähigen, sich damit auseinander zu setzen“. Doch auch diese Sensibilisierungsbemühungen sind an die Bereitschaft vor Ort geknüpft, sich sensibilisieren zu lassen – seien es Bevölkerungsgruppen oder die Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen. „[W]obei das eben auch so ‘n erstaunliches Thema ist, dass wir – vielleicht weil wir hier unmittelbar sind – hier zu dem Thema, zum Beispiel Fortbildungen Lehrerinnen/Lehrer, nicht angefragt werden, ne? Also, wir touren sozusagen in allen möglichen Regionen rum, machen für die Regional-, also sind ja auch in den Katalogen der Regionalschulämter – die zuständigen sind hier [...] drin, ne? Und sind auch in Schulen an pädagogischen Tagen und so, aber nicht [im Landkreis B], ne?“

So ablehnend wie die Schulen im Landkreis verhalten sich aber nicht alle Institutionen im Landkreis B. An den kommunal organisierten Arbeitstreffen der professionellen Angebote und behördlich mit Extremismus befassten Stellen des Landkreises nimmt das Mobile Beratungsteam ebenso aktiv teil, wie an von dort aus gebildeten kleineren Arbeitskreisen zu konkreten Problemen. Zwei Felder auf denen das Mobile Beratungsteam in diesem Zusam-

menhang Sensibilisierungserfolge zu erzielen versucht, zeigen aber, wie schwierig das ist. Bereits erwähnt (vgl. 2.2) wurde die Kritik des Mobilen Beratungsteams an der Fixierung auf die Jugend als einzigem Schwerpunkt konkreter Konzeptentwicklung. In diesem Feld hat die Sensibilisierung zwar bewirkt, dass verbal bestätigt wird, dass das Nazi- nicht allein ein Jugendproblem sei. Das Fazit des Mobilen Beratungsteams fällt aber ernüchternd aus: „[I]n der Präambel haben wir das noch mal deutlich gemacht, wenn es jetzt ausschließlich der Fokus auf Jugendarbeit ist, dann kann es nur 'ne Teilkonzeption sein, [...] aber seitdem ist halt auch nichts mehr passiert. Also, dass man jetzt so 'n anderen Teil, wie wird es denn im Gemeinwesen wahrgenommen, wie wird's in der Vereinslandschaft wahrgenommen, was machen einzelne Kommunen, gibt es lokale Aktionspläne in Kommunen? Darüber wurde dann nicht mehr geschrieben, also, grundlegend ist jetzt diese Teilkonzeption in mehreren Fällen Grundlage für die Antragstellungen gewesen“. Das bedeutet, die prominente Platzierung der Problemsicht des Mobilen Beratungsteams kann auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, dass jenseits der Jugendarbeit, die mit ihrem Erziehungsauftrag per definitionem dafür eingesetzt wird, unerwünschtes Verhalten zu korrigieren, die Entstehung von vergleichbaren Arbeitsstrukturen für die anderen Problemebenen nicht stattfindet. Diese zu etablieren, würde im Gegensatz zur Jugendarbeit aber auch bedeuten, dass nicht einfach bestehende Ressourcen der Behörden auf das Problem fokussiert werden, sondern dass ein ganz neues Instrumentarium geschaffen werden müsste.

Das Beispiel der Verkürzung des Naziproblems auf ein Jugendproblem entspricht den politischen und behördlichen Strukturen, die das Problem so am leichtesten fassen können. Das folgende Beispiel des Scheiterns der Sensibilisierungsversuche des Mobilen Beratungsteams bezüglich des Extremismusbegriffs wirkt sich dagegen unmittelbar auf das Verhältnis der Behörden zu der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher aus. Wie oben (vgl. 3.2.A) bereits geschildert sieht das Mobile Beratungsteam die Sicht „derer, die da was gegen Extremismus machen“, als Ursache für den Ausschluss der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher. Darüber hinaus erscheint die Definition des Problems als „Extremismus“ dem Mobilen Beratungsteam aber auch im konzeptionellen Bereich problematisch. „Was wir immer noch kritisch anmerken, ist halt, dass es, dass wir doch alle einer Meinung sind und in den Arbeitsschwerpunkten in den Protokollen oder überhaupt in den Sitzungen ja auch wissen, dass der Arbeitsschwerpunkt Rechtsextremismus ist, aber dass es hier eben Extremismus heißen muss, ne? Und wir immer mal anmahnen und sagen: ‚Ja, man sollte doch das Problem so konkret wie möglich benennen, wenn man Konzepte dagegen macht‘, ne?“ Stattdessen „treibt [das] dann zum Teil so 'ne Blüten, wie uns das in [der Gemeinde B2] begegnet ist, dass die Leute, wenn man was – also auch zu dieser Bürgerinitiative dort – wenn man was gegen Rechtsextremismus macht, muss man auch was gegen Linksextremismus machen. Und ich mein', der ist uns zum Beispiel in [der Gemeinde B2] nicht begegnet, ne? Aber so, so paradox wird das dann und dann kommen sie mit ihrem Hufeisenmodell, ne? Die Ränder, die sind so gebogen, und der rechte und der linke Rand, die begegnen sich doch, das ist doch alles gleichwertig“.

In der Beschreibung der Schwierigkeiten, die das Mobile Beratungsteam hat, die Probleme des Extremismusbegriffs zu vermitteln, fällt auf, dass die Interviewees selbst ausschließlich von „Rechtsextremismus“ sprechen. Zwar ist das Hauptproblem, dass sie mit dem Extremismusbegriff haben, der Ausschluss von Betroffenen und aktiven Gegenkräften der Nazistrukturen in der Region von den Informations- und Kooperationsmöglichkeiten, die in der kommunalen Struktur gegeben sind. Zugleich beschreiben sie aber auch explizit den Ablenkungseffekt, der mit dieser Begriffswahl einhergeht, indem aus konkreten Problemlagen allgemeine, abstrakte werden, die auch gar nicht vorzufindenden Links- oder Ausländerextremismus mit einschließen. Und schließlich könnte sich angesichts der problematisierten Kon-

zentration auf jugendliche Nazis bzw. sich an Nazis orientierenden Jugendlichen auch eine Ablehnung des Extremismusbegriffs ergeben, der die Zuordnung des Problems an gesellschaftliche Randgruppen kritisiert. Die über die gleichsetzende Suche nach Linksextremismus hinausgehenden Problematisierungen durch das Mobile Beratungsteam machen die selbstverständliche Verwendung des Begriffs „Rechtsextremismus“ bei den Interviewees erklärungsbedürftig.

Die am nächsten liegende Hypothese zur Erklärung der Durchsetzung des Extremismusbegriffs in den Beschreibungen des Mobilen Beratungsteams ist dessen Durchsetzung im Rahmen der staatlichen Förderprogramme auf deren Grundlage das Beratungsangebot finanziert wird. Mit diesen Finanzierungsinstrumenten wird bereits ein Beschreibungsrahmen der konkreten Problemlagen vorgegeben. Das Mobile Beratungsteam passt sich hier ebenso den politischen Vorgaben an, wie etwa die kommunalpolitisch integrierte Initiative, wenn sie die Auseinandersetzung um den Extremismusbegriff als Streit um Worte abtut. (vgl. oben 3.2.B) Zwar kann das Mobile Beratungsteam die kommunalpolitischen Vorgaben kritisieren, die fordern die Auseinandersetzung mit Nazis zu einer Auseinandersetzung mit einem offenen Extremismus zu vergrößern. Diese Kritik behindert sich aber selbst, wenn sie durch die Rede vom „Rechtsextremismus“ schon bei Äußerung in wesentlichen Punkten wieder zurückgenommen wird.

Das bedeutet, auch beim Mobilen Beratungsteam existiert eine professionelle Beschränkung der Perspektive. Allerdings ist diese nicht wie bei den Angeboten der Jugendarbeit und Opferberatung konzeptionell bedingt. Die Beschränktheit der Perspektive ergibt sich aus den förderpolitischen Vorgaben einerseits und Grad und Art der von den Kommunalverwaltungen geleisteten Problematisierungen andererseits, an deren Stand sich die Beratungsangebote ausrichten. Als Partner zivilgesellschaftlicher Initiativen wirkt das Mobile Beratungsteam insofern vor allem, indem es Vermittlungsarbeit zwischen den Initiativen und der kommunalen Verwaltung leistet.

Eine solche Vermittlung wirkt aber in zwei Richtungen. Zum einen soll die Verwaltung dazu gebracht werden, Betroffene und ihre Initiativen wahr- und ernst zu nehmen, zum anderen wird damit aber die Beratung der Betroffeneninitiativen auf das Ziel einer Anerkennung durch andere Akteure ausgerichtet. Das produktive Konfliktpotential, für das zivilgesellschaftliches Engagement stehen kann, wird so abgeschwächt. Bei den beiden Initiativen betroffener Jugendlicher sind die Positionen aber so stark auf Anerkennung ausgerichtet und entsprechend abgeschwächt, dass sich für das Mobile Beratungsteam selbst bereits der Mangel dieser Ausrichtung zeigt. „[I]ch find' das ja 'n Vorrecht der Jugend aus meiner Sicht, dass man eben auch noch mal mit besonderen Methoden, mit vielleicht Nicht-so-an-irgendeinem-Sessel-kleben auch auf Dinge noch mal aufmerksam machen kann, [...] und da ist [man] mir sozusagen [...] zu sehr an der politischen Meinung des Landkreises und zu unkritisch dran. Also, da würde ich mir einfach, na ja, mehr Kritik auch an dem [wünschen] und nicht die Übernahme dieser Position so eins zu eins“. Entgegen eines solchen Wunsches besteht die konkrete Arbeit des Mobilen Beratungsteams aber in der Moderation von Konflikten – sowohl im Sinn der Organisation und Leitung von Diskussionsprozessen, als auch im zweiten wörtlichen Sinn einer Mäßigung.

Das Mobile Beratungsteam steht angesichts seiner integrativen Zielstellung immer in der Gefahr, schon das bloße Stattfinden von Gesprächen als ersten Schritt einer Anerkennung und damit als Erfolg zu interpretieren. Das zeigt sich deutlich am Beispiel einer überregional besuchten Demonstration Ende 2004 in der Kommune B, die sich gegen zwei Läden der Naziszene richtete. Die deutliche Differenz in der Bewertung der Demonstration zwischen den Betroffeneninitiativen und den kommunalpolitisch Etablierten (vgl. oben 2.3) legt es nahe, dass der Vermittlungsversuch des Mobilen Beratungsteams an diesem Punkt als gescheitert

angesehen werden muss. Nicht nur kam keine Einigung auf ein gemeinsames Vorgehen zustande, die Demonstration wurde von der Verwaltung trotz der expliziten Kooperationsangebote im Vorfeld als eine „Art Angriff“ interpretiert. Für die Anerkennung von im kommunalpolitischen Gefüge nicht etablierten Initiativen wurde nichts erreicht. Vielmehr sollte durch Verbotsverfügungen erreicht werden, dass die Demonstration möglichst gar nicht stattfindet.

Trotzdem lautet das Fazit des Mobilen Beratungsteams: *„Also, richtig gescheitert nicht. Was ich sehr schwierig fand, das ist die Frage – da ist kein Scheitern, sondern ich find’ das schon ’nen Erfolg – diese Demonstration, die ja bis heute Nachwirkungen hat [...]. Und unsere Rolle dort drin und unser Versuch darin dieses Anliegen zumindest auch, also erstmal das Anliegen überhaupt, ja? Und dass es diese Läden gibt und wen es da gibt und warum es wichtig ist im Sinne der rechtsextremen Strategie diese Läden [zu erhalten] und jungen Menschen ihre Angebote zu machen. Da weiter zu kommen mit Menschen, die die Demonstration mit unterstützen und so weiter oder auch mit den Veranstaltern letzten Endes. Das ist, glaub’ ich, nicht gescheitert, aber das war ’n sehr, sehr schwieriger Prozess, sag’ ich mal, ein sehr bürgerliches, abwehrendes, pauschal verurteilendes politisches Lager zusammen zu bringen mit jungen Menschen, die hier demonstrieren wollen“*. Dieses erstaunliche Resümee ist Folge der professionellen Perspektive, die eine langsame Sensibilisierung verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte anstrebt und deshalb jede gemeinsame Kommunikation als einen Erfolg begreifen kann. *„Ich finde, der Dialog hat in Ansätzen wenigstens stattgefunden und da würde ich sagen, das ist schon mal ’n Erfolg, dass sich Leute, die sich sonst auf den Hintern gucken oder auch sehr unangenehm über die Sache sprechen, hier an einem Tisch saßen und sich angeschaut haben und versucht haben und versuchen mussten durch unsere Moderation in der Sache zu diskutieren und ihre Standpunkte auszutauschen. Und so verstehe ich mich als Mobiler Berater, genau die politische Streitkultur und sich zuzuhören und auch was, das ich da jetzt sagte, also Grundrechte und Verteidigung von Grundrechten, und wo – ja, auch, wenn wir letzten Endes dieses Ziel [eines breiten Bündnisses, dass zu der Demonstration aufruft], wer immer es formuliert haben mag, nicht erreicht worden ist. Aber da gab es für uns punktuell neue Kooperationsbeziehungen – ich will es auch nicht Kooperationsbeziehungen nennen, sondern punktuelle Dialoge, die wir jetzt auch nicht mehr haben. Also, zur Jungen Union [...] und andere, die im Stadtrat sind, wo es jetzt gar nichts mehr gibt. Na, das war ’ne punktuelle Geschichte, war damit auch erschöpft, aber man weiß voneinander. Wenn man möchte, kann man den Kontakt auch wieder zueinander aufnehmen, sag’ ich immer.“*

Trotz der konzeptionellen Aufgeschlossenheit für zivilgesellschaftliche Initiativen und des Ziels einer Sensibilisierung für die Perspektiven von Betroffenen muss die Praxis politischer Beratung als eine Praxis verstanden werden, die auf die behördliche Arbeit ausgerichtet bleibt. Sie organisiert für diese einerseits Weiterbildungsangebote und will dabei andererseits zivilgesellschaftliche und Betroffenenperspektiven für die behördliche Arbeit zugänglich machen. Dabei steht das Mobile Beratungsteam immer in der Gefahr zum institutionalisierten Filter zwischen den beiden Seiten zu werden, die es einander vermitteln will. Für die Betroffeneninitiativen bedeutet das, dass das Mobile Beratungsteam ihnen das Gefühl gibt, in den kommunalen Entscheidungsprozessen eine Rolle zu spielen, die ihnen die Verwaltung weder zugesteht noch zugestehen will.

In der Verwaltung wiederum droht das Mobile Beratungsteam aufgrund seiner Vertretungsbemühungen dabei selbst mit einer Position identifiziert zu werden, die als „linksextrem“ gilt. Diesbezüglich deutet der Revierleiter der Polizei in der Kommune B an, es gäbe innerhalb der kommunalpolitisch organisierten Arbeitsstrukturen Personen, die grundsätzliche Konflikte mit der Polizei hätten. *„Auch in der Runde und das ist aber die Motivation, jetzt*



*auch 'ne Vermutung, die lasse ich auch mal so als meine Vermutung, dahinter steht halt einfach, halt generell was gegen die Staatsgewalt. Also, kommt selber aus der ganz linken Ecke.“*

### **3.3. Kommunale Einbindungsinstrumente**

A) STEUERUNGSGREMIUM, EXTREMISMUSBEAUFTRAGTER, ARBEITSEBENE: Bei der Darstellung der verschiedenen Initiativen und Angebote in Landkreis und Kommune B wurde bereits darauf hingewiesen, dass von Seiten der Verwaltung institutionelle Kooperationsformen etabliert wurden, die einerseits die behördliche Arbeit in dem Problemfeld aufeinander abstimmen sollen und andererseits dazu dienen, auch nicht-behördliche Elemente zu integrieren. Die Kooperation, die laut Aussage des Oberbürgermeisters *„sicherlich auch nicht umsonst auch teilweise als Modellprojekt gesehen“* werde, wird auf zwei Ebenen organisiert. Zum einen existiert ein Gremium aus den verschiedenen Leitungen der Behörden vor Ort. Über dieses Gremium erklärt der Extremismusbeauftragte, dass es *„rein behördlich ist, mit den Behördenleitern – Landrat, Polizeichef, Oberbürgermeister [der Kommune B], da haben vier sächsische Ministerien mitgewirkt für ein Jahr, so Anschubphase, und Verfassungsschutz, Regionalschulamt und dann ich halt als, sag' ich mal, Schnittstelle zwischen den beiden Ebenen, bin ich halt bei [dem Behördengremium] dabei und bei dieser Arbeits- und Organisationsebene“*. Das Verhältnis zwischen den beiden Ebenen klärt dabei schon die Bezeichnung des Behördengremiums. Namentlich wird ihm die Aufgabe der Steuerung zugeschrieben.

Der Anspruch auf Behördenebene, nicht nur die behördliche Arbeit, sondern auch die verschiedenen Initiativen und Angebote zu steuern, offenbart die behördliche Dominanz im Rahmen der Zusammenarbeit, auch wenn das Ansinnen der Steuerung nicht unwidersprochen bleibt. So formulierte das Mobile Beratungsteam eine Kritik *„bezogen auf das Prozedere Steuerungsgruppe-Arbeitsgruppe und auch Arbeitsaufträge, wo wir gesagt haben: ‚Also, warum sollen wir in dieser Massivität oder in diesem Wortlaut direkt Arbeitsaufträge eine[s] so genannten Steuerungs[gremiums] kriegen‘, ja? ‚Wir sind ein eingetragener Verein. Wir pochen auf unsere Selbstständigkeit. Wir haben festgeschriebene Arbeitansätze nach den Richtlinien des Bundesministeriums und eine eigene Trägerphilosophie‘ und so weiter.“* Doch eine solche Kritik vermag nichts an der grundsätzlichen Konstruktion der Zusammenarbeit zu ändern.

*„[A]uf der Behördenleiter-Ebene gibt's so 'nen engen Schulterschluss, Austausch von Lagebildern, regelmäßige Information und ich sage mal, auch Besprechen von Strategien.“* Das geschieht allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit im allgemeinen und der interessierten Öffentlichkeit der Vereine und Initiativen im besonderen, da die Behördenleiter *„intern tagen und immer 'n aktuelles Lagebild – also auch überwiegend, sag' ich mal, unter Strafverfolgungsblick und polizeilichem Blick, aber auch Verfassungsschutz-Blickwinkeln – das, was sie sagen dürfen und können dort in dieser abgeschotteten Runde kundtun“*. Diese Abschottung wird nur teilweise durch den Austausch mit den Verwaltungsspitzen betroffener Kommunen durchbrochen. *„Also, von [dem Steuerungsgremium] ist es ja schon so gedacht, dass sie auch an unterschiedliche Orte gehen. Ich kann also als Bürgermeister/Bürgermeisterin kann ich 'n Zeichen geben und kann sagen: ‚Ich will, dass [das Steuerungsgremium] mal bei mir tagt‘, ne? Und dann ist praktisch der gastgebende Bürgermeister auch einer, der sein Problem beschreiben kann“*.

Kontakt zu den Initiativen und Vereinen, aber auch der Arbeitsebene der je anderen Behörden hält das Leitungsgremium nur vermittelt über den Extremismusbeauftragten. Anders als im Fall der Kommune A ist der Extremismusbeauftragte jedoch weder mit der institutionellen Machtbefugnis, noch mit der persönlichen Autorität ausgestattet, die es ihm erlauben würde Konflikte in seiner Person zu lösen. Er fungiert in der Konstruktion der Kommune B vielmehr als Puffer zwischen Öffentlichkeit und Verwaltungsspitze. Wie schon der Leitungsanspruch



sorgt auch die Pufferfunktion des Extremismusbeauftragten für Unmut. So erklärt das Mobile Beratungsteam angesichts eines seiner Projekte: „Na, wenn sich [das Behördengremium] dafür interessiert, [...] ist es doch besser, wir stellen uns direkt in [dem Behördengremium] vor, wir stellen unser Projekt da vor, weil wir dieses, sag' ich mal, Filtern durch den Menschen [Name des Extremismusbeauftragten] – das war uns, also, wir haben [dem Extremismusbeauftragten] drei oder vier mal unser [Projekt] erklärt. Wenn diese Menschen da oben das wissen wollen, können sie uns direkt einladen und wir würden [das] lieber dort erklären, ne? Also, so was finden wir schwierig und da sind auch Informationsverluste da“.

Dass die Konstruktion der durch den Extremismusbeauftragten vermittelten Ebenen trotzdem funktioniert, hängt damit zusammen, dass die Erwartungen der je einen an die je andere Ebene sehr gering sind. Den Aktiven auf der Arbeitsebene geht es vor allem um die Unterstützung durch die behördliche Autorität, „dass wir als Mitglieder der [Arbeitsebene] Empfehlungen geben an dieses behördliche Gremium [...] Appelle, da wo sie was in die Öffentlichkeit tragen sollen, wo sie 'n Auftrag bekommen irgendwo Lobby zu machen, Anträge mit zu unterstützen und so weiter. Also, so ist das gedacht und so läuft das eben seit September 2005.“ Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang vor allem das Prestige, dass die Arbeit der Angebote vor Ort allein durch die Existenz des behördlichen Überbaus bekommt. „Wenn ich zu 'nem Bürgermeister hingehe und sage: ‚Da und da ist das Problem, wir müssen das irgendwie angehen und das reicht nicht bloß aus mit 'ner Schließung, sondern wir müssen da die Gemeinde sensibilisieren.‘ Wenn ich da jetzt hingehe und sage: ‚Das haben wir in der [kommunalen Arbeitsstruktur] besprochen‘, dann hat das 'n viel höheren Effekt, als wenn ich da nur als Jugendarbeiter hingehe und sage, so und so schätze ich das ein. Also, diese Lobbyarbeit hat sich verstärkt, was positiv ist, weil man dort einfach auch, man wird ernster genommen und die Ansichten von Jugendarbeitern und Sozialarbeitern werden einfach noch mehr und bewusster wahrgenommen. Das finde ich sehr positiv.“

Jedoch auch die Behördenleitungen versprechen sich etwas von der Arbeitsebene. Zum einen sind das Effekte der gegenseitigen Werbung für die Positionen der Behörden und der nicht behördlichen Initiativen und Angebote. In der Folge des so erzeugten besseren Verständnisses für die behördlichen Einschätzungen und Handlungsansätze einerseits und die Arbeitsbedingungen der nicht-behördlichen Angebote andererseits soll sowohl die Koordination zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Aktivitäten besser funktionieren, als auch die öffentliche Kritik am behördlichen Vorgehen abgefangen werden. „Häufig wird die Strategie ja doch getrennt gefahren“, erklärt der Oberbürgermeister die Besonderheit des Modells, „dass man sagt, die repressiven Kräfte müssen ihre Arbeit tun und die präventiven Kräfte machen ihrs, und man arbeitet so mehr oder weniger nebeneinander her. [Hier ist es so,] dass es auch dort noch mal so 'ne Verbindung gibt. Dass mittlerweile auch der einfache Streifenpolizist Verständnis dafür hat, weil er in der Arbeit mit drin ist, dass er zumindest, ich sage mal, im Thema mit drinsteht, dass er ein Gefühl dafür hat. Und dass der von der NGO, der vielleicht noch 'n bisschen extremer, noch nicht extremistisch aber extremer ist in seiner Ansicht, vielleicht auch für die Arbeit vom Streifenpolizisten an der einen oder anderen Stelle mal Verständnis hat. Und dass da auf der Arbeitsebene eben wirklich 'n Netzwerk sich entwickelt hat, wo, ich sage mal, wo das Ziel für alle klar ist. Dem Ziel sind alle verpflichtet, aber ich sage jetzt mal, auch nicht künstliche Fronten aufgebaut werden. [...] Das kann nicht konfliktfrei funktionieren, aber Schlüssel für die Lösung ist aus meiner Sicht wirklich einerseits zusammen zu sitzen und dem gemeinsamen Ziel verpflichtet zu sein. Und wenn 's mal unterschiedliche Meinungen gibt, dann nicht auseinander zu gehen und möglichst noch in der Öffentlichkeit den ein oder anderen als Idioten hinzustellen, weil der, ich sage mal, so und der andere vielleicht so reagiert hat, sondern dass man wirklich sich dem Ziel verpflichtet weiß und sagt: ‚Unser Ziel

*ist doch den Rechtsextremismus in dieser Region zu begrenzen und langfristig auch zu reduzieren. Das ist unser gemeinsames Ziel.’ “*

Als ein weiteres behördliches Ziel, das in den Gesprächen allerdings weniger präsent war, beschreibt der Revierleiter der Kommune B die behördliche Informationsgewinnung: *„Ich bekomme mit, was sonst noch passiert, was mir so sonst eigentlich nicht zu Ohren kommt. Manchmal sind auch Randinformationen, die mit Rechtsextremismus wenig zutun haben, aber die eigentlich für uns als Polizei – ja, was Kinder von Mittelschulen [...] mit Softair-Waffen machen [...]. Das ist natürlich auch ’ne sensible Information für uns als Polizei da, manchmal sind solche Dinge auch ’n Einstieg. Aus Langeweile irgendwelche Kriegsspielchen machen.“*

Das gelingt umso besser, da der Austausch von Informationen der Hauptbestandteil der regelmäßigen Arbeitstreffen ist. *„[E]s sitzen viele dort, die sehr wenig sagen und die aber Informationen bekommen. Und was die mit den Informationen machen, das erschließt sich uns nicht, aber die sind natürlich wichtig vielleicht um, dass ein Schulleiter auf bestimmte Sachen reagieren kann. [...] Aber ansonsten ist es ein sehr enges Prozedere, diese Arbeitsgruppensitzungen [...] mit Lagebericht Staatsschutz – da gibt es kaum Nachfragen dazu, das erschöpft sich sehr schnell [...] – es gibt den Protokollabgleich. Das ist einfach nur Information, ’ne Informationsbörse letzten Endes.“* Dieser reine Informationsaustausch ist allerdings vielen der an praktischen Angeboten Arbeitenden zu wenig. *„Ich denke, was dort auch noch mal verstärkt werden sollte, ist auch die Diskussion, das Gespräch. Also, nicht bloß Informationen weiterzugeben, ich sag’ mal, wir sitzen ja alle an einem Tisch um gewisse Standpunkte oder gewisse Strategien auch mit zu entwickeln oder einfach nur zu diskutieren. Und ich denke, das ist einfach dort noch zu wenig, das muss dringend verstärkt werden“.*

B) KONFLIKTEBENEN UND ABHÄNGIGKEITEN: Schon der reine Informationsaustausch birgt reichlich Konfliktstoff. Vor allem zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den professionellen Angeboten offenbart sich hier ein deutlicher Gegensatz. So fordern die für ihre Angebote auf Beziehungsarbeit und Vertrauen ihrer Klientel angewiesenen Professionellen ein Verständnis ihrer Lage von der Polizei, *„dass wir halt keine ordnungspolitische Behörde sind [...] Wo dann einfach auch Hemmschwellen sind, also, man kriegt dann immer irgendwelche Polizisten vorgesetzt, wo dann einfach keine persönliche Beziehung und auch das Verständnis einfach etwas fehlt. [...] Also, es ist keine Gesprächsatmosphäre mehr, ist halt einfach nur noch so ’n Abgleich von Informationen, was ich schade finde, also man sollte schon den persönlichen Kontakt einfach auch dazu haben.“*

Zugleich ist es die Zurückhaltung von Informationen, die für die Polizei ein Problem darstellt, weil auf dieser Seite – wie hier vom Revierleiter – befürchtet wird, der Informationsvorsprung anderer könne als Ermittlungsversagen gedeutet werden. *„Also, ganz konkret hab’ ich’s nicht erlebt, jetzt noch nicht erlebt, aber es gibt wohl einige Punkte, wo dann auch versucht wird, Dinge [...] der Polizei in die Schuhe zu schieben. Einfach der Punkt, wo wir dann auch [sagen:] ‚Wir haben euch die Hand gereicht und ihr hattet Informationen. Ihr habt uns nicht informiert und wir konnten nicht reagieren.‘ Also, das ist einfach dieser Punkt dann zu sagen: ‚Also, eigentlich hättet ihr es ja wissen müssen, ätsch, ätsch, wir waren schneller oder wir waren besser informiert.‘ Und das ist was, was jetzt unakzeptabel ist.“*

Doch nicht nur der Informationshunger der Behörden bleibt oft ungestillt. Auch das Informationsbedürfnis auf Seiten der professionellen Angebote kann enttäuscht werden. *„[E]s gibt Personalienfeststellung und die Polizei sagt das – und [ist nicht bereit auch] zu sagen: Wie ist denn nun der Altersdurchschnitt in diesem Jugendclub und wie ist denn der Anteil derjenigen, die wirklich aus dem [Landkreis B] kommen? Also, wo ich sage, ich als Politikwissenschaftler oder als Berater, find’ ich einige Detailinformationen noch mal interessant für das Bild Rechtsextremismus oder für meine sozialpädagogische oder sonstige Arbeit. Also, wer lässt*

*sich einbinden? Sind das schon 14-/15-Jährige, die zu solchen Konzerten oder Veranstaltungen fahren dürfen oder nicht? Wirkt da die Rekrutierung oder nicht? Und wie viel ist die Mobilisierung auch über den Landkreis oder über den Freistaat Sachsen hinaus? Ich kann doch bestimmte Sachen interpretieren und ablesen. Aber das sind wir, die diese Fragen stellen und wo einige schon denken: „Da fragt da schon wieder jetzt das Mobile Beratungsteam!“* Bei Vorwürfen dieser Art beruft sich der Revierleiter neben den Beschuldigtenrechten auch auf seine subalterne Stellung im Gefüge der Strafverfolgungsbehörden. Ein „Staatsanwalt hat nun mal die Herrschaft über das Verfahren und wenn er sich Informationen vorbehält, dann macht sich mein Beamter oder ich mich strafbar, wenn ich dann Informationen rausgebe“.

Die Sensibilität, mit der alle Beteiligten auf die Wahrung ihrer spezifischen Informationsbestände und Informationsinteressen achten, macht die damit verbundenen Fragen zum entscheidenden Kriterium für Vertrauensverhältnisse unter den Kooperierenden. Das betonen alle auf der praktischen Arbeitsebene miteinander verkehrenden Interviewees. Durch die den Informationsfluss betreffenden Konflikte werden aber nicht nur die Diskussionen über eine gemeinsame Strategie der Kooperierenden erschwert. Auch die öffentliche Auseinandersetzung wird durch die Verteilung von Informationen beeinflusst. Das Ziel des Oberbürgermeisters, dass Konflikte intern statt öffentlich ausgetragen werden, wird durch die Integration gegensätzlicher Interessenlagen in einer gemeinsamen Arbeitsstruktur befördert. Öffentliche Kritik kann sich unter den Bedingungen, nach denen Vertrauen gewährt wird, nicht mehr auf Informationen beziehen, die eine Seite als sensibel eingestuft hat. Kritisierbar ist damit potentiell nur noch, was ohnehin im öffentlichen Rahmen stattfindet. „Wenn man zum Beispiel merkt auf 'ner Veranstaltung, das hat überhaupt nicht funktioniert oder hier gab's Defizite, dann kann man ja das auch sagen, ne? Das, denke ich, das hat nicht unbedingt was mit Vertrauensbruch zu tun. Also, 'ne öffentliche Kritik – anders wäre es, wenn uns die Polizei mal Hinweise gibt und sagt: ‚Aber bitte nur für euch.‘ Und wir würden das den nächsten Tag in die Zeitung schreiben. Das ist 'n Vertrauensbruch, aber Kritik – Kritik ist ja, also ich finde es gut, kritisiert zu werden und auch selbst kritisieren zu können. Das ist nicht böse gemeint, das kann ja den anderen nur auf was hinweisen.“

Das so geäußerte Lob öffentlicher Kritik der kommunalpolitisch integrierten Initiative enthält schon die Merkmale gelungener Integration. Die Auseinandersetzung wird grundsätzlich als eine Auseinandersetzung unter Partnern begriffen, für die andere als öffentliche Formen gewählt werden. „[W]ir kritisieren nicht mehr soviel, mit Sicherheit bzw. nicht mehr alles über die Öffentlichkeit“ (vgl. auch oben 3.2.B). Dabei gab es nicht nur vor, sondern auch nach der Etablierung der kommunalen Arbeitsstrukturen Erfahrungen, die belegen, dass öffentliche Kritik das behördliche Handeln positiv beeinflussen konnte. So beschreibt das Mobile Beratungsteam seine Arbeit zu den Nazikonzerten im Landkreis als „Konfrontation“ mit den Behörden. Die Konfrontation bestand darin „nachzufragen innerhalb der [Arbeitsstruktur] oder sonst wie und aber auch letzten Endes die Zeitung einzubeziehen, und zwar hier die [Lokalzeitung], ist das, was vielleicht, wenn ich jetzt Behördenvertreter wäre, für mich auch unliebsam wäre, weil da jemand sehr kritisch drauf guckt. Na ja, welche Möglichkeiten hat die Versammlungsbehörde in einer allgemeinen Verbotsverfügung, welche Möglichkeiten hat die Polizei, wenn da und da die Ausgangssituation gegeben ist? [...] Interessanterweise fand man nie 'ne polizeiliche Nachricht zu den Konzerten. Das widerspricht ja genau dem, was ich zu Anfang sagte, dass wir hier ein Gremium haben, was sich öffentlich darstellt, also, sagt, man darf ein Problem öffentlich benennen, aber seltsamer Weise sind die Konzerte doch nie in dem Sinne öffentlich benannt worden, dass jemand in der [Lokalzeitung] darüber gesprochen hat. [...] Und siehe da interessanterweise war auf einmal dann doch irgendwann [...] eine Auflösung eines Konzertes möglich. Was vier Jahre, fünf Jahre nicht möglich war. Plötzlich gab's auf ein-

*mal eine Woche später eine allgemeine Verfügung, ein Konzertverbot für den gesamten [Landkreis B]“.*

Trotz des positiven Tenors, in dem das Beispiel vorgetragen wird, zeigt es implizit doch auch, wie wenig selbstverständlich die öffentliche Auseinandersetzung um die Entwicklung der Naziszene und Strategien gegen sie ist. Immerhin dauerte es nicht nur vier bis fünf Jahre, bis sich das behördliche Vorgehen änderte. Es dauerte auch genauso lange bis über Nazikonzerte, deren Durchführung in der Region kein Geheimnis war, öffentlich berichtet wurde.

Die kommunal organisierten Arbeitsstrukturen mit ihrer Trennung der Leitungs- und Arbeitsebene sind wenig geeignet etwas daran zu ändern, dass öffentliche Auseinandersetzungen und auch Konfrontationen zur Normalität werden. Das liegt zum einen an einem behördlichen Verständnis aus dem heraus Kritik ein Kennzeichen dafür ist, dass wer Kritik äußert *„extremer, noch nicht extremistisch aber extremer ist in seiner Ansicht“*. Zum anderen liegt es aber auch an den Mitgliedern der Arbeitsebene, die der Konfrontation aus dem Weg gehen und auf die Anerkennung durch die Verwaltungsspitze setzen. *„[B]ezogen auf die erste gemeinsame Sitzung der [Steuerungsebene] mit der [Arbeitsebene] nach über einem Jahr [...] beispielsweise stand zu einer Abstimmung, ob wir denn als [Arbeitsebene] dafür sind, dass sich die bis dahin anwesenden, in [dem Steuerungsgremium] anwesenden Ministerialbeamten, zurückziehen. Die hatten sich aber schon zurückgezogen, weil die [Steuerungsebene] das für sich entschieden hatte. Und trotzdem – wie demokratisch, ich finde das zynisch – wir bekommen im Nachhinein, aber überhaupt nicht mehr, jetzt die Möglichkeit diesen Rückzug der Ministeriumsbeamten aus Dresden für richtig zu halten, da zuzustimmen oder nicht. Daraufhin haben wir natürlich aufmerksam gemacht und wir haben dagegen gestimmt [...] Und da haben wir gemerkt: Keine Unterstützung aus der [Arbeitsstruktur], der so genannten Basis, mit der wir kooperieren [...], keiner hat uns beigestanden, es war 'ne völlige Minderheitenposition. Und es war ein demokratisches Artilleriefeuer vom Landrat, vom Oberbürgermeister, von der Polizei gegen uns! Ich dachte: Ja, genau. Das sind interessante Runden um zu gucken, wie weit ist denn Kritikfähigkeit, Streitkultur und auch das Miteinander dieser Kooperationspartner, [kommunalpolitisch integrierte Initiative] und so weiter, [Opferberatung] auch mit uns – wer stärkt uns in einer Position den Rücken, aber nicht weil er uns schätzt, sondern weil er auch tatsächlich unsere inhaltliche Position teilt. Und wer hat aufgrund der Atmosphäre einer großen, lauten, tiefen Stimme des hiesigen Landrates und Oberbürgermeisters auch den Arsch in der Hose, in dieser großen Runde mit über 45 Personen auch was zu sagen?! Hoch spannend. Und letzten Endes stand das [...] Mobile Beratungsteam alleine da. [...] Und da entscheidet sich vieles. Und da mache ich dann aber auch diese Fragen auf, wie tief Partnerschaft und Streitkultur letzten Endes gehen und Abhängigkeiten gehen, die wir nicht haben!“*

Allerdings relativiert der Hinweis auf die bestehenden Abhängigkeiten die Kritik an der Initiative und den anderen professionellen Angeboten wieder. Schließlich haben die Betroffeneninitiativen gar keine Möglichkeit, sich in diesen Runden, von denen sie von vornherein ausgeschlossen sind, im Sinne ihrer auch öffentlich geäußerten Kritik zu äußern.

Der Austausch von Informationen, der zwischen den Initiativen und professionellen Angeboten jenseits des offiziellen Rahmens ohnehin stattfindet, und der Prestigegewinn gegenüber Dritten sind aber nicht die einzigen Vorteile, die eine Teilnahme an den kommunal organisierten Arbeitsstrukturen mit sich bringt. Innerhalb dieser Runden werden auch Probleme bei der Finanzierung der einzelnen Angebote diskutiert und der Leitungsebene Förderungsvorschläge unterbreitet. In dem Maße, in dem die kommunale Säule der Bundesförderung auch im Landkreis B greift, muss davon ausgegangen werden, dass die Bedeutung der kommunalen Arbeitsstruktur als Finanzierungs- und damit Disziplinierungsinstrument noch steigt.

Trotz der kommunal etablierten Kooperationsstrukturen findet die eigentliche Zusammenarbeit zwischen Behörden, professionellen Angeboten und Initiativen nicht innerhalb dieser Struktur statt, sondern in kleineren, thematisch ausgerichteten Kooperationen, die sich an konkret definierten Problemen oder Aufgaben bilden. Diese Kooperationen werden teilweise, aber nicht ausschließlich im Rahmen der kommunal organisierten Arbeitstreffen ins Leben gerufen. Teilweise existieren sogar Parallelstrukturen zur kommunalen Arbeitsebene, die nur der Verständigung praktisch agierender Kräfte dienen. Ein Beispiel ist eine von der kommunalpolitisch integrierten Initiative organisierte „*Kommunikationsfläche [...] mit Polizei und Sozialarbeit. Dort setzen wir regelmäßig, ich sag' mal, siebenmal im Jahr die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des [Landkreises B] an einen Tisch, das sind für uns Partner. Und reden in 'nem geschützten Raum, also, es kommt keine Presse dazu und alles, was gesagt wird, bleibt auch da, über Probleme in Bezug auf den Rechtsextremismus – auch über Probleme, die wir uns vielleicht mitunter selber machen.*“ Und das Jugendamt ergänzt, „*das ist sozusagen eine Art, na ja, Weiterbildung. Wir laden dann immer so Referenten ein, das sind meistens irgendwelche Professoren, Experten, die sich eben mit dem Thema Rechtsextremismus, Jugendarbeit und diesen ganzen Dingen oder wie ich damit umgehe, wie kann ich agieren, wie kann ich jetzt Argumente rüberbringen, die praktisch diese Sozialarbeiter da schulen.*“

### **3.4. Handlungsansätze**

Auch wenn die einzelnen professionellen Angebote und Initiativen mit ihrer jeweiligen Arbeit verschiedene Schwerpunkte setzen, werden die grundsätzlichen Ansätze als so kompatibel angesehen, dass die Abgrenzung der jeweils beanspruchten Arbeitsfelder gegeneinander ein eigenes Problem darstellt, auf dessen Einhaltung vor allem die professionellen Angebote drängten. „*Also, ich denke, wo noch Reserven sind, dass man sich besser abstimmen kann, wer welche Arbeitsschwerpunkte hat. Also, wir sind immer der Meinung, das ist nicht so doll, wenn Leute sagen: ‚Wir können alles.‘ Sondern es ist besser zu sagen: ‚Also, meine Stärken sind die und die, ne? Also, wir [als Mobiles Beratungsteam] zum Beispiel sind eher so für Multiplikatoren oder eben wirklich für Beratungsprozesse geeignet und dann gibt's eben Leute, die gehen in Schulen und können mit Schülerinnen und Schülern auch ganz konkrete Projekttag machen, [...] Also, dass sich jeder sozusagen auf seine Stärken besinnt oder die auch richtig beschreibt, ne? Es gab hier lange Zeit auch viele Diskussionen darüber, dass alle möglichen Leute gesagt haben: ‚Wir machen Ausstieg.‘ Oder: ‚Wir machen Opferberatung, ne? Ich denke, da gibt's einfach Vereine, Initiativen, die das gut können, die das fachlich auch gut machen und denen sollte man das auch lassen und da eher verweisen.*“

Das Problem der gegenseitigen Abgrenzung und vor allem die Begründung für deren Notwendigkeit – die Wahrung professioneller Standards – demonstrieren den breiten Konsens bezüglich der im Folgenden zusammengefassten Handlungsansätze (zivilgesellschaftliche Aktivierung, Repression, Aufklärung und Stärkung einer Gegenkultur, die sich gegen die Nazisene richtet). Der Konsens, dass diese Handlungsansätze im Grunde richtig sind, wenn auch die Frage ihrer jeweiligen Gewichtung zwischen den Beteiligten teilweise unterschiedlich beantwortet wird, schließt auch die Betroffeneninitiativen und die Behörden ein.

A) ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTIVIERUNGEN: Bereits anlässlich der Beschreibung der professionellen Angebote der Mobilen Beratung (vgl. 3.2.c.c) und der aufsuchenden Jugendarbeit (vgl. 3.2.c.a) wurde auf die Bestrebungen, aber auch Schwierigkeiten der beiden Projekte hingewiesen, eine aktivierende Gemeinwesenarbeit zu befördern. Doch auch von Seiten der kommunalen Verwaltungen wird auf zivilgesellschaftliche Konfliktlösungsmechanismen gesetzt. Allerdings ebenfalls mit großen Schwierigkeiten. So wird von der Behördenseite von einem Runden Tisch berichtet, der in der Gemeinde B10 eingerichtet wurde, nachdem sich eine in der Gemeinde seit Jahren von massiver rassistischer Diskriminierung und entsprechenden

Übergriffen betroffene Familie an die Opferberatung gewandt hatte. „[D]er Mann praktisch der Familie ist mal zu Wort gekommen dort [im Stadtrat] und da gibt's auch jetzt 'nen Runden Tisch, wo praktisch der Pfarrer und einige Beteiligte dort vom Ort, dass man praktisch dort die Situation für die Familie 'n bisschen bessert. Oder auch die Verbindung zu den Anwohnern dort, die problematisch war, da bisschen entspannt.“ Diese Entwicklung sei durch das Steuerungsgremium, „also durch unsere Arbeitsebene Extremismus“, zustande gekommen. Die Probleme bei diesem Runden Tisch beschreibt aber weder die eben zitierte Vertreterin des Jugendamtes, noch der Extremismusbeauftragte. Dabei zeigt das Beispiel, so wie es die Opferberatung darstellt, wie schwierig es ist, in einem vom Rassismus geprägten Gemeinwesen, Rassismus mit Runden Tischen zu bekämpfen: „[D]a gibt es auch dort 'nen Jugendclub, der eher so eben der rechten Szene zugeordnet wird, aber, ja, aber die sagen: ‚Nein, wir sind das nicht.‘ Die Jugendlichen sind auch immer dabei. Und bei diesem Runden Tisch, da waren wohl so ungefähr auch 20 Leute. Das ist ja schon erstmal gut, die da was machen wollten. Also, sie sagen aber auch, also, so Fazit war eben, dass die Familie sich doch besser dort in die Gemeinde integrieren sollte. Aber die können natürlich, also, das ist natürlich 'n bisschen arg – also sollen die jetzt überall in irgendwelche Vereine gehen und dort ständig überall mitmachen? Was eigentlich ja wohl auch nicht gewollt ist“. Offenbar besteht bei der Aktivierung zivilgesellschaftlicher Strukturen immer auch die Gefahr, dass der Bock zum Gärtner gemacht wird.

Diese Gefahr ist vor allem dann gegeben, wenn alle Teile eines Gemeinwesens gegen ein bestehendes Problem gemeinsam vorgehen sollen, statt dass durch die Bildung einzelner Gruppen, die sich aus einer eigenen Motivation heraus mit dem Problem auseinandersetzen, Problematisierungen und Konflikte initiiert werden. Dieses Modell zivilgesellschaftlicher Aktivierung ist aber in den untersuchten Strukturen kaum präsent. Aufgrund eines Selbstverständnisses etwa des Oberbürgermeisters der Kommune B, das auf Integration und Konsens zielt, müssen solche Ansätze in ihrer Wirksamkeit unterbewertet bleiben. Das zeigt sich am Beispiel der Naziläden, gegen deren Existenz in der Kommune B sich die bereits angesprochenen Demonstrationen richteten. Während diese Demonstrationen als Resultat der Aktivitäten von externen bzw. Randgruppen gedeutet wurden, erklärt der Oberbürgermeister die mangelnde innerkommunale Thematisierung mit den begrenzten Handlungsmöglichkeiten kommunaler Behörden. „Und ich sage mal, dass zum Beispiel in der Zivilgesellschaft Informationen über die Läden sind, dass wir von Seiten der Behörden sehr intensiv kontrollieren – Gewerberecht-Einhaltung, sonstige Sachen – gibt es im Moment keinerlei Anhaltspunkte, [...] was die Zuverlässigkeit anbetrifft und sonstige Sachen, nichts, wo man behördlich einschreiten kann. Das Sortiment ist mehrfach geprüft worden, ist nichts gefunden worden und die übergroße Anzahl der Bürger ächten den Laden und gehen da nicht hin, weil sie die Klamotten auch nicht anziehen und interessieren. Und diejenigen, die den Laden vor Ort benutzen und offenkundig mit ihrem Umsatz auch dazu beitragen, dass es lohnenswert ist so 'n Geschäft zu machen – wenn sie das Angebot nicht in dem Laden hätten, würden sie die Klamotten – die man so oder so empfinden kann – die holen sie aus dem Internet oder würden sie sich sozusagen an anderen Stellen diese beschaffen. Also, mir ist für das Thema Läden noch keine gescheite Idee gekommen, wie man zivilgesellschaftlich dort dagegen vorgehen kann, außer dass man sich da mal hinstellen kann, 'ne Aktion oder ‚Wir zeigen euch den Rücken!‘ und so – solche Sachen kann man schon mal machen, aber das ist eher 'ne plakative Geschichte und ist nicht wirklich wirksam nach meiner Überzeugung um den Ladenbetreiber dazu zu bringen den Laden zu schließen.“

Wie die Erfahrung im ähnlich gelagerten Fall der Kommune A zeigt, mag hier die Wirkung öffentlicher Proteste gegen kommerzielle Unternehmungen der Naziszene unterschätzt werden. Auf jeden Fall unterschätzt, wird aber die qualitative Wirkung einer aktiven Auseinandersetzung mit der Problemlage in der Kommune auf die Aktiven. Wie ebenfalls die Erfah-

rung in der Kommune A zeigt, liegt die Wirkung eines zivilgesellschaftlichen Handelns vor allem im Bereich der Thematisierung und Polarisierung in der Gesamtbevölkerung. Deren Positionierung wiederum kann durchaus einen merklichen Einfluss auf die Geschäfte eines Naziladens haben, wenn etwa Eltern auf Kinder und Jugendliche einwirken, dort kein Geld auszugeben. Doch auch die kommunalpolitisch integrierte Initiative steht solchen Möglichkeiten skeptisch gegenüber. *„Da sind die Kräfte wahrscheinlich nicht stark genug, also, ich glaube nicht, dass wir das vor Ort – also, sicherlich, man könnte, wir könnten jetzt total auf die Läden abzielen. Man könnte da ’ne Kampagne drum rum bauen, aber so wir auch als Verein, wir müssten dann andere Sachen weglassen, machen wir halt keine Kulturveranstaltungen mehr, weil so was kostet ja alles Kraft. Dann machen wir keine Gedenkstättenfahrten mehr, dann – also, unser Fokus liegt momentan eben nicht auf den Läden. Das kann man gut oder nicht gut finden, ich kann das nur so sagen. Wir haben die Läden zwar im Blick, aber planen nicht an Aktionen jetzt gerade rum.“*

B) REPRESSION: Da die Aktivierung der Gemeinwesen offenkundig nicht auf die Entwicklung selbständiger Initiativen abzielt, liegt es nahe zu vermuten, dass eine behördliche, vor allem auf Repression ausgerichtete Perspektive zur Lösung von Problemen bevorzugt wird. Und in der Tat überwiegt innerhalb der kommunal organisierten Arbeitsstrukturen ein polizeilicher Blick. Auf der Arbeitsebene bedeutet das für den Arbeitsablauf, *„es beginnt jedes Mal die Strafverfolgungsbehörde, also wie ich sagte, der Blick auf Rechtsextremismus oder Extremismus durch eine Behörde. Ja, Propagandadelikte, Gewalttaten. Ja, wir hatten seit – keine Gewalttat, keine Straftat, drei Propagandadelikte. Ende des Berichts, des Lageberichts des Staatsschutzes.“* Und auf der Leitungsebene verschärft sich dieser Zugang noch. Das Behördengremium verschafft sich sein Lagebild *„also auch überwiegend, sag’ ich mal, unter Strafverfolgungsblick und polizeilichem Blick, aber auch Verfassungsschutz-Blickwinkeln“*.

Ein Grund für das Ausgehen von der polizeilichen Lage ist ohne Zweifel, dass eine Welle von Gewalttaten mit den Ausschlag gegeben hatte, die kommunal organisierten Arbeitsstrukturen zu etablieren und dass die polizeilichen Maßnahmen als Grundlage gesehen werden den Übergriffen von Nazis Herr zu werden. So erklärt der Extremismusbeauftragte: *„Also, die Repression hat auf jeden Fall dazu geführt, dass sie [lies: die Nazis] nicht mehr so offen agieren und ich denke, auch so offene Gewalt zurückgegangen ist ’n Stück. Es gibt natürlich weiterhin noch Gewaltdelikte, aber sie sind zurückgegangen.“* Und der Revierleiter beschreibt, dass infolgedessen *„die Neigung wegzugucken deutlich geringer geworden ist, dass man sich sicherlich auch aufgrund der Tatsache, dass die Polizei zu dem Thema gerade hier im Landkreis sehr sensibilisiert ist. Und, ja, doch schon die Fühler, wenn das Thema kommt, schon ’n bisschen die Antennen einfach empfindlicher sind. Das muss man einfach sagen, das ist so. Und dadurch einfach auch ’n Stück weit den Leuten signalisiert wurde: ‚Ihr könnt euch mit dem Thema auseinandersetzen – ihr braucht keine Angst haben.‘ Das ist rüber gekommen, die Botschaft, dass also Dinge auch mit aller Konsequenz dann verfolgt werden, wenn’s zu Übergriffen kommt.“* Trotzdem gilt für die Aktivitäten aller Initiativen immer noch, *„wir haben ja diesen Ärger, dass wir eben alle Veranstaltungen von ’ner Buchlesung bis zum Konzert mit Security und Polizeischutz machen müssen.“*

Die Kehrseite der Konzentration auf die Repression, die erst die Grundvoraussetzungen für andere Aktivitäten schuf, ist, dass der Rückgang an Gewalttaten zum Kriterium erfolgreicher Arbeit wurde. Die damit einhergehende Gefahr, dass die Auseinandersetzung mit den Nazistrukturen abbricht, wird allerdings reflektiert. So warnt der Oberbürgermeister der Kommune B eindringlich: *„Leute, hier müssen wir aufpassen – es ist nicht damit getan, dass wir jetzt mal über – ja, schon doch geraume Zeit auch keine ernstzunehmenden Gewaltangriffe und so weiter mehr haben, da haben wir unser Problem nicht weg. Und jetzt sind ’s vielleicht die lieben Jungs, die sich um unser Problem vor Ort kümmern, sondern wir müssen immer wieder*

*deutlich machen, im Kern haben sie, ob's nun der Einzelne, der da sitzt, so intensiv verfolgt oder nicht, haben die ein ganz anderes Ziel und das ist sozusagen jetzt auch so 'ne Aufgabe, das immer wieder zu vermitteln. Nicht zuzulassen, dass mit dem Antrag im Stadtrat oder mit der Anfrage, wo er sich vielleicht mal um 'n Loch in 'ner Straße oder was weiß ich, kümmert, dass er da plötzlich an 'ner Stelle ist, wo man sagt: ‚Na, guckt, das ist ein feiner Kerl!‘ Und da ist er doch plötzlich nicht bloß wählbar, sondern Bestandteil unserer Zivilgesellschaft, ne? Also, das sind so die Geschichten, wo man auch aufpassen muss und was mich motiviert immer wieder an dem Thema auch intensiv dranzubleiben.“*

Doch mit einer solchen, über die reine Bekämpfung von Straf- und Gewalttaten hinausgehenden Aufmerksamkeit wandelt sich der Blick nur insofern als aus der Perspektive der Strafverfolgungsbehörden in eine Verfassungsschutzperspektive gewechselt wird. In dieser gilt es Gruppen auszumachen, die etwa unter dem Deckmantel kommunal-, sozial- oder jugendpolitischen Engagements das Ziel verfolgen, die bundesrepublikanische Ordnung zu untergraben. Das deutlich zu machen, ist auch das Problem, vor dem sich der Extremismusbeauftragte sieht. *„Also, 'n schönes Beispiel, eine Schrottsammlung letzten Freitag, die für einen Kindergarten stattfinden sollte [...]. Wer soll das noch erkennen? Und wie will ich dort argumentieren? Ist es schlimm, dem Kindergarten was zu spenden? Ist aber ganz verwerflich! Das verschärft es schon. Oder eben diese Änderung in der Kleidung etc., wie viele Lehrer, die nun irgendwann mal verstanden hatten, dass [...] 88, 'n Hinweis sein könnte – wie will ich denen denn erklären, dass jemand mit bunten Haaren und 'nem Piercing, in Hiphop-Hosen vielleicht trotzdem 'n Rechtsextremist ist. Also, das sind Dinge, die das verschärfen, die das schwierig machen sensibel zu sein. Die aber auch 'n positiven Aspekt wieder zu lassen, [...] wenn ich's eben nicht mehr am T-Shirt erkenne, dann muss ich da auch mit den Leuten reden.“* Doch um dieses Ziel einer allgemeinen Auseinandersetzung mit Nazis, ihren Strukturen und vor allem ihrer Weltanschauung zu erreichen, ist sowohl der Blick der Strafverfolgungs- als auch der Verfassungsschutzbehörden unzureichend. In diesem Zusammenhang geht es eben nicht mehr nur um organisatorische Zusammenhänge, sondern um Überzeugungen, die weit über die explizite Naziszene hinausreichen.

c) AUFKLÄRUNG: Die Auseinandersetzung mit den alltäglichen Überzeugungen zu leisten versucht eine Vielzahl einzelner Projekte, die grob auf zwei Ebenen ansetzen. Zum einen wird versucht direkt auf die Überzeugungen der Bevölkerung einzuwirken, zum anderen werden vielfältige Angebote für Personen angeboten, die aufgrund ihrer Position meinungsbildend wirken. Zentrales Element der Meinungsbildung in der Breite ist eine starke Pressearbeit, an der sich vor allem die Verwaltung und die Initiativen beteiligen. So berichtet die Lokalpresse inzwischen regelmäßig über Veranstaltungen und Ausstellungen, die von den verschiedenen Initiativen und Angeboten in wechselnden Kooperationen organisiert werden. Dabei bezieht auch regelmäßig die Verwaltungsspitze mit öffentlichen und veröffentlichten Äußerungen für Demokratie und gegen Extremismus Position.

Hinzu kommt aber auch noch ein direkt aus der Verwaltung der Kommune B heraus mit – laut Aussage des Extremismusbeauftragten – *„95 Prozent“* ehrenamtlicher Unterstützung produziertes Faltblatt, das unregelmäßig im Abstand von mehreren Monaten erscheint und dessen Zielsetzung der Oberbürgermeister so umreißt: *„Wir wollen uns mit den Argumenten der NPD auseinandersetzen und das in schriftlicher Form in die Haushalte bringen. Und dort sozusagen mal auf die gängigen Themen der NPD in verständlicher Form Antworten geben, Informationen bringen, sozusagen durch These-Antithese auch deutlich machen, also, für den Bürger verständlich machen, was ist denn da gesagt worden und wie verhält es sich aus unserer Sicht tatsächlich.“* Dass dieser Ansatz die Gefahr in sich birgt, durch die Auseinandersetzung mit der NPD auch deren Argumentationsebene zu übernehmen, macht eine Kritik der Betroffeneninitiative an der dritten Ausgabe des Faltblatts deutliche. *„Also, es gab halt von der NPD*



dann 'ne Mitteilung auf ihrer Internetseite, [die Herausgebenden seien] ja gar nicht gegen Extremismus, die [sind] ja nur gegen uns, die haben das nur als Schein. Und darauf sind die dann eingegangen in ihren [Faltblättern] und haben gesagt: ‚Nee, nee, wir sind auch gegen Linksextremisten‘, und jetzt erklären wir mal den BürgerInnen, dass das nämlich alles die gleichen – Linke und Rechte – sind dieselben, die unterscheiden sich fast gar nicht, es geht gar nicht ums Individuum, geht allen nur um Gruppen – also, ‚n ganz toller Bericht da drin.“ Hier wirkt es sich sicher nachteilig aus, dass die quasi-amtlichen Faltblätter kein Medium sind, in dem über Fragen, wie die nach der Angemessenheit des Extremismusbegriffs, gestritten werden kann.

Damit ist das wahrscheinlich am weitesten reichende Instrument der Aufklärung der Bevölkerung mit einem Makel behaftet. Die anderen Aufklärungsformen – wie thematische Veranstaltungen und Ausstellungen – lassen die direkte Auseinandersetzung vor Ort zwar eher zu, erreichen in der Regel aber nur ein bereits interessiertes Publikum. Wobei einschränkend zu bemerken ist, dass durch die enge Kooperation auf der kommunalen Arbeitsebene oft eine Nutzung dieser Angebote durch Schulklassen erreicht wird. So berichtete der Extremismusbeauftragte von einer zum Zeitpunkt des Interviews gerade zu Ende gegangenen Ausstellung, „wo mehr Termine gewünscht waren, als zu schaffen waren. Wir hatten jetzt knapp hundert Gruppen – hundert waren in der Zeit möglich. Es waren teilweise fünf Zweistundenführungen am Tag und mehr geht dann einfach nicht, weil früh um fünf kommt noch niemand und abends um zehn kommt auch keine Gruppe mehr.“ Damit richteten sich diese Angebote vor allem an Jugendliche. Dafür spricht auch, dass andere Ausstellungen direkt in Schulen gezeigt wurden. Dass dies ein das Problem verkürzender Ansatz ist, wurde oben bereits ausführlich dargestellt.

Für die Schulen wiederum sind das Punkte, an denen sie ihr Engagement bezüglich des Problems relativ leicht verdeutlichen können, ohne dass Konsequenzen auf der Ebene des alltäglichen Umgangs in der Schule gezogen werden müssten. Ähnlich verhält es sich mit den Angeboten von Projekten mit Schulklassen, die von fast allen Befragten angeboten werden. Das Problem, das die Schulen in diesem Zusammenhang darstellen, ist einerseits ein Desinteresse an der Auseinandersetzung, andererseits die Fortsetzung der durch die Projekte gegebenen Anregungen im schulischen Alltag. (vgl. oben 1.4)

Dass auch die Forderung nach einer eigenständigen Aktivität der Lehrenden an den Schulen mit dem Problem belastet ist, das schon bei der Aktivierung der Gemeinwesen beschrieben wurde, dass nämlich beispielsweise rassistisches Gedankengut auch unter Lehrenden verbreitet ist, wurde in keinem der Interview thematisiert. Implizit zeigt sich aber das Problem daran, dass es bisher nur eine einzige Einladung eines Mitglieds der Initiative von rassistischer Diskriminierung Betroffener an eine Schule gab. „Das war eigentlich das Übliche, dass [...] ein mosambikanischer Bürger, der also schon lange hier in Deutschland lebt, über sein Heimatland erzählt hat und eigentlich so nach dem Motto: ‚Hier 'n Afrikaner und seht, das ist 'n ganz sympathischer Mensch!‘ {lacht} ‚Also, auch ein Mensch wie du und ich.‘ So diese Botschaft, na ja, was weiß ich, die Angst vor dem Fremden nehmen, so vor diesem Hintergrund.“

Diese sicherlich gut gemeinte aber trotzdem rassistische Festschreibung als Fremden, der nicht mit seinem Leben im Landkreis B identifiziert wird, sondern mit Afrika, trägt - verallgemeinert auf alle fremden Kulturen – auch das regelmäßige Ereignis mit der größten öffentlichen Wirkung in der Kommune B: ein interkulturelles Fest. Dieses sieht der Oberbürgermeister als herausragendes Beispiel praktischen Engagements, „mittlerweile 'n sehr schönes, auch plakatives Beispiel, wo wir eben deutlich machen, dass wir die Kulturen auf unseren Marktplatz einladen und sagen, es ist 'ne Bereicherung in unserer Gesellschaft und wir die Kulturen laden zum Dialog zum [interkulturellen Fest] einfach ein auf diesen Marktplatz, wo wir ja wirklich 'n Zuspruch haben. Und dann eben über solche geringen, wo die Angebotsschwelle

*niedrig ist, einfach den Leuten Gelegenheit geben durch Essen, durch Gespräche, durch Spiele, durch was weiß ich, plötzlich zu merken, das ist ja manchmal bescheuert, dass wir darüber reden müssen, aber für viele ist es halt so: „Ach so, hab' ich ja noch gar nicht gewusst, hab' ich ja noch gar nicht gesehen, hab' ich ja jetzt mal mit jemandem gesprochen oder das Essen probiert“ – oder lauter so 'n Zeug. Also, solche niedrigschwelligen Angebote, wo man da auch dem in Anführungsstrichen ‚einfachen Bürger‘ die Kulturen in 'ner für ihn auch nachvollziehbaren Form auch nahe bringt und damit eben gegen solche Vorurteile auf 'ner anderen praktischen Weise vorgehen kann, dass man sagt: „Ausländer raus“ und „die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ und solche Geschichten.“*

An diesem Zitat lassen sich die wesentlichen Punkte eines kulturellen Rassismus zeigen. Besonders deutlich ist die Festschreibung von Kulturen, die miteinander agieren. Damit werden Menschen einer Kultur zugeschlagen, der entsprechend sie sich zu verhalten haben. Über die Art der Zuordnung wird hier nichts gesagt, weil sie ganz selbstverständlich nach Kriterien wie

Herkunftsland oder Abstammung erfolgt. Menschen, die seit Jahrzehnten in einer Gemeinde des Landkreises leben, werden so genauso wie ihre in diesen Gemeinden geborenen oder aufgewachsenen Kinder zu Repräsentanten einer fremden Kultur, die „wir [...] auf unseren Marktplatz“ einladen. Die so Angesprochenen sind damit auf Dauer sowohl Fremde als auch Gäste. Als exotische Bereicherung bieten sie der „gastgebenden“ Kultur eine vor allem kulinarische Bereicherung. Diese Bereicherung soll dann auch noch das Argument dafür sein, dass die zu Fremden gemachten „uns“ nicht die Arbeitsplätze wegnehmen. Auch wenn die Initiative von Rassismus Betroffener an dem interkulturellen Fest teilnimmt und die Veranstaltung von den Nazis der Region schon gestört wurde, ist davon auszugehen, dass sie durch ihre Ausrichtung rassistische Denkmuster nur transformiert, letztlich aber bestärkt. Dass jemand bereit ist das von einem „Afrikaner“ zubereitete Essen zu kosten, verbindet sich eben noch nicht mit der Anerkennung des Kochs als gleichberechtigtem Mitbürger. Zugleich spricht aus einem solchen Ansatz auch eine Entschuldigung des Rassismus. Das Unbehagen oder gar die Angst vor „Fremden“ wird als verständliche und damit als normale Haltung beschrieben.

Dass sich solche Überzeugungen in der gut gemeinten Rede des Oberbürgermeisters finden, dessen Ernsthaftigkeit beim Engagement in der Kommune in keinem Interview bestritten und in vielen besonders herausgehoben wurde, verdeutlicht nur, wie wenig fortgeschritten trotz allem die öffentliche Auseinandersetzung mit allen Facetten des Problems ist, die über die Bekämpfung unmittelbarer Nazistrukturen hinausgehen. Dass das interkulturelle Fest mit dieser Ausrichtung gleichwohl Unterstützung der gesamten kommunal organisierten Arbeitsstruktur findet, wirft zudem die Frage auf, inwieweit die dort Organisierten Rassismus wirksam thematisieren können. Wenn es schon nicht gelingt, rassistische Zuschreibungen in der für die Fragestellung sensibilisierten Verwaltungsspitze zu problematisieren – und in keinem der Interviews wurde auch nur über einen dahin gehenden Versuch berichtet – wie tief greifend können dann die Sensibilisierungen und Fortbildungen für andere Verwaltungsmitglieder und das pädagogische Personal im Landkreis sein?

D) GEGENKULTUR: Vor der kommunalen Arbeitsstruktur und jenseits der professionellen Angebote hat sich ein weiteres Handlungsfeld entwickelt, das sich aus der Herkunft der beiden Initiativen alternativer Jugendlicher erklärt: die Stärkung einer nicht-rechten Jugendkultur. In diesem Zusammenhang sehen beide Initiativen inzwischen deutlich wahrnehmbare Erfolge. „Also, was ich denke, was in den letzten Jahren halt zugenommen hat, dass Jugendliche eher wieder – also achte, neunte Klasse so –, dass die sich eher wieder als alternativ bezeichnen. Also, was vielleicht vor sechs, sieben Jahren, jeder Jugendlichen gerne zur [inzwischen verbotenen lokalen Nazikameradschaft] oder [deren] Umfeld zählen wollte, weil er wusste, da

*steckt 'ne gewisse Gruppe, 'ne gewisse Macht dahinter [...]. Ich glaube, der Reiz ist halt 'n Stück weit verloren gegangen so und viele junge Leute in Schulen sind eher, würden sich eher – tendenziell – als, glaub' ich, alternativ, also links bezeichnen. Oder zumindest als nicht-rassistisch. So. Und es gab halt vor kurzem so 'ne Preisverleihung an 'n Gymnasium in [der Kommune B], die diesen Titel Schule ohne Rassismus bekommen haben. Und das war auch eigentlich 'ne ziemlich gute Sache und das hätte es halt, denk' ich, vor sieben, acht Jahren nicht gegeben, dass Schüler in der Schule so offen dazu, darüber, also sich dafür engagieren so 'nen Titel zu erhalten und dass in der Schule sogar diese Anzahl von Unterschriften zusammengekommen wären". Nach den Ursachen für diesen Trend gefragt, heißt es auch, „dass es schon in den letzten Jahren funktioniert hat, ja, in der [Region B] durch verschiedene Leute zumindest anti-rechts oder na ja, das ist vielleicht zuviel gesagt, aber anti-nazi zu wirken. Also, mit verschiedenen Aktionen, mit Konzerten, mit Festivals, mit, ja, eher so, sag' ich mal, kulturellen Programmen – aber es gibt ja da schon einige Organisationen, Initiativen so, die sich da schon dafür einsetzen um zumindest erstmal so 'ne Atmosphäre zu schaffen, in der jetzt, in der man auch anderes kennen lernen kann, wenn man das will.“*

Besonders aktiv ist in diesem Zusammenhang die kommunalpolitisch integrierte Initiative, die auf diesem Gebiet inzwischen mit mehrjähriger Kontinuität arbeitet. „*[W]ir machen zweimal im Monat Veranstaltungen, wo drei-, vier-, fünfhundert Jugendliche da sind und zweimal im Jahr auch welche, wo mehrere Tausend da sind.*“

Es wäre angesichts der Frequenz dieser Veranstaltungen und des für sie benötigten Polizeischutzes unangemessen von einem Wandel der Hegemonieverhältnisse in der Kommune oder gar des Landkreises zu sprechen, aber eindeutig ist der Ansatz, eine kulturelle Alternative zu etablieren, ein erfolgversprechender. Leider ist aber weder in der Kommune, noch im Landkreis die Bemühung zu erkennen, diesen Ansatz aufzugreifen. Das würde bedeuten, jenseits der kommunalpolitisch integrierten Initiative Jugendliche zu ermutigen, Veranstaltungen eigenverantwortlich zu organisieren und durchzuführen.

Doch nicht nur ist die Jugendarbeit im Landkreis eher auf die Akzeptanz rechter Jugendkultur ausgerichtet (vgl. oben 3.2.c.a) auch der Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher wird bei der Verwirklichung ihres Projekts eines Veranstaltungshauses für Kultur- und Bildungsangebote keine Unterstützung zuteil. Der zuständigen Fachreferentin des Jugendamtes für den Landkreis B ist diese Initiative nicht einmal bekannt. Sollte sich auf diesem Gebiet nichts ändern, wird das aus dem gegenwärtig unter Jugendlichen beobachtbaren Trend erwachsende Potential für eine alltäglich wirksame Arbeit gegen die Ausbreitung der Nazistrukturen in der Jugendkultur verschenkt werden. Dann bleibt es bei dem Ist-Stand der Jugendarbeit, der der Naziszene in die Hände spielt. „*Jugendhäuser, wenn's die denn mal gibt, sind meistens von ihrem Angebot auch eher was, was ich halt schon seit Jahren kritisiere, überhaupt nicht mehr jugendgemäß.*“

### **3.5. Die Rolle von Förderprogrammen**

Wie bereits unter 3.1 erwähnt, findet eine Förderung von professionellen Angeboten und Initiativen sowohl aus verschiedenen Bundesprogrammen als auch durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ statt. Im Einzelnen förderte das Bundesprogramm CIVITAS seit seiner Einführung sowohl das Mobile Beratungsteam als auch die Opferberatung. Zusätzlich gingen auch Gelder von CIVITAS an den Träger der Jugendarbeit im Landkreis B für eine politische Bildungsstelle und an die kommunalpolitisch integrierte Initiative. Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ förderte die genannten 2006 ebenfalls. Darüber hinaus wurden Gelder aus diesem Programm auch an die Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher und an die Stadtverwaltung der Kommune B zur Unterstüt-

zung der kommunal organisierten Arbeitsstruktur gezahlt. Mit Abstand am erfolgreichsten in der Erschließung unterschiedlicher Geldquellen ist die kommunalpolitisch integrierte Initiative, die erklärt: „Wir wurden 2006 von CIVITAS gefördert, vom Freistaat Sachsen, vom [Landkreis B], von der Stadtverwaltung [der Kommune B], von der Friedrich-Ebert-Stiftung, von der Aktion Mensch, von dem Bündnis für Demokratie und Toleranz, von der [...] Sparkasse, AOK [...] den Prinzen und von der Frauenkirche Dresden.“

Aller Voraussicht nach wird zusätzlich zu den genannten Fördermitteln für 2007 auch noch die Finanzierung eines lokalen Aktionsplans durch ein Bundesprogramm bewilligt werden, um das sich der Landkreis B beworben hat.

Mit der Etablierung des lokalen Aktionsplans wird sich eine Tendenz verstärken, die auch bisher schon zu beobachten war. Die Fördergelder fließen vorrangig in bereits etablierte Projekte. Die Fachreferentin des Jugendamtes beschreibt die Prioritätensetzung bei der Vergabe kommunaler Gelder so: „Natürlich werden erstmal, sag' ich mal, bewährte Sachen, an denen wird festgehalten. Weil wenn ich jetzt, bevor ich was Neues beginne, kann ich nicht das, was sich praktisch über viele Jahre bewährt hat, dort wegstreichen oder kaputtmachen. Also, das wird dann schon im Auge behalten, dass also praktisch die bewährten Sachen dort [fortbestehen.]“ Hinzu kommt noch die Ebene persönlicher Beziehungen und professioneller Arbeitsstrukturen, die es den Etablierten erleichtern Fördermittel zu akquirieren. Das zeigt sich deutlich an der Antwort der kommunalpolitisch integrierten Initiative, ob die Mittelvergabe für sie auf allen Förderebenen transparent ablief. „CIVITAS: war es transparent, einfach dadurch, weil ja auch die Förderlisten veröffentlicht worden sind und da halt, wenn man sich dafür interessiert hat, rauskriegen konnte, wer da Beirat war und mit Beiräten dann ins Gespräch kommen konnte, warum was wie. Da sind eigentlich unsere Fragen jederzeit geklärt worden. Beim Weltoffenen Sachsen, das hatte auf jeden Fall Anfangsschwierigkeiten [...]. War im Nachhinein aber auch transparent, also, der Herr [Name des Koordinators des Förderprogramms] – nach Anfangsschwierigkeiten hat sich dort eigentlich 'ne gute Zusammenarbeit [...] aufgebaut. Die Förderlisten sind im Internet einsehbar, damit auch transparent. Den [Landkreis B] – kann man im Jugendhilfeausschuss zugegen sein, das haben wir auch selber gemacht, wir mussten uns auch mehrmals auch begründen, warum, weswegen. Damit war es auch transparent, also wir haben ja die Entscheidung live gesehen. Und die Stadtverwaltung [der Kommune B], also, wir sind selber im Stadtrat, also, wir sitzen mit einem Sitz im [...] Stadtrat und damit war's für uns [transparent.]“ Mit anderen Worten, Transparenz ist bei den Förderprogrammen nicht einfach gegeben, sondern ergibt sich häufig im Rahmen einer Lobbyarbeit in eigener Sache, die zur Akquise von Fördermitteln dazu gehört.

Entsprechend schärfer fällt auch die Bewertung des Programms „Weltoffenes Sachsen“ durch die ebenfalls geförderte Betroffeneninitiative alternativer Jugendlicher aus, die nicht über hauptamtliche Stellen verfügt, um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Auf die Frage, ob die Vergabe transparent verlaufen sei, lautet die Antwort: „Nee, gar nicht. {lacht} Das wirklich nicht. Überhaupt nicht, also, wir haben irgendwie relativ spät auch davon erfahren, dass uns jemand gesagt hat: ‚Ja, macht mal oder bewirbt euch oder stellt mal 'nen Antrag' [...] – es gab weder 'n richtigen Stichtag noch irgendwas, wo man die Anträge runterladen kann. Es ist alles irgendwie, es scheint alles über persönliche Kontakte zu funktionieren. Dann wurden die Gelder relativ willkürlich, aus meiner Sicht, gekürzt oder auch nicht – woran auch immer das gelegen hatte. [...] Wir hatten, glaub' ich, 20.000 Euro beantragt, 10.000 wurden uns dann genehmigt in dem Beirat und dann haben wir 7.500 bekommen, noch mal irgendwie 'ne willkürliche Kürzung von dem Vorsitzenden des Beirates, was unabgesprochen war mit allen anderen Beiratsmitgliedern. Also, es scheint wirklich da ziemlich willkürlich drüber und drunter zu gehen, also, wer jetzt Geld kriegt und für was und warum.“

Trotz dieser misslichen Ausgangslage ist das Landesprogramm für die Betroffeneninitiative immer noch ein wahrscheinlicheres Finanzierungsinstrument als ein lokaler Aktionsplan über dessen Mittelvergabe in einem Rahmen entschieden wird, aus dem die Betroffeneninitiative ausgegrenzt ist. Daran zeigt sich auch, dass die Mittelvergabe noch anderen Kriterien folgt und mit anderen Bedingungen verknüpft wird, als jenen, die offiziell ausgeschrieben werden. Das ist auch dem Mobilen Beratungsteam bewusst, das auf Mittel aus dem lokalen Aktionsplan von vornherein verzichtet, um sich seine Unabhängigkeit von den kommunalen Behörden zu erhalten. *„Also, es gab ja ‘ne Diskussionsrunde, [...] wo es genau um die Mittelvergabe und um die Prioritäten auch im nächsten Jahr [2007] ging. Und wo wir noch mal deutlich gemacht haben, dass es uns wichtig ist, dass wir hier nicht aus Landkreismitteln gefördert werden, also, dass wir uns jetzt auch nicht zerstückeln werden. Wir sind überregional tätig, wollen das auch bleiben, wollen auch unabhängig bleiben von den Befindlichkeiten hier. [...] Also, das war schon ‘ne klare Position, war ja auch nicht hinterm Rücken, war offen in der Runde. Aber dies haben wir dann auch noch mal bei uns in der Geschäftsleitung mit abgesprochen und die haben da diese Position auch noch mal unterstützt. Weil dann natürlich so der Zugriff auf das, was wir dann auch tun, leichter möglich ist, ne? Oder das ansagen, wie wir uns zu verhalten haben – und der Landrat hatte uns ja auch schon mal deutlich gemacht, dass wir angeblich ja auch zu Buche schlagen würden hier in der Wahrnehmung auch von, zum Beispiel über’s Landesprogramm, weil wir eben halt hier sitzen, ne? Ich denke, da ist es einfach auch noch mal wichtig dann wirklich zu betonen und zu sagen: ‚Nee, wir werden nicht aus den Töpfen des Landkreises oder der Stadt [B] gefördert.‘ Und da erhalten wir uns auch einfach ‘ne gewisse Unabhängigkeit und können auch kritische Nachfragen stellen.“*

Und auch die Opferberatung sähe in der Finanzierung durch die Kommune ein Einfallstor für inhaltliche Forderungen der Verwaltung, etwa was die Ausweitung der Arbeit auf Opfer von Gewalttaten überhaupt betrifft. *„Na, wir haben das auch nicht gemacht bis jetzt und ich denke, es ist immer besser überregional zu agieren um auch diese Neutralität beibehalten zu können. Also, für uns wären natürlich immer Bundesmittel am besten.“*

Die Beliebtheit der Landes- und vor allem Bundesmittel hat also einen strukturellen Grund. Da die Geldgeber nicht unmittelbar in derselben Situation politisch agieren, wie die Geförderten ist die Neigung, die finanziellen Abhängigkeiten auszunutzen, ungleich geringer. Gleichwohl geht auch mit den Bundesprogrammen eine Steuerung der Projekte einher. Die Arbeit der Projekte entwickelt sich nicht mehr ausschließlich nach den Erfordernissen vor Ort, sondern auch nach den Kriterien der Fördervergabe. *„Natürlich wird die Arbeit beeinflusst“,* reflektiert diesen Umstand die kommunalpolitisch integrierte Initiative. *„Also, ich mein’, da diese Förderprogramme natürlich jeweils Förderschwerpunkte haben, also geben die ja gewissermaßen bissel die Linie vor. Also, man sagt ja, also, das hat sich bei CIVITAS auch Stück für Stück entwickelt. Ich muss aber der Ehrlichkeit halber sagen, dass es – kann man im Nachhinein natürlich so und so sehen – immer recht gut zu unserer Arbeit gepasst hat. Jetzt müssten wir gut zurückgucken um zu sagen: Entweder haben wir uns angepasst oder die sich uns, ne? Ich bin ja recht oder wir würden es ja sonst nicht machen – wir denken schon, dass wir mit der Arbeit, die wir vor Ort machen, das tun, weil das einfach notwendig ist und weil es Sinn hat, ne?“* Statt die Alternative der Anpassungsrichtung zu Gunsten einer glücklichen Fügung einfach zu ignorieren, ist hier darauf hinzuweisen, dass die Programme offenkundig mit ihren Vorgaben auch zu einer bestimmten Wahrnehmung der Probleme beitragen. So kann die allgemeine Durchsetzung des Begriffs „Rechtsextremismus“ auch dort, wo der Extremismusbegriff kritisch gesehen wird, u.a. als Ergebnis der Terminologie der Bundesprogramme gesehen werden. Das bedeutet, dass bei einer Evaluation der Programme in Zukunft nicht nur die Ergebnisse der Initiativen vor Ort kritisch untersucht werden sollten, sondern

ebenso die Impulse der Förderprogramme sowohl auf der Ebene ihrer Konzeptionen als auch auf der Ebene ihrer Implementierung problematisiert werden müssen.

## 4. Fazit

### 4.1. Entstehungsbedingungen

Der untersuchte Landkreis B sieht sich mit einer seit 1989 gewachsenen und in der Bevölkerung fest verankerten Naziszene konfrontiert, die sowohl auf Partei- als auch auf Kameradschaftsstrukturen zurückgreifen kann. In weiten Teilen der Bevölkerung werden Kader der NPD nicht als politische Gegner betrachtet, sondern als geachtete Mitbürger. In der Jugend des Landkreises sind Erfahrungen der teilweise massiv gewalttätigen Einschüchterung nicht-rechter Jugendlicher durch Nazis Normalität. Für Menschen mit dunklerer Hautfarbe sind öffentliche Orte, auch Institutionen, wie Schulen oder Sportvereine, Stätten der Anfeindung, die das Leben unerträglich machen. Die kommunalen Verwaltungen und die Strafverfolgungsbehörden begannen erst 2001 das Problem ernst zu nehmen und Handlungskonzepte zu entwickeln.

Diese Entwicklung verdankt sich aber höchstens indirekt dem Zusammenschluss von Betroffenen zu Initiativen, die auf die Situation aufmerksam machen und Veränderungen einfordern wollten. Eine dieser Initiativen wurde noch 2001 vom Landrat brüsk zurückgewiesen. Vielmehr war es auch in der Kommune B ein – mit der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters einhergehender – Politikwechsel, der die Veränderungen einleitete. Erst durch diesen Politikwechsel wurde zumindest eine der Initiativen kommunalpolitisch aufgewertet. Zugleich erleichterte der Politikwechsel in der Kommune den ebenfalls 2001 einsetzenden professionellen Angeboten der Mobilen und der Opferberatung ihre Tätigkeit. Ebenfalls 2001 gipfelte der seit Mitte 2000 aufgebaute Repressionsdruck gegen die lokale Nazikameradschaft in deren Verbot durch den sächsischen Innenminister.

Damit fügt sich der kommunale Politikwechsel auch in eine veränderte Strategie des Landes gegenüber der Naziszene im untersuchten Landkreis ein. Der Zusammenhang zwischen kommunaler und Landesebene wird auch durch die explizite Mitarbeit sächsischer Ministerien an der Etablierung einer Arbeits- und Steuerungsstruktur für die Aktivitäten gegen Nazis im Landkreis belegt. Mögliche Gründe für dieses besondere Interesse des Landes an der Region sind neben hohen Wahlergebnissen der NPD und einer zunehmenden Militarisierung der lokalen Kameradschaft auch die fortgesetzte Berichterstattung in überregionalen Medien. Diese Berichterstattung ist es schließlich, die als indirekter Einfluss der Betroffeneninitiativen auf die Veränderung der Situation gewertet werden kann.

Ziel des kommunal unterstützten Engagements ist es aber nicht allein, den Ruf der Region durch Aktivitäten gegen die Naziszene zu wahren bzw. zu verbessern. Angestrebt wird ebenfalls die Etablierung eines Modellprojekts für andere Kommunen. So erwähnt der Oberbürgermeister der Kommune B ein Gespräch mit dem sächsischen Innenminister: *„Staatsminister Dr. Buttolo [...] war also früher mal mein Chef, als ich im Ministerium gewesen bin. Und als er dann sozusagen auch die Verantwortung für die Abteilung 3 [des Innenministeriums] gekriegt hat, wo die Polizei und diese ganzen Kräfte drin gewesen sind, ist er gekommen und hat gesagt: ‚OB, ich würde gerne mit Ihnen mal drüber reden, Sie sind quasi doch sehr engagiert in dem Thema drin und so und ich möchte jetzt gerne auf der Ebene des Freistaates das Thema auch stärker in den Fokus rücken und würde mich gerne informieren, wie Ihre Sicht ist und wie Sie da aufgestellt sind.‘“*

### 4.2. Grenzen des Engagements

Die starke Rolle von Behörden und von aus staatlichen Förderprogrammen geförderten Trägern professioneller Angebote prägt die Auseinandersetzung mit der Naziszene deutlich. So sind es die aufgrund der jeweiligen professionellen Haltung beschränkten Perspektiven, die

die Problemwahrnehmung und Problemlösungsstrategien bestimmen. Diese sich teilweise widersprechenden Perspektiven zu koordinieren ist das erklärte Ziel, dem die kommunal organisierte Arbeitsstruktur gewidmet ist. Zivilgesellschaftliches Engagement hat in diesem Rahmen aber nur Platz, wenn es entweder Ausdruck behördlicher Bemühungen ist oder selbst professionalisiert auftritt. Zivilgesellschaftliches Engagement im engeren Sinn, das beide Bedingungen nicht oder nicht durchgehend erfüllt, ist aus den professionellen Strukturen ausgeschlossen und wird höchstens vermittelt über professionelle Angebote wahrgenommen. Die kommunal organisierte Arbeitsstruktur bildet in diesem Zusammenhang auch ein hierarchisiertes Filtersystem für die Verwaltungsspitzen.

Diese Struktur hat Konsequenzen für die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit:

1. Die weitgehende Eingrenzung des Problems auf ein Jugend- und Gewaltproblem entspricht zwar nicht der Lage vor Ort, aber den Instrumenten, mit denen behördlicherseits reagiert werden kann.
2. Die Ausgrenzung der Betroffeneninitiativen offenbart ein Modell der Aktivierung der Gemeinwesen, das nicht auf die Stärkung unmittelbar Betroffener setzt, sondern auf die Organisation eines gesellschaftlichen Konsenses. Dieser Konsens enthält aber fast unweigerlich Elemente, deretwegen sich die Betroffenen in Initiativen zusammengeschlossen haben. Die Stärkung jener Kräfte, die den gesellschaftlichen Konsens erschüttern oder zumindest problematisieren könnten, unterbleibt.
3. Selbst Angebote, wie die Opferberatung, die sich an die Betroffenen als Betroffene wenden, vertreten diese nur als Einzelne gegenüber behördlichen Strukturen. Als gesellschaftspolitisch relevante Akteurinnen und Akteure können die auf ihren Opferstatus Festgeschriebenen so nicht wahrgenommen werden. Selbst gehäuft auftretende, paradigmatische Erlebnisse und Positionen werden zu bloßen Einzelfällen.
4. Zivilgesellschaft kann nur sehr rudimentär als ein Feld politischer Auseinandersetzung begriffen werden. Organisiert wird im Landkreis nicht der Streit um Analysen und Strategien, sondern die gesteuerte Umsetzung von Plänen der Verwaltungsspitze. Die Konsequenz eines solchen Vorgehens zeigt sich im Umgang mit Jugendlichen, die kaum mit Formen demokratischer Auseinandersetzung konfrontiert werden. Demokratie ist im untersuchten Landkreis die Herstellung von Konsens und zivilgesellschaftliches Engagement reduziert sich auf ehrenamtliche Tätigkeit statt politischer Einflussnahme.

Durch den Ausschluss der Betroffeneninitiativen aus der politischen Diskussion und – verallgemeinert – durch die Behinderung, zumindest aber mangelnde Wahrnehmung und Förderung zivilgesellschaftlicher Entwicklungen im engeren Sinn gehen der im Landkreis etablierten Struktur wichtige Impulse verloren. Offenkundig fehlt in der untersuchten Kommune und dem dazugehörigen Landkreis eine Auseinandersetzung mit Rassismus unterhalb der Schwelle von Gewalttätigkeit oder offener Bedrohung und Beschimpfung. Und auch die Auseinan-



dersetzung mit anderen in der Bevölkerung vorhandenen Überzeugungen, auf die sich eine Nazistruktur stützen kann, geschieht nur sehr zaghaft. Deutlichere Positionen, wie sie etwa von den Betroffeneninitiativen vertreten werden, würden zwar polarisierender wirken als die Aufklärungsbemühungen der Verwaltung, im Sinne einer notwendigen Auseinandersetzung wäre ihr Resultat aber mit Sicherheit eine Beschleunigung der Diskussion.

Was einer solchen Entwicklung am deutlichsten entgegen steht, ist der im Landkreis von der Verwaltung durchgesetzte Extremismusbegriff. „Extrem“ ist dabei schon das Misstrauen gegenüber den Behörden. Die dem zivilgesellschaftlichen Engagement im engeren Sinne eigene Staatsferne wird so zum Ausschlusskriterium. Damit verengt sich aber nicht nur die Diskussion über die Facetten des Naziproblems, auch das Handlungsspektrum, in dem Aktivitäten entfaltet werden können, ist stark eingeschränkt. Möglich erscheinen vor allem behördliche Maßnahmen. Zu ihnen kommen lediglich demonstrative Bekundungen, denen kaum Wirksamkeit zugeschrieben wird, sowie Veranstaltungen und Ausstellungen mit Aufklärungscharakter.

Proteste liegen tendenziell genauso außerhalb des Handlungsrahmens, wie unabgesprochene Aktivitäten. Das wirkt sich nicht nur bei der direkten Konfrontation mit der Naziszene, etwa anhand der Szeneläden in der Kommune B, negativ aus. Die abwehrende Haltung gegenüber staatsfernen, zivilgesellschaftlichen Initiativen behindert auch die Entwicklung nicht-rechter Jugendkulturen im Landkreis.

### **4.3. Empfehlungen**

Die Empfehlungen für die Strukturen im Landkreis B haben einen leicht paradoxen Charakter. Wichtig wäre es, dass die Behörden und professionellen Angebote ihre jeweiligen Perspektiven als beschränkte erkennen und zivilgesellschaftliches Engagement im engeren Sinn jenseits ihrer Perspektiven zulassen. Leicht paradox wird diese Empfehlung, weil von den Behörden und professionellen Angeboten gefordert werden muss, solche Initiativen zu fördern, ohne sie zu integrieren. Das Problem lässt sich nur dadurch lösen, dass bei den Behörden der Kommune und des Landkreises das Verständnis dafür gestärkt wird, dass abweichende Positionen zur demokratischen Normalität gehören müssen. Da jedoch die Öffentlichkeit in beiden untersuchten ländlichen Räumen stark vom Verhalten der Verwaltungsspitzen geprägt ist, reicht ein bloß passives Ertragen abweichender Positionen zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements nicht aus. Dieses Engagement bedarf einer besonderen Förderung, indem ihm Räume und materielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Bedingungen seiner Entwicklung sind.

Zur Funktion des zivilgesellschaftlichen Engagements gehört es, Kritik an Behörden und staatlich finanzierten Initiativen zu üben. Soll diese Funktion erfüllt werden, dürfen die materiellen Bedingungen des Engagements nicht von den lokalen Behörden und den staatlich finanzierten Initiativen abhängen. So lange aber eine gesellschaftliche Finanzierung des Engagements gegen Nazistrukturen weitgehend über staatliche Fördermittel erfolgt, gehört es zu den Erfolgsbedingungen der Förderprogramme, die Entscheidung über die Fördermittelvergabe von den Entscheidungen über die kommunalen Belange zu entkoppeln. Geschieht dies nicht, wie gegenwärtig bei den lokalen Aktionsplänen, wird statt zivilgesellschaftlichen Engagements nur quasi-behördliche Aktivität gefördert. Für eine Entwicklung demokratischer Potentiale muss eine solche Entwicklung aber kontraproduktiv sein. Wichtig für die Evaluation der Förderprogramme wäre zudem eine Analyse, wo sie durch ihre impliziten und expliziten Vergaberichtlinien auf Problembeschreibungen und Handlungsansätze homogenisierend wirken.

### III. Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen

#### 1. Überprüfung der leitenden Thesen

Die unserer Untersuchung zugrunde gelegten Thesen (vgl. I.4.) haben sich in den beiden Fallstudien weitgehend bestätigt. Bevor jedoch aus den vorliegenden Ergebnissen Empfehlungen abgeleitet werden (3), sollen hier und im nächsten Abschnitt (2), die Resultate der Befragungen explizit auf die Grundthesen und die Wirkung der Bundesprogramme bezogen und zusammengefasst werden.

##### 1.1. Verbreitung der Elemente nationalsozialistischer Ideologie

In Übereinstimmung mit den durchgeführten Langzeitstudien<sup>34</sup> zur Verbreitung von Elementen der nationalsozialistischen Ideologie sind wir von der Existenz dieser Elemente in der „Mitte der Gesellschaft“ ausgegangen. Diese These wurde in den Interviews beider Fallstudien bestätigt. So wird bezogen auf die Kommune A von den Interviewees ein Bevölkerungsanteil von einem Drittel bis zur Hälfte angegeben, bei dem eine Sympathie für die in der Kommune stattfindenden Naziaufmärsche zu verzeichnen sei. Auch eine soziale Randständigkeit von Nazis wird von den Interviewees bestritten. Weder familiäre noch berufliche oder soziale Bindungen seien ein Hindernis für Bekenntnisse zur nationalsozialistischen Ideologie oder sogar für die Bindung an Naziparteien. Gesprochen wird von Rechtsanwälten und Vereinsvorsitzenden, die bekennende Nazis seien. Ein Interviewee berichtet zudem von einer seit 1945 auszumachenden Tradierung entsprechender Überzeugungen, die früher stärker familiär geprägt gewesen sei, inzwischen aber eher über die Verbindung in den ländlichen Gemeinwesen erklärt werden müsse.

Auch in der Fallstudie zum Landkreis B wird eine weite Verbreitung von nationalsozialistischen Einstellungen nicht bestritten. Dafür sprechen schon die hohen Wahlergebnisse einschlägiger Parteien und Personen. Eine Diagnose, die sich bei wahlähnlichen Befragungen von Jugendlichen noch einmal verschärft. Eine Jugendsozialarbeiterin quantifiziert den Anteil der Jugendlichen, die fest organisierte Nazis sind oder sich an solchen orientieren, auf über 50 Prozent. Gleichzeitig wird von allen Interviewees eine Einschränkung solcher Haltungen auf Jugendliche als falsche Analyse abgelehnt. Explizit wird etwa auf die aktive und passive Zustimmung bei rassistischen Übergriffen, aber auch auf demokratiefeindliche Einstellungsmuster bei einer breiten Bevölkerungsmehrheit verwiesen.

Auf der faktischen Ebene erfährt unsere Grundthese also eine deutliche Bestätigung. Als explizite These wird sie aber entweder unmittelbar (Fallstudie A) oder mittelbar (Fallstudie B) abgelehnt. Die am nächsten liegende Erklärung für diese erstaunliche Divergenz ist eine strategische Unsicherheit, wie mit der breiten Verankerung von Elementen der Naziideologie umgegangen werden kann. Ausdrücklich wurde von den Interviewees der Fallstudie B darauf verwiesen, dass die Konzentration auf die Jugend nur durch die Existenz von pädagogischen Strategien und Instrumenten begründbar ist. Strategien und Instrumente für eine Beeinflussung der politischen Haltungen von Erwachsenen liegen dagegen nicht vor. Die strategische Ursache der Ablehnung unserer Grundthese zeigt sich – allerdings weniger ausdrücklich – auch an dem Ziel, möglichst die gesamte Bevölkerung gegen Nazis und für Zivilcourage und Demokratie zu mobilisieren.

---

<sup>34</sup> Vgl. Heitmeyer, Deutsche Zustände 1-5; Decker/Brähler, Vom Rand zur Mitte.

Zwischen der von den Interviewees in beiden Fallstudien selbst beschriebenen Realität und der für ihren strategischen Ansatz notwendigen Ausgangslage besteht mithin eine deutliche Diskrepanz. Ursache der Verleugnung dieser Diskrepanz sind aber nicht nur fehlende strategische Ansätze, sondern auch ein dominantes Deutungsmuster, das die Wahrnehmungen der Wirklichkeit prägt.

Dieses grundlegende, die Wahrnehmung der Realität strukturierende Deutungsmuster, das sich in beiden Fallstudien sehr deutlich zeigt, entspricht der Extremismusthese. Bei der Extremismusthese vermischen sich beschreibende und Normen setzende Elemente miteinander. Die nationalsozialistische Ideologie wird als abzulehnende Haltung aus dem politischen Normalbereich ausgeschlossen. Diese strategisch-politische Entscheidung wird aber zugleich auch als eine Beschreibung der von der „Mitte der Gesellschaft“ abgelehnten Einstellungen gedeutet. Das heißt, die nationalsozialistischen Überzeugungen werden als klar abgrenzbar vom faktischen Bereich politischer Normalität interpretiert. Die tatsächlich bestehenden ganz normalen Überzeugungen sind jedoch nicht durch Abgrenzung von den Elementen der nationalsozialistischen Ideologie entstanden, sondern enthalten vielfach Formen entsprechender Überzeugungen. Mit anderen Worten, die faktisch normalen Überzeugungen haben sich gar nicht entlang der unterstellten Norm gebildet. Damit ergeben sich zwei Varianten der Beschreibung der Wirklichkeit, die beide für wahr gehalten werden: Zum einen die interpretierende Beschreibung eines extremen Randes, der sich klar vom Bereich der Normalität abgrenzen lässt und zum anderen die Beschreibungen von vorgefundenen Einstellungen, die sowohl Formen tradiert nationalsozialistischer Ideologieelemente als auch Teil der als normal angesehenen politischen Überzeugungen sind.

Die beschriebene Diskrepanz zwischen interpretierter und erfahrener Realität ist damit ein direktes Ergebnis der Extremismusthese.

Um trotz der bestehenden Inkohärenz an dieser These festhalten zu können, muss eine Erklärung für das Eindringen nationalsozialistischer Ideologieelemente in die alltäglichen Überzeugungen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung gefunden werden. Diese Erklärung liefert ein weiteres Deutungsmuster, das wir die Verführungsthese nennen: Die weit verbreiteten Einstellungen werden auf die Verführung einer kaum noch als mündig zu bezeichnenden Masse zurückgeführt. Nationalsozialistische Einstellungen rücken in die Nähe einer Droge (Vergleich eines Interviewees in der Fallstudie A) oder die Strategien der Naziorganisationen werden als besonders gefährlich und raffiniert dargestellt. Insbesondere das soziale und jugendkulturelle Engagement von Nazis wird als etwas beschrieben, hinter dem die Bevölkerungsmehrheit die Naziideologie einerseits nicht mehr ausmachen könne, andererseits aber doch zu ihr verführt werde. Eine augenscheinlich in sich widersprüchliche These, die auch bei genauerer Betrachtung kaum zu überzeugen vermag.

Es ist nicht zu bestreiten, dass es ein strategisches Ziel der NPD – aber auch anderer Naziorganisationen – ist, sich über soziales und kulturelles Engagement als fester Bestandteil des politischen Alltags zu etablieren sowie für ihre Politik und Ideologie zu werben. Aber gerade indem dieses Ziel verfolgt wird, machen sich politische Überzeugungen und ideologische Ansätze nicht unkenntlich, sondern sollen einen praktischen Ausdruck erhalten. Vollkommen unverständlich wird die These von der Verführung, wenn Wahlergebnisse von NPD-Kadern – wie in der Fallstudie B – auf die persönliche Wirkung der entsprechenden Persönlichkeiten zurückgeführt werden. Wer nach dem NPD-Verbotsverfahren und den öffentlichen Auseinandersetzungen um Naziorganisationen, die sowohl in der Region B als auch in der Region A seit einiger Zeit stattfinden, einem Kandidaten der NPD die Stimme gibt, muss als eine Person angesehen werden, die eine bewusste politische Wahl getroffen hat. Für eine solche

Person sind nationalsozialistische Zielsetzungen zumindest kein Problem (im Fall der viel zitierten, jedoch zunehmend schlechter zu belegenden Protestwahlen). Wählerinnen und Wähler als mündige Personen ernst zu nehmen, hieße darüber hinaus sogar, davon auszugehen, dass sie solchen Zielen auch aktiv zustimmen.

Wird unserer Argumentation folgend die Verführungsthese zurückgewiesen, offenbaren sich auch die fatalen Konsequenzen der Extremismusthese als Deutungsmuster bezüglich der Naziideologie. Die Kohärenz zwischen politisch gewollter Norm und tatsächlicher Norm kann auch die Verführungsthese nämlich nicht erzeugen, sondern nur behaupten. Im politischen Alltag wird die Kohärenz deshalb auch dadurch hergestellt, dass Elemente der Naziideologie unthematisiert bleiben. Die Reduktion des Naziproblems auf ein Gewalt- oder Jugendproblem ist eine Folge dieser Strategie und damit auch ein direktes Ergebnis der Extremismusthese. Die Extremismusthese führt dazu, dass die Auseinandersetzung mit der Naziideologie weniger anhand politischer Inhalte und stärker anhand von äußerlichen Kriterien – wie der Zugehörigkeit zu Organisationen, offenen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus oder eben der Anwendung von Gewalt – geführt wird.

Indem die Extremismusthese als Deutungsmuster der Anerkennung der tatsächlichen Verbreitung nationalsozialistischer Einstellungen entgegen wirkt, trägt sie maßgeblich zur strategischen Konzeptionslosigkeit beim Umgang mit diesen Einstellungen bei. Durch sie muss der konzeptionslose Zustand nicht als Problem empfunden werden, sondern das Problem geht im Rahmen der Deutung der Wirklichkeit verloren. Entsprechend zeigt sich eine Diskrepanz auch auf der Handlungsebene als Diskrepanz zwischen der Ablehnung der Fassung des Naziproblems als Jugend- oder Gewaltproblem und den fehlenden Konsequenzen aus dieser Aussage.

Damit fällt auch der Befund unserer Untersuchungen ambivalent aus, wenn es um die Annahme geht, dass das Verleugnen der Verankerung von Elementen der Naziideologie in der „Mitte der Gesellschaft“ dazu führt, dass das Benennen der Realität als Hysterie abgelehnt wird. Im Rahmen der Fallstudie B hat sich gezeigt, dass eine realitätsgerechte Beschreibung gleichzeitig verbal akzeptiert und sogar reproduziert werden kann und trotzdem praktisch folgenlos bleibt. Dieses Ergebnis, die zumindest verbalen Anerkennung, wird auch dadurch relativiert, dass sich durch die Interviews der Fallstudie ergab, dass den Betroffenen rassistischer Diskriminierung vielfach eine übersteigerte Sensibilität attestiert wird. Dies gilt vor allem für alle Vorfälle unterhalb der Gewaltschwelle. Eine solche Zurückweisung entspricht unserer ursprünglichen Prognose. Insgesamt zeigt die Fallstudie B jedoch auch, dass die Akzeptanz für die Beschreibungen der von rassistischer Diskriminierung Betroffenen mit der Anerkennung eines Naziproblems zunimmt.

## **1.2. Verhältnis von Gemeinwesen und Entwicklung der Naziszene**

Bei der These, dass den Haltungen innerhalb des kommunalen Institutionengeflechts eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung sowohl der Naziszene als auch von Gegenkräften zukommt, gingen wir davon aus, dass es vor allem die engeren Beziehungen im ländlichen Raum sind, die ein höheres Maß an gegenseitiger Kontrolle und ein größeres Sanktionspotential mit sich bringen. Nazistrukturen – so die These – müssen sich deshalb zumindest auf eine Duldung durch die kommunalen Institutionen stützen können, um zu existieren.

Gegen diese These spricht zunächst eine vom Extremismusbeauftragten der Kommune B getroffene Aussage. Er betont im Gegensatz zu der unserer These zugrunde liegenden Annahme, die Schwierigkeiten einer Kontrolle des ländlichen Raums: „*[In der ländlichen Region]*

*gibt's einfach auch Eckchen, die sehr versteckt sind, ne? Wo man in der Stadt vielleicht, das ist auch 'n Vorteil, aber eher noch 'n Überblick hat, wo das dann hier sehr weit draußen irgendwo mal ist oder sehr privat oder sehr in der Natur. Ja. Und [es] entstehen natürlich auch manchmal weite Wege“.*

Trotz dieser Einschränkung bestätigt sich aber die These, sobald sie auf die öffentlich auftretende Naziszene bezogen wird. Das zeigen beide Fallstudien. So wird in der Fallstudie B immer wieder betont, dass es vor allem den Kandidaten der NPD gelungen sei, persönliches Ansehen in den Kommunen des Landkreises zu gewinnen bzw. ihr persönliches Renommee „eins zu eins“ auf die NPD zu übertragen. Umgekehrt zeigt das behördliche Vorgehen in der Kommune B, dass die Handlungsspielräume von Nazis eingeschränkt werden können. Das gilt vor allem für die Durchsetzung von Kultur- und Diskussionsveranstaltung, die lange Zeit von Nazis angegriffen oder dominiert worden waren. Selbst die Verhinderung von Konzerten der Naziszene, die in Privaträumen stattfinden, gelingt gelegentlich.

Nazikonzerte sind aber nur ein Beispiel für eine Strategie der Naziszene, private bzw. privatwirtschaftlich betriebene Räumlichkeiten zu nutzen. Solche Räume bilden ein Rückzugsgebiet, wenn die Naziszene in öffentlichen Räumen in Bedrängnis gerät. Ihre Schaffung und Nutzung erfolgt aber auch unabhängig von den Verhältnissen in der Öffentlichkeit. Für Behörden sind die Einflussmöglichkeiten in privaten und privatwirtschaftlich betriebenen Räumen nur sehr begrenzt. Unterbunden werden können dort nur explizite Straftatbestände, weshalb sich das behördliche Handeln häufig auf die Durchsetzung des Jugendschutzes und gewerberechtlicher Bestimmungen beschränkt.

Dass es darüber hinaus noch Interventionsmöglichkeiten gibt, zeigt aber die Fallstudie A, in der von der Schließung eines von Nazis betriebenen und dominierten gastronomischen Betriebs nach Protesten der lokalen Bürgerinitiative berichtet wird. Ein solches Vorgehen setzt allerdings einen Perspektivwechsel voraus. Jenseits der behördlichen Perspektive existiert in der Kommune A auch noch ein Blick, der auf die Hegemonieverhältnisse und damit die Möglichkeiten öffentlichen Drucks gerichtet ist. Die Proteste gegen die Nazikneipe bewirkten nicht unmittelbar das Umdenken des Betreibers, sondern erzeugten in der Kommune eine Auseinandersetzung in der Bevölkerung. In der Konsequenz wurde der Besuch der Kneipe öffentlich als Bekenntnis zur Naziszene gewertet, Eltern untersagten ihren Kindern den Besuch, die Familie des Betreibers geriet in der Öffentlichkeit ins Abseits.

Die Bewertung eines solchen Engagements muss aber zwiespältig ausfallen, weil die deutliche Trennung zwischen dem staatlichen bzw. behördlichen Handeln und den Aktionen der Bürgerinitiative in der Kommune A nicht gegeben ist. Was aber als zivilgesellschaftliches Vorgehen modellhaft sein kann, wäre als staatliches Handeln eine inakzeptable Überschreitung der Grenzen, die Behörden gesetzlich auferlegt sind. Aber selbst als rein zivilgesellschaftliches Vorgehen verweist die Aktion der Bürgerinitiative in der Fallstudie A noch auf ein allgemeines Problem: die fehlenden Möglichkeiten dissidenten Positionen, sich in der Öffentlichkeit des ländlichen Raums zu artikulieren.

Wie das Beispiel der Auseinandersetzungen mit der Nazikneipe in der Kommune A beweist, können auch Nazis in die Rolle einer dissidenten Gruppe gelangen, die durch die Schließung ihrer Szenelokalität aus der kommunalen Öffentlichkeit verdrängt wird. Dass die Naziszene von einem Mangel an Ausdrucksmöglichkeiten in den untersuchten Gemeinwesen nur in dem genannten Ausnahmefall betroffen war, liefert jedoch eine nochmalige, indirekte Bestäti-

gung unserer ersten Grundthese, dass die zugrunde liegenden weltanschaulichen Positionen gar keine mehrheitlich als dissident wahrgenommenen Positionen sind.

Seinen Ausdruck findet dieser Mangel also nicht auf Seiten der Nazis, sondern vielmehr in der in beiden Fallstudien beklagten Alternativlosigkeit, der sich Jugendliche angesichts des Dorf- bzw. Kleinstadtlebens ausgesetzt sehen. Aus der Perspektive von Angeboten der Jugendarbeit sind Veranstaltungen der Nazis für Jugendliche attraktiv, weil sie erstens deren Bedürfnisse ansprechen und zum anderen von den Veranstaltern Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Als zentrales Hindernis, das es Jugendlichen in ländlichen Regionen regelmäßig unmöglich macht, an für sie interessanten Veranstaltungen teilzunehmen, wurde – wiederum in beiden Untersuchungen – der unzureichende öffentliche Personennahverkehr genannt.

Dass die Alternativlosigkeit aber nicht nur Ergebnis technischer Probleme ist, zeigt sich am Umgang der Bürgermeister in den Kommunen A und B mit dissidenten Gruppen. Trotz teilweise augenscheinlicher Übereinstimmung in inhaltlichen Fragen bei der Auseinandersetzung mit der Naziszene wird von den Kommunalverwaltungen in beiden Fallstudien alternativen Jugendlichen und den von ihnen gebildeten Initiativen jede Anerkennung verweigert. In der Kommune A mit ihrer auf Hegemonie ausgerichteten Strategie der Bürgerinitiative, die aufgrund ihrer Vermischung mit der Kommunalverwaltung als quasi-staatlich charakterisiert werden muss, erstreckt sich diese Verweigerung der Anerkennung über die Verwaltungsebene bis zu den befragten Mitgliedern der Bürgerinitiative. Und selbst gegenüber einer der Bürgerinitiative sehr nahe stehenden Initiative von Jugendlichen äußerten sich die Vorbehalte gegenüber Jugendsubkulturen nach einem von den Jugendlichen organisierten Konzert.

In der Fallstudie B zeigte sich zwar eine größere Offenheit für jugendsubkulturelle Angebote, das Extremismusmodell, das schon in der Fallstudie A den Hintergrund der Ablehnung bildet, bleibt jedoch auch hier intakt. Die Extremismusthese hat damit eine weitere, ebenfalls fatale Konsequenz. Aufgrund der Extremismusthese werden dissidenten Positionen in den ländlichen Gemeinwesen Möglichkeiten genommen, sich öffentlich zu artikulieren. Die monokulturelle Alternativlosigkeit, die in der Jugendarbeit als wesentliche Bedingung für den Erfolg der Naziszene gilt, wird durch die Wirkung der Extremismusthese zementiert.

Ebenfalls ungenutzt bleiben in beiden Kommunen Kritikpotentiale, die durch die dissidenten Positionen repräsentiert werden, da in beiden Fällen die Kommunalverwaltungen eine direkte Auseinandersetzung mit Initiativen, die eine solche Position vertreten, ablehnen. Diese Ablehnung übernimmt nicht nur in der Fallstudie A auch ein großer Teil der Bürgerinitiative. In der Fallstudie B akzeptieren – trotz teilweise geäußelter inhaltlicher Einwände gegen die Extremismusthese – professionelle Angebote und eine kommunalpolitisch integrierte Initiative ebenfalls den Ausschluss solcher Positionen von den kommunal organisierten Arbeitsstrukturen gegen die Naziszene.

### **1.3. Integration zivilgesellschaftlichen Engagements**

In unserer dritten und zentralen Grundthese haben wir eine spezifische Existenzweise der Zivilgesellschaft im ländlichen Raum postuliert. Diese spezielle Existenzweise, so die These, sei geprägt von formellen und informellen Abhängigkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements von kommunalen Institutionen. Die für ein zivilgesellschaftliches Engagement im engeren Sinn, das eine kritische Auseinandersetzung mit den kommunalen Behörden ein-

schließt, nötige Unabhängigkeit sei in einer solchen, von Integration in die kommunalen Strukturen geprägten Situation nicht gegeben.

Den Ansatzpunkt dieser These stützen in den beiden Fallstudien sowohl die Berichte über Aktivitäten vor der Beteiligung kommunaler Verwaltungsspitzen als auch die Berichte über solche Aktivitäten, seitdem die Bürgermeister sie demonstrativ unterstützen und sich sogar selbst an ihnen beteiligen. Fazit dieser Berichte war einhellig, dass ohne die Beteiligung des jeweiligen Bürgermeisters diese Aktivitäten kaum Unterstützung in den Gemeinwesen erfuhren. Erst durch die Beteiligung des Bürgermeisters haben die Initiativen überhaupt irgendeine Form von öffentlicher Anerkennung erfahren und Handlungsfähigkeit erlangt.

Mit dem Gewinn des Bürgermeisters für ein Vorgehen gegen die Naziszene bzw. ihre Aktivitäten geht in den Fallstudien auch ein Positionswechsel der den Bürgermeistern unterstellten Verwaltungen und anderer kommunaler Autoritäten einher. In der Fallstudie A war dies die im öffentlichen Leben prägende Institution Kirche, in der Fallstudie B waren es Landrat und Landratsamt, die sich dem Engagement des Bürgermeisters anschlossen. Relevante Bevölkerungsteile unterstützten Aktionen gegen die Naziszene erst, nachdem sich die lokalen Autoritäten bereits entsprechend positioniert hatten. Dieser Umstand allein markiert ein gravierendes Demokratiedefizit in den untersuchten Gemeinwesen.

Als problematisch erwies sich in den Untersuchungen jedoch nicht nur, dass sich das Verhalten der Öffentlichkeit so stark an den lokalen Autoritäten orientiert. Problematisch sind auch die Bedingungen, unter denen die Spitzen der Kommunalverwaltungen bereit waren, sich gegen die Naziszene zu engagieren. In beiden Fallstudien wurden die Modi der Zusammenarbeit von den Rathäusern bestimmt. Trotz deutlicher Unterschiede in der konkreten Organisationsform der Kooperationsbeziehungen, die dabei gefunden wurden, gab es jedoch eine auffällige Übereinstimmung: In beiden Fällen sollte die Organisation der Zusammenarbeit auch dazu dienen, die Auseinandersetzungen um eine angemessene Strategie gegen die Naziszene aus der Öffentlichkeit zu holen und nur noch in einem als intern markierten Rahmen zu entwickeln.

Diese Entpolitisierung einer für die Gemeinwesen als zentral betrachteten Frage stellt einen zweiten Aspekt des von uns beobachteten Demokratiedefizits dar. In den untersuchten Kommunen besteht keine Bereitschaft, Dissens in wesentlichen Fragen, der nicht in einen Konsens überführt werden kann, als demokratischen Normalzustand zu akzeptieren. Wo sich solcher Dissens nicht überwinden lässt, reagieren die kommunalen Verwaltungsspitzen mit dem oben beschriebenen Ausschluss dissidenter oder auch nur als dissident angenommener Positionen aus ihren Kooperationsmodellen. Dieser Form der Konfliktlösung entspricht bezüglich des Naziproblems die Strategie, Verbote zu fordern bzw. umzusetzen. Sie wurde von Interviewees aus dem Jugendarbeitsbereich beider Untersuchungsgebiete als eine Strategie beschrieben, die vielfach präferiert wird. Als Handlungsschema ist sie wohl nur deshalb nicht dominanter, weil das Verhängen und Durchsetzen von Verboten außerhalb der Möglichkeiten der Agierenden liegt.

Die Abhängigkeit der Initiativen, aber auch der professionellen Angebote mit überregionalem Charakter vom Wohlwollen der kommunalen Verwaltungen liegt damit zum einen an dem immensen Einfluss der Verwaltungsspitzen auf die öffentliche Meinung. Zum anderen folgt sie aus der Erwartung dieser kommunalen Verwaltungsspitzen, das Vorgehen gegen die Naziszene müsse koordiniert und einvernehmlich erfolgen.

Nicht bestätigt hat sich dagegen die Vermutung, bereits existierende persönliche Bindungen seien für die Integration innerhalb der ländlichen Kommunen verantwortlich. Bei unseren

Interviews trat nicht ein Fall auf, in dem das Verhältnis zwischen den Agierenden schon bestand, bevor ihre Zusammenarbeit gegen die Naziszene und ihre Aktivitäten begann. In dieser Zusammenarbeit entstehen allerdings rasch informelle gegenseitige Verpflichtungen, die von der Wirkung des Integrationsmodells befördert werden und dessen Durchsetzung ihrerseits befördern. Aufgrund dieser gegenseitigen Bindungen bestätigt sich die These, dass die integrierten Initiativen im ländlichen Raum nicht über die nötige Distanz verfügen, um gegenüber den Kommunalverwaltungen als Zivilgesellschaft im engeren Sinn zu agieren.

Obwohl unsere Untersuchungen eine Dominanz der Kommunalverwaltungen bei der Durchsetzung der Kooperationsformen und der Definition des inhaltlichen Konsenses, auf dem die Zusammenarbeit beruht, ergeben haben, zeigen sie doch auch, dass innerhalb des so gesetzten Rahmens die Auseinandersetzung mit den Positionen der Beteiligten erfolgt. Ist der Rahmen als solcher anerkannt, sind die entstehenden Bindungen tatsächlich wechselseitig, und entsprechend sind auch inhaltliche Veränderungen zu beobachten. Dies gilt vor allem für die Fallstudie A, da dort ein Mitglied der Verwaltungsspitze unmittelbar in der Leitung der Bürgerinitiative mitarbeitet. Während in der Fallstudie B eine Verbindungsperson zwischen der Ebene der Initiativen, Vereine sowie der praktisch tätigen Behördenmitglieder und der Ebene der Verwaltungsspitzen eher als Puffer wirkte, ist der zweite Bürgermeister der Kommune A die inkarnierte Vermittlungsinstanz der Differenzen, die sich zwischen den Zielen der Bürgerinitiative und der Verwaltungsperspektive notwendig ergeben.

Der höhere Professionalisierungsgrad, der für den Fall B prägend ist, schlägt sich auch in der deutlicheren Trennung von Behörden einerseits und Initiativen bzw. Angebotsträgern andererseits nieder. Die größere Expertise professioneller Angebote stößt damit auf eine Grenze der Thematisierungsbereitschaft in den Gemeinwesen, die schwerer durch direkte Auseinandersetzungen zu verschieben ist als im Integrationsmodell der Fallstudie A. Die professionellen Angebote sind wesentlich auf die bereits bestehende Bereitschaft der Gemeinwesen für Problematisierungen und Lösungsvorschläge angewiesen. Wo keine solche Bereitschaft besteht, bleiben sie genauso einflusslos, wie die nicht von der Verwaltungsspitze unterstützten Initiativen. Ihre Versuche, in solchen Fällen trotzdem eine kommunale Form der Lösung des Naziproblems zu initiieren, stehen dann in der Gefahr, das Problem nur zu kaschieren, indem der Bock zum Gärtner gemacht wird. Das zeigt das Beispiel einer Gemeinde, in der nach rassistischen Übergriffen auf eine in der Gemeinde ansässige Familie ein Runder Tisch der Gemeindebevölkerung von den Opfern der Übergriffe eine stärkere Integration ins Gemeindeleben forderte.

## **2. Wirkung der Bundesprogramme**

Neben dem allgemeinen Ziel, die Entstehungs- und Existenzbedingungen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Nazis im ländlichen Raum zu untersuchen, verfolgt die Studie auch das konkrete Ziel einer Einschätzung der Bundesprogramme, die seit 2001 mit dem Ziel durchgeführt wurden, ein solches Engagement zu ermöglichen bzw. zu stärken.

Diese Programme legten einen deutlichen Schwerpunkt auf die Bundesländer, die aus der DDR hervorgegangen sind. Fallstudie A, die sich auf ein bayerisches Gemeinwesen bezieht, liefert dementsprechend keine Hinweise auf die Wirkung der institutionellen Förderung der Bundesprogramme. Lediglich die in der Kommune tätige Jugendgruppe profitierte von Preisgeldern bei im Rahmen der Programme ausgerufenen Wettbewerben. Im Kontrast dazu steht die in Sachsen angesiedelte Fallstudie B. Hier lassen sich deutliche Aussagen sowohl zur institutionellen als auch zur ideellen Wirkung der Bundesprogramme machen, da im Landkreis B das gesamte Spektrum an Maßnahmen zum Einsatz kam.



## 2.1. Institutionelle Wirkungen

Das Ergebnis der Fallstudien überrascht bezüglich der institutionellen Ebene auf den ersten Blick. In beiden untersuchten Fällen existieren Initiativen, die eng mit der staatlichen Ebene zusammenarbeiten. In der Fallstudie A erwies sich der quasi-staatliche Charakter der Bürgerinitiative, aber als noch deutlicher ausgeprägt als in Fallstudie B, in der zwischen der kommunalpolitisch integrierten Initiative und der Verwaltung zumindest noch eine formale Trennung besteht, auf die sich Dritte auch berufen können. Obwohl also die Bundesprogramme das Ziel haben, durch staatliche Maßnahmen bürgerschaftliches Engagement hervorzubringen, wirken sie in ihrer Konsequenz eher der völligen Vermischung von Kommunalverwaltung und Initiativlandschaft entgegen. Das hat zwei Ursachen.

Erstens: Die Bundesprogramme selbst haben in den untersuchten Kommunen weder zur Gründung von Initiativen beigetragen, noch zu deren Durchsetzung. Die Erfolge der Initiativen in Fallstudie B und die Gründung einer Bürgerinitiative in Fallstudie A resultierten aus kommunalen Politikwechseln, die unabhängig von der Wirkung der Bundesprogramme erfolgten. Von den Bundesprogrammen wurden diese Politikwechsel aber unterstützt, indem sie eine öffentliche Anerkennungs- und Beratungsstruktur mit Preisen, Konferenzen, Ausstellungs-, Seminar- und Veranstaltungsangeboten schufen.

Aus dieser durch die Bundesprogramme geschaffenen Struktur ergibt sich auch die zweite Ursache dafür, dass die Programme auf die völlige Vereinheitlichung des Engagements der Kommunalverwaltungen und bürgerschaftlicher Initiativen hemmend wirken. Die Bundesprogramme schaffen ein professionelles Angebot an Beratung und Hilfen, das vorrangig auf die Kommunalverwaltungen ausgerichtet ist und die Einhaltung professioneller Standards befördert.

Das Verhältnis von professionellen Angeboten und bürgerschaftlichem Engagement ist – wie in jedem Fall – auch in den Fallstudien problematisch. In der Fallstudie A wird der Befürchtung klar Ausdruck verliehen, eine stärkere Professionalisierung könne den Rückgang der ehrenamtlichen Aktivität zur Folge haben. In der Fallstudie B bestätigt sich das zwar nicht, es fällt aber auf, dass sich ehrenamtliche Tätigkeiten stark an den professionellen Zielsetzungen und Methoden orientieren. Außerdem werden die professionellen Angebote, die – wenn auch vermittelt über freie Träger – staatlich finanziert und zumindest teilweise an ministerielle Richtlinien gebunden sind, als zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen (NGO) wahrgenommen. Das Bild der Zivilgesellschaft bestimmen als Folge der Bundesprogramme nicht länger die Initiativen, sondern die professionellen Angebote als Quasi-NGOs (QuaNGO). Das gilt bis in die Kommunen hinein, in denen diese QuaNGOs zur Stimme der Initiativen in den Gremien der Kommunalverwaltung werden. Die professionelle Perspektive erweist sich dabei als Prokrustesbett, als Anpassung erzwingender Rahmen, für die Initiativen, die im kommunalen Gefüge auf die Unterstützung der professionellen Angebote angewiesen sind.

Sind die professionellen Angebote in ihrer Unterstützung der Initiativen gegen die Kommunalverwaltungen kritisch zu bewerten, so muss bezüglich der Unterstützung auf der ideellen Ebene der öffentlichen und finanziellen Anerkennung durch Wettbewerbe den Bundesprogrammen bescheinigt werden, dass sie an jenen Initiativen völlig vorbei gehen, die eine solche Unterstützung vorrangig benötigen würden. In der Fallstudie A wird berichtet, dass die Einwerbung der Preisgelder für die Initiative von Jugendlichen durch eine professionelle

Jugendarbeiterin erfolgte. Und in der Fallstudie B konzentriert sich diese ideelle Förderung ebenfalls auf eine Initiative, die mit zwei festen Stellen bereits ins Lager der professionellen Angebote gezählt werden muss und überdies die öffentliche Anerkennung der Kommunalverwaltung genießt. Insgesamt folgt die Unterstützung des ideellen Teils der Bundesprogramme dem Matthäusprinzip: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Das bedeutet, dass die Bundesprogramme in den untersuchten Fällen mit ihren Anerkennungen die Chance verpasst haben, Initiativen eine öffentliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, die dieser bedürfen, um ihre Position gegenüber den Kommunalverwaltungen zu stärken. Angesichts der beschriebenen Demokratiedefizite in den Kommunen ist die öffentliche Anerkennung dissidenten Engagements eine zu empfehlende Strategie.

## **2.2. Inhaltliche Wirkungen**

Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass die Bundesprogramme außer ihren institutionellen Folgen auch einen inhaltlichen Einfluss haben, der weit über den institutionellen Wirkungsbereich hinausgeht. Dieser Einfluss zeigt sich in der Durchsetzung des Begriffs „Rechtsextremismus“, der, aus dem Gebrauch des Verfassungsschutz stammend, inzwischen sowohl in der wissenschaftliche Diskussion als auch bei den Kommunalverwaltungen, den professionellen Angeboten und den Initiativen von Betroffenen allgemein verbindlich durchgesetzt ist. Mit der Verwendung des Begriffs „Rechtsextremismus“ geht aber die Anerkennung der Extremismusthese einher, die in ihrer Problematik von uns dargestellt wurde und auch von einigen der im ländlichen Raum Agierenden problematisiert wird, die gleichwohl von „Rechtsextremismus“ sprechen. Den Bundesprogrammen kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zu, da ihre inhaltliche Rahmensetzung sich vielfach reproduziert. Sie findet sich in den Finanzierungsanträgen von freien Trägern und damit in deren Selbstbeschreibungen und Arbeitsberichten wieder. Sie taucht ebenfalls in den Konzepten der Initiativen, die mit diesen Trägern oder Förderprogrammen zusammenarbeiten, auf - und schließlich in allen wissenschaftlichen Begleitmaterialien, in den Seminaren zum Thema und auf den entsprechenden Kongressen. Während Aspekte der Rahmensetzung der Bundesprogramme, wie Auswahl der Zielgruppe sowie Mittel und Dauer der Interventionen, diskutiert werden, fehlen zu anderen inhaltlichen Wirkungen der Programme, wie der Durchsetzung der Extremismusthese, vergleichbare Auseinandersetzungen. Das spiegelt sich auch im Ausbleiben der Reflexion solcher Einflüsse bei den Trägern der professionellen Angebote und bei den Initiativen wider. Der konzeptionelle Hintergrund der Bundesprogramme wird so zu einer Setzung, die unhinterfragt bleibt, obwohl sie konzeptionelle Wirkungen hat. Dies ist um so dramatischer, als die Extremismusthese in mehrfacher Hinsicht entscheidenden strategischen Einfluss hat. Besonders gilt das, bei der Umsetzung des erklärten zentralen Ziels der Programme, die lokale Demokratieentwicklung zu fördern.

### 3. Empfehlungen

Die Ergebnisse unserer Untersuchungen führen uns zu Empfehlungen, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen müssen. Soll die Zivilgesellschaft in dem von uns definierten engeren Sinn im ländlichen Raum gefördert werden, sind Veränderungen auf der Ebene der Förderung durch Bundes- und Landesprogramme nötig. Zugleich wird jenseits der entsprechenden Regierungen aber auch eine Verantwortung von Parteien und Verbänden deutlich, die als Träger existierenden bürgerschaftlichen Engagements von unseren Empfehlungen angesprochen werden. Und schließlich richten sich unsere Empfehlungen auch an die unmittelbar Betroffenen, d.h. die Kommunalverwaltungen und ihre Verwaltungsspitzen, die durch ihre Tätigkeit entscheidend zum Erfolg oder eben zum Scheitern der Bemühungen um eine lokale Demokratieentwicklung und die langfristige Zurückdrängung der Nazistrukturen beitragen.

#### 3.1. Problembeschreibungen ändern

Unsere zentrale Empfehlung für alle Ebenen, die sich mit dem Naziproblem befassen ist eine Veränderung der Problembeschreibung. Das Naziproblem sollte nicht als ein Randgruppenproblem gefasst werden. Das betrifft sowohl seine Einschränkung auf ein Jugend- oder Gewaltproblem als auch die Verwendung der Extremismusthese und der mit ihr einhergehenden Begriffe. Die Konsequenzen einer solchen Veränderung sollten dabei nicht nur begrifflich, sondern auch analytisch und praktisch sein.

**BEGRIFFLICH:** Die deutliche Orientierung der NPD aber auch der so genannten „Freien Kameradschaften“ am Nationalsozialismus rechtfertigt eine Ersetzung des Begriffs „Rechtsextreme“ durch den Begriff „Nazis“ hinreichend. Selbst eine Modifikation durch den Zusatz „Neo-“ zu „Neonazis“ ist unangemessen, weil der Kern der Ideologie, um die es sich handelt, auch dann nicht neu ist, wenn die Glorifizierung des historischen Nationalsozialismus und die Hitlerverehrung abgelehnt werden, wie das in einem Teil der NPD der Fall ist.

**ANALYTISCH:** Mit der Veränderung der Begrifflichkeit muss sich aber auch die Ebene der Analyse ändern. Die Verwendung des Begriffs „Nazis“ ändert noch nichts an der Stigmatisierung, die sich ausgehend von der Extremismusthese auf Randgruppen erstreckt, von denen ein Normalbereich klar abgegrenzt wird. Im Gegensatz dazu ist es notwendig, wie in den inzwischen gut etablierten empirischen Erhebungen, von einer Auseinandersetzung mit Randgruppen zur Auseinandersetzung mit Einstellungen überzugehen. Während das Stigma „Nazi“ eine geschlossene Weltanschauung markiert, die sich auch in politischem Handeln bzw. einer Zugehörigkeit zu entsprechenden Organisationen ausdrückt, untersucht die Einstellungsforschung die Elemente nationalsozialistischer Ideologie, die sich häufig, aber nicht immer zu Weltbildern verdichten und bis weit in den als nicht-extremistisch gekennzeichneten Normalbereich hineinreichen. Aufgrund dieses Bereichs breit geteilter Einstellungen ist es organisierten Nazis möglich, Strategien der politischen Normalisierung ihrer Positionen zu verfolgen und als anerkannte Mitglieder in den kommunalen Gemeinwesen zu agieren.

**PRAKTISCH:** Eine Umsetzung der in der Einstellungsforschung gewonnenen Ergebnisse in Strategien jenseits der rein verbalen Anerkennung ist schwierig. Explizit sind Konzepte zu entwickeln, die sich nicht auf den Bereich der Jugendarbeit beschränken. Hierzu ist erstens die wissenschaftliche Erarbeitung von Konzepten für die Praxis notwendig. Wir denken hier vor allem an Methoden, die geeignet sind, gesellschaftliche Mehrheiten über Regelstrukturen, wie das Feld der Erwerbsarbeit und der Freizeit, zu erreichen. Um die Gruppe der „Normalen“, also die Trägergruppe von weithin akzep-

tierten Versatzstücken der Naziideologie, überhaupt zu erreichen, eignen sich Angebote der Erwachsenenbildung. Neben den einschlägigen Einrichtungen sollten sich die entwickelten Konzepte daher auch auf das Gebiet betrieblicher Weiterbildung konzentrieren, wo selbst beim Fehlen großer Betriebe in einer Region zumindest die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung und der kommunalen Unternehmen erreicht werden. Mit dem Bereich Freizeit sind die Vereine angesprochen. Diese sind, wie auch die Parteien und Verbände stärker als bisher darauf hinzuweisen, dass in ihrem Rahmen eine Auseinandersetzung notwendig und sinnvoll ist, wie die Berichte über erste Erfolge auf diesem Gebiet aus der Fallstudie B belegen. Schließlich empfehlen wir die Schaffung von Förderschwerpunkten, um Anreize für die Umsetzung solcher Konzepte zu liefern.

Zentrales Moment der angestrebten Konzepte muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit all den Einstellungen sein, die aus dem Traditionsbestand des Nationalsozialismus stammen. Diese inhaltliche Auseinandersetzung sollte auch ein Schwerpunkt der Arbeit von Parteien und Verbänden werden, der auch unabhängig von der Entwicklung übergreifender Konzepte und der Förderung ihrer Umsetzung voranzutreiben ist. Ein positives Muster können dabei die in der Fallstudie B erwähnten Falblätter sein, die – von der Kommunalverwaltung initiiert – an die Bewohnerinnen und Bewohner der Kommune ausgegeben werden und sich mit Argumentationsmustern der NPD auseinandersetzen. Allerdings zeigt die Fallstudie B ebenfalls, dass eine Ausweitung der inhaltlichen Auseinandersetzungen über einzelne Agierende hinaus dringend geboten ist, da sonst eine Verstrickung in die Argumentationsmuster der NPD und eine Bestärkung der von den Agierenden selbst undurchschauten Einstellungsmuster droht. In jedem Fall wird durch das Einsetzen solcher Auseinandersetzung aber eine Grundbedingung inhaltlicher Debatte erfüllt.

### **3.2. Lokale Demokratie ermöglichen**

Für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie inhaltlicher Auseinandersetzung mit Einstellungen, die in der Bevölkerung vielfach Zustimmung erfahren, ist die Beseitigung der ange-troffenen Demokratiedefizite eine weitere Voraussetzung. Dazu empfehlen wir mehrere stragische Schritte, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen.

**BÜRGERMEISTER AKTIVIEREN:** Die Untersuchungen haben deutlich gemacht, dass das Verhalten und das Problembewusstsein der kommunalen Verwaltungsspitzen und hier insbesondere der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister entscheidend für den Erfolg jeder Initiative gegen Nazistrukturen ist. Aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung, die sich nicht zuletzt in der Wahl der BürgermeisterInnen, ist kein direkter Zwang – etwa der Landesregierungen oder Regierungspräsidien –, der die Gewählten zum Engagement gegen Nazistrukturen und -aktivitäten nötigt, möglich. Ein Druck auf die kommunal Verantwortlichen kann aber durch die Parteien erzeugt werden, denen die Gewählten in der übergroßen Zahl der Fälle angehören. So wie die Bürgermeiste-rInnen vom Renommee ihrer Parteien profitieren, können und sollten die Parteien auch eine klare politische Haltung ihrer Mitglieder gegenüber Nazis einfordern. Bei den kommunalpolitisch Verantwortlichen muss sich diese klare Haltung dann auch in konkretem Handeln niederschlagen, für das die Parteien bzw. von ihnen beauftragte externe Beratungsinstanzen mit kommunalpolitischen Modellen Vorschläge machen.

Obwohl Bundes- und Landesregierungen aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung in den Kommunen nicht unmittelbar tätig werden können obliegt es ihnen jedoch durch Fortbildungsangebote an die kommunalen Verwaltungsspitzen und die Darstellung von Modellprojekten, diese in ihrer Auseinanderset-

zung mit Nazis zu unterstützen. Darüber hinaus ist es es vor allem den Landesbehörden, sowohl intern als auch öffentlich auf Missstände in den Kommunen hinzuweisen.

**DEMOKRATIEDEFIZITE BESEITIGEN:** In einem zweiten strategischen Schritt gilt es dann, die Verhältnisse in den Kommunen selbst zu verändern. Dabei sind die einerseits die Verwaltungsspitzen dazu zu bewegen, aktiv gegen bestehende Demokratie-defizite vorzugehen. Andererseits muss auch an den kommunalen Verwaltungsstrukturen vorbei die Unterstützung demokratischer Kultur in den Kommunen erfolgen.

Bei der Aktivierung der kommunalen Verwaltungsspitzen durch die Parteien und Regierungen sind nicht nur Strategien vorzuschlagen, die sich unmittelbar gegen die Strukturen und Aktivitäten von Nazis richten. Genauso wichtig ist eine Vertiefung des Demokratieverständnisses. Das heißt, den kommunalen Verwaltungsspitzen ist eine veränderte Haltung zum Dissens nahe zu bringen. Während im politischen Leben die Durchsetzung der eigenen Position und die Marginalisierung anderer Haltungen ein legitimes Ziel ist, müssen die Verwaltungen dazu angehalten werden, dissidenten Gruppen in ihren Gemeinwesen Platz und Ausdrucksmöglichkeiten zu schaffen. Andernfalls reproduziert sich die Monokultur der Gemeinwesen, in denen sich die Nazistrukturen verankern konnten und verankert haben.

Zu fordern sind von den Kommunalverwaltungen gleichzeitig Maßnahmen, die dem Empowerment von Betroffenen und Opfern der Nazis dienen. Das sind in erster Linie von rassistischer Diskriminierung Betroffene und Jugendliche, die als alternativ oder in manchen Gegenden auch bloß als nicht-rechts definiert werden. Darüber hinaus existieren aber noch weitere Gruppen die gesellschaftlicher Diskriminierung und Übergriffen von Nazis ausgesetzt sind. Dazu gehören Menschen mit Behinderungen, Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung sowie Obdachlose und sozial Deklassierte. Diesen Menschen bzw. den von ihnen gebildeten Gruppen und Initiativen sollte in der Auseinandersetzung mit Nazis besonderes Gehör geschenkt werden. Ihre Menschenwürde ist gerade auch gegen die gesellschaftlich verbreiteten Vorurteile durch eine möglichst weitgehende Einbeziehung und Unterstützung zu stärken. Darüber hinaus sind öffentliche Solidarisierungen mit den Opfern von Nazis von hoher symbolischer Bedeutung.

Wo – wie im Jugendbereich – die Bildung und Organisation selbstständiger Gruppen und Initiativen stattfindet, sollen die Kommunen dazu gebracht werden, diese Prozesse zu unterstützen oder zumindest zu ermöglichen. Dem Problem einer kommunalen Angebotsstruktur, die – wie in den beiden Fallstudien anhand von Jugendlichen beschrieben – an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei geht, wirkt die Stärkung von Prozessen der Partizipation und Selbstorganisation entgegen. Dazu sind aber mindestens Räume und idealer Weise auch die Verfügung über weitere kommunale Ressourcen notwendig.

Kontraproduktiv ist die gegenwärtig drohende Abschaffung von Ansätzen einer Unterstützung von Opfern und von dissidenten Initiativen durch die professionellen Angebote der Opferberatung und der Mobilen Beratungsteams. Statt Mobile Beratung und Opferarbeit zur bloß temporären Krisenintervention abzuschwächen, sollten die bestehenden Strukturen als langfristige Angebote erhalten und weiterentwickelt werden, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

Ein weiterer Schritt zur Ermöglichung von Alternativen in den Kommunen ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, der es im ländlichen Raum lebenden Menschen

ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben jenseits des engen Rahmens ihres Gemeinwesens teilzunehmen. Besonders in der Jugendarbeit ist zukünftig darauf zu achten, dass neben Räumen und materieller Ausstattung auch die Erreichbarkeit der Angebote konzeptionell berücksichtigt wird. Diese kann entweder durch den Ausbau öffentlicher Verkehrsverbindungen oder durch angebotsspezifische Maßnahmen – etwa einen Shuttleservice – erreicht werden.

Die externe Unterstützung dissidenter Gruppen kann über die extra-kommunale Anerkennung, die Schaffung von Anlaufstellen mit Beratungs- und Koordinationscharakter und eine finanzielle Förderung, über die möglichst fern von der betroffenen Kommune entschieden wird, geschehen. Anerkennung, Beratung- und Koordination sind Momente, die in die Kommunen zurück wirken. Eine Initiative, der Unterstützung von außerhalb der Kommune zuteil wird, verfügt über eine Öffentlichkeit, die, wenn sie effektiv ist, von der Kommune auf Dauer nicht ignoriert werden kann. In der Erzeugung einer solchen Öffentlichkeit bestünde auch das Ziel von Anerkennung, Beratung und Koordination. Das dazu von uns empfohlene Modell lehnt sich an den Mobilien Beratungsteams an, ist aber nicht von der Bindung an lokale Verhältnisse geprägt, wie es bei den Mobilien Beratungsteams der Fall ist. Vielmehr sollten entsprechende Anlaufstellen überregionalen Charakter haben. Zugleich ist aber auch eine aktive Suche nach Gruppen notwendig, denen die Unterstützung gewährt werden kann, um zu verhindern, dass auch hier wieder, wie bei den bereits etablierten Förderstrukturen und Wettbewerben, vor allem professionell arbeitende oder professionell unterstützte Initiativen gefördert werden. Auch eine möglichst fern von der Kommune erfolgende Entscheidung über finanzielle Förderung ist nötig, um den in den Kommunen entstehenden Abhängigkeits- und Loyalitätsverhältnissen wirksam zu begegnen.

### **3.3. Pädagogisch wirken**

Obwohl der pädagogische Ansatz die bisher am stärksten verfolgte Strategie beim Engagement gegen Nazistrukturen ist, zeigen die beiden Fallstudien, dass auch hier noch eine Erweiterung des Angebots notwendig ist. Während die Durchführung von Einzelveranstaltungen und -projekten sowie die Organisation von Ausstellungen zum Standardprogramm in den untersuchten Gemeinwesen gehört, offenbarte sich sowohl im alltäglichen Schulbetrieb (vor allem in der Kommune B) als auch im Bereich der Jugendarbeit von Vereinen (in beiden Kommunen) ein Mangel der Auseinandersetzungsbereitschaft des pädagogischen Personals.

Um diesem Mangel entgegen zu wirken, ist die Auseinandersetzung mit Nazis – sowohl auf der inhaltlichen Ebene als auch auf der Ebene des Ziehens und Durchsetzens von Grenzen – bereits bei der Ausbildung des pädagogischen Personals der Kitas, der Schulen und Vereine besonders zu berücksichtigen. Die Auseinandersetzung mit den Elementen der nationalsozialistischen Ideologie muss auf dieser Grundlage dann auch verbindlich in die Lehrpläne aufgenommen werden. Die Durchführung entsprechender Weiterbildungen bzw. die Aufnahme entsprechender Ziele in die allgemeine Ausbildung ist unabdingbar, um die Auseinandersetzung mit Nazis alltäglich werden zu lassen.

Ein besonderes Augenmerk sollten die Sportverbände auf die Durchsetzung von Grenzen setzen, da in ihnen ein Großteil der Bevölkerung organisiert ist. Nicht nur sollten die Verbände darauf achten, dass offene Bekundungen von Sympathien für Nazis oder ihre Einstellungen geächtet werden, die Sportvereine können auch Signale setzen, indem sie etwa das Tragen einschlägiger Symbole oder Kleidungsstücke

(zu denken ist hier an die Marke „Thor Steinar“) in ihren Sportanlagen unabhängig von strafrechtlichen Bestimmungen untersagen. Neben der strikten Ächtung von Bekenntnissen zur Naziszene sind die Vereine und Verbände aber auch dazu aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass sie – anders als in Fallstudie B – nicht zu No-Go-Areas für Naziopfer werden.

### 3.4. Übersicht der Empfehlungen

#### EMPFEHLUNGEN FÜR ALLE EBENEN:

- Übergang von einer Auseinandersetzung mit Randgruppen zur Auseinandersetzung mit Einstellungen, d.h. die inhaltliche Auseinandersetzung sollte ein Schwerpunkt der Arbeit werden
- Ersetzung des Begriffs „Rechtsextreme“ durch den Begriff „Nazis“

#### EMPFEHLUNGEN FÜR BUND UND LÄNDER:

- Entwicklung wissenschaftlicher Konzept, die sich explizit nicht auf den Bereich der Jugendarbeit beschränken, mit dem Ziel über Erwachsenen- und betriebliche Weiterbildung, sowie über die Bildungsarbeit von Parteien, Vereinen und Verbänden in gesellschaftliche Regelstrukturen wie Ausbildung, berufliche Tätigkeit und Freizeitorganisation hineinzuwirken
- Schaffung von Förderschwerpunkten, um Anreize für die Umsetzung solcher Konzepte zu liefern
- Unterstützung der kommunalen Verwaltungsspitzen in der Auseinandersetzung mit Nazis durch Fortbildungsangebote und die Darstellung von Modellprojekten
- extra-kommunale Anerkennung für die Unterstützung dissidenter Gruppen
- Förderung von extra-kommunalen Anlaufstellen mit Beratungs- und Koordinationscharakter für dissidente Gruppen, um Möglichkeiten zur Kritik an den kommunalen Verwaltungen zu eröffnen
- Entscheidungen über einen Teil der finanziellen Förderung möglichst fern von der betroffenen Kommune
- Erhaltung und Weiterentwicklung der professionellen Angebote der Mobilen Beratung und der Opferarbeit als langfristiger Struktur
- Ausbildung des pädagogischen Personals der Schulen zur Auseinandersetzung mit Nazis (inhaltliche Auseinandersetzung, Durchsetzen von Grenzen)
- Ergänzung der PädagogInnenausbildung wie auch der Lehrpläne um die Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie

#### EMPFEHLUNGEN FÜR PARTEIEN:

- parteilicher Druck auf die kommunal Verantwortlichen, gegen lokale Nazi-Probleme öffentlich aktiv zu werden
- Verwaltungsspitzen dazu bewegen, aktiv gegen bestehende Demokratiedefizite vorzugehen
- kommunalen Verwaltungsspitzen die Akzeptanz von Dissens nahe bringen
- Aufnahme der Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie in das Programm der Bildungsangebote der Parteien

#### EMPFEHLUNGEN FÜR VEREINE UND VERBÄNDE:

- Ausbildung des pädagogischen Personals der Vereine zur Auseinandersetzung mit Nazis (inhaltliche Auseinandersetzung, Durchsetzen von Grenzen)
- Aufnahme der Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie in das Programm der Vereine und Verbände auf Mitglieds- und Funktionärebene
- Ächtung von Bekenntnissen zur Naziszene
- Signale setzen, durch Untersagen des Tragen einschlägiger Symbole oder Kleidungsstücke
- Sorge tragen, dass Vereine nicht zu No-Go-Areas für Naziopfer werden
- Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes ins Selbstverständnis

#### EMPFEHLUNGEN FÜR DIE KOMMUNEN:

- inhaltliche Auseinandersetzung mit Nazipositionen und -argumentationsmustern im konkreten kommunalen Rahmen suchen (über die Lokalpresse, Postwurfsendungen etc.)
- Maßnahmen, die dem Empowerment von potentiellen Opfern der Nazis dienen
- potentiellen Opfern von Nazis bzw. den von ihnen gebildeten Gruppen und Initiativen in der Auseinandersetzung mit Nazis besonderes Gehör schenken; ihre Menschenwürde gerade auch gegen die gesellschaftlich verbreiteten Vorurteile durch eine möglichst weitgehenden Einbeziehung und Unterstützung stärken
- öffentliche Solidarisierung mit den Opfern von Nazis
- Unterstützung selbstverwalteter und partizipativer Angebote
- Erreichbarkeit der Angebote in der Jugendarbeit konzeptionell berücksichtigen





## Literaturverzeichnis

Bundesministerium des Inneren, Der Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006

Decker, Oliver und Brähler, Elmar, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren, Berlin 2006

Flam, Helena und Kleres, Jochen, Inequality and Prejudice. German Social Scientists as Producers of Feeling Rules, Studie für den 32. Congress of the German Sociological Society, München 2004

Gosewinkel, Dieter u.a. (Hrsg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004

Gostomski, Christian Babka u.a., Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern, in: Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 102–128

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folgen 1 bis 5, Frankfurt/M. 2002 bis 2007

Hüpping, Sandra und Reinecke, Jost, Abwärtsdriftende Regionen, in: Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 77–101

Kleffner, Heike, Bilanz nach fünf Jahren Opferberatungsprojekte, in: Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 272–277

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Entwicklungstendenzen im Extremismus in Sachsen im 1. Hj. 2006 sowie bundesweite Zahlenvergleiche für 2005, Dresden 2006

Mecheril, Paul, Rassismuserfahrungen von Anderen Deutschen. Eine Einzelfallbetrachtung, in: Paul Mecheril und Thomas Teo (Hrsg.), Psychologie und Rassismus, Reinbek b. Hamburg, S. 175–201

Petzke, Martin u.a., Risikofaktor Konformität. Sozial Gruppenprozesse im kommunalen Kontext, in: Heitmeyer, Deutsche Zustände 5, S. 52–76

Rommelspacher, Birgit, Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995

Roth, Roland und Klein, Ludger, Bürgernetzwerke gegen Rechts. Perspektiven der Aktionsprogramme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, 2005, download un-

ter: <http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=239932>  
(Stand 6. Juni 2007)

Schaefer, D. u.a., Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem, in: Heit-  
meyer, Deutsche Zustände 1, S. 123–135

Stöss, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005

Terkessidis, Mark, Die Banalität des Rassismus, Bielefeld 2004

Thierse, Wolfgang, Aus der Mitte der Gesellschaft. Tribüne Gespräch mit Wolfgang Thierse,  
Präsident des Deutschen Bundestags, in: TRIBÜNE – Zeitschrift zum Verständnis des  
Judentums 1(2001), hier zitiert nach der Pressemitteilung vom 13.12.2000 unter:  
[www.bundestag.de/aktuell/presse/2000/pz\\_001213.html](http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2000/pz_001213.html)

## Zusammenfassung

Thema der vorliegenden Studie sind die Bedingungen, unter denen sich im ländlichen Raum eine Zivilgesellschaft entwickeln kann, die den lokalen Nazistrukturen effektiv zu begegnen vermag. Anhand exemplarischer Einzelfalluntersuchungen kommt die Studie zu dem Schluss, dass die bisherigen Bemühungen um einen zivilgesellschaftlichen „Aufstand der Anständigen“ gegen Nazis zwar weitgehend positiv zu bewertende professionelle Angebote hervorgebracht haben, in ihrer tatsächlichen Wirkung aber der gesellschaftlichen Dimension des Problems noch nicht gerecht geworden sind. Die Studie enthält aus den Untersuchungen abgeleitete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Programme, die in Teilen den aktuell vorgenommenen Anpassungen widersprechen. Sie plädiert darüber hinaus dafür, neben der Bundespolitik auch andere gesellschaftliche Institutionen stärker in das Engagement gegen Nazis einzubeziehen.

In Übereinstimmung mit bereits existierenden Erhebungen geht die Studie davon aus, dass es trotz der bisherigen Bemühungen und zu konstatierender Erfolge der Aktionsprogramme nicht gelungen ist, die Nazibewegung langfristig zu schwächen. Darauf aufbauend wurden, bezogen auf die Situation im ländlichen Raum, drei Grundthesen untersucht:

1. Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie existieren in der Mitte der Gesellschaft.
2. Für die Existenzbedingungen einer Naziszene im ländlichen Raum kommt den Haltungen der kommunalpolitischen Verantwortungsträger eine entscheidende Bedeutung zu.
3. Das Problem im ländlichen Raum ist nicht in erster Linie ein Mangel an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern die fehlende Unabhängigkeit dieses Engagements von den kommunalen Strukturen.

Zur Überprüfung der Thesen wurden zwei exemplarische Fallstudien in zwei verschiedenen Kleinstädten im ländlichen Raum, in einem neuen und in einem alten Bundesland erstellt. Den Studien liegen neben Datenmaterial aus Sekundärquellen vor allem Interviews mit Expertinnen und Experten aus nichtstaatlichen Initiativen und aus der Verwaltung zugrunde. Die Interviews wurden in Kommune A in Bayern und Kommune B in Sachsen durchgeführt.

Die unserer Untersuchung zugrunde gelegten Thesen haben sich in den beiden Fallstudien weitgehend bestätigt. Auf der faktischen Ebene bestätigen die Erzählungen der Befragten beider Kommunen unsere erste These der weiten Verbreitung von Elementen nationalsozialistischer Ideologie, unter ihnen rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Einstellungen, deutlich. Als explizite These vom Problem „aus der Mitte der Gesellschaft“ wird sie aber entweder unmittelbar (Fallstudie A) oder mittelbar (Fallstudie B) abgelehnt, indem sie bloßes Lippenbekenntnis bleibt. Die am nächsten liegende Erklärung für diese erstaunliche Divergenz ist eine strategische Unsicherheit, wie mit der breiten Verankerung von Elementen der Naziideologie umgegangen werden kann. Ursache ist aber auch ein dominantes Deutungsmuster, das die Wahrnehmungen der Wirklichkeit prägt, die Extremismuskonzeption. Die nationalsozialistische Ideologie wird danach als abzulehnende Haltung aus dem politischen Normalbereich ausgeschlossen. Diese strategisch-politische Entscheidung wird aber zugleich auch als eine Beschreibung der von der „Mitte der Gesellschaft“ abgelehnten Einstellungen gedeutet, die nationalsozialistischen Überzeugungen werden als klar abgrenzbar

vom faktischen Bereich politischer Normalität interpretiert. Tatsächlich enthalten die „ganz normalen“ Überzeugungen jedoch vielfach Elemente nationalsozialistischer Überzeugungen, haben sich also gar nicht entlang der unterstellten Norm gebildet.

Zur Erklärung der Diskrepanz zwischen interpretierter und erfahrener Realität wird auf ein weiteres Deutungsmuster, die Verführungsthese zurückgegriffen. Danach werden die weit verbreiteten Einstellungen auf die Verführung einer kaum noch als mündig zu bezeichnenden Masse zurückgeführt. Die Kohärenz zwischen politisch gewollter und tatsächlicher Norm kann auch die Verführungsthese nicht erzeugen, sondern nur behaupten. Im politischen Alltag wird die Kohärenz deshalb auch dadurch hergestellt, dass Elemente der Naziideologie unthematisiert bleiben. Die Reduktion des Naziproblems auf ein Gewalt- oder Jugendproblem ist eine Folge dieser Strategie und damit auch ein direktes Ergebnis der Extremismusthese. Durch sie muss der konzeptionslose Zustand nicht als Problem empfunden werden, sondern das Problem geht im Rahmen der Deutung der Wirklichkeit verloren. Entsprechend zeigt sich eine Diskrepanz auch auf der Handlungsebene, als Diskrepanz zwischen der Ablehnung des Naziproblems als einseitiges Jugend- oder Gewaltproblem und den fehlenden Konsequenzen aus dieser Aussage. Im Rahmen der Fallstudie B hat sich gezeigt, dass eine realitätsgerechte Beschreibung gleichzeitig verbal akzeptiert und sogar reproduziert werden kann und trotzdem praktisch folgenlos bleibt. Insgesamt zeigt die Fallstudie B jedoch auch, dass die Akzeptanz für die Beschreibungen der von rassistischer Diskriminierung Betroffenen mit der Anerkennung eines Naziproblems zunimmt.

Bei unserer zweiten These, dass den Haltungen innerhalb des kommunalen Institutionengeflechts eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung sowohl der Naziszene als auch von Gegenkräften zukommt, gingen wir davon aus, dass es vor allem die engeren Beziehungen im ländlichen Raum sind, die ein höheres Maß an gegenseitiger Kontrolle und ein größeres Sanktionspotential mit sich bringen. Beide Fallstudien bestätigen diese These in Bezug auf die öffentlich auftretende Naziszene. So wird in der Fallstudie B immer wieder betont, dass es vor allem den Kandidaten der NPD gelungen sei, persönliches Ansehen in den Kommunen des Landkreises zu gewinnen bzw. ihr persönliches Renommee „eins zu eins“ auf die NPD zu übertragen. Umgekehrt zeigt das behördliche Vorgehen in der Kommune B, dass die Handlungsspielräume von Nazis eingeschränkt werden können und dazu führen, dass sich diese in privat(wirtschaftlich)e Räume zurückziehen.

Dass es jenseits der ordnungsrechtlichen behördlichen Perspektive noch Interventionsmöglichkeiten gibt, zeigt die Fallstudie A, in der von der Schließung eines von Nazis betriebenen und dominierten gastronomischen Betriebs nach Protesten der lokalen Bürgerinitiative berichtet wird. Ein solches Vorgehen setzt allerdings einen Perspektivwechsel voraus, der Blick ist hier auf die Hegemonieverhältnisse und damit die Möglichkeiten öffentlichen Drucks gerichtet. Die Proteste gegen die Nazikneipe bewirkten nicht unmittelbar das Umdenken des Betreibers, sondern erzeugten in der Kommune eine Auseinandersetzung in der Bevölkerung. Fallstudie B zeigt: Was als staatliches Handeln eine inakzeptable Überschreitung der Grenzen wäre, die Behörden gesetzlich auferlegt sind, kann als zivilgesellschaftliches Vorgehen (Demonstrationen, Boykott, Sitzblockaden) modellhaft sein.

Als Folge der Extremismuskonzeption werden dissidenten Positionen Möglichkeiten genommen, sich in der Öffentlichkeit des ländlichen Raums zu artikulieren. Die monokulturelle Alternativlosigkeit, die in der Jugendarbeit als wesentliche Bedingung für den Erfolg der Naziszene gilt, wird durch die Wirkung der Extremismusthese letztlich zementiert. Insbesondere, Jugendlichen mangelt es im Dorf- bzw. Kleinstadtlebens an attraktiven, selbst organisierten Angeboten und Freiräumen, jenseits rechter Jugendkultur. Als zentrales Hindernis,

das es Jugendlichen in ländlichen Regionen regelmäßig unmöglich macht, an für sie interessanten Veranstaltungen teilzunehmen, wurde dann auch – in beiden Untersuchungen – der unzureichende öffentliche Personennahverkehr genannt. Über solcherart infrastrukturellen Probleme hinaus, wird von den Kommunalverwaltungen in beiden Fallstudien alternativen selbst organisierten Jugendlichen und den von ihnen gebildeten zivilgesellschaftlichen Initiativen im engeren Sinne, trotz teilweise augenscheinlicher Übereinstimmung in inhaltlichen Fragen bei der Auseinandersetzung mit der Naziszene, jede Anerkennung verweigert. In beiden Kommunen bleiben Kritikpotentiale, die durch die dissidenten Positionen repräsentiert werden, ungenutzt.

In unserer dritten und zentralen Grundthese haben wir eine spezifische Existenzweise der Zivilgesellschaft im ländlichen Raum postuliert, die geprägt sei von formellen und informellen Abhängigkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements von kommunalen Institutionen und die für ein zivilgesellschaftliches Engagement im engeren Sinn, das eine kritische Auseinandersetzung mit den kommunalen Behörden einschließt, nötige Unabhängigkeit erschwere.

Den Ansatzpunkt dieser These stützen in den beiden Fallstudien sowohl die Berichte über Aktivitäten vor der Beteiligung kommunaler Verwaltungsspitzen als auch die Berichte über solche Aktivitäten, seitdem die Bürgermeister sie demonstrativ unterstützen und sich sogar selbst an ihnen beteiligen. Fazit dieser Berichte war einhellig, dass ohne die Beteiligung des jeweiligen Bürgermeisters diese Aktivitäten kaum Unterstützung in den Gemeinwesen erfuhren. Erst durch die Beteiligung des Bürgermeisters haben die Initiativen überhaupt irgendeine Form von öffentlicher Anerkennung erfahren und Handlungsfähigkeit erlangt. Relevante Bevölkerungsteile unterstützten Aktionen gegen die Naziszene erst, nachdem sich die lokalen Autoritäten bereits entsprechend positioniert hatten. Dieser Umstand allein markiert ein gravierendes Demokratiedefizit in den untersuchten Gemeinwesen.

Problematisch sind auch die Bedingungen, unter denen die Spitzen der Kommunalverwaltungen bereit waren, sich gegen die Naziszene zu engagieren. In beiden Fallstudien wurden die Modi der Zusammenarbeit mit den Initiativen von den Rathäusern bestimmt. Trotz deutlicher Unterschiede in der konkreten Organisationsform der Kooperationsbeziehungen, die dabei gefunden wurden, gab es jedoch eine auffällige Übereinstimmung: In beiden Fällen sollte die Organisation der Zusammenarbeit auch dazu dienen, die Auseinandersetzungen um eine angemessene Strategie gegen die Naziszene aus der Öffentlichkeit zu holen und nur noch in einem als intern markierten Rahmen zu entwickeln. Diese Entpolitisierung einer für die Gemeinwesen als zentral betrachteten Frage stellt einen zweiten Aspekt des von uns beobachteten Demokratiedefizits dar. In den untersuchten Kommunen besteht keine Bereitschaft, Dissens in wesentlichen Fragen, der nicht in einen Konsens überführt werden kann, als demokratischen Normalzustand zu akzeptieren.

Nicht bestätigt hat sich die Vermutung, bereits existierende persönliche Bindungen seien für die Integration innerhalb der ländlichen Kommunen verantwortlich. Bei unseren Interviews trat nicht ein Fall auf, in dem das Verhältnis zwischen den kommunalen und in Initiativen Agierenden schon bestand, bevor ihre Zusammenarbeit gegen die Naziszene und ihre Aktivitäten begann. In dieser Zusammenarbeit entstehen allerdings rasch informelle gegenseitige Verpflichtungen, die von der Wirkung des Integrationsmodells befördert werden und dessen Durchsetzung ihrerseits befördern. Aufgrund dieser gegenseitigen Bindungen bestätigt sich die dritte These, dass die integrierten Initiativen im ländlichen Raum nicht über die nötige Distanz verfügen, um gegenüber den Kommunalverwaltungen als Zivilgesellschaft im engeren Sinn zu agieren.

Auch wenn die Bundesprogramme selbst in den beiden untersuchten Kommunen weder zur Gründung von Initiativen beigetragen haben, noch zu deren Durchsetzung, unterstützten sie jedoch die Politikwechsel in den Kommunen.

Die Bundesprogramme schafften (vor allem in der Kommune B) ein professionelles Angebot an Beratung und Hilfen, das vorrangig auf die Kommunalverwaltungen und Opferberatung ausgerichtet ist und die Einhaltung professioneller Standards befördert. Das führt in der Praxis aber auch dazu, dass sich zivilgesellschaftliche Initiativen im engeren Sinne stark an den professionellen Zielsetzungen und Methoden orientieren. Außerdem werden die professionellen Angebote, die – wenn auch vermittelt über freie Träger – staatlich finanziert und zumindest teilweise an ministerielle Richtlinien gebunden sind, als echte zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen (NGO) wahrgenommen. Das Bild der Zivilgesellschaft bestimmen nicht länger die Initiativen, sondern die professionellen Angebote als Quasi-NGOs. Diese Quasi-NGOs werden zur Stimme der Initiativen in den Gremien der Kommunalverwaltung. Die professionelle Perspektive erweist sich dabei als Prokrustesbett – als Anpassung erzwingender Rahmen – für die zivilgesellschaftliche Initiativen im engeren Sinne, die im kommunalen Gefüge auf die Unterstützung der professionellen Angebote angewiesen sind.

Die Unterstützung durch die Bundesprogramme auf der ideellen Ebene (d.h. auf der Ebene öffentlicher Anerkennung durch Preisverleihungen, Vorstellung bei Veranstaltungen und Seminaren, öffentlicher Erwähnung usw.) folgt insgesamt dem Matthäusprinzip: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Das bedeutet, dass die Bundesprogramme in den untersuchten Fällen mit ihren Anerkennungen die Chance verpasst haben, Initiativen eine öffentliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, die dieser bedürfen, um ihre Position gegenüber den Kommunalverwaltungen zu stärken. Angesichts der beschriebenen Demokratiedefizite in den Kommunen ist die öffentliche Anerkennung dissidenten Engagements eine zu empfehlende Strategie.

Mit der Verwendung des Begriffs „Rechtsextremismus“ in den Bundesprogrammen geht auch die Anerkennung der Extremismusthese einher. Den Bundesprogrammen kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zu, da ihre inhaltliche Rahmensetzung sich vielfach reproduziert.

## **Empfehlungen**

Empfehlungen für alle Ebenen:

- Übergang von einer Auseinandersetzung mit Randgruppen zur Auseinandersetzung mit Einstellungen, inhaltliche Auseinandersetzung sollte ein Schwerpunkt der Arbeit werden
- Ersetzung des Begriffs „Rechtsextreme“ durch den Begriff „Nazis“

Empfehlungen für Bund und Länder:

- Entwicklung wissenschaftlicher Konzept, die sich explizit nicht auf den Bereich der Jugendarbeit beschränken, mit dem Ziel über Erwachsenen- und betriebliche Weiterbildung, sowie über die Bildungsarbeit von Parteien, Vereinen und Verbänden in ge-

sellschaftliche Regelstrukturen wie Ausbildung, berufliche Tätigkeit und Freizeitorganisation hineinzuwirken

- Schaffung von Förderschwerpunkten, um Anreize für die Umsetzung solcher Konzepte zu liefern
- Unterstützung der kommunalen Verwaltungsspitzen in der Auseinandersetzung mit Nazis durch Fortbildungsangebote und die Darstellung von Modellprojekten
- extra-kommunale symbolische Anerkennung dissidenter Gruppen (durch Preise, Einladungen, öffentliche Anerkennung)
- Förderung von extra-kommunalen Anlaufstellen mit Beratungs- und Koordinationscharakter für dissidente Gruppen, um Möglichkeiten zur Kritik an den kommunalen Verwaltungen zu eröffnen
- Entscheidungen über einen Teil der finanziellen Förderung möglichst fern von der betroffenen Kommune
- Erhaltung und Weiterentwicklung der professionellen Angebote der Mobilen Beratung und der Opferarbeit als langfristiger Struktur
- Ausbildung des pädagogischen Personals der Schulen zur Auseinandersetzung mit Nazis (inhaltliche Auseinandersetzung, Durchsetzen von Grenzen)
- Ergänzung der PädagogInnenausbildung wie auch der Lehrpläne um die Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie

#### Empfehlungen für Parteien:

- parteilicher Druck auf die kommunal Verantwortlichen, gegen lokale Naziprobleme öffentlich aktiv zu werden
- Verwaltungsspitzen dazu bewegen, aktiv gegen bestehende Demokratiedefizite vorzugehen
- kommunalen Verwaltungsspitzen die Akzeptanz von Dissens nahe bringen
- Aufnahme der Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie in das Programm der Bildungsangebote der Parteien

#### Empfehlungen für Vereine, Verbände und Kirchen:

- Ausbildung des pädagogischen Personals zur Auseinandersetzung mit Nazis (inhaltliche Auseinandersetzung, Durchsetzen von Grenzen)
- Aufnahme der Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie in das Programm auf Mitglieds- und Funktionärebene
- Ächtung von Bekenntnissen zur Naziszene



- Signale setzen, durch Untersagen des Tragen einschlägiger Symbole oder Kleidungsstücke
- Sorge tragen, dass Vereine nicht zu No-Go-Areas für Naziopfer werden
- Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes ins Selbstverständnis

#### Empfehlungen für die Kommunen:

- inhaltliche Auseinandersetzung mit Nazipositionen und -argumentationsmustern im konkreten kommunalen Rahmen suchen (über die Lokalpresse, Postwurfsendungen etc.)
- Maßnahmen, die dem Empowerment von potentiellen Opfern der Nazis dienen
- potentiellen Opfern von Nazis bzw. den von ihnen gebildeten Gruppen und Initiativen in der Auseinandersetzung mit Nazis besonderes Gehör schenken; ihre Menschenwürde gerade auch gegen die gesellschaftlich verbreiteten Vorurteile durch eine möglichst weitgehenden Einbeziehung und Unterstützung stärken
- öffentliche Solidarisierung mit den Opfern von Nazis
- Unterstützung selbstverwalteter und partizipativer Angebote
- Erreichbarkeit der Angebote in der Jugendarbeit konzeptionell berücksichtigen

## Nachwort der AutorInnen der Studie

Thema der vorliegenden Studie sind die Bedingungen, unter denen sich im ländlichen Raum eine Zivilgesellschaft entwickeln kann, die den lokalen Nazistrukturen effektiv zu begegnen vermag. Sie trägt damit zu einem Resümee der bisherigen Bemühungen bei, die seit dem Jahr 2000 auf Bundesebene initiiert wurden, um einen zivilgesellschaftlichen „Aufstand der Anständigen“ gegen Nazis zu etablieren.

Die Studie entstand im Zeitraum vom November 2006 bis zum Mai 2007. Die ihr zugrunde liegenden Interviews wurden zwischen Dezember 2006 und Februar 2007 geführt. Finanziert wurde das Vorhaben durch die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Antidiskriminierungsbüro Leipzig und die Universität Leipzig stellten in einer Kooperation die Räume und die Technik zu seiner Umsetzung zur Verfügung. Projektleitend waren Rebecca Pates und Daniel Schmidt vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Leipzig tätig. Ihnen danken wir für die wissenschaftliche Begleitung sowie methodische und sachliche Hinweise zu den ersten Versionen des Manuskripts. Für die Transkription der Interviews bedanken wir uns bei Johanna Burghoff. Unser Dank gilt insbesondere auch allen Interviewees, die uns ihre Zeit, ihre Expertise sowie zum Teil eigene Materialien zur Verfügung stellten und unsere Arbeit mit Hinweisen und Kontakten unterstützen.

Diese Studie wurde erst möglich durch den vielfältigen fachlichen Rat und die Vermittlung von Kontakten seitens uns kollegial bzw. freundschaftlich verbundener Personen. Wir können an dieser Stelle nicht alle namentlich nennen, wollen uns jedoch nichtsdestotrotz herzlich für die geleistete Unterstützung bedanken.

Leipzig, den 7. Juni 2007

Doris Liebscher und Christian Schmidt

## Biographien

### AutorInnen der Studie

**Doris Liebscher** ist Volljuristin und Magistra des Europarechts. Zur Zeit arbeitet sie beim unabhängigen Antidiskriminierungsbüro in Leipzig als Beraterin und Dozentin für Antidiskriminierungsrecht und --kultur, sowie an der Universität Leipzig im europäischen Forschungsprojekt „Right Wing Youth Violence Prevention Programmes“ (eine Kooperation des Antidiskriminierungsbüro e.V. mit der Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft und der Universität Malmö/Schweden). Sie forscht und publiziert zu den Themen Antidiskriminierungsrecht, Rassismus und Legal Gender Studies.

Doris Liebscher  
Antidiskriminierungsbüro e.V.  
Kochstraße 14  
04275 Leipzig  
Tel. +49-341 303 94 92  
Fax +49-341 303 99 71  
dorisliebscher@adb-sachsen.de

[www.adb-sachsen.de](http://www.adb-sachsen.de)

**Christian Schmidt**, Dr. phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Er veröffentlichte u.a.: Individualität und Eigentum. Zur Rekonstruktion zweier Grundkonzepte der Moderne (Campus 2006) und Neonazis erkennen. Eine Einführung in den Problemkreis der Auseinandersetzung mit Neonazismus und seinem gesellschaftlichen Umfeld, in: K. Hamann et al., Mit Medien aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung, Leipzig 2007.

Dr. Christian Schmidt  
Universität Leipzig, Institut für Philosophie  
Beethovenstraße 15  
D-04107 Leipzig  
Tel. +49-341-9735824  
schmidtch@saw-leipzig.de

### ProjektleiterInnen der Studie

**Daniel Schmidt**, Dr. rer. pol., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Leipzig. Er forscht und gibt Lehrveranstaltungen zu Fragen der politischen Anthropologie, der modernen Staatlichkeit und Macht-Wissen-Beziehungen, speziell zu lokalem Verwaltungswissen und Bevölkerungsdiskursen. Er

promovierte 2004 mit der Dissertation Staat und Statistik (erschien 2005 unter dem Titel Statistik und Staatlichkeit im VS Verlag). Jüngere Veröffentlichungen: „It's not an entertainment“. Prostitution an Grenzen; in: Monika Eigmüller / Georg Vobruba (Hgg.): Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006; S. 267-274; und Zahl und Verbrechen. Kriminalstatistiken im internationalen Dialog; in: Kespers-Biermann/ Overath (Hgg.): Die Internationalisierung von Strafrechtswissenschaft und Kriminalpolitik (1870-1930). Deutschland im Vergleich; Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2007; S. 126-139. Aktuelle Forschungsprojekte sind: „Die vergangene Zukunft Europas. Kulturwissenschaftliche Analysen zu Wissensordnungen und demografischen Prognosen im 20. und 21. Jahrhundert“ (Verbundprojekt mit dem Centre Marc Bloch, Berlin, und der Freien Universität Berlin) sowie „Right-wing Youth Violence Prevention Programmes“ (Kooperation mit dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen eV. und der Universität Malmö/Schweden).

Dr. Daniel Schmidt  
Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft  
Beethovenstraße 15  
D-04107 Leipzig  
Tel. +49-341-9735629  
Fax +49-341-9735619  
dschmidt@uni-leipzig.de

[www.uni-leipzig.de/~politik](http://www.uni-leipzig.de/~politik)

**Rebecca Pates**, PhD (McGill), ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Leipzig. Zu ihren Veröffentlichungen im Jahr 2007 zählen: Are women human? The search for the right rights. In: Koen de Feyter and George Pavlakos, The Tension between Groups Rights and Human Rights: A Multidisciplinary Approach, Hart Publishing (i.E.); Entgrenztes Eigentum, Vom Lebensmittel- zum Organhandel. In: Hannes Siegrist (Edt) Entgrenzung des Eigentums in modernen Gesellschaften und Rechtskulturen. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag (mit Wolfgang Fach) und Administering Borders. Crime Prevention and the Sex Trade. (mit Anne Dölemeyer und Daniel Schmidt). Frankfurt. Laufende Forschungsprojekte beschäftigen sich mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung in der Europäischen Union (in Kooperation mit der Universität Warschau und der Karls-Universität Prag) sowie mit „Right-wing Youth Violence Prevention Programmes“ (Kooperation mit dem Antidiskriminierungsbüro Sachsen eV. und der Universität Malmö/Schweden).

Dr. Rebecca Pates  
Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig  
Beethovenstr. 15  
D-04107 Leipzig  
Tel. 49-341-9735636  
pates@uni-leipzig.de

[www.uni-leipzig.de/~politik](http://www.uni-leipzig.de/~politik)

## Weiterführende links

Studie online – Seite der grünen Bundestagsfraktion

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dok/187/187674.htm>

Themenspecial Rechtsextremismus der grünen Bundestagsfraktion

[www.gruene-bundestag.de/cms/innen\\_recht/rubrik/1/1129.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen_recht/rubrik/1/1129.htm)

Website von Monika Lazar, MdB

[www.monika-lazar.de](http://www.monika-lazar.de)

Themenseite Rechtsextremismus der Grünen Jugend

<http://www.gruene-jugend.de/themen/rechtsextrem/index.html>

Website des neuen Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

[www.jugendstiftung-vielfalt.org](http://www.jugendstiftung-vielfalt.org)

Website des Bundesprogramms „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“

[www.xenos-de.de](http://www.xenos-de.de)

Amadeo-Antonio-Stiftung, Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

Themenpunkt Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html>

Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung, Themenpaket „Rechtsextremismus in Kommunen“

[www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)

Bündnis für Demokratie und Toleranz

[www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)

Internetplattform gegen Rechtsextremismus

[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

